

Stenographisches Protokoll

40. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich XV. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 20. Juni 1980

Tagesordnung

1. Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage
2. Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Einsparung von Energie
3. Ersuchen um Ermächtigung zur Verfolgung wegen Beleidigung des Nationalrates

Inhalt

Nationalrat

Angelobung des Abgeordneten Dkfm. Holger Bauer (S. 3839)

Personalien

Krankmeldungen (S. 3839)

Entschuldigung (S. 3839)

Fragestunde (28.)

Handel, Gewerbe und Industrie (S. 3839)

Dr. Stix (210/M); Dkfm. DDr. König

Dr. Stix (211/M); Gärtner, Helga Wieser, Dr. Frischenschlager

Dr. Lanner (217/M); Pfeifer, Dipl.-Ing. Riegler

Dkfm. Gorton (219/M); Dr. Jörg Haider, Dr. Paulitsch

Dkfm. DDr. König (220/M); Dr. Stix, Köck, Neumann

Ingrid Tichy-Schreder (221/M); Dr. Stix, Lehr, Dkfm. DDr. König

Dkfm. Löffler (222/M); Dr. Stix, Dr. Feurstein

Egg (225/M); Ingrid Tichy-Schreder, Dr. Jörg Haider, Tirnthal

Dr. Heindl (226/M); Ingrid Tichy-Schreder, Dr. Stix, Edith Dobesberger

Inneres (S. 3852)

Dr. Ofner (223/M); Dr. Lichal, Probst

Ausschüsse

Zuweisung (S. 3854)

Verhandlungen

- (1) Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage

Redner:

Graf (S. 3854),
Czettel (S. 3860),

Dr. Stix (S. 3863),
Vizekanzler Dr. Androsch (S. 3868 und S. 3881),
Dr. Taus (S. 3874),
Dr. Veselsky (S. 3884),
Dipl.-Vw. Josseck (S. 3888),
Ing. Dittrich (S. 3892),
Wille (S. 3894),
Ing. Gassner (S. 3898),
Dr. Nowotny (S. 3904),
Dr. Jörg Haider (S. 3909),
Heinzinger (S. 3913) und Hietl (S. 3917)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Ing. Gassner und Genossen betreffend Stärkung der Wirtschaft zur Problemlösung in den achtziger Jahren (S. 3903) – Ablehnung (S. 3919)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Heinzinger und Genossen betreffend Schaffung eines Pendlerpauschales (S. 3916) – Ablehnung (S. 3919)

- (2) Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (268 d. B.): Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Einsparung von Energie (371 d. B.)

Berichterstatter: Tirnthal (S. 3919)

Genehmigung (S. 3919)

- (3) Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen um Ermächtigung zur Verfolgung wegen Beleidigung des Nationalrates (390 d. B.)

Berichterstatter: Elmeyer (S. 3919)

Annahme des Ausschusstantrages (S. 3920)

Eingebracht wurden

Antrag der Abgeordneten

Dr. Mock, Graf, Dr. Kohlmaier, Dr. Keimel, Ing. Gassner und Genossen betreffend ein Bundesgesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes 1972, BGBl. Nr. 440/1972, zuletzt in der Fassung BGBl. Nr. 550/1979 (70/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Jörg Haider, Probst und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Übertragung der Wohnbaupolitik an die Länder (629/J)

Dr. Frischenschlager, Probst und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Mautbefreiung der Lungauer Bevölkerung (630/J)

Dr. Jörg Haider, Ing. Murer, Probst und Genossen an die Bundesregierung betreffend österreichisch-jugoslawisches Abkommen zur Regelung wirtschaftlicher Belange in den Grenzregionen (631/J)

Ing. Murer, Grabher-Meyer und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Ausarbeitung einer Liste der bedrohten Tier- und Pflanzenarten (632/J)

Dr. Jörg Haider, Ing. Murer und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Grenzlandförderung in Kärnten – Österreichische Raumordnungskonferenz (633/J)

Dr. Frischenschlager, Dr. Ofner und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Bahnhof Seekirchen-Mattsee (634/J)

Probst, Grabher-Meyer und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umwelt-

schutz betreffend Bewilligung von Hausapotheke in St. Stefan ob Stainz und St. Joseph (635/J)

Grabher-Meyer, Dr. Stix, Dr. Frischenschlager und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Hubschraubertouristik im Berggebiet (636/J)

Anfragebeantwortung

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (518/AB zu 527/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter
Präsident Mag. Minkowitsch, Dritter Präsident
Thalhammer.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 38. Sitzung vom 18. Juni 1980 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegen und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Breiteneder, Ottolie Rochus, Ing. Schmitzer und Dr. Maderner.

Entschuldigt hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Marga Hubinek.

Angelobung

Präsident: Von der Hauptwahlbehörde ist die Mitteilung eingelangt, daß an Stelle des Abgeordneten Dr. Broesigke der Abgeordnete Dkfm. Holger Bauer in den Nationalrat berufen worden ist.

Da der Wahlschein bereits vorliegt und der Genannte im Hause anwesend ist, werde ich sogleich seine Angelobung vornehmen.

Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch den Schriftführer wird der Herr Abgeordnete seine Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche nunmehr den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dipl.-Vw. Dr. Stix, um die Verlesung der Gelöbnisformel.

(*Schriftführer Dr. Stix verliest die Gelöbnisformel. – Abgeordneter Dkfm. Holger Bauer leistet die Angelobung.*)

Ich begrüße den neuen Herrn Abgeordneten in unserer Mitte recht herzlich. (*Allgemeiner Beifall.*)

Fragestunde

Präsident: Wir beginnen mit der Fragestunde.

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Präsident: Wir kommen zur 1. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie.

210/M

Wie ist der aktuelle Stand der Realisierung jener Kooperationsprojekte, die Beratungsgegenstände der letzten Tagung der österreichisch-ägyptischen Gemischten Kommission waren?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Von der Firma Plasser & Theurer eine Schienenreinigungsanlage und von der Firma Prohaska eine Paladi-Broterzeugungsanlage.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Stix: Herr Präsident! Bitte um Entschuldigung: Es war mir nicht möglich, den Herrn Bundesminister zu verstehen.

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. Staribacher: Von der Firma Plasser & Theurer eine Schienenreinigungsanlage und von der Firma Prohaska eine Paladi-Broterzeugungsanlage.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Stix: Herr Bundesminister! Im Bericht des Herrn Bundeskanzlers zur wirtschaftlichen Lage ist ausdrücklich von guten Beziehungen zu Ägypten die Rede. Wir alle wissen, daß dies ein Land ist, das sich in einer enormen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung befindet, aber aus der Vergangenheit beachtliche finanzielle Probleme noch mit sich zu schleppen hat.

Meine Frage zusätzlich lautet: Wie entwickelt sich derzeit ganz allgemein der zwischenstaatliche Handel zwischen Ägypten und Österreich?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Ägypten hat natürlich ungeheure Projekte, wie zum Beispiel die Telefonneuinstallierung, an der ja auch Österreich mit französischen Firmen und deutschen Firmen beteiligt ist. Diese Projekte werden teils über die Weltbank, teils durch andere internationale Finanzierungsorganisationen finanziert.

Ägypten selbst hat natürlich große Zahlungsbilanzschwierigkeiten, konnte aber bisher dank Unterstützung anderer Länder seinen Verpflichtungen weitestgehend nachkommen.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Stix:** Herr Bundesminister! Gibt es besondere energiewirtschaftliche Aspekte bei den Beziehungen zwischen Österreich und Ägypten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Ägypten selbst verfügt jetzt auch über Öl vorkommen. Diese werden auch von Österreich zu nützen versucht. Wir haben diesbezügliche erste Kontakte aufgenommen, und Lieferungen beziehungsweise Teillieferungen, wahrscheinlich auch in größerem Umfang, sind beabsichtigt, wenn die ägyptische Seite liefern kann und wir die Preise, die natürlich auch von dort verlangt werden, bezahlen können.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Bundesminister! Immer wenn der Herr Bundeskanzler auf Reisen geht, hören wir Erfolgsmeldungen über Milliarden-Aufträge. Als der Herr Bundeskanzler in Ägypten war, hat er davon gesprochen, daß Österreich die Chance hätte, sich an einer Untertunnelung des Suez-Kanals zu beteiligen, und hat wieder von Milliarden-Aufträgen geredet. Wie steht es damit?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Herr Abgeordneter! Darüber sind Sie nicht genau unterrichtet. Das Untertunnelungsprojekt ist so entstanden, daß Minister Osman nach Österreich gekommen ist und hier gefragt hat, ob österreichische Firmen dies leisten können. Das war am Freitag abend. Am Samstag vormittag konnten bereits die österreichischen Baufirmen erste Projekte vorlegen. Ich habe dann die diesbezüglichen Verhandlungen mit Herrn Minister Osman geführt. Nach wie vor besteht die Absicht, in Ägypten ein solches zweites Tunnel zu bauen. Natürlich ist das eine Frage der ägyptischen finanziellen Möglichkeiten, die, worauf ich schon bei der ersten Anfragebeantwortung hinweisen konnte, nicht so sind, wie wir es gerne hätten. Das Projekt ist daher zurückgestellt. Aber der Herr Bundeskanzler hat mit diesem Projekt nichts zu tun gehabt.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2: Herr Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ) an den Herrn Minister.

211/M

Werden Sie die bevorstehende Neufestsetzung der Preise für Normal- und Superbenzin zum Anlaß nehmen, um auch die Preisregelung für Dieselskraftstoff wieder einzuführen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Nein, ich beabsichtige das nicht, Herr Abgeordneter.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Stix:** Herr Bundesminister! Als Zusatzfrage hätte mich vorerst interessiert, für welchen Zeitpunkt Sie die nächste Benzinpreiserhöhung erwarten oder selbst ins Auge fassen. Insbesondere interessiert mich in diesem Zusammenhang, ob sich das noch vor dem Sommer oder erst im Herbst abspielen wird.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Ich kann mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit sagen, daß es vor dem Sommer nicht mehr sein wird. Die Ölindustrie hat auch einen diesbezüglichen Antrag noch gar nicht gestellt. Ich werde die Verhandlungen mit der Ölindustrie zu führen haben. Der Sprecher der Ölindustrie, Generaldirektor Dr. Bauer, hat mir solche bereits angekündigt, und ich stehe der Ölirtschaft jederzeit zu einer Aussprache zur Verfügung.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Stix:** Herr Bundesminister! Bei Verbundprodukten, die in der Produktion zwangsläufig in einem bestimmten Verhältnis zueinander, mit geringer Variabilität, anfallen, ergeben sich natürlich Preisprobleme.

Die Preise für die verbundenen Produkte sind in einem inneren Zusammenhang zu sehen. Wenn man nun für einen Teil der Produkte die Preise regelt – was in der Praxis heißt, auf einem bestimmten Niveau festhält –, für einen anderen Teil der Verbundprodukte aber freigibt, dann besteht natürlich die Gefahr, daß der Erzeuger, wie bei einem Ventil, den Ausweg für seine Ertragssituation darin sieht, den Preis für das nicht geregelte Produkt aus der Verbundproduktion entsprechend hinaufzusetzen.

Genau das haben wir mit der einseitigen Freigabe des Dieselskraftstoffes in Österreich erlebt. Daraus ergibt sich die Frage, ob es nicht richtiger ist, wie wir Freiheitlichen glauben, entweder alle Treibstoffpreise zu regeln oder alle Treibstoffpreise freizugeben.

Herr Bundesminister! Meine Frage: Warum teilen Sie diese ökonomische Auffassung nicht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Herr Abgeordneter! Zuerst muß ich sagen, daß sich die Preisentwicklung bei Diesel absolut im Rahmen der westeuropäischen Preisentwicklung gehalten hat und sogar noch darunterliegt. Super kostet bei uns 9,20 S; Diesel 8,40 S. In der Bundesrepublik ist der Dieselpreis gleich dem Superpreis.

Ich weiß, daß die Ölirtschaft versuchen wird, den Dieselpreis entsprechend zu erhöhen. Das ist ihre Angelegenheit, weil der Preis diesbezüglich frei ist.

Warum ich trotzdem nicht alle Koppelprodukte preisregle, habe ich gestern schon dem Abgeordneten König klarzumachen versucht: Ich müßte dann alle Produkte, angefangen von Propangas bis zum schweren Naphthalin, preisregeln. Das ist nicht sehr zweckmäßig, wie selbst die Handelskammer zugibt und mir auch die Arbeiterkammer bestätigt hat. Ich bleibe daher bei diesem System, daß nur gefährdete Preise preisgeregelt sein sollen, während die anderen dem Preismechanismus am freien Markt überlassen sind.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Gärtner.

Abgeordneter **Gärtner** (SPÖ): Herr Bundesminister! Die Randlage Kärntens bringt neben anderen Schwierigkeiten eine echte wirtschaftliche Benachteiligung für jene Wirtschaftstreibende, die Dieselkraftstoff verbrauchen müssen. Die Kärntner Arbeiterkammer hat nun auf Grund mehrerer eingegangener Resolutionen den Beschuß gefaßt, die Preisregelung von Dieselkraftstoff zu unterstützen. Herr Minister, wie stellen Sie sich dazu?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Ich kenne die Randlage Kärntens und bedaure zutiefst, daß dort teilweise und zeitweise höhere Dieselpreise bezahlt werden müssen. Infolge von Versorgungsschwierigkeiten, die im vergangenen Jahr aufgetreten sind und wo ich mich aus diesem Grunde entschlossen habe, dann den Dieselpreis freizugeben, konnte ich auch die Kärntner davon überzeugen, daß es für sie besser ist, Diesel zur Verfügung gestellt zu bekommen, als einen Dieselpreis festgesetzt zu bekommen – wie es ja zeitweise der Fall war –, der damals die Versorgung gefährdet hat.

Ich weiß, daß die Kärntner Arbeiterkammer wie alle anderen Kärntner Institutionen darauf drängt, daß sich der Dieselpreis im Rahmen

des österreichischen Preisniveaus bewegen soll. Diese Aktionen unterstütze ich. Derzeit liegt der Dieselpreis auch in Kärnten weit unter dem Superpreis, wie es zum Beispiel in Deutschland und in der Schweiz der Fall ist. Das heißt: Im westeuropäischen Rahmen wird, wenn der freie Preis spielt, Diesel- gleich Superpreis verkauft.

Präsident: Weitere Anfrage: Frau Abgeordnete Wieser.

Abgeordnete Helga **Wieser** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ab 1. Juni 1979 war ja bekanntlich die Freigabe des Dieselpreises. Damit war eine enorme Kostensteigerung verbunden, wie wir ja alle wissen, und ebenso eine enorme Betriebskostensteigerung für die Landwirtschaft. Es hat sogar der Herr Staatssekretär Schober festgestellt, daß es eine Unge rechtigkeit gegenüber der Landwirtschaft wäre, nicht auch Benzin freizugeben. Wir von der Österreichischen Volkspartei haben ja schon genügend Vorschläge gemacht, um den höchsten Dieselpreis Europas für die Landwirtschaft abzuwenden durch gefärbtes Dieselöl und so weiter.

Ich frage Sie als den zuständigen Preisminister: Gedenken Sie, diese wesentliche Steigerung der Betriebskosten in Ihrem Ressort mit besseren Preisen abzugelenken?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Frau Abgeordnete! Leider habe ich diese Möglichkeit nicht, denn in der Schweiz ist der Dieselpreis 9,20 S, in der Bundesrepublik ist er 8,50 S, bei uns ist er 8,40 S. Wir haben also keineswegs den höchsten Dieselpreis, sondern es gibt also noch wesentlich höhere Dieselpreise.

Für mich ist es immer die Frage, daß die Landwirtschaft die notwendigen Dieselmengen zur Verfügung gestellt bekommen hat. Ich erinnere mich noch sehr gut, wie die landwirtschaftliche Interessenvertretung – mit Recht! – bei mir interveniert hat, daß ja alles vorgekehrt wird, damit die Landwirtschaft mit Diesel versorgt wird.

Was die Vergütung der Landwirtschaft bei Diesel betrifft, ist das ja mit dem Finanzminister geregelt und wird ja automatisch der Landwirtschaft zurückgegeben.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager** (FPÖ): Herr Bundesminister! Durch die unterschiedlichen Preisregelungsmechaniken, die bei uns

Dr. Frischenschlager

Platz gegriffen haben, entsteht natürlich eine Verzerrung des gesamten Preisgefüges bei den diversen Treibstoffen und natürlich daraus eine besondere Belastung für die Transportwirtschaft.

Da dadurch ja auch für die Investitionstätigkeit dieses Wirtschaftszweiges Schwierigkeiten auftauchen, möchte ich Sie fragen, ob Sie die Gefahr für die Transportwirtschaft und damit für das Gesamtwirtschaftsgefüge ebenfalls sehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Selbstverständlich, denn genau, weil ich diese Gefahr sehe, habe ich mich letzten Endes entschlossen, den Dieselpreis freizugeben, denn nur unter dieser Bedingung war es möglich, das Transportgewerbe mit entsprechendem Dieseltreibstoff zu versorgen. Die größte Gefahr nämlich für ein Transportgewerbe ist es, wenn sie den notwendigen Treibstoff nicht bekommt. Wie Sie wissen, hat die Ölirtschaft angekündigt, sie kann die Versorgung bei diesem damals genehmigten Dieselpreis nicht aufrechterhalten.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 3: Herr Abgeordneter Lanner (ÖVP) an den Herrn Minister.

217/M

Werden Sie geeignete Maßnahmen zur Verbesserung des Agrarbriefwechsels zwischen Österreich und den Europäischen Gemeinschaften im Sinne eines von ÖVP-Abgeordneten kürzlich im Nationalrat eingebrachten Entschließungsantrages ergreifen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Soweit es ohne Kündigung möglich ist, werden wir versuchen, die Exporte zu verbessern.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Lanner: Herr Bundesminister! Ich könnte mir vorstellen, daß mit dieser Antwort die betroffene Bevölkerungsgruppe, in dem Fall die Landwirtschaft, nicht zufrieden sein kann und auch nicht zufrieden sein darf.

Wir haben eine Situation mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die Österreich ganz erheblich benachteiligt und die den österreichischen Steuerzahlern viele Hunderte Millionen Schilling kostet.

Was werden Sie konkret – das ist meine Frage – in den nächsten Monaten unternehmen, um diese Situation zu verbessern?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Ihr Wunsch war es – ich bin dem sehr gerne nachgekommen –, daß ich mit einer Delegation, bestehend aus Präsident Lehner, Herrn Generalsekretär Kehrer und seinen Facharbeitern, in Brüssel vorspreche. Diese Vorsprache ist erfolgt, wir haben dort die Wünsche der Landwirtschaft und der Handelskammer deponiert.

Darüber hinaus hat der Herr Bundeskanzler ebenfalls mit Herrn Vizepräsidenten Haferkamp gesprochen, genau dasselbe habe auch ich dort gemacht. Der Herr Bundeskanzler ist dann nochmals bei der Brüsseler Kommission vorstellig geworden, und wir hoffen, daß ein positives Ergebnis erreicht wird.

Wenn Sie jetzt sagen, Herr Abgeordneter, daß wir nichts erreicht haben, dann kennen Sie ganz genau die Gründe. Wenn nicht, dann bitte ich Sie, sich beim Präsident Lehner zu erkundigen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Lanner: Herr Bundesminister! Ich anerkenne, daß Sie sich bemüht haben, ich begrüße es, daß Sie nach Brüssel gefahren sind mit einer Delegation. Das war aber nicht meine Frage. Meine Frage lautete konkret: Nachdem dieser erste Versuch ohne Ergebnis geblieben ist, das ist sicher nicht allein Ihr Verschulden, das ist schwierig, das möchte ich anerkennen, meine Frage daher, und ich lasse hier nicht locker: Was werden Sie nach diesem ersten Versuch, der halt nicht geglückt ist, unternehmen, damit wir gemeinsam zu einem Erfolg kommen, der die Situation für die österreichische Landwirtschaft verbessert und der es verhindert, daß Hunderte Millionen von Steuergeldern nutzlos der EWG in den Rachen geworfen werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Wir werden selbstverständlich einen zweiten Versuch unternehmen, so wie wir ununterbrochen Versuche unternehmen. Und wenn Sie sagen, wir werfen Hunderte Millionen Schilling nutzlos der EG in den Rachen, so stimmt das ja nicht, weil Sie ja genau wissen, daß es die Schwierigkeit ist – ich habe den Brief hier, wenn Sie wollen, können wir im einzelnen darüber diskutieren –, daß wir diesen Brief nicht einseitig ändern können, sondern daß wir uns eben bemühen müssen.

Die große Schwierigkeit liegt doch bei der EG, daß sie selbst in den Agrarfragen die größten Schwierigkeiten haben. Die müssen heute für 200 Milliarden Schilling fast Subventionen ihrer Agrarpolitik zuschießen, um sie

Bundesminister Dr. Staribacher

aufrechterhalten zu können. In diesem Fall ist es natürlich einem Drittstaat wie Österreich, aber nicht nur Österreich, sondern für alle anderen Drittstaaten, ungeheuer schwierig, Ergebnisse und Lösungen zu suchen. Da Sie ja Spezialist auf diesem Gebiet waren, brauche ich Ihnen das im Detail nicht zu sagen. Wir werden uns daher weiter bemühen, hier zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Pfeifer.

Abgeordneter **Pfeifer** (SPÖ): Der Herr Generalsekretär Dr. Lanner macht bei jeder Rednermeldung oder Wortmeldung immer wieder Sie verantwortlich, Herr Minister, Sie spielen nur die „weiche Tour“ und er ist ein Vertreter der harten Tour der EG gegenüber.

Ich frage Sie, was halten Sie von dieser ÖVP-Generalsekretärsvorstellungsidee der harten Tour? (Abg. *Graf*: Das ist keine Frage der Vollziehung, Herr Pfeifer!)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher**: Herr Abgeordneter! Von der harten Tour, Herr Abgeordneter, halte ich gar nichts. Ich teile diese Meinung mit allen Interessenvertretern und allen anderen beteiligten Ministerien. Wir haben bis jetzt einvernehmlich immer festgelegt, wie wir in Brüssel vorgehen werden, auch mit Zustimmung der Landwirtschaftskammer, und ich werde diese Politik fortsetzen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Riegler.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Riegler** (ÖVP): Herr Bundesminister! Die – nennen wir es so wegen der vorherigen Frage – weiche Tour der Bundesregierung hat dazu geführt, daß der 1972 vereinbarte Agrarbriefwechsel bei weitem von der EG nicht eingehalten worden ist und mit dem Beitritt Griechenlands neue Probleme aufgeworfen werden.

Unsere Frage daher: Was werden Sie konkret tun bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Paraphierung hier mit Zweidrittel-Mehrheit notwendig sein wird und eine entsprechende Anpassung des Agrarbriefwechsels an die geänderte Situation vorgenommen wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher**: Herr Abgeordneter! Zuerst muß ich feststellen, daß der Agrarbriefwechsel und die Verpflichtungen, die Österreich, aber auch die EG, eingegangen ist,

eingehalten wurden. Darüber kann es gar keinen Zweifel geben.

Was nicht möglich war, ist, die im Artikel 15 vorgesehene Anpassung der agrarischen Entwicklung an die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen. Das ist nicht erfüllt worden, aber das ist eine Absichtserklärung im Artikel 15 gewesen, die man nicht exekutieren kann, leider, und da stimme ich Ihnen zu, könnten wir uns in dieser Beziehung innerhalb der EG nicht durchsetzen, nicht nur wir, überhaupt kein anderer Staat aus den bekannten Schwierigkeiten, die ich hier gerade vorher aufgezeigt habe. Ich werde selbstverständlich im engsten Einvernehmen mit der Landwirtschaftskammer, der Präsidentenkonferenz, die weiteren Schritte sehr eingehend beraten und sicherlich alles das tun, was die Landwirtschaftskammer von mir in dieser Beziehung verlangt.

Präsident: Anfrage 4: Abgeordneter Gorton (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

219/M

Welche konkrete „neue und höhere Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie der industriellen Kooperation“, wie sie im Communiqué nach dem April-Besuch des Bundeskanzlers in Belgrad in der „Wiener Zeitung“ angekündigt erscheinen, stellen Sie sich als Ziel der in Ihrem Ministerium für diese Fragen bereits gebildeten Arbeitsgruppe vor?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher**: Zum Beispiel das Projekt mit Kosovo.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton**: Herr Bundesminister! Sie haben von Ihrem Ministerium aus im Auftrag des Herrn Bundeskanzlers vom 10. bis 13. März Verhandlungen, zwischenstaatliche Verhandlungen, geführt, die also Bundesländer betreffen, Kärnten und Steiermark – sehr ernst betreffen –, wobei diese Bundesländer vorher überhaupt nicht informiert wurden, daß solche Verhandlungen stattfinden.

Es waren weiters bei dieser Verhandlungsdelegation von jugoslawischer Seite zehn Vertreter anwesend, davon drei Slowenen, von Österreich waren nur acht Vertreter, lauter Herren aus Wien; die beteiligten Bundesländer waren überhaupt nicht vertreten.

Herr Bundesminister, ich frage Sie: Wie kann die Bundesregierung solche Verhandlungen überhaupt einleiten, ohne die betroffenen Gebietsvertreter – nicht einmal Ihr Parteikollege Landeshauptmann Wagner hat meines Wissens am 10. März davon gewußt – zu informieren, und

Dkfm. Gorton

sind Sie bereit, falls wieder solche zwischenstaatliche Verhandlungen abgeführt werden, mindestens zwei Vertreter auch Kärntens in dieses Verhandlungsteam einzubeziehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Herr Abgeordneter! Sie haben mich zuerst etwas anderes gefragt. In der schriftlichen Anfrage steht drinnen, Sie wollen wissen die neue Methode der Kooperationen. Jetzt fragen Sie also, was aus den Verhandlungen bezüglich der... (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Nein, nein! Ich bin gerne bereit, darauf zu antworten. Selbstverständlich, Herr Abgeordneter. Ich wollte nur sagen, weil sonst ist es ja unerklärlich, warum ich Kosovo gesagt habe.

Das zweite Problem, das Sie jetzt relevieren, darf ich dahin gehend beantworten: Selbstverständlich werde ich alle diese vorgesehenen Besprechungen im engsten Einvernehmen nicht nur mit Kärnten, sondern auch mit Steiermark und dem Burgenland, weil diese beiden Länder genauso betroffen sind, führen. Ich habe die Landeshauptleute ja ständig am laufenden gehalten. Ich habe auch – nicht verspätet –, was meine Person betrifft, selbstverständlich, sobald mir der Unwille dieser Länder zur Kenntnis gekommen ist, sofort Kontakt aufgenommen. Ich bin auch gerne bereit und möchte mit aller Deutlichkeit sagen: Ich werde keine wie immer geartete Vereinbarung abschließen, die nicht die Zustimmung dieser drei Länder finden wird. Die drei Länder werden eingeschaltet, die drei Länder werden Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen.

Ich möchte aber doch darauf verweisen, daß es auch die drei Länder sind, die mir ständig erklären, sie legen größten Wert darauf, mit Jugoslawien in ein gutes Grenzlandverhältnis zu kommen. Das werden wir sicherlich machen, ohne dabei die gesamtwirtschaftlichen Interessen Österreichs und schon gar nicht die Länderinteressen nicht zu beachten.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton:** Herr Bundesminister! Unserer Auffassung nach ist ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis nicht davon abhängig, daß hier sozusagen ein Regionalabkommen abgeschlossen wird, das letzten Endes, wie also jetzt schon in diesen Verträgen, im Vertragsentwurf ausgesendet wurde, das Gebiet Kärntens praktisch in zwei Teile teilt: in ein Gebiet der Grenzzone und in übriges Gebiet. Gerade diese Aspekte sind vom Kärntner Standpunkt, zumindest von unserer Partei, in keiner Weise zu bejahen.

Außerdem fehlen für ein solches Abkommen, das erstmals mit einem östlichen Staat, mit einem „Staatswirtschaftssystem-Land“ abgeschlossen wird, die Voraussetzungen voller Reziprozität, die Gegenseitigkeit. Sie wissen, daß in Jugoslawien bei Betriebsbeteiligungen höchstens nur 49 Prozent ausländische Beteiligung sein kann. Bei uns in Österreich kann man einen Vollbetrieb als Ausländer gründen.

Sind Sie bereit, ein allfälliges künftiges Abkommen nur auf der Basis voller Reziprozität, wenn überhaupt, abzuschließen, und daß hier keine Gebietsteilung Kärntens in ein bevorzugtes Grenzgebiet hinsichtlich solcher Abkommen und ein übriges Kärnten statuiert wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Die von Ihnen, Herr Abgeordneter, vorgelegte Karte ist die von den Jugoslawen vorgelegte Wunschkarte gewesen. (*Abg. Dkfm. Gorton: Schon die österreichische!*) Es wurden dort die entsprechenden Orte aufgezählt, das wurde in diese Karte eingetragen und hat keine wie immer geartete Bedeutung. Ich möchte noch einmal besonders herausstreichen – ich habe das ja schon gesagt –, daß ich selbstverständlich bereit bin, nur im Einvernehmen mit den betreffenden Ländern ein diesbezügliches Abkommen abzuschließen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Jörg Haider.

Abgeordneter Dr. **Jörg Haider (FPÖ):** Herr Bundesminister! Die bisherige Vorgangsweise, in einer Art Nacht-und-Nebel-Aktion von Wien aus hier ein Abkommen mit Jugoslawien im Grenzland abzuschließen, hat auch negative Reaktionen in Kärnten bewirkt. So haben also der freiheitliche Landesrat Ferrari und meines Wissens auch die ÖVP eine Ablehnung bekundet, und nun hat auch Landeshauptmann-Stellvertreter Frühbauer als Vertreter der sozialistischen Regierungsmitglieder und als Gewerkschaftsfunktionär die Meinung vertreten, daß dieses Abkommen, wie es von Ihnen betrieben wird, nicht in Frage komme.

Meine Frage an Sie: Wenn Sie nur im Einvernehmen mit den betroffenen zuständigen Stellen der Länder abschließen wollen, kann ich dann annehmen, daß dieses Abkommen damit bereits ad acta zu legen ist, nachdem hier eine massive Ablehnung von Seiten Kärntens bereits bekundet worden ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Ich muß mich leider dahin gehend äußern, daß ich den Ausdruck „Nacht-und-Nebel-Aktion“ mit aller Entschiedenheit zurückweise. Alle diese Maßnahmen, die bisher – und zwar durch Einleitung von Gesprächen – gemacht wurden, sind weder bei Nacht noch bei Nebel ergriffen worden, sondern sind absolut den normalen Weg gegangen. Es wurden vorher interministerielle Gespräche geführt, es wurde festgelegt, was zu verhandeln ist, es wurde also mit den Ländern entsprechender Kontakt aufgenommen, und niemals wurde versucht, die Länder zu übergehen. Das widerspricht nicht nur meinem Stil, sondern auch der politischen Vernunft. Sie werden doch nicht ernstlich glauben, daß ein Minister für Handel, Gewerbe und Industrie einen Vertrag abschließt, wo die daran beteiligten Länder dagegen sind oder die Interessenvertretungen das ablehnen. (*Abg. Graf: Noch dazu bei Nacht! – Abg. Dr. Jolanda Offenbeck: ... und Nebel! – Heiterkeit.*) Also ich werde selbstverständlich, diese Versicherung kann ich Ihnen geben, nichts machen, was nicht die Zustimmung der drei betroffenen Länder hat. (*Abg. Dr. Jörg Haider: Das betrifft meine Frage jetzt?*)

Präsident: Weitere Anfrage. Bitte. (*Abg. Dr. Jörg Haider: Die Antwort auf meine Frage steht aus! Wie beurteilen Sie ...*) Herr Abgeordneter, Sie haben nur eine Frage. Die haben Sie gestellt, der Minister hat geantwortet.

Nächster: Herr Abgeordneter Paulitsch. (*Abg. Dr. Jörg Haider: Das ist nicht beantwortet worden!*)

Abgeordneter Dr. Paulitsch (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich glaube, daß Ihre Beantwortung doch einiges an Unrichtigkeiten beinhaltet, denn Sie haben die Verhandlungen begonnen, ohne irgend jemanden aus dem Bereich der Bundesländer zu konsultieren. Erst auf Umwegen haben wir erfahren, daß solche Verhandlungen stattfinden: ohne Rücksicht auf die besonders sensiblen Probleme in diesem Bereich Kärntens.

Die massive Stellungnahme gegen ein solches Abkommen von seiten Kärntens hat Sie nunmehr bewogen, einen anderen Standpunkt einzunehmen, und wenn das bestätigt wird, was Sie meinen, daß Sie nämlich gegen den Willen der Länder keine Abkommen abschließen werden, heißt das, daß diese Runde vorbei ist.

In diesem Falle darf ich Sie fragen, Herr Bundesminister: Wie schaut der weitere Terminkalender in dieser Frage aus?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Ich habe meine Meinung überhaupt nie geändert, das kann ich mit ruhigem Gewissen sagen. Denn alle, die bei den interministeriellen Gesprächen dabei waren, werden Ihnen bestätigen – ich habe sie nicht geführt, sondern sie wurden von meinen Beamten geführt, aber alle, die dabei waren, werden es Ihnen bestätigen, und ich trage dafür natürlich die volle Verantwortung –, daß niemals weder eine Nacht-Nebel-Aktion beabsichtigt war, noch etwas gegen die Länder oder gegen die Interessenvertretungen beabsichtigt war, sondern daß ein Wunsch der jugoslawischen Seite, der an uns herangetragen wurde, von uns behandelt werden mußte. Und das ist in ganz normaler Weise – seit 1945 wird das im Handelsministerium so gehandhabt – geschehen beziehungsweise durchgeführt worden. Es wurden also alle Beteiligten davon informiert, und es wurde selbstverständlich immer versucht, volles Einvernehmen zu erzielen.

Da es sich hier erst um eine Vorstellung gehandelt hat, stehe ich nicht an zu sagen, daß natürlich dann im Laufe der Diskussion und der Wünsche, die die jugoslawische Seite an uns herangetragen hat, differente Auffassungen entstanden sind zwischen dem jugoslawischen Wunsch und den österreichischen Möglichkeiten.

Die Verhandlungen werden fortgesetzt, selbstverständlich, wir haben ja gar keinen Grund, sie abzubrechen, denn wir wollen ja gutnachbarschaftliche Beziehungen. Auch die Länder Kärnten, Burgenland und Steiermark wünschen das, wie mir die Landeshauptleute immer wieder versichert haben. Es heißt jetzt nur, den richtigen Weg zu finden, und den, habe ich Ihnen hier erklärt, werde ich nur im Einvernehmen mit den drei Ländern suchen und – davon bin ich überzeugt – auch finden.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Herr Abgeordneter König (ÖVP) an den Herrn Minister.

220/M

Wie hoch sind die Budgetmittel, die seitens des Bundes für Zinsenstützungsaktionen zur Nutzung der Abwärme heuer zur Verfügung gestellt werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Auf 10 Millionen Schilling, Herr Abgeordneter. Das wissen Sie, das steht ja im Budget.

Abgeordneter DDr. König: Herr Bundesminister! Die steirischen Elektrizitätswerke haben bekanntlich schon im November vergangenen

Dkfm. DDr. König

Jahres bei Ihnen für zwei Projekte zur Fernwärmemutzung angesucht – die Abwärme würde sonst ungenutzt in die Luft oder ins Wasser gehen – im Raum Köflach-Voitsberg und für Graz. Damit könnten 20 Prozent der Haushalte beispielsweise in Graz geheizt werden und beachtliche Mengen an Heizöl erspart werden. Sie haben von Ihnen einen abschlägigen Bescheid bekommen. Wieso?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Ein Minister kann nur das ausgeben, was er im Budget hat, und diese Mittel sind leider jetzt schon teilweise verplant, und zwar auch bezüglich Voitsberg 3. Ich habe aber, wie Sie genau wissen, bei der letzten Strompreisregulierung sehr zum Unwillen der Handelskammer der STEWEAG eine entsprechende Preiskorrektur zugestanden, die, wie mir von der STEWEAG versichert wurde, dazu verwendet wird, um die Fernwärme auszubauen.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König: Herr Bundesminister! Die Preiskorrektur, die Sie der STEWEAG zugestanden haben, deckt bei weitem nicht den Ausbau dieses Fernwärmennetzes. Das ist völlig ausgeschlossen; das wissen Sie. Sie sagen, Sie hätten nur 10 Millionen Schilling. Der Herr Finanzminister hat gestern im Wirtschaftsbericht darauf hingewiesen, daß wir fast 50 Milliarden Schilling ausgeben müssen für Energieimporte. Wäre es nicht zweckmäßiger, im Budget mehr Mittel für die Abwärmemutzung vorzusehen, statt das Geld ins Ausland zu tragen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das wird sicherlich dann beim Budgeterstellen zur Debatte kommen. Ich stehe nicht an zu sagen, daß ich natürlich sehr gerne mehr Budgetmittel dafür hätte. Trotzdem kann ich Ihnen aber versichern, daß die STEWEAG mir sehr wohl erklärt hat, weil ich diese Tarifregulierung gegen den härtesten Widerstand der Handelskammer durchgesetzt habe, daß sie die dafür notwendigen Mittel hat, um den Ausbau durchführen zu können.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Bundesminister! Die Bedeutung der Kraftwärmekupplung für eine bessere Ausnutzung der Primärenergie ist allseits anerkannt und unbestritten. Was sind

Ihre konkreten Absichten, die Sie in der nächsten Zeit unternehmen wollen, um auf diesem wichtigen Gebiet, wo Österreich sich noch weit im Rückstand befindet, Fortschritte zu erzielen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Das erste und wichtigste Problem ist es, Abnehmer zu finden, die dann nicht nur erklären, sie bräuchten Wärme, sondern auch bereit sind, Wärme abzunehmen. Ich darf darauf hinweisen, daß zum Beispiel in Wien die Kraftwärmekupplung im Kraftwerk Simmering erst zu 20 Prozent genutzt ist, weil die notwendigen Abnehmer derzeit noch nicht zur Verfügung stehen. Auch in Spittelau mußte der Bund einspringen und durch Anschluß an öffentliche Gebäude die Abwärme übernehmen. Wir bauen derzeit EBS und haben keine Möglichkeit, die dortige Abwärme zu nutzen. Ich habe in AGA bei Schwechat erklärt, es wäre sehr gut gewesen, wenn man die dortige Abwärme genutzt hätte. Es hat sich auch kein Abnehmer gefunden.

Genau dasselbe Problem ergibt sich jetzt bei den Kohlekraftwerken, sei es im Burgenland, sei es in Niederösterreich. Ich werde mich daher weiter bemühen, Abnehmer zu finden, und wenn ich diese dann habe, mit den Produzenten gemeinsam zu versuchen, die Abwärme zu nutzen. Sie haben natürlich vollkommen recht, daß das die zweckmäßigste Nutzung der Abwärme ist.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Köck.

Abgeordneter Köck (SPÖ): Herr Bundesminister! Diese Zinsenstützungsaktion zur besseren Nutzung der Abwärme war ja nur eine der vielen Maßnahmen, die von der Bundesregierung bereits im Sommer des vergangenen Jahres beschlossen wurden im Interesse eines sparsamen und rationellen Einsatzes von Energie.

Meine Frage: Welche wesentlichen Maßnahmen aus diesem Operationskalender, der im Sommer des vergangenen Jahres beschlossen wurde, sind bereits neben dieser Zinsenstützungsaktion durchgeführt und realisiert worden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Es würde mindestens eine halbe Stunde brauchen, wenn ich Ihnen alle aufzähle. Ich werde mir daher erlauben, Ihnen das Elaborat zur Verfügung zu stellen. Es wird monatlich von der Bundesregierung über das

Bundesminister Dr. Staribacher

Beamtenkomitee festgestellt, was bereits vom Operationskalender erfüllt und was noch offen ist.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Neumann.

Abgeordneter **Neumann (ÖVP):** Herr Minister! Die jetzt bekanntgewordene geringe Budgetvorsorge für die Abwärmenutzung ist nicht nur gesamtenergiepolitisch, sondern auch örtlich bei uns im Bezirk Voitsberg höchst bedauerlich. Bekanntlich ist die bereits in Gang befindliche Errichtung eines kalorischen Kraftwerkes, des sogenannten Voitsberg 3, von der Umweltschutzseite her nur dann erträglich, wenn a) Voitsberg 1 abgetragen, wenn b) eine Entschwefelungsanlage eingebaut und wenn c) die Abwärme genutzt wird, weil dadurch viele Hausbrandöfen wegfallen, die besonders umweltverschmutzend sind. Diese Abwärmenutzung wird für viele weststeirischen Bewerber auch nur dann möglich sein, wenn dieses Projekt mit Bundesmitteln entsprechend gestützt wird.

Herr Minister! Ich frage Sie, nachdem es ja bei dieser Regierung am Geld nicht fehlt, siehe AKH, siehe General Motors und so weiter: Bis wann wird es endlich zur Förderung des so wichtigen STEWEAG-Projektes zur Nutzung der Abwärme im weststeirischen Raum kommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Herr Abgeordneter! Ich habe gerade erklärt, daß das Voitsberg-3-Projekt bereits erledigt ist. Die STEWEAG hat sich bereiterklärt, die Abwärme in Voitsberg 3 bis Köflach hinauf durchzuführen, und ich sehe daher gar keinen Grund, jetzt auf Ihre Polemik hier noch weiter einzugehen. Wir werden uns bei der Budgetdebatte ohnedies noch darüber unterhalten. Ich bitte, nicht etwas zu relevieren, was bereits erledigt ist.

Präsident: Anfrage 6: Frau Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder (*ÖVP*) an den Herrn Minister.

221/M

Wie werden die im jüngsten Energiebericht der Bundesregierung bereits eingeplanten Erdgaslieferungen aus dem Iran ersetzt werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Sehr geehrte gnädige Frau! Wir werden mit Rußland über einen vierten Gasvertrag verhandeln, und ich bin überzeugt davon, daß wir zu einem positiven Abschluß kommen werden.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordnete Ingrid **Tichy-Schreder:** Herr Bundesminister! Sie haben gestern bei dem Bericht über die Energiesicherung auch von algerischen Gaslieferungen gesprochen. Meine Frage: Haben Sie bereits Verhandlungen geführt, oder hoffen Sie, in Zukunft welche zu führen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Frau Abgeordnete! Es werden seit zwei Jahren ständig Verhandlungen geführt. Leider ist es bei der Organisation, die dort das Gas verkauft, zu einer Änderung des Managements gekommen, und es mußten daher die Verhandlungen neu begonnen werden. Die Austro-Ferngas bemüht sich mit Unterstützung des Handelsministeriums – das brauche ich nicht besonders zu unterstreichen –, ebenfalls die zwei Milliarden Kubikmeter algerisches Gas zu bekommen, und ich hoffe, daß wir sehr bald zu einem konkreten Abschluß kommen können.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordnete Ingrid **Tichy-Schreder:** Weiters gibt es Verhandlungen, habe ich gehört, um Nordsee-Erdgas. Wie sieht es da aus, bitte?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Wir haben durch den Ausfall des algerischen Gases für heuer 400 Millionen Kubikmeter abgeschlossen, 100 kommen vielleicht sogar noch dazu. Wir haben diese Abschlüsse auch für das Jahr 1982 tätigen können, das heißt, wir haben zwei Tranchen, die das iranische Gas durch das Nordsee-Gas ersetzen oder wenigstens teilweise ersetzen können. Die Problematik liegt nur darin, daß es sehr teuer ist, und wir verhandeln natürlich weltweit, um überall Erdgas zu bekommen.

Die Situation ist aber so, daß die westlichen Staaten über Österreich sowjetisches Erdgas beziehen wollen, weshalb wir bekanntlicherweise jetzt eine zweite Erdgasleistung erst voriges Monat eröffnet haben.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dr. **Stix (FPÖ):** Herr Bundesminister! Was die österreichische Erdgasversorgung betrifft, so gibt es einen weißen Fleck: Westösterreich, insbesondere Tirol, hängt hin-

Dr. Stix

sichtlich der Erdgasversorgung völlig in der Luft.

Was sehen Sie diesbezüglich vor, um diese bedauerliche Situation endgültig einmal bereinigen zu können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir bemühen uns im Handelsministerium, unter allen Umständen natürlich auch die westlichen Länder mit Erdgas zu versorgen. In Tirol kommt noch dazu, daß strittig ist, ob wir über Kufstein-Rosenheim hereinkommen sollen oder eventuell über Scharnitz und über die Berge. Das letztere, das näher bei Innsbruck wäre, ist völlig unmöglich, weil die Leitungen viel zu teuer kommen würden. Bezuglich Landeck gibt es bekanntlicherweise in Tirol ja sehr diskutierte Schwierigkeiten örtlicher Natur.

Trotzdem hoffe ich, daß es gelingen wird. Die notwendigen Erdgasmengen – davon bin ich überzeugt – werden durch die neue große Erdgasleitung von den Iranern, die letzten Endes früher oder später das Gas sicherlich liefern werden, kommen. Denn es ist noch immer besser, das Gas zu liefern als es abzufackeln. Wenn die Sowjets uns dann größere Mengen zur Verfügung stellen werden, werden wir dann selbstverständlich auch Westtirol mit Gas versorgen können.

Präsident: Eine weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Lehr.

Abgeordneter Lehr (SPÖ): Herr Bundesminister! Wie ich Ihren Ausführungen entnehmen konnte, sind Sie sehr bemüht, neuerliche Erdgaslieferungen aufzutreiben. Wir sind derzeit auf diesem Gebiet sehr ostabhängig, und ich möchte Sie fragen, ob man nicht doch mit verstärkten Anstrengungen diese Ostabhängigkeit abzubauen versuchen sollte.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Das ist das erklärte Ziel der Bundesregierung, ganz besonders des Handelsministeriums. Wir wollen von niemandem abhängig sein. Ich selbst habe immer gesagt, ich möchte nicht auf einem Bein stehen, weder was Öl, Gas, Kohle oder sonstige Energie betrifft, sondern ich möchte am liebsten ein Tausendfüßler sein.

Tatsache ist, daß wir jetzt mit Algerien sehr konkrete Verhandlungen führen und daß ich hoffe, daß wir hier sehr bald zu einem positiven Ergebnis kommen.

Präsident: Eine weitere Anfrage: Herr Abgeordneter König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Bundesminister! Im Energiebericht der Bundesregierung, den Sie vorgelegt haben, steht zwar nichts über eine Anhebung der Steuern auf Strom oder, wie jetzt der Herr Bundeskanzler sagt, alternativ eine Sparbuchsteuer, wohl aber steht drinnen, daß wir bis zum Jahr 1983 mit 1,8 Milliarden Kubikmetern iranischem Erdgas rechnen, 600 Millionen davon bereits im Jahr 1981.

Nun haben Sie für 1981 Nordsee-Ersatzlieferungen angekündigt, wenigstens teilweise. 1,8 Milliarden sind aber mehr, als die gesamte österreichische Förderung an Erdgas derzeit beträgt. Meine Frage: Haben Sie die Hoffnung, diese gewaltige Menge bis 1983 tatsächlich zusätzlich woanders herzubekommen, oder welche andere Substitution sehen Sie im Energieplan vor?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Soweit es uns gelingt, einen vierten Erdgasvertrag mit der Sowjetunion abzuschließen – und ich habe bei meinen Verhandlungen von höchster Regierungsstelle bis zu den Generaldirektoren hinunter die Hoffnung, daß das tatsächlich gelingen wird –, ist die Versorgung gesichert. Sollte das nicht der Fall sein, müßte Erdgas durch andere Energien substituiert werden. Darüber kann es gar keinen Zweifel geben, da wir momentan nur mit dem sowjetischen Erdgassystem verbunden sind.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 7: Herr Abgeordneter Löffler (ÖVP) an den Herrn Minister.

222/M

Wann werden Sie dem Nationalrat einen revisierten Energieplan vorlegen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Bis zum 30. November, Herr Abgeordneter.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. Löffler: Herr Minister! Die Energieversorgungsunternehmen haben nach dem Kernkraftentscheid vom 5. November verschiedene Maßnahmen zur Deckung des Strombedarfes getroffen. Diese Ausweichmöglichkeiten sind im Energiebericht 1979 nicht enthalten. Die Kernkraftdiskussion ist nunmehr

Dkfm. Löffler

wieder aufgeflammt, Äußerungen mehrerer Regierungsmitglieder signalisieren, daß sich die Gegebenheiten wesentlich geändert haben.

Wird im revidierten Energiebericht im November dieses Jahres dieser neuen Situation Rechnung getragen und in welcher Form?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Selbstverständlich wird dieser neuen Situation Rechnung getragen, aber ich habe bei meinem ersten Energiebericht bereits mitgeteilt, daß es sich immer – fast würde ich sagen, im selben Moment –, wenn er vorgelegt wird, schon um ein überholtes Problem handelt, nämlich daß wir ja nie genau wissen, ob die dort vorgenommenen Annahmen auch tatsächlich eintreffen werden.

Niemand konnte die iranische Revolution vorhersehen, niemand konnte wissen, daß damit der iranisch-sowjetische Vertrag platzt oder zumindest zurückgestellt wird. Daher mußte der Energiebericht ständig revidiert werden. Ich habe das bereits beim ersten hier im Hause erklärt, und es wird selbstverständlich der revidierte Bericht diese neue Situation berücksichtigen.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. Löffler: Ich stimme mit Ihnen überein, daß die ständige Änderung der Situation auf dem Energiesektor eine ständige Revidierung notwendig macht. Seit langem – seit sechs Jahren – weiß man, daß die Energiepreise ständig steigen. Diese erhöhten Energiepreise haben sicherlich auch neue Maßstäbe in der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit des Ausbaues der österreichischen Wasserkräfte nach sich gezogen.

Wird im revidierten Energieplan auch eine Neuorientierung hinsichtlich der Ausbaumöglichkeiten der österreichischen Wasserkräfte enthalten sein?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Nein, Herr Abgeordneter, das ist nicht notwendig gewesen, denn seit 1970 wird das Wasserkraftausbauprojekt optimal durchgeführt. Es gibt keine wie immer geartete Kritik, auch nicht von Seiten der Opposition, und wir bemühen uns, diesen irrsinnig schnellen Ausbau weiter vorwärtszutreiben. Wir bauen alle drei Jahre ein Donaukraftwerk, die mittlere Drau ist mit Annabrückl ausgebaut, die obere Drau wird jetzt sofort in Angriff genommen, bei der Salzach bin ich in einem kleinen Gegensatz mit dem Landeshaupt-

mann, aber wir werden uns sicherlich bezüglich der mittleren Salzach einigen. Die Speicher-kraftwerke werden eines nach dem anderen ausgebaut, sodaß ich sagen kann, die Wasserkraft wird optimal seit 1970 ausgebaut.

Präsident: Eine weitere Anfrage, Herr Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Bundesminister! Zum energiepolitischen Maßnahmenpaket der Bundesregierung aus dem Vorjahr gehört auch ein Operationskalender hinsichtlich des zeitlichen Ablaufes.

Sind Sie in der Lage, jetzt schon zu sagen, inwieweit aus Ihrer Sicht dieser Operationskalender eingehalten wurde, oder können wir Aufschluß darüber erst im Rahmen des von Ihnen für Herbst angekündigten Energieberichtes erhalten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Ich habe den Operationskalender zum Energiesparen den Herren Abgeordneten bereits versprochen. Ich bin selbstverständlich auch bereit, es Ihnen zu übermitteln, und Sie können daraus entnehmen, daß, was diesen Operationskalender betrifft, wir im Zeitplan liegen.

Was den Ausbau der Wasserkräfte anlangt, sind wir genauso im Zeitplan, erfüllen ihn sogar vorfristig. Was den Ausbau der Anlage in Schwechat bezüglich Ölraffineration und so weiter betrifft, liegen wir im Zeitplan, beim Ausbau der Kohle liegen wir im Zeitplan, der Tagbau in Voitsberg 3 schreitet programmgemäß fort. Was den Ausbau der Gaswerke betrifft, sind sie alle zurückgestellt, weil wir sie auf Kohle umstellen wollen.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Feurstein.

Abgeordneter Dr. Feurstein (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich bin über diese Debatte nicht ganz glücklich, denn neue Akzente, wie dieser Energieplan überarbeitet werden soll, sind bisher nicht zutage getreten. Es ist auch, glaube ich, nicht richtig, daß der Fahrplan bisher voll eingehalten worden ist. Es ist deutlich geworden, daß die Erdgasverträge, die Lieferverträge, noch nicht voll abgeschlossen werden konnten.

Gestern und heute ist deutlich geworden, daß die Energie teurer werden wird, Sie haben selbst im ÖGB-Vorstand am 2. Juni zum Ausdruck gebracht, dem Arbeitnehmer fällt es schwer, eine Entscheidung zu fällen, energiesparende

Dr. Feurstein

Maßnahmen durchzuführen, weil er sich das nicht leisten kann, auch wenn sie steuerbegünstigt sind.

Meine konkrete Frage lautet nun, Herr Bundesminister: Werden Sie im revidierten Energieplan dem Herrn Finanzminister auf Grund von Gesprächen vorschlagen, daß die Steuerbegünstigung von energieeinsparenden Maßnahmen neu überdacht werden muß und neue Akzente erhalten muß?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Ich verstehe nicht, wieso Sie sagen, Sie sind nicht glücklich. Bitte, das ist selbstverständlich ein subjektives Gefühl.

Vom Standpunkt der bis jetzt geleisteten Energieaufbringung ist es so, daß wir alles optimal gelöst haben, daß wir sogar den Ausbau vorwärtsgetrieben haben. Ich erinnere daran, daß 1968 beschlossen wurde, den Donauausbau einzustellen oder zu reduzieren. Wir haben das aber sofort wieder alles durchgeführt und nützen die heimischen Energiequellen optimal.

Daß Verträge nicht zustande kommen, weil es dort Revolutionen gegeben hat, dafür kann man doch die österreichische Regierung nicht verantwortlich machen, vor allem nicht den Handelsminister. Das, glaube ich, ist eine Argumentation, die nicht stimmt.

Was nun die Frage betrifft, was im Energieplan stehen wird: Im Energieplan wird stehen, wie die Energie aufzubringen ist und wie die Energieversorgung durchgeführt wird, wie wir das auch in den vergangenen zehn Jahren gemacht haben. Da können wir mit ruhigem Gewissen sagen, optimal, denn es hat keine Kilowattstunde, es hat kein Kilogramm Kohle, es hat kein Liter Öl gefehlt. Wir konnten bisher die Wirtschaft mit Energie absolut befriedigen, und diese Politik werden wir fortsetzen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 8: Herr Abgeordneter Egg (SPÖ) an den Herrn Minister.

225/M

Die Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1978 hat eine Reihe von Verbesserungen für die Lehrlingsausbildung gebracht, und ich frage Sie in diesem Zusammenhang, wann ist damit zu rechnen, daß die zur Durchführung dieser Novelle erforderlichen Verordnungen erlassen sein werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Das wird laufend durchgeführt, und die Berufsbilder sind für 98 Prozent der Lehrlinge fertig.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Egg: Herr Bundesminister! Nach § 3 a des Berufsausbildungsgesetzes ist vorgesehen, daß sich Unternehmungen, die bisher noch keine Lehrlinge ausgebildet haben, bei der Behörde zu melden haben.

Meine Frage daher: Wie viele Unternehmer haben sich schon gemeldet und sind daran interessiert, Lehrlinge erstmals auszubilden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Diese Ziffer habe ich nicht im Kopf. Ich darf sie Ihnen dann schriftlich nachreichen.

Präsident: Weitere Frage, bitte.

Abgeordneter Egg: Herr Bundesminister! Meine zweite Zusatzfrage: Ist zu erwarten, daß auch im heurigen Jahr die Lehrstellensuchenden im Rahmen der österreichischen Wirtschaft untergebracht werden können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Davon bin ich fest überzeugt, Herr Abgeordneter, denn die stärksten Jahrgänge 1963 mit 135 000 Lebendgeburten, die dann mit 15 Jahren, also 1978/1979, von der Schule gekommen sind, sind alle untergebracht. Ich stehe nicht an, hier wieder zu sagen, dank der Unterstützung der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere auch der Bundeswirtschaftskammer. Wir haben daher dieses Lehrstellenproblem bestens in der Vergangenheit gelöst. Jetzt kommen die schwächeren Geburtenjahrgänge ins Lehrlingsalter, und ich bin überzeugt davon, daß es uns gemeinsam wieder gelingen wird.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Tichy-Schreder.

Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben gesagt, daß noch einige Umstellungen bei den neuen Berufsbildern fehlen. Im Bereich des Handels sind sie alle erstellt. Können Sie mir bitte sagen, in welchem Bereich noch die Erstellung der neuen Berufsbilder fehlt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Sehr geehrte gnädige Frau! Das sind 2 Prozent der Lehrlinge, wo es sie noch nicht gibt, und meistens dort, wo es Schwierigkeiten bei den Interessenvertretungen gibt. Ich bemühe mich nämlich, auch hier

Bundesminister Dr. Staribacher

einen Konsens zu erzielen, und hier gibt es differente Auffassungen zwischen Arbeiterkammer und Handelskammer. Aber ich bin überzeugt davon, das wird uns in kürzester Zeit auch gelingen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Haider.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ): Herr Bundesminister! In der Regierungserklärung ist davon die Rede, daß eine Reform des Berufsschulwesens und der Berufsausbildung weitergeführt werden soll. Handelt es sich hier um Novellierungsvorschläge zum Berufsausbildungsgesetz?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Selbstverständlich, Herr Abgeordneter. Nur um solche kann es sich handeln, und die werden auch durchgeführt werden. Wir haben das letzte gemeinsam besprochen und auch hier beschlossen. Ich bin überzeugt davon, die neuen Wünsche, die von Seiten der Gewerkschaftsjugend kommen, werden hier dann ebenfalls, sicherlich nach reiflicher Überlegung und gründlicher Beratung mit den Sozialpartnern, ihren Niederschlag finden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Tirnthal.

Abgeordneter Tirnthal (SPÖ): Herr Bundesminister! Nochmals zurück zum § 3 a des Berufsausbildungsgesetzes. Können Sie mir sagen, welche Branchen in der Privatwirtschaft ihr Interesse an der Ausbildung von Lehrlingen angemeldet haben beziehungsweise welche Branchen überhaupt nicht reagiert haben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Das kann ich Ihnen – insbesondere das letztere – nicht sagen, denn sonst heißt es gleich, ich diskriminiere die Branche. Es ist ja immerhin möglich, daß es vielleicht innerhalb der Branche noch zu einem Meinungsbildungsprozeß kommen muß. An und für sich habe ich feststellen können, daß fast alle Branchen an einer Lehrlingsausbildung interessiert sind.

Es gibt natürlich zum Beispiel auch sehr große Schwierigkeiten. Das Problem des Masseur-Lehrlings wird immer wieder diskutiert. Die Branche sagt, das ist überhaupt kein Problem, die Arbeitnehmerseite sagt, es wäre ein sehr großes Problem, ob man Jugendliche überhaupt als Masseure ausbilden soll, wegen ihres

jugendlichen Alters und weil Massage bekanntlich am menschlichen Körper erfolgt. (*Heiterkeit.*) Daher gibt es hier differente Auffassungen, die es dann im Sozialpartnerweg zu lösen gilt.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 9: Herr Abgeordneter Heindl (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

226/M

Wurde der in § 3 c des Bundesgesetzes zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen vorgesehene Beirat bereits konstituiert?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Die beiden Vorsitzenden wurden jetzt endlich von den Interessenvertretungen mitgeteilt. Ich konnte daher den Akt unterschreiben, und es wird der Beirat in kürzester Zeit sicherlich zusammentreten.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Heindl: Herr Minister! Beabsichtigen Sie, demnächst – also in nächster Zeit – schon von der im § 3 b vorgesehenen Verordnungsermächtigung auch Gebrauch zu machen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Sicherlich. Ich habe Vorbesprechungen mit den Interessenvertretungen geführt. Es hat ein bißchen lang gedauert, bis sich der Beirat konstituiert hat. Auf Grund der jetzt durchgeföhrten Vorbesprechung kann ich sagen, daß wir Bier und Eier in diese Verordnung einbeziehen werden.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Heindl: Haben Sie vor, in allernächster Zeit – denn das wäre sicher wichtig – weitere Aktivitäten auf diesem Gebiet zu setzen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Soweit die Interessenvertretungen mit Wünschen an mich herantreten, denn ich bin ja in diesen Aktivitäten an die Interessenvertretungen weitestgehend gebunden, bin ich selbstverständlich bereit, diese zu erfüllen.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Tichy-Schreder.

Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP): Herr Bundesminister! Nachdem dieses Gesetz am 1. April in Kraft getreten ist und die Bundeswirtschaftskammer bereits ihre Nominierung für diesen Beirat am 24. März abgegeben hat, möchte ich fragen: Welche Interessenorganisation hat es so verspätet abgegeben, daß der Beirat noch nicht konstituiert werden konnte?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Da zwei Interessenvertretungen davon betroffen sind, war es die zweite. Ich muß gestehen, die Arbeiterkammer.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Bundesminister! Wir sind uns alle darüber einig, daß die gefährdete Nahversorgung im Interesse der betroffenen Bevölkerung nur aufrechterhalten werden kann, wenn ein ganzes Bündel an Maßnahmen Platz greift.

Was ist nun nach dem Verbot des Verkaufs unter dem Einstandspreis die nächste von Ihnen ins Auge gefaßte Maßnahme zur Absicherung der Nahversorgung?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie wissen, daß ich in meinem Haus einen Beirat für Konsumentenfragen habe. Der beschäftigt sich aber nicht nur mit Konsumentenfragen, sondern auch mit allen indirekt den Konsumenten betreffenden Fragen. Unter anderem gibt es daher einen Unterausschuß Strukturwandel des Handels. Dieser hat jetzt einige Zeit getagt und hat mir ein Zehn-Punkte-Programm vorgelegt, welches dort einstimmig beschlossen wurde. Ich werde nach diesem Zehn-Punkte-Programm vorgehen.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Dobesberger.

Abgeordnete Edith Dobesberger (SPÖ): Herr Minister! Der Herr Abgeordnete König hat Sie in der gestrigen Debatte mehr oder weniger vorwurfsvoll darauf aufmerksam gemacht, daß Sie sich immer als Konsumentenminister bezeichnen.

Ich möchte jetzt als Konsumentin sagen, mir hat es ein bißchen lang gedauert, bis diese Nahversorgungsprobleme endlich einmal zur Sprache gekommen sind. Warum hat das so lang gedauert?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Sehr geehrte gnädige Frau! Ihre Kritik ist absolut berechtigt; ich muß sie anerkennen. Es ist darauf zurückzuführen, daß es mir leider nicht möglich war, vor diesem Zeitpunkt ein Einvernehmen zwischen den Interessenvertretungen herzustellen.

Es mußten viele Verhandlungen geführt, viele Probleme sehr eingehend diskutiert werden, durchgerechnet und überlegt werden, und es hat halt leider so lange gedauert, bis es dann endlich geglückt ist, einen Akkord zwischen allen Interessenvertretungen zu erzielen. Ich glaube daher, daß wir gerade deswegen, weil es ein Akkord war, weil es ein Einvernehmen gegeben hat, hier jetzt eine gute Basis haben, um Schritt für Schritt die Nahversorgung in Österreich tatsächlich zu verbessern.

Bundesministerium für Inneres

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 10: Abgeordneter Ofner (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Inneres.

223/M

In welchem Umfang sind im Zusammenhang mit einer gezielten Bekämpfung der Suchtgiftkriminalität, die ja nunmehr endlich Platz greifen soll, Personalaufstockungen bei der Exekutive beabsichtigt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Inneres Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Zahl der ausschließlich mit der Suchtgiftbekämpfung beschäftigten Kriminalbeamten ist durch den Dienstpostenplan dieses Jahres, beschlossen im Vorjahr, um 18 aufgestockt worden. Am 10. Juni dieses Jahres hat die Bundesregierung eine weitere Aufstockung um 40 Beamte in Form eines Ministerratsbeschlusses beschlossen, und dieser Stand wird auch für den Dienstpostenplan 1981 beantragt werden.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Ofner: Herr Bundesminister! Die alte und von uns zuerst erhobene Forderung, ein getarntes Vorgehen von Beamten gegen den Rauschgifthandel in die Wege zu leiten, von manchen als Aufhebung des Agent-provocateur-Verbots auf diesem Sondersektor bezeichnet, ist von Ihnen zunächst strikte abgelehnt worden. Sie haben aber dann doch finden müssen, daß ohne eine solche Vorgangsweise nicht das Auslangen gefunden werden

Dr. Ofner

kann, und es ist dann der gschamige Ausdruck „verdeckte Fahndung“ verwendet worden.

Wird die Zahl der Beamten nach der Aufstockung ausreichen, diese „verdeckte Fahndung“, wie Sie es nennen, oder das „getarnte Vorgehen gegen den Rauschgifthandel“, wie wir es bezeichnen wollen, personell hinlänglich ausgerüstet durchzuführen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Verehrter Herr Abgeordneter! Ihre Auffassung ist irrig.

Wir haben ein und dieselbe Linie bei der Suchtgiftbekämpfung und damit auch bei der verdeckten Fahndung durchgehalten.

Die Grenze zwischen verdeckter Fahndung und Agent provocateur besteht darin, daß in dem einen Fall die Fahndung auf Grund konkreter Verdachtssmomente erfolgt, während in dem anderen Fall die Möglichkeit besteht, durch eine aktive Handlung des Agent provocateur Menschen zu Suchtgiftkriminalität, in diesem Fall Suchtgifthandel, zu verleiten. Das hat beispielsweise dort, wo es so etwas gibt, in den Vereinigten Staaten, dazu geführt, daß staatliche Agent provocateurs selber zu Zentren des Suchtgifthandels geworden sind, und zwar auf eigene Rechnung.

Diese Entwicklung können wir nicht brauchen, diese Entwicklung wollen wir nicht. Daher wird es diese Entwicklung, solange wir Verantwortung tragen, auch nicht geben, und es wäre vor allem auch dem Anliegen nicht geholfen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Ofner: Herr Bundesminister! Ich darf das „Kompliment“ zurückgeben: Ihre Ansicht ist irrig diesbezüglich. Denn der Agent provocateur will nicht verleiten, sondern er will helfen, zu beweisen, daß jemand mit Rauschgift handelt.

Aber ich komme nun zur nächsten Frage: Wird der aufgestockte Personalstand dazu ausreichen, mit stadtbekannten, vor allem auch unter den Jugendlichen bekannten Dealerlokalen – ich nenne diesbezüglich zum Beispiel die Gärtnerinsel beim Wiener Naschmarkt – endlich Schluß zu machen und sie auszuheben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Herr Abgeordneter! Es liegt in der Natur der Suchtgiftfahndung, daß man hier andere Methoden anwenden muß als bei anderen Kriminalitätsarten, die es zu bekämpfen gilt.

Es würde den Rahmen der Fragestunde sprengen, auf diese differenten Methoden hinzuweisen, vor allem aber wäre es auch ungünstig, sie öffentlich zu erörtern. Ich beschränke mich daher auf die Feststellung, daß ausnahmslos alle, die mit Suchtgiftbekämpfung zu tun haben, nichts davon halten, wenn man die Quellen der Information über den Suchtgifthandel schließt, weil man da zwar sozusagen die Blätter abschneidet, aber der Baum weiter wächst.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Lichal.

Abgeordneter Dr. Lichal (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben festgestellt, daß in diesem Jahr im Dienstpostenplan 18 zusätzliche Plazstellen für Kriminalbeamte in der Suchtgiftbekämpfung vorgesehen sind und im nächsten Jahr noch weitere 40 zusätzlich eingesetzt werden sollen.

Nun steht aber fest, daß die Beamten, die in diesem Jahr schon zugeteilt wurden, nicht über die notwendige Ausrüstung verfügen. So haben zum Beispiel die Suchtgiftfahnder im Wiener Sicherheitsbüro kein Fahrzeug zur Verfügung und müssen sich eines ausborgen.

Oder: In der Polizeidirektion in Graz verfügen die Suchtgiftfahnder über keine Funkgeräte. Dadurch ist eine effiziente Bekämpfung des Suchtgifthandels wohl kaum denkbar.

Werden Sie Maßnahmen treffen, Herr Bundesminister, daß diese Beamten auch technisch in die Lage versetzt werden, dem Auftrag nachzukommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wenn es so wäre, wie man Ihnen erzählt hat, dann müßte ich etwas veranlassen. Aber Sie werden doch nicht ernstlich glauben, daß im Kriminaldienst, egal in welcher Sparte, für die dienstliche Verrichtung kein Fahrzeug zur Verfügung steht oder daß bei dem hohen Maß an Funkausstattung, das unsere Sicherheitsexekutive hat, keine Funkgeräte zur Verfügung stehen.

Hüten Sie sich doch, bitte, davor, daß Sie all das, was Ihnen einzelne ÖAAB-Vertreter auf Dienststellen erzählen, für bare Münze nehmen. (*Beifall bei der SPÖ. – Ruf bei der ÖVP: Oberlehrer!*)

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Herr Bundesminister! Sie sprachen gerade von den Beamten. Ich glaube, Ihre Beamten werden es – und ich überlasse es denen – zu werten wissen, wie sehr Sie ihnen mit Vertrauen entgegenkommen, wenn Sie sagen, der Agent provocateur ist deshalb nicht durchzuführen, weil der Beamte eben zu schwach ist, dieser Lockung widerstehen zu können, und selbst zum Dealer wird wie in Amerika. Das ist Sache der Beamten und Ihrer Beamten.

Eine andere Frage habe ich an Sie: Man weiß, daß die Schwachstelle der Rauschgiftszene in Österreich die Grenzen sind, und vor allem die Grenzen an den Straßen. Ich weiß aus dem Raume Spielfeld, daß dort schon aus Gründen des Fremdenverkehrs und aus Gründen der Menschlichkeit Abfertigung sehr rasch durchgezogen wird. Auf der anderen Seite wissen wir, daß dort eine Zollwachestation nach der anderen aufgelassen wird.

Ich frage Sie: Wie reimt sich das zusammen? Der Herr Finanzminister reduziert die Zollwache auf das gröbste und gegen den Protest der dort Vorhandenen, und wie will der Innenminister seine Sicherheitsprobleme dann bewältigen ohne Unterstützung dieser Zollgrenzstationen an den gefährdeten Stellen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte zuerst die Insinuierung, daß ich das aus Amerika geholte Beispiel über den Agent provocateur als Verdächtigung unserer Beamten gemeint haben könnte, entschieden zurückweisen. Ich wollte nur darauf hinweisen, wohin der Fahndungsbegriff, der international unter dem Begriff „Agent provocateur“ verstanden wird, in der Praxis führen kann und daß wir so etwas nicht brauchen können.

Zu Ihrer Frage hinsichtlich der Tätigkeit der Zollwache beim grenzüberschreitenden Suchtgiftshandel – und das ist ja praktisch der ganze – kann ich Ihnen, auf einen einfachen Nenner gebracht, nur eines antworten. Wenn Sie eine perfekte Suchtgiftfahndung an unseren Grenzen durchführen wollen: Eine solche Zollwache könnten Sie gar nicht aufstellen. Der Fremdenverkehr, der internationale und der nationale Transport kämen absolut zum Erliegen und damit unsere wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten.

Es gilt daher, bei allen Maßnahmen ein richtiges und ausgewogenes Maß zwischen dem, was möglich und was notwendig ist, zu finden. Und ich glaube, dieses Maß ist auch in der Zusammenarbeit der Grenzkontrolle bei der

Suchtgiftbekämpfung zwischen Sicherheitsexekutive und Zollwache gefunden.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisung

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortung 518/AB eingelangt ist.

Dem Ausschuß für soziale Verwaltung weise ich den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 69/A der Abgeordneten Dr. Johann Haider und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die 2. Novelle zum Bauern-Sozialversicherungsgesetz geändert wird (3. Novelle zum Bauern-Sozialversicherungsgesetz), zu.

1. Punkt: Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Graf.

Abgeordneter **Graf** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Zuerst ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu den gestrigen zwei Berichten, die hier abgegeben wurden.

Würde man die Regierungspolitik der letzten zehn Jahre überschreiben, so sollte man vielleicht folgende Formulierung wählen: Als Sie vor zehn Jahren an die Mehrheit kamen, sind Sie angetreten zum Kampf gegen die Armut. Mir scheint, Sie befinden sich jetzt im Kampf gegen all jene, die noch nicht arm sind. Das ist die Wandlung, meine Damen und Herren! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich möchte, bevor ich in die Sache eingehe, zwei Dinge kritisch feststellen, die die beiden Betroffenen sicherlich nicht berühren werden. Denn es ist nicht das erstmal, daß sich sowohl der Herr Bundeskanzler wie auch der Herr Finanzminister dadurch auszeichnen, daß sie dem Parlament nicht viel abgewinnen können und es nicht besonders respektieren. Ich gebe natürlich zu, daß Herren mit internationalem Flair nicht unbedingt in die Niederungen der Tagespolitik herabsinken möchten. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Aber eines, meine Damen und Herren, darf ich den beiden gestrigen Rednern nicht schen-

Graf

ken: Es ist trotz ihrer parlamentarischen oder aparlamentarischen Manieren uns gegenüber, aber nicht nur der Opposition, sondern auch Ihren Leuten gegenüber – aber die haben das ja anscheinend so gewollt –, noch nicht dagewesen, daß die beiden Herren einen Bericht zur wirtschaftlichen Lage Österreichs geben, über dessen Inhalt man streiten kann, es aber geflissentlich vermeiden, auf eine Sache zu sprechen zu kommen, die sie sich öffentlich medial an den Kopf oder sonstwohin werfen, nämlich auf der Suche seiend nach 15 weiteren Milliarden Schilling, die man braucht, wie man sie beschaffen möge.

Der Herr Bundeskanzler ließ uns wissen, er sei für die Quellensteuer.

Wie sie heißt, ist völlig egal; ich werde darauf zurückkommen, warum ich vorläufig nur den Ausdruck Quellensteuer verwende.

Der Herr Finanzminister läßt uns wissen, er sei nicht dafür, und Herr Dallinger, wann immer es um Erfindung von Steuern geht, teilt uns mit, ihm wäre diese, nämlich die Quellensteuer, lieber. Das Ganze hat jenen gesellschaftspolitischen Drall, der eigentlich klassenkämpferische Züge in sich birgt und hie und da klarmacht. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Denn, meine Damen und Herren, wie immer die beiden Herren, Kanzler und Vizekanzler, zum Parlament stehen: Es ist, gelinde gesagt – und die neue reformierte Geschäftsordnung erlaubt mir diesen Ausdruck –, eine Unverfrorenheit, zu dieser Frage nicht Stellung zu nehmen. Ich bin aber sicher, daß sie uns einige Facetten in Ihrer öffentlichen Auseinandersetzung in dieser Frage noch liefern werden.

Ich kann im Moment nicht untersuchen, warum der Herr Bundeskanzler die Quellensteuer wieder hervorgeholt hat; ob das ein besonderes Zeichen des neuen Einverständnisses ist oder ob der Herr Bundeskanzler diese Steuer wirklich will, entzieht sich meiner Kenntnis. (*Zwischenruf.*)

Aber, meine Damen und Herren, ich darf ganz kurz reflektieren: In der Rechnungshoffrage haben Sie, Herr Klubobmann Dr. Fischer, uns ja den Spiegel vors Gesicht gehalten, wie „böse“ wir waren, als Sie auf der Oppositionsbank zu sitzen hatten. Darf ich Sie einladen, ein bißchen nachzudenken, wenn uns das gelungen wäre, was Ihren beiden Spitzenleuten zu gelingen scheint, nämlich sich öffentlich zu streiten in einer wichtigen fiskalpolitischen Maßnahme: Könnten Sie sich vorstellen, was Ihr Amtsvorgänger Pittermann mit uns aufgeführt hätte? (*Abg. Staudinger:* Oder was Pittermann gesagt hätte, wenn Klaus und Schmitz auf der Regierungsbank sich unterhalten hätten!)

Demonstratives Desinteresse! – Bundeskanzler Dr. Kreisky: ... verbietet die Geschäftsordnung! – Gegenruf des Abg. Staudinger.)

Meine Damen und Herren! Ich bitte auch meine Fraktion, sich zu beruhigen.

Ich wollte gerade für den Bundeskanzler intervenieren. Es ist nicht zu erwarten, daß Sie, Herr Bundeskanzler, anders agieren als so. Ich fühle mich schon ausgezeichnet, daß Sie physisch präsent sind bei einer Auseinandersetzung. Daher ist eine weitere Erregung nicht notwendig. (*Beifall bei der ÖVP. – Bundeskanzler Dr. Kreisky: Beim Hauptredner der Volkspartei immer!*) Ich fühle mich geehrt.

Nun, meine Damen und Herren, darf ich, noch in der Einleitung seiend, zu dieser Quellensteuer etwas sagen.

Wenn ich bis gestern, bis zur Erklärung des Herrn Bundesministers für Finanzen vielleicht der Meinung war, daß es hier tatsächlich eine Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Herren gibt: Ich habe diese Meinung revidiert, ich glaube nämlich, daß sie sich völlig einig sind. Über das Wie wird zu reden sein. Der Herr Bundeskanzler malt eine schreckliche Vision an die Wand, nicht das erstmal, alle sind verängstigt, dann wird es ein bißchen weniger, und Herr Androsch wird dann jene 18prozentige Mehrwertsteueraufstockung bei Energie dazugarnieren. Ich unterstelle Ihnen, Herr Vizekanzler, daß Sie in Wirklichkeit nicht im Streit liegen. Denn auf Seite 26 des Androsch-Berichtes kann man lesen: „alle ökonomisch und sozial vertretbaren Einnahmsquellen“ müssen „genutzt werden“.

Herr Vizekanzler! Ich traue Ihnen zu, daß Sie das glauben und auch tun werden. Das ist ein Ausbeutungsprinzip, denn es hat mit Ihrer Steueraufbringung nichts mehr zu tun. Es ist nämlich nicht Ihre oberste Pflicht, diesen Satz zu verwirklichen, sondern Ihre oberste Pflicht ist es eigentlich, eine Steuerpolitik zu betreiben, die nicht den Leistungs- und Arbeitswillen in der Bevölkerung tötet, Herr Vizekanzler! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und genau das geschieht hier. Ich werde einen bestimmten Verdacht nicht los hinsichtlich dessen, was die Bevölkerung anscheinend erheiternd und erfreut. Wir werden ja sehen, was Sie uns heute sagen werden. Wir werden Sie ja dauernd hinterfragen. Ich bin neugierig, was Sie uns sagen werden; ob Sie sich geeinigt haben über das Wie oder überhaupt, ob Sie uns sagen werden, was Sie voneinander in dieser Erfindung der Steuer halten. Wenn nicht, werden wir Möglichkeiten finden, Sie pausenlos zu fragen.

Aber ich muß grundsätzlich eines sagen – jetzt

Graf

kehre ich wieder zurück zum Ausgangspunkt meiner Beginnserie -: Wenn es möglich ist, daß Sie dem österreichischen Parlament einen Bericht geben über die wirtschaftliche Lage, über dessen Dürftigkeit im übrigen noch zu reden sein wird, und Sie es unterlassen, in dieser äußerst wichtigen Frage Ihre Meinung hier zu sagen, dann wundern Sie sich bitte nicht, daß wir Ihren Bericht nicht mehr Glaubwürdigkeit zumessen als der Aussage, die Sie uns hier verschwiegen haben.

Denn, meine Damen und Herren: Es ist einfach unmöglich zu hoffen, die Öffentlichkeit zu informieren, und Sie geben dem Parlament, dem Sie angehören, dem Sie eigentlich Rechenschaft schuldig sind, nicht über Ihre vergangenen Taten – hier haben Sie ja festgestellt: es war alles gut – und –, sowie auch nicht über Ihre zukünftigen Vorstellungen Auskunft. Da muß ich Ihnen sagen: Das ist ein Tiefpunkt im parlamentarischen Tun, der nicht überbietbar ist! (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Nun erlauben Sie mir einige Bemerkungen zur Wirtschaftsdebatte, wobei ich gleich sagen muß: Obwohl die Seite 26 im Androsch-Bericht und einige Seiten vorher eher versteckt verschiedene bedrohliche Aspekte sehen ließen, muß man, Herr Bundesminister für Finanzen, eigentlich eher auf Ihre Äußerungen bei der Klausurtagung vom 2. Juni zurückgehen, denn dort wurden Sie um vieles deutlicher. Denn an und für sich haben ja die Berichte, die Sie und der Herr Bundeskanzler – oder umgekehrt; der Herr Bundeskanzler und Sie – hier von Fall zu Fall abgeben, eher den Zweck, anscheinend Beruhigungsspillen mit drohenden Dingen, die auf uns zukommen können, ohne sie zu unschreiben, hier abzugeben.

Aber seit Jahren, meine Herren, verkünden Sie eigentlich in Form von Wechselbädern – sie sind eher außerparlamentarisch, die Wechselbäder – für Wirtschaft und Bevölkerung entweder einen ungeheuren Boom oder riesige Gefahren. Die Düsternis Ihrer Schilderungen wird bei Wahlnähe immer rosiger und in wahlfernen Zeiten – siehe Regierungsklausur am 2. Juni – eher im tiefsten Schwarz gehalten. Das hat mit der Partefarbe nichts zu tun, sondern das ist das Spektrum Ihrer Malerei, wann immer Sie irgendeinen großen Fischzug auf den Inhalt der Taschen der Bevölkerung vorbereiten. Oder bei der Vorbereitung von Wahlen sagen Sie der Bevölkerung: Jeder, der nicht glaubt, daß es nichts Besseres gibt als Sie, schadet dem Ansehen Österreichs im In- und Ausland. – So ungefähr scheinen Sie es jetzt hingebracht zu haben! (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Nun aber befinden wir uns sichtlich in einer Periode ohne Wahlen, sodaß vor allem Sie, Herr

Finanzminister, zugeben – nicht im Haus, aber immerhin –, daß eine Reihe unpopulärer Maßnahmen ergriffen werden müßten, um zum Beispiel den Staatshaushalt wieder funktionsfähig zu machen. Sie, Herr Minister, haben erstmalig auf Ihrer Klausurtagung vom 2. Juni 1980 eigentlich massiv zugegeben, daß Ihnen die Entwicklung des Schuldendienstes ernste Sorgen bereitet. Hier haben Sie Neuland betreten. Denn bis jetzt war das von Ihnen nicht zu hören.

In vorsichtigen Worten haben Sie, Herr Minister, erklärt, daß die immer größeren Nettodefizite der letzten Jahre zu einem entsprechend starken Anstieg der Kreditfinanzierung geführt haben und somit eine weitere überproportionale Zunahme der Tilgung und Verzinsung eingetreten ist. Wir haben das jahrelang gesagt. Sie weisen aber auch auf die Gefahr des starken Anstiegs der Kosten für die Bedienung der Staatsschuld hin, aber nicht gestern, sondern auf Ihrer Klausur, also außerhalb des Parlaments. Sie haben aber ungewollt die von der Volkspartei seit langem gehegte Befürchtung bestätigt, daß der Schuldendienst praktisch zum einzigen echten Schwerpunkt Ihrer Politik in Budgetsachen wird. Dort hieß es hiezu:

Dieser exorbitante Anstieg hat zur Folge, daß der Zuwachs an freien Einnahmen bereits 1981 nicht mehr ausreichen würde – so sagte der Herr Finanzminister dort –, den Mehraufwand für die Bedienung der Staatsschuld und für die Sozialversicherung annähernd zu decken.

Dabei muß man bemerken, meine Damen und Herren, daß der Anteil des Bundeszuschusses zur Sozialversicherung im Gegensatz zum Anteil des Schuldendienstes am gesamten Budgetvolumen ständig abnimmt. Das auch noch! Deutlicher, Herr Bundesminister für Finanzen, hätte das eigentliche Versagen der Linie Ihrer Budgetpolitik nicht einmal von uns formuliert werden können, denn bei kritischer Analyse bestätigen Sie unsere düsteren Vorhersagen. (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Auf derselben Klausurtagung sagten Sie aber noch, daß nicht nur die Sanierungsfähigkeit des Budgets und die Expansion des Schuldendienstes und der Staatsschulden zunehmen, und Sie stellten auch fest, daß eine weitere Einschränkung des Handlungsspielraumes des Budgets unzulässig wäre. – An sich richtig. Aber trotz dieser nahezu feierlichen Erklärung explodieren Ihre Budgetdefizite weiter, Ihre Finanzierungskosten steigen überproportional, und nach Aussage des Instituts für Wirtschaftsforschung wird der Handlungsspielraum des Budgets weiter eingeschränkt.

Graf

Herr Minister! Absichtserklärungen sind zuwenig, es bedarf geeigneter Maßnahmen. Sie haben das gestern nicht angekündigt, Sie schlossen nur mit einer nahezu feierlichen Erklärung zur Zusammenarbeit. Wir sind weiter voneinander entfernt denn je, denn Sie lassen Taten vermissen, die uns glauben machen können, daß Sie das wirklich wollen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich muß Ihnen einige Fakten aufzählen, wie inkonsistent eigentlich Ihre Wirtschaftspolitik ist. Nur ein paar. Während der Herr Finanzminister auf der Regierungsklausur warnend von einem zunehmenden Widerstand in vielen Ländern gegen die Staatsquote spricht, wurde gerade in den letzten Jahren die Steuerquote erheblich angehoben, und gleichzeitig verkünden Sie neue Belastungen. Ich frage Sie noch einmal: Welche? Ihre Reform, die des Herrn Bundeskanzler oder beide? – Ich fürchte, beide.

Während Sie, Herr Minister, die Leistungen von Klein- und Mittelbetrieben zur Sicherung der Arbeitsplätze verbal hie und da loben, werden gleichzeitig gegenüber diesen Betrieben Großbetriebe besonders bedient. Ich komme darauf. Ich habe keinen General-Motors-Komplex und nichts gegen General Motors, aber einiges gegen die Verschiedenheit der Förderung. Es wird darüber heute noch zu reden sein.

Außerdem – und das läßt mich glauben, daß Ihnen die Entwicklung und die Leistungssteigerung bei Klein- und Mittelbetrieben nicht gerade übertrieben am Herzen liegen – wurde der ÖVP-Antrag, meine Damen und Herren, betreffend ein Mittelstandsgesetz von Ihrer parlamentarischen Mehrheit eher auf die lange Bank geschoben. Ich bin noch nicht einmal sicher, ob nicht ganz beerdigt in parlamentarischer Form. Das wird sich zeigen.

Während Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, Ölscheichs und Multis wegen der hohen Benzinpreise kritisieren, ist der Steueranteil am Benzinpreis heute wesentlich größer als 1970 der gesamte Benzinpreis. Ein großer Teil der Steuern, zum Beispiel die Mehrwertsteuer, fließt dabei ausschließlich in Ihre Kasse, Herr Finanzminister.

Während Sie, Herr Minister, auf die Gefahren des Verlustes von Handlungsspielräumen im Budget hinweisen, steigen vor allem die Finanzierungskosten ständig weiter, und Ihr eigener Spielraum wird dadurch automatisch eingeschränkt. Sie müssen sich entscheiden, was Sie wollen, und danach müßten Sie Handlungen setzen. Denn die Erklärung vorne weg, es wäre so, ohne gefolgt zu sein von Maßnahmen, damit das nicht eintritt, kann ja nicht zum Ziele führen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich darf Sie erinnern, Herr Finanzminister, und auch Sie, Herr Bundeskanzler, als Chef dieser Regierung; Sie haben 1977 ein sogenanntes Maßnahmenpaket beschlossen mit schweren Belastungen für Bevölkerung und Wirtschaft zur Sanierung der Handels- und Zahlungsbilanz – so hieß es damals –, und tatsächlich nähert sich das Handelsbilanzdefizit mit großen Schritten irgendwo der 90-Milliarden-Schilling-Grenze pro Jahr.

Sie haben sich, Herr Minister, als Beseitiger der Jugendarbeitslosigkeit feiern lassen. Ich gebe zu: Wir alle haben das gleiche Interesse, daß es nicht zur Jugendarbeitslosigkeit kommt. Ich möchte nur einen Prozentsatz bekanntgeben. Der Anteil der Jugendlichen im Bundesdienst beträgt 1,6 Prozent und jener der Lehrlinge in der gewerblichen Wirtschaft 10 Prozent. Hier werte ich die verschiedene Lage; das tue ich schon. Aber Sie nehmen kaum Rücksicht, daß diese Prozentzahlen bei der gewerblichen Wirtschaft steigen können, denn Sie machen eigentlich die weitere Lehrlingshaltung durch Ihre Belastungspolitik unmöglich. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Sie sagten auf Ihrer Regierungsklausur wörtlich: „Im Hinblick auf die Welternährungslage wird die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft zunehmen.“ – Das ist richtig. Das haben wir nie bestritten, sondern auch immer gesagt. „Umso wichtiger“, sagten Sie weiters, „ist es aber für Österreich eine gesicherte Ernährungsbasis zu besitzen.“ – Wie wahr! Tun Sie wirklich alles, damit diese Basis gesichert ist? Setzen Sie eigentlich nicht mit Ihrem landwirtschaftsministerlichen Kollegen durch verschiedene Maßnahmen oder durch das Nichtsetzen von verschiedenen Maßnahmen gerade diese erwünschte Ernährungssicherung aufs Spiel? Frage an Sie.

Während Sie, Herr Finanzminister, die Notwendigkeit verstärkter Innovationstätigkeiten verkünden, nimmt nicht in Ihrem Gesamtbudget gleichzeitig die Investitionsquote am Gesamtbudget laufend ab? Frage an Sie. Während die Notwendigkeit einer Strukturpolitik verbal anerkannt wird und die Forschungsförderung hiezu als notwendig angesehen wird – siehe Bericht des Herrn Bundeskanzlers von gestern –, liegen wir, was die Forschungsförderung anlangt, unter dem Durchschnitt der Industriestaaten.

Während Sie, Herr Finanzminister, mit Bezug auf eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung den zu hohen Anteil der rein konsumtiven Dienste der Administration kritisieren, werden unter der sozialistischen Regierung Bürokratie und Verwaltung nicht abgebaut. Sie werden ständig aufgebläht, meine Damen und

Graf

Herren: durch Schreibtischvermehrung, durch Gesetzesflut, Unübersichtlichkeit und so weiter.

Neuerliche Frage: Wie halten Sie es in diesem Zusammenhang? Was wollen Sie wirklich? Während von Ihnen der Bevölkerung gegenüber Sparsamkeit gepredigt wird, habe ich nicht das Gefühl, daß Sie versuchen, öffentliche Mittel gleich sparsam zu betrachten.

In dem Zusammenhang hätte ich eine bescheidene Bitte: Wenn Ihr Erfindungsgeist, den Sie bei der Erfindung neuer Steuern an den Tag legen, halb so groß wäre beim Versuch, etwas zu sparen, würden wir Ihnen begeistert Applaus spenden; das muß ich Ihnen wirklich sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Besonders gravierend sind doch die ständige Verunsicherung und Belastung der Wirtschaftstreibenden im weitesten Sinne. Steuererhöhungen, laufende Gesetzesänderungen, verstärkte administrative Eingriffe, garniert mit Bemerkungen, die Diffamierungen gleichkommen, und der unsichere Rechtszustand bei kalkulatorischen Maßnahmen in einer Legislaturperiode wurden nicht beseitigt durch Ihren öffentlich scheinbar vorhandenen Streit: Quellensteuer ja oder nein. Der Streit hat zu erhöhter Verunsicherung beigetragen und verhindert investive Kalkulationen in einem Zeitraum von einem Jahrfünft, meine Damen und Herren. Das sollten Sie berücksichtigen.

Erinnern möchte ich Sie in diesem Zusammenhang auch daran, daß Steuergesetze wegen Verfassungswidrigkeit vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurden, siehe Bundeskraftfahrzeugsteuer und Kreditsteuer. Aber wenn wir nur die Hoffnung haben, daß Ihre Steuerpolitik durch Obergerichte gebremst wird, dann ist das für die Entwicklung der Wirtschaft zuwenig, denn hier haben Sie noch Spielraum, negativen Spielraum. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wenn man auf der einen Seite den Betrieben ständig neue Belastungen nicht nur auferlegt, sondern sie ihnen auch dauernd in Aussicht stellt und auf der anderen Seite Steuermittel nach Gutdünken verwendet und verteilt, dann darf man sich, meine Damen und Herren, nicht wundern, daß die vom Herrn Bundeskanzler zu Recht erwartete Risikobereitschaft und der Unternehmergeist durch Sie zu Fremdwörtern gemacht wurden. Sie überfordern die Leute. Man kann sie nicht verunsichern und gleichzeitig motivieren; das ist nicht möglich.

Ich bin heute noch nicht sicher, ob Sie Gewinne für legitime Formen einer Abgeltung von Arbeit ansehen oder ob wir hier nicht ein gesplittetes Verhältnis haben. Wenn ich mir Herrn Dallinger vergegenwärtige, dann, glaube

ich, ist der Begriff von Gewinn für ihn nicht dasselbe wie für mich. Ich glaube, ich irre mich hier nicht.

Dann attestiert man noch laufend den Unternehmern, sie seien eigentlich Steuerhinterzieher und das in zwei Gruppen, die paar, die man erwischt hat, und die große Masse, der es glückt, weiter zu hinterziehen. In diesem Klima können eine innovatorische Gesellschaft und eine dritte Industrialisierungswelle, die wir begrüßen, nicht gedeihen, meine Damen und Herren. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wenn man Ihre Berichte sehr freundlich nicht liest – kein Versprecher –, dann müßte man feststellen: Sie sind der Meinung, es sei alles in Ordnung. Ich möchte einige Punkte hinterfragen, ob Sie das dann noch aufrechterhalten. Wir haben in verschiedenen Bereichen Österreichs eine relativ hohe regionale Arbeitslosigkeit. Wir haben steigende Belastungen und dadurch sicher keine geradezu übertriebene Lust zur Steuerzahlung. Wir haben eine neuerlich ansteigende Inflationsrate. Wir haben zunehmende Probleme der Handels- und Zahlungsbilanz. Wir haben hohe Budgetdefizite und rapid steigende Staatsschulden, eine wachsende Verbürokratisierung in allen Lebensbereichen. Wir haben Umweltprobleme, Probleme der Sozialversicherung und Energieprobleme.

Ich frage Sie: Ist dieses Fragenpaket inkludiert in Ihrer Feststellung, daß an sich alles in Ordnung läuft – dann ignorieren Sie auf weite Strecken tatsächliche Bedürfnisse –, oder haben Sie diesen Problemkreis auch mit verpackt in der Verschweigungsform wie bei der Erfindung der Quellen- oder Sparbüchelsteuer?

Ich möchte ganz kurz hier auf etwas hinweisen. Sie sind ja immer begierig zu hören: Wie kann man beweisen, daß Ihre Regierungspolitik versagt hat? Ich werde in gebotener Kürze ein Problem herausgreifen, weil ich glaube, daß es im kommenden Jahrfünft alle Parlamentsparteien sehr beschäftigen wird: Die Entwicklung im sogenannten grenznahen Bereich. Erinnern Sie sich, Herr Bundeskanzler, auch das war ein vielgeglaubter Spruch: breiter Gürtel des Wohlstandes im grenznahen Raum. Das sind weite Teile Niederösterreichs, der Steiermark, Oberösterreichs und Kärnten. Mein Heimatland Burgenland ist grenznah in seiner Gesamtheit.

Sie haben in der Frage – zumindest für mich – nichts Erkenntliches getan. Dort entsteht nun folgendes, und jetzt komme ich auf General Motors zurück und auf die Differenziertheit der Förderung. Bevor Sie es mir unterstellen: Ich bin nicht so dumm zu glauben, daß Sie veranlassen könnten, einem Großbetrieb, der auch Geld mitbringt, den Standort zu diktieren. Nein, das glaube ich Ihnen sicher, das weiß auch ich.

Graf

Aber die Disparität der Förderung – ich habe das bei einer anderen Gelegenheit schon gesagt und brauche es nicht zu wiederholen – wirkt jetzt doppelt auf jenen von Ihnen genannten grenznahen Raum, den Sie mit diesem breiten Gürtel umschließen wollen; er ist allerdings ein unsichtbarer. Es gibt in der griechischen Mythologie irgendwo jenen unsichtbaren Gürtel. So ungefähr scheint das zu sein. Ich möchte Ihnen etwas sagen, was Sie wissen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Fischer.*) Es gibt ihn, Herr Dr. Fischer, ich weiß es, er fällt mir momentan nicht ein, aber ich sage es Ihnen dann. (*Abg. Mag. Minkowitsch: Auch in der Nibelungensage gibt es einen!*) Na bitte, es mehren sich die unsichtbaren Gürtel. Ich bleibe jetzt beim dritten, nämlich bei dem der Bundesregierung, und kehre zurück zu jenem Punkt, den ich anbringen möchte.

Sie wissen, meine Damen und Herren, daß jene grenznahen Bereiche an und für sich der natürlichen Sogwirkung von Ballungszentren ausgesetzt sind. Wenn man nichts dagegen tut, verstärkt sich diese Absaugwirkung.

Es hat sich ein Unterschied in der Pendlerstruktur bemerkbar gemacht, und ich möchte das nur wertneutral sagen dürfen. Früher lieferten wir Burgenländer zwangsläufig Dienstmädchen, Ammen und Hilfsarbeiter bis nach Amerika – das haben wir halbwegs in den Griff bekommen –, aber es beginnt sich bedrohlich eine neue zwangsläufige Pendlersituation aufzutun.

Wir haben – und ich begrüße das an sich – in jedem Bezirksvorort, auch in jedem grenznahen Bereich mindestens eine maturaführende Schule; das ist durchaus zu begrüßen. Es gibt aber keine Möglichkeit, diese Leute dort unterzubringen. Nun erfolgt erst einmal eine Migration im eigenen Land, und dann setzt sich das über die Grenzen des Landes fort. Es wird aber dadurch die höher ausgebildete junge Bevölkerungsschicht abgeschöpft.

Der seinerzeitige Pendler, bei aller Härte seines Loses, er wechselte seinen Wohnort nicht, er blieb Bürger und Bewohner seiner Gemeinde. Er brachte das Geld heim und verkonsumierte es mit seiner Familie vor Ort, wenn Sie wollen.

Diese neue Generation denkt nicht daran, zu pendeln, sie wandert dem Arbeitsplatz nach und bleibt dort. Und das, was er mit seinem Haus anfängt, ist das, was der Herr Bundesminister für Handel gerne sagt, er wird ein Sommerfrischler im eigenen Dorf. Er kommt nur alle 14 Tage, er ist als Konsument verloren, er ist als Bürger der Gemeinde verloren. Er belastet aber diese Gemeinde natürlich völlig zu Recht mit dem gleich ausgedrückten Wunsch nach gleichmäßiger Bedienung bei Ent- und Versorgung. Er

schafft ein doppelt und dreifaches Problem, und dadurch, meine Damen und Herren, entsteht eine Entvölkerung des ländlichen Raums. Und das ist nicht das Gejeyer um eine Steuersenkung, denn Leute, die keinen Umsatz machen, brauchen keine Steuersenkung. Die Konsumenten sind weg, und daher macht er keinen Umsatz.

Meine Damen und Herren! Wir leben nun einmal nicht in Chikago, wo man 300 000 Leute in eine oder mehrere Fabriken hineintun kann, wir leben in einem Land, wo alle Parteien behaupten: Die Erhaltung des ländlichen Raumes ist nicht nur aus Fremdenverkehrsgründen und nicht nur, damit die Wiesen gemäht werden, wünschenswert und notwendig. Hier, meine Damen und Herren, und nur hier wird sichtbar – ich weiß nicht, warum –, daß Sie sich ungeheure Versäumnisse zuschulden kommen ließen, denn wenigstens der Versuch, wenn schon nicht breiter Gürtel des Wohlstandes – die Leute dort unten haben ganz andere Vorstellungen –, so doch die Möglichkeit, daß es sich für den Mann lohnt, dort zu leben, sollte unternommen werden. Dieser Umweltbereich sollte so sein, daß er es auf sich nimmt, 70 km mit dem Auto zur Arbeit zu fahren, was ich übrigens dann nicht für tragisch halte, wenn man es erträglich gestaltet, sowohl das Hinfahren zur Arbeit wie auch das Leben dort unten.

Bei fortschreitender Entwicklung, meine Damen und Herren, haben Sie einen tripolaren negativ betroffenen Bevölkerungsstamm getroffen, nicht nur den Bauern und den Selbständigen. Lassen Sie sich ausheben, wie viele Arztpraxen mit Kassenpraxis nicht mehr besetzt werden können. Was glauben Sie, warum? Hier sehe ich gefährliche Zusammenhänge mit überproportionaler Förderung. Ich verschweige und leugne nicht, daß die Industrie Schrittmaßdienste zu tun hat. Auch das Hereinbringen eines multigroßen Konzerns ist durchaus wünschenswert. Könnten Sie sich, meine Damen und Herren, vorstellen – vor allem Sie, Herr Bundeskanzler, und Sie, Herr Vizekanzler –, was sich ein Kleingewerbetreibender gedacht haben mag, wenn er Ihre Äußerungen gehört oder gestern gelesen hat, wieviel Sie für die BÜRGES getan haben? Ich bestreite das im übrigen gar nicht.

Wissen Sie, worüber Sie nachdenken sollten? – Ob man vielleicht eine Möglichkeit findet für jenen, der drei Leute beschäftigt und einen vierten beschäftigen möchte, denn der moralische Wert eines Arbeitsplatzes ist nicht multiplikativ zu sehen, sondern von der Tatsache her, daß ein neuer, ein zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen wird. Vielleicht könnten Sie nachdenken, daß man einem solchen Menschen

Graf

vielleicht einmal 50 000 S gibt oder abschreibt, solange er noch Gewinne macht und Steuerzahnen kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich darf zum Schluß kommen, meine Damen und Herren. Es sind nicht die Probleme der Arbeitsplatzsicherung, der Verbesserung der Zahlungsbilanz und der Budgetsanierung als solche, die uns trennen. Unsere Geister scheiden sich an den Methoden zu ihrer Lösung. Das 2. Abgabenänderungsgesetz hat nicht, wie Sie von der Regierung behauptet haben, zur Verbesserung der Zahlungsbilanzsituation geführt.

Hier kann der Herr Minister für Finanzen nur durch eine mittelfristige Strategie, die zu einer Exportinitiative führt, Abhilfe schaffen. Daß der Budgetspielraum mittelfristig wieder erhöht werden muß, haben nun auch Sie zugegeben. Sie sind aber der Mann, der etwas tun kann, damit das geschieht. Sie sollten die Einsicht zu Ihrer Feststellung dazuliefern, daß eine Budgetsanierung nur mittelfristig über eine unterproportionale Zuwachsrate der Ausgaben erfolgen kann. Herr Minister! Ein Stabilhalten der Steuerquote durch eine Lohn- und Einkommensteueranpassung, nicht -senkung. Es handelt sich um eine Anpassung und würde auch den längst fälligen Druck auf eine sparsame Mittelverwendung ausüben.

Wenn die Wirtschaft weiter wachsen und ihre Struktur verbessern und zugleich Energie einsparen und die Umwelt schonen soll, dann erfordert das nach einer Detailstudie des WIFO-Gutachtens eine besonders hohe Investitionsquote. Und die Probleme der achtziger Jahre werden, was auch mit den Worten der Bundesregierung zugegeben wird – aber nur den Worten –, nicht ohne die mittelständische Wirtschaft gelöst werden.

Herr Vizekanzler! Ich erlaube mir, hier Ihren Intimfreund Gratz zu zitieren aus Ihrem Leibblatt, der „AZ“. Er sagte: „Was bei der Industrieansiedlung in Ostösterreich wirklich notwendig ist, ist, daß man auch Mittel- und Kleinbetriebe fördert.“ Er hat recht, der Herr Gratz, nur Sie müßten es tun. Ich weiß auch nicht, ob Herr Gratz es nicht nur sagt, weil er davon nicht betroffen ist. Aber trotzdem, als Empfehlung würde es Ihnen mindestens so viel wert sein wie meine, denn meine bedeutet Ihnen sicher nichts, es ist eine oppositionelle. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: O ja!*) Ich danke.

Aber diesen Worten müßten auch Taten folgen. (*Abg. Dr. Mock: Zum ersten Mal, Herr Bundeskanzler!*) Solche Taten wären, meine Damen und Herren, die Exhumierung des halbbeerdigten Mittelstandsgesetzes beziehungsweise dieses Antrages und ein Gesetz zur Förderung von Existenzgründungen. Und es

wäre gemeinsam zu überlegen, ob eine Gründung von wertschöpfungintensiven Industriebetrieben in entwicklungsschwachen Gebieten durch Beratungs- und Kapitalbeteiligungsgesellschaften zu fördern wäre. Dies wäre im Hinblick auf diese regionalen Schwierigkeiten weiß Gott wünschenswert.

Ich glaube – und ich schließe damit –, all diese Wünsche, die wir gemeinsam haben, können vermutlich nur dann gelöst werden, wenn Ihren Erklärungen Bereitschaften folgen, dann ist an dem gemeinsamen Weg nicht nur der gemeinsame Wunsch vorhanden, sondern auch unsere Mitarbeit. Geben Sie uns die Chance, daß wir glauben können, daß Sie das meinen, was Sie sagen. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Czettel.

Abgeordneter **Czettel** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn der Herr Abgeordnete Graf eingangs zu seinem Diskussionsbeitrag gemeint hat, wir Sozialisten sind angetreten, um die Armut zu beseitigen, und jetzt stellt sich die Situation so dar, daß wir darangehen, alle ärmer zu machen, dann muß ich ihm sagen, daß wir natürlich angetreten sind, die Armut zu beseitigen; das haben wir weitestgehend erreicht.

Nur stellt sich heute die noch verbliebene Armut weitaus anders dar als wie etwa vor 10 oder 20 Jahren. Es ist ein psychologisches und kein materielles Problem mehr.

Wenn Sie, Herr Abgeordneter Graf, vielleicht damit gemeint haben, wenn wir die Armut zur Gänze beseitigt haben, dann wid es einige geben, die weniger haben werden, dann muß ich Ihnen recht geben. Es wird, wenn die materielle Armut zur Gänze beseitigt ist, natürlich in unserer Gesellschaft einige geben, die weniger haben, die aber bei Gott nicht arm sein werden. Aber das ist schließlich der Sinn der Umverteilung und auch der Sinn einer gesellschaftlichen Solidarität. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Die Berichte des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Vizekanzlers kommen in einer Zeit, die weltwirtschaftlich gesehen höchst unsicher erscheint. Betrachtet man die innerösterreichische wirtschaftliche Lage und beurteilt man die Erfolge der österreichischen Wirtschaftspolitik, dann kann man diese internationale Entwicklung ganz einfach nicht unbedacht lassen. Die Verflechtungen der Volkswirtschaften in ihren gegenseitigen Beziehungen bringen eine unvermeidbare internationale Schicksalsgemeinschaft mit sich; eine Schicksalsgemeinschaft, der sich Österreich auch gar nicht entziehen kann.

Czettel

Wenn es trotzdem bisher gelungen ist, dramatische Auswirkungen der weltwirtschaftlichen kritischen Entwicklung auf Österreich zu verhindern, dann sind sicher viele Gründe dafür maßgebend. Aber sicher ist, daß die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung nicht nur mit vielen Maßnahmen dafür gesorgt hat, daß eine kontinuierliche Entwicklung möglich war, sondern daß auch eine wirtschaftsfreundliche Atmosphäre geschaffen werden konnte.

Hohes Haus! Die Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik sind insgesamt, so glaube ich, unbestritten. Die Sicherung der Arbeitsplätze, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, das Bemühen um niedere Inflationsraten und damit um möglichste Stabilität und ein sinnvolles Wirtschaftswachstum, ein Wirtschaftswachstum, das auch sozialen Fortschritt möglich macht, das sind, so lesen und hören wir immer, von allen Parteien und Interessenvertretungen akzeptierte Zielsetzungen.

Diese Zielsetzungen wurden über einen langen Zeitraum erreicht und werden bei Fortführung dieser von der Bundesregierung praktizierten Wirtschaftspolitik auch erhalten werden können.

Natürlich haben dazu viele beigetragen. Es ist gar nichtwegzudiskutieren, daß die Wirtschaftstreibenden in der Industrie und im Gewerbe ihren großen Anteil daran haben, sicher aber auch die Arbeiter und Angestellten, vor allem ihre hochwertige Arbeitsleistung, die im Ausland immer mehr Ansehen gewinnt, aber auch durch ihre Vernunft in der Einkommenspolitik und in der Steuerpolitik und durch ihr Verständnis dafür, daß sich eben in kritischen Zeiten der soziale Fortschritt langsamer zeigt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Für die österreichischen Arbeitnehmer realisiert sich die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in einem wesentlich höheren Maß an sozialer Sicherheit als für Arbeitnehmer in vergleichbaren Industriestaaten. Gestatten Sie mir, um die Dinge wieder ins rechte Licht zu setzen, einiges zu rekapitulieren.

Österreichs Wirtschaft hat 1979, im Jahr des Aufschwungs der westeuropäischen Konjunktur, mit über 5 Prozent ein deutlich über dem europäischen OECD-Durchschnitt liegendes Wachstum des Bruttoinlandsproduktes erzielt. Pro Kopf der Bevölkerung – das hat der Herr Vizekanzler in seinem Bericht gestern schon skizziert – hatte Österreich ein Bruttoinlandsprodukt im Wert von 122 220 \$, das sind umgerechnet 9 140 Dollar gegenüber etwa 7 850 Dollar als Durchschnitt in Westeuropa. Das bedeutet, daß das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 1979 um mehr als 15 Prozent über dem westeuropäi-

schen und um etwa 3 Prozent über dem OECD-Gesamtdurchschnitt lag.

Die Beschäftigung nahm 1979 in Österreich neuerlich um 16 000 zu, und die Arbeitslosenrate sank auf 2 Prozent. Die Zunahme der Verbraucherpreise lag mit 3,7 Prozent im Jahre 1979 in Österreich nicht nur deutlich unter dem OECD-Durchschnitt – er betrug in Europa 9,8 Prozent und in der OECD insgesamt 8,6 Prozent –, sondern sie lag auch unter der Inflationsrate in unserem stabilitätsbewußten Nachbarland, in der Bundesrepublik Deutschland.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Die hohen Inflationsraten in einigen westeuropäischen Ländern haben diesen Ländern keineswegs die Erhaltung der Vollbeschäftigung erleichtert, sondern diese hohen Inflationsraten erwiesen sich immer deutlicher als wesentlichstes Hindernis auf dem Weg zur Vollbeschäftigung.

Im Jahr der westeuropäischen Konjunkturbelebung, 1979, lagen die Arbeitslosenraten in Frankreich und Großbritannien nahe bei 6 Prozent und in Italien knapp unter 8 Prozent. Selbst in der Bundesrepublik Deutschland, wo sich im Vorjahr die Situation auf dem Arbeitsmarkt deutlich verbessert hatte, betrug die Arbeitslosenrate immerhin noch 3,3 Prozent mit einem hohen Anteil an arbeitslosen Jugendlichen.

Daher der Schluß, Hohes Haus, aus diesen Überlegungen: Der österreichischen Wirtschaftspolitik mit ihrer Konzeption der mittelfristigen Gesamtstabilität ist es wie kaum einem anderen Land in Westeuropa gelungen, die klassischen Ziele des magischen Vielecks gleichzeitig zu verwirklichen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Anzahl der Beschäftigten hat in Österreich seit 1970 um nahezu 400 000 und seit 1975 um etwa 120 000 zugenommen. Mit dieser Expansion von durchschnittlich einem Prozent, seit dem Jahr 1975 jährlich ein Prozent, hält Österreich in Westeuropa eine Spitzenstellung.

Die kräftige Zunahme der Beschäftigung und die Erhaltung der Vollbeschäftigung standen unter besonderen Bedingungen, die seit Mitte der siebziger Jahre vorherrschen, nämlich die starke Dämpfung der internationalen Konjunktur, der Trendbruch in der mittelfristigen Rate des Wirtschaftswachstums fallen zeitlich zusammen mit einem kräftigen Wachstum des Arbeitskräfteangebots auf Grund demographischer Faktoren und steigender Erwerbsneigung.

Daß es seit nunmehr länger als einem halben Jahrzehnt in Österreich gelungen ist, unter solchen Bedingungen die Vollbeschäftigung zu

Czettel

halten, ist ein Erfolg, der in Westeuropa ohne Beispiel ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wenn wir den Blick in die Zukunft richten, so zeigt die jüngst veröffentlichte Vorschau des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen auf die Arbeitsmarktentwicklung bis zum Jahr 2000, daß die kräftige Zunahme des Arbeitskräfteangebots noch bis etwa 1986 anhalten wird. Bis dahin wird die Zahl der unselbstständig Erwerbstätigen auf zirka 3 020 000 ansteigen. Danach jedoch wird sich der Anstieg des Arbeitskräftepotentials stark verflachen; ab Mitte der neunziger Jahre wird die Tendenz rückläufig sein.

Der Beirat schätzt, daß es bei einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent bis 1986 kaum zu Arbeitsmarktproblemen kommen wird. Liegt aber das Bruttoinlandsproduktwachstum wesentlich darunter, so wäre allerdings mit einer steigenden Arbeitslosenrate zu rechnen.

Meine Damen und Herren! Es zeigt sich einmal mehr die Schlüsselrolle des sekundären, also des gewerblich-industriellen Sektors für die Beschäftigung. Da die Aufnahmekapazität des Dienstleistungssektors begrenzt ist, wird es vor allem vom Wachstum des gewerblich-industriellen Sektors abhängen, ob die Vollbeschäftigung mittelfristig erhalten werden kann.

Die Bedeutung der Anpassung der österreichischen Wirtschaftsstruktur an die veränderten Rahmenbedingungen wie die knappen Ressourcen oder die Verlagerung von Produktionen in Niedriglohnländer hat verstärkt zu Diskussionen um neue Strukturen geführt.

Die Bundesregierung hat dabei die Bedeutung von Forschung und Entwicklung und die Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen für die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit, insbesondere der Industrie, voll erkannt. So weist die kürzlich veröffentlichte Studie „Ausblick auf die achtziger Jahre“ darauf hin, daß sich der Anstieg der Forschungs- und Entwicklungsaufgaben in Österreich zwischen 1971 und 1978 auf 162 Prozent belaufen hat, während etwa in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden die Steigerung bedeutend niedriger war. In der Bundesrepublik war hier eine Steigerung um 52 Prozent im gleichen Zeitraum und in den Niederlanden um 111 Prozent.

Hohes Haus! Diese Ausgaben umfassen natürlich auch die öffentlichen Aufwendungen, die insbesondere im Bereich der angewandten Forschung und Entwicklung stark gesteigert wurden. Schwerpunkt dabei war die Förderung der Fertigungsüberleitung. So hat man – hören wir – für 1980 trotz angespannter Budgetlage

eine außerordentliche Zuwendung im Rahmen eines Budgetüberschreitungsgesetzes in Aussicht gestellt.

Meine Damen und Herren! Ein gravierendes Problem in der Bewältigung des Strukturwandels ist die Schließung der Risikolücke zwischen Forschung und Entwicklung und Markteinführung. Hier ist in den letzten Jahren durch die Ausweitung des Budgets des Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft – das hat der Herr Bundeskanzler auch erklärt – einiges geschehen. Dennoch sollte überlegt werden, inwieweit durch die Übernahme von Haftungen und die Bereitstellung von niedrig verzinsten Krediten für Investitionen in der Innovationsphase im weitesten Sinne der Strukturwandel erleichtert oder beschleunigt werden kann.

Die Bundesregierung hat aber auch in einer anderen Richtung versucht, die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung und die Innovation zu erleichtern. So soll das in Diskussion stehende Forschungsorganisationsgesetz einen Wissenschaftsrat schaffen, der unter anderem technologische Schwerpunktgebungen vornehmen könnte. Damit wäre ein effizienterer Einsatz knapper Mittel möglich. Das heißt aber nicht, daß wir hier Lenkungsmaßnahmen wollen, sondern daß wir wie in anderen westeuropäischen Staaten, etwa der Bundesrepublik Deutschland, jene Bereiche fördern, die andernfalls von den Unternehmen nicht aufgegriffen werden. Es geht, wenn Sie wollen, um die Ausfüllung jenes Raumes, der in anderen Staaten etwa durch militärische Forschung und Entwicklung abgedeckt wird.

Eines wird sich aber, wenn wir den Strukturwandel bewältigen wollen, in den Unternehmen ändern müssen: die oft mit Kleinkrämermentalität durchgeführte Entwicklungspolitik. Heute wird sehr oft aus unverständlichem Konkurrenzdenken jede Kooperation auf dem Gebiet der Entwicklung neuer Produkte abgelehnt.

Es liegt daher bei den Damen und Herren aus der Wirtschaft, einen Klimawechsel herbeizuführen. Daher sollte auch der vom Herrn Bundeskanzler erwähnte Beitrag der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zur Technologieförderung möglichst schnell erfolgen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Aber nicht nur die Förderung von Forschung und Entwicklung im universitären wie im weitesten Sinne außeruniversitären Bereich bietet Impulse zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. Einen weiteren Schwerpunkt stellen die Versuche zur Stärkung des industriell-gewerblichen Sektors und damit der Vollbeschäftigung

Czettel

dar. Wenn zum Beispiel immer wieder versucht wird – und es ist wieder angeklungen –, das sogenannte General-Motors-Projekt als einzige und überzogene Maßnahme der Industrieförderung darzustellen, so muß dem entgegengehalten werden, daß allein im Rahmen des Gewerbe- strukturverbesserungsgesetzes 1979 ein Kreditrahmen gefördert wurde, der um zirka 50 Prozent über dem des Jahres 1978 lag.

Auch die Zinsstützungsaktion des Bundes 1978 ist schwerpunktmaßig auf strukturverändernde Investitionen abgestellt. Auch hier haben mittlere Unternehmen eine Unterstützung für ihre Investitionen gefunden.

Meine Damen und Herren! Letztlich aber gelten auch die Bemühungen, die Errichtung von Großprojekten zu fördern, dem Ziel, österreichischen kleineren und mittleren Unternehmen die Zuliefermöglichkeit für ihre Produkte an solche Großunternehmen zu erleichtern. Damit kann den kleineren Unternehmen das Exportrisiko, teilweise aber auch der Aufbau eines weitverzweigten Vertriebsnetzes abgenommen werden.

Wie wichtig das ist, haben sowohl der Bericht des Herrn Bundeskanzlers als auch der des Herrn Vizekanzlers gestern vormittag ganz deutlich gezeigt.

Hohes Haus! Bei allen Bemühungen, den Strukturwandel zu bewältigen und ein Vollbeschäftigungsniveau, das der Qualifikation der österreichischen Arbeiter und Angestellten entspricht, zu halten, werden wir darauf achten müssen, die in vielen entwickelten Industriestaaten eingetretene technologische Arbeitslosigkeit wie bisher zu vermeiden.

Wenn die gestern erschienenen Tageszeitungen über den Fortschritt zur Lösung der Probleme im Bereich der öffentlichen Telephonie berichtet haben, so kann ich hier nur hinzufügen, daß die Art und Weise, wie man an die Lösung dieses Problems in einem der technologisch am weitesten fortgeschrittenen Bereiche herangegangen ist, ein Beweis dafür ist, wie durch den technologischen Fortschritt bedingte Arbeitslosigkeit verhindert werden kann. Den entscheidenden Anstoß dazu – und auch das soll hier im Hohen Haus festgehalten werden – hat die Bundesregierung geleistet.

Hohes Haus! Mit allen Aktionen des Bundes wurde das zentrale Moment, nämlich die Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung, weiter stark betont. Gefährdet wird das günstige Wirtschaftsklima derzeit durch die Entwicklung des Zinsniveaus. So sind die Kreditkosten für langfristige Industriekredite, die zur Finanzierung gerade jener Investitionen notwendig sind, die den Strukturwandel begünstigen sollen,

international gesehen viel zu hoch. Vom österreichischen Kreditapparat ist daher eine Berücksichtigung industrie-politischer Belange zu fordern. Ich will hinzufügen: Das gilt auch für die Wohnbaufinanzierung, wo derzeit das Kreditkostenniveau bei 10,5 Prozent liegt. Damit wird die gesamte Finanzierung für die Wohnraumbeschaffung wesentlich erschwert.

International gesehen sind die Zinssätze bereits stark abgebrockelt. In der Bundesrepublik Deutschland liegt das Niveau derzeit bei 8,25 Prozent.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Sicherlich ist es so, daß wirtschaftspolitische Fragen nicht nur Sachfragen sind. Hinter jeder Wirtschaftspolitik steht eine Philosophie, und die kann man akzeptieren oder eben nicht akzeptieren. Aber hier muß man feststellen: Die in den letzten zehn Jahren praktizierte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung findet in hohem Maße die Zustimmung der österreichischen Arbeiter und Angestellten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

In der nahen Zukunft wird es wieder darauf ankommen, das gute Investitionsklima zu erhalten, die bestehenden Chancen der österreichischen Wirtschaft in der Welt zu nutzen, mehr zu forschen und mehr zu entwickeln, um so den notwendigen Strukturwandel zu bewältigen.

Dazu ist es aber auch notwendig, meine Damen und Herren, den sozialen Frieden, um den uns die ganze Welt beneidet, zu erhalten. Lizitation und Forderungen nur aus Opportunitätsgründen können diesen Weg nur stören und den sozialen Frieden und das hohe Maß an sozialer Sicherheit, das wir uns in den vergangenen Jahrzehnten selbst erarbeitet und erworben haben, gefährden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Czettel, hat durchaus zu Recht von der gegenwärtig in Westeuropa herrschenden günstigen Konjunkturlage gesprochen. Und es ist für den Bericht der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Lage zweifellos so etwas wie ein glücklicher Umstand, daß wir diese verhältnismäßig günstige Konjunkturlage in Europa haben. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Man muß aber sagen – vielleicht kann man es in einem Bild ausdrücken –, daß dicht unter der verhältnismäßig glatten Wasserfläche einer guten Konjunkturlage wie Haifische die gefährlichen Probleme lauern, von denen man heute

Dr. Stix

nur die Spalten der Flossen erkennen kann. Es sind das die ganz großen Probleme, die die Diskussion im Hinblick auf die achtziger Jahre beherrschen: mögliche Rezession, mögliche Arbeitslosigkeit, im Gang befindliche Energiekrise und zunehmende Staatsverschuldung.

Die Jahreszahl 1980 lädt natürlich dazu ein, Prognosen aller Art und Vorausschauen auf das kommende Jahrzehnt zu wagen. Wir haben in jüngster Zeit zwei derartige Veranstaltungen auf der politischen Bühne miterlebt, die eine von sozialistischer Seite nannte sich: „Weltwirtschaft in den achtziger Jahren“, die Parallelveranstaltung von der anderen Seite hieß: „Die Wirtschaft in den achtziger Jahren“.

Gewissermaßen nach diesen Vorspielen folgten gestern nun die beiden Berichte des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Vizekanzlers. Die Engländer haben für alle derartigen Versuche ein sehr nettes Sprichwort, das sinngemäß übersetzt etwa besagt: Solche Prognosen bedeuten nichts anderes als den Versuch, mit der Stange im Nebel zu röhren.

Ein Beispiel dafür, wie man mit Prognosen, die von sehr vielen Experten unterstützt werden, dennoch bei der Einschätzung einer Lage danebenhauen kann, verdanken wir der zusammenfassenden Darstellung von Kramer in dem ausgezeichneten „Ausblick auf die achtziger Jahre“ des Wirtschaftsforschungsinstituts. Kramer schreibt dort über die Prognosen ein Jahrzehnt zuvor: „Die ... OECD veröffentlichte vor 10 Jahren eine Projektion der Wirtschaftsentwicklung ihrer Mitgliedsstaaten ... Darin waren die versammelten Experten anzunehmen geneigt, daß die wirtschaftliche Entwicklung der vorangegangen 25 Jahre keine historische Ausnahmesituation, sondern zumindest noch für einige Zeit selbstverständlich sei.“

Dann fährt Kramer fort: „Schlimmer als die quantitative Fehleinschätzung wiegt die fast völlige Verkennung der wirtschaftspolitischen Probleme, mit denen die Industriestaaten im letzten Jahrzehnt konfrontiert wurden: nicht nur die Wachstumsabschwächung als solche, sondern vor allem ihre Ursachen, Begleit- und Folgeerscheinungen wurden nicht einmal schemenhaft erkannt.“

Das ist im Rückblick ein vernichtendes Urteil über jene Prognosen, die man damals, verleitet von der runden Zahl 1970, über die beginnenden siebziger Jahre gestellt hatte. Wir können daraus nur die Lehre ziehen, daß alle Voraussagen mit größter Vorsicht zu bewerten sind. Das gilt besonders auch für den Bericht der Bundesregierung, der immer noch mit reichlich viel Optimismus garniert ist; ein Optimismus, den wir Freiheitlichen in wichtigen Passagen nicht zu teilen vermögen.

Es ist unmöglich, in einer gerafften Stellungnahme auf die Fülle der durchaus zu Recht angeschnittenen Probleme einzugehen. Ich möchte daher den Versuch unternehmen, punktuell das eine oder andere herauszugreifen und etwas genauer zu behandeln, um die Unterschiede zu markieren zwischen der Sicht der Dinge von seiten der sozialistischen Fraktion dieses Hauses und von seiten der Freiheitlichen Partei.

Ich komme noch einmal auf das schon so oft hier herangezogene Beispiel des General-Motors-Motorenwerk zu sprechen. Ich möchte gleich vorausschicken, was wir auch bei der seinerzeitigen Fachdebatte dazu deponiert hatten: Wir haben nichts gegen General Motors, wir haben nichts gegen die Zusammenarbeit mit Multis, aber es geht um das Ausmaß der Schwerpunktbildung.

Nun hat der Herr Vizekanzler auch in seinem Bericht wieder dieses Motorenwerk angezogen als ein Beispiel, wie viele österreichische Arbeitsplätze damit geschaffen werden können. Aber auch der erwartete Beitrag zur Entlastung der Außenhandelsbilanz wurde erwähnt. Er glaubt, daß sich hier ein Nettoexporteur etablieren werde.

Man verläßt sich praktisch auf die langfristige Planung des größten Unternehmens der Welt, eines Bestandteils der US-Autoindustrie. Aber wie schaut es denn gegenwärtig dort aus? – Fazit ist, daß gegenwärtig die gesamte US-amerikanische Autoindustrie auf der Nase liegt oder, anders ausgedrückt, auf über einer Million unverkaufter und unverkäuflicher Neuwagen sitzt.

Wie konnte das passieren? – Dies ist ein Industriezweig, der zweifellos über alle Instrumentarien der Marktforschung verfügt und sie sicherlich auch genutzt hat, wo zweifellos befähigte Manager ihre Schlüssefolgerungen daraus gezogen haben, und das Fazit war dennoch eine falsche Einschätzung der Marktentwicklung, ein Vorbeiproduzieren am Markt. So etwas wird immer wieder passieren. Es gibt dagegen kein Patentrezept. Aber wir Freiheitlichen leiten eben aus dieser Beobachtung unsere Warnung ab und sagen: Vorsicht, nur auf einige wenige Großprojekte zu setzen, seien es Konzerne, seien es Multis, denn das kann furchterlich ins Auge gehen.

Der ganze Bericht der Bundesregierung, sowohl der des Herrn Bundeskanzlers als auch der des Herrn Vizekanzlers, verrät sehr wohl die Neigung zu einer gewissen Gigantomanie, um nicht zu sagen Großmannssucht. Es zieht sich wie ein roter Faden die Tendenz hiedurch, sich bei den Förderungsprojekten auf einige wenige

Dr. Stix

Großprojekte abzustützen, hauptsächlich mit Großkonzernen zusammenzuarbeiten. Ich sage noch einmal: Nichts gegen die Zusammenarbeit mit Großkonzernen, schon gar nichts gegen die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene, aber diese einseitige Ausrichtung mit einer ungeheuren Allokation und Konzentration der Finanzmittel ist und bleibt nach freiheitlicher Auffassung ein gefährliches Spiel, das die Bundesregierung betreibt. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Das gilt umso mehr, als wir doch, Herr Vizekanzler, in Österreich ganz andere Erfahrungen gesammelt haben. Alle Fachleute sind sich doch darüber einig, daß Österreich die schwere Rezession der Jahre 1974 und mehr noch 1975 hauptsächlich deswegen so gut überstanden hat, weil sich unsere klein- und mittelbetrieblich strukturierte Wirtschaft als ein sehr elastisches und anpassungsfähiges Netz erwiesen hat.

Gerade im Lichte dieser Erfahrungen aus der Bewältigung der Rezession der genannten Jahre 1974/75 wäre die logische Strategie abzuleiten, daß man dieses breitgestreute, anpassungsfähige, flexible Netz an Mittel- und Kleinbetrieben in breitgefächterter Form unterstützt, daß man ihm in breitgefächterter Form hilft, die notwendigen Umstrukturierungen, Umgliederungen und Innovationen durchzuführen.

Ich glaube, wir haben hier einen Anschauungsunterricht erlebt, dessen Bedeutung zuwenig gesehen wird. Es hat sich nämlich die österreichische Wirtschaft, und zwar genauso wie sie jetzt strukturiert ist, als enorm anpassungsfähig erwiesen. Man sollte diese Anpassungsfähigkeit zum Ausgangspunkt einer wirklichen innovatorischen Strategie machen.

Bleiben wir gleich beim Thema Anpassungsfähigkeit. Mir scheint dieser Begriff das Schlüsselwort für die achtziger Jahre zu sein, denn so sehr die einzelnen Vorausschauen auch differieren mögen in ihren Prognosen und Einschätzungen der kommenden Dinge, in einem Punkt stimmen sie alle überein: Wir werden in den achtziger Jahren große Umstellungen und Veränderungen aller Art erleben. Das einzig entscheidende, um sich darauf vorzubereiten, ist, die Anpassungsfähigkeit zu erhalten und nach Möglichkeit zu verbessern. Das gilt für zwei Bereiche. Das gilt für den Bereich der Unternehmungen und Betriebe einerseits, das gilt aber genauso auf der anderen Seite für die Wirtschaftspolitik, denn das Zusammenspiel beider ist notwendig.

Dazu ist aber für die Wirtschaftspolitik das wichtigste Grunderfordernis, sich den Handlungsspielraum offenzuhalten und nach Möglichkeit noch zu erweitern. Hier, Herr Vizekanz-

ler und Finanzminister, setzt unser freiheitlicher Hauptvorwurf ein. Diesen notwendigen Handlungsspielraum für die achtziger Jahre haben Sie durch Ihre expansive Schuldenpolitik in den siebziger Jahren vorzeitig aufgebraucht und vertan.

Herr Dr. Androsch gibt das ja auch zu, wenngleich in nicht sehr breit ausgeführten Worten. So liest man auf Seite 25 seines Berichtes folgendes:

„Diese Entwicklung sowohl der Einnahmen als auch der Ausgaben hat dazu geführt, daß der Spielraum für den Einsatz des Budgets bei Konjunkturschwächen geringer ist als 1974. Bei der gegebenen unsicheren Wirtschaftslage ist eine Erweiterung des Spielraumes unbedingt erforderlich.“

Da kann man nur sagen: können vor Lachen. Und das hängt mit Ihrem Verhalten in den siebziger Jahren zusammen. Wir kennen aus den Hard-selling-Methoden vor allem der Amerikaner einen Spruch, der in Westeuropa und auch bei uns fleißig praktiziert wurde. Man hat versucht, dem Kunden alles anzudrehen, nach dem Motto: Kaufe jetzt, zahle später! Das hat natürlich für den Konsumenten unter anderem dann, wenn sich seine Einkommenssituation nicht wie erwartet entwickelt hat, fatale Folgen gezeitigt. Und dann stellt sich halt die Frage: Wann ist denn der Preis zu bezahlen?

Herr Finanzminister, genauso haben Sie sich in den siebziger Jahren verhalten. Sie haben sich verhalten wie ein Konsument, der dem Werbeslogan folgte: Kaufe jetzt, zahle später! Das „zahle später“ hat sich in der exorbitanten Ausweitung der Staatsschulden niedergeschlagen. Das wird sich in den kommenden Jahren rächen, und es wird sich, so fürchten wir, in den kommenden Jahren genau zur Unzeit die Frage stellen: Ist jetzt der Preis für die siebziger Jahre zu bezahlen?

Auf noch einem anderen Gebiet, Herr Vizekanzler, wird Ihr Handlungsspielraum enger, Stichwort Hartwährungspolitik. Ich will gar nicht groß dafür sprechen oder dagegen polemisieren. Tatsache ist jedenfalls, daß Sie sich, Herr Dr. Androsch, in Ihrem Bericht für eine Fortsetzung dieser Hartwährungspolitik, dieser Politik des teuren Schillings starkgemacht haben. Abér auch hier werden in Wirklichkeit die Grenzen einer solchen Politik sichtbar. Die Zahlen der Zahlungsbilanz sprechen für sich. Das Loch in dieser wird ständig größer.

Aber auch im Bericht des Wirtschaftsforschungsinstituts finden wir eine unüberhörbare Warnung; auf Seite 263 schreibt Kramer dazu:

„Die Mehrheit der Ökonomen in diesem Land

Dr. Stix

ist auch darüber einig, daß ein weiterer Nachholbedarf an realer Aufwertung des Schillings kaum mehr bestehen dürfte. Damit verliert die Aufwertungspolitik, die bis 1979 betrieben wurde, ihre Kraft als Instrument der Strukturveränderung und der Stabilisierung von Kosten und Preisen.“

Eine Warnung, Herr Finanzminister, von seiten der Wirtschaftsexperten und auch – diesen Schluß ziehe ich daraus – ein deutliches Signal dafür, daß Ihr wirtschaftspolitischer Handlungsspielraum auf gefährliche Art und Weise immer enger wird.

Das zentrale Thema in der gesamten Diskussion um die weitere Wirtschaftsentwicklung kreist bekanntlich um den Begriff des Wirtschaftswachstums: Wird es ein solches geben, kann es ein solches noch geben, wieviel ist, wenn überhaupt, noch möglich? Brauchen wir Wirtschaftswachstum, oder sollen wir darauf verzichten? All diese Fragen werden in vielfältiger Form gestellt und treffen auf durchaus unterschiedliche Antworten. Beispielsweise nehme ich mir die „AZ“ vom 31. Mai vor, wo schon im Titel zum Ausdruck kommt: „Nullwachstum wäre Verhängnis“, und wo dann WIFO-Chef Seidel zitiert wird, der bei der Präsentation seiner Studie erklärte: „Länder mit Nullwachstum haben mit starken sozialen Konflikten zu kämpfen.“

Auch die Sozialpartner sind sich darin einig, daß wir ein Wirtschaftswachstum brauchen. Ich entnehme dem ÖGB-Nachrichtendienst in etwa die Zahlen, die auch mein Vorrredner, der Herr Abgeordnete Czettel, schon erwähnt hat. Mir geht es aber hier darum, sie im Zusammenhang mit dem Thema Wirtschaftswachstum zu beleuchten, und daher vielleicht noch einmal ganz kurz: „Es wurde festgestellt, daß es – um eine größere Arbeitslosigkeit zu vermeiden – notwendig sei, bis 1986 180 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Möglichkeit dazu hängt eng mit dem Wirtschaftswachstum zusammen.“ Es folgt dann die Auseinandersetzung mit einigen Varianten eines solchen Wirtschaftswachstums.

Die große Frage, die aber nach wie vor ungeklärt im Raum steht, lautet: Ist Wachstum überhaupt möglich, wieviel Wachstum ist möglich? Droht uns Nullwachstum? Was können oder sollen oder dürfen wir machen?

Dazu möchte ich in knapper, aber pointierter Form die freiheitliche Auffassung darlegen. Es ist nämlich gar nicht so schwer, die Antworten zu finden, wenn man an das Problem mit systematischer Fragestellung herangeht.

Beginnen wir mit einer negativen Standortbestimmung: Welches Wachstum ist auf die Dauer

nicht möglich? Und dann sieht man, dieses ist nicht möglich, wenn nicht regenerierbare Rohstoffe bis zur Erschöpfung abgebaut werden, wenn nicht regenerierbare Energiequellen bis zur Erschöpfung ausbeutet werden, wenn der Lebensraum im engeren Sinn zerstört wird, wenn im weiteren Sinne die Biosphäre vergiftet oder zerstört wird und schließlich wenn das Großklima als Folge technischer Verfahren – zum Beispiel Energieeinsatz – wesentlich verändert wird.

Sie können es gerne nachprüfen, Sie werden draufkommen, daß das eine im wesentlichen vollständige Negativliste jener Art von Wachstum darstellt, die nicht möglich ist.

Aber – und nun das Positive – man kann sehr wohl schlussfolgern, daß jede Art von Wachstum möglich erscheint, die diese negativen Kriterien vermeidet. Das ist nicht nur eine leere Worthülse, sondern das läßt sich auch positiv mit Inhalt füllen. Das heißt: Jedes Wachstum ist weiterhin möglich, das statt Erschöpfung nicht regenerierbarer Rohstoffe deren Wiederverwendung und rechtzeitige Substituierung betreibt, statt Erschöpfung nicht regenerierbarer Energiequellen die Verwendung erneuerungsfähiger Energiequellen heranzieht, statt einer Zerstörung des Lebensraumes bewußt Landschafts- und Umweltschutz betreibt, statt Vergiftung der Biosphäre Bedacht nimmt auf das ökologische Gleichgewicht und schließlich keine übertriebene Energieverwendung zuläßt, wenn sich dadurch das Großklima zu verändern droht.

Ich will es hier nicht im einzelnen durch Beispiele erhärten und belegen. Aber nach freiheitlicher Auffassung ist ein derart qualitativ verändertes, sinnvolles Wirtschaftswachstum durchaus möglich und damit die echte Chance gegeben, bei einer Ausrichtung auf diese Wege die an uns heranrückenden Probleme der Zukunft zu meistern. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir Freiheitlichen wollen das. Wir Freiheitlichen wollen die Art des weiteren Wachstums verändern. Das geht natürlich nur mit gewaltigen Innovationen; mit Innovationen, die sich auf sehr viele Bereiche aufsplitteln und letztlich in ihrer Gesamtheit unüberschaubar sind.

Daher noch einmal auch das schon erwähnte Problem, die Gefahr einer Einseitigkeit zu großer Schwerpunktbildung. Viel besser, ein breites vorhandenes Netz, das Flexibilität bewiesen hat, dafür heranzuziehen.

Was wir brauchen, ist eine Neuerungsoffensive! Darüber hätten wir im Bericht der Bundesregierung gerne mehr vernommen. Es hat freilich auch Dr. Androsch von einer Innovationsstrategie gesprochen, nur bleibt er

Dr. Stix

uns das dazu passende Konzept im einzelnen schuldig.

Wenn ich mir noch einmal vergegenwärtige, was der Herr Abgeordnete Czettel hier gesagt hat, dann fällt mir auf, daß er mit einer gewissen Berechtigung etwa von der Lücke zwischen Erfindung und Forschung einerseits und jenem Zeitpunkt gesprochen hat, da ein neues Produkt die Marktreife erlangt hat.

Natürlich bedürfte es dazu einer Fülle von Maßnahmen, aber diesbezüglich enthält der Bericht der Bundesregierung sehr wenig. Vor allem bleibt die ganz wichtige Frage der Finanzierungskosten offen. Ich höre wohl die Absichtserklärung des Herrn Finanzministers. Er sagt in etwa, das Zinsniveau sei in Anbetracht der Umstände so niedrig wie möglich zu halten.

Aber, Herr Finanzminister, warum tun Sie nicht das dazu, was Sie dazu tun könnten? Es liegt seit längerem der freiheitliche Initiativvorschlag zur Abschaffung der Kreditsteuer hier im Parlament. Und die Kreditsteuer wäre ein wirtschaftspolitischer Beitrag zur Verringerung der Kredit- und damit der Finanzierungskosten. Warum, Herr Finanzminister, greifen Sie diese freiheitliche Anregung nicht auf?

Wir werden diese Probleme der Finanzierungskosten, der mangelnden Eigenkapitalausstattung in den nächsten Jahren massiv zu spüren bekommen, denn ein noch so guter Wille zur Strukturpolitik, eine noch so oft und auch persönlich glaubhaft erklärte Neuerungsstrategie werden nicht durchsetzbar sein ohne das benötigte Kapital und, wenn es nicht Eigenkapital ist, ohne entsprechend tragbare Kosten für die Fremdfinanzierung.

Ich möchte aber dieses Kapitel Innovationen auch noch einmal beleuchten mit einer Aussage Kramers aus dem Wirtschaftsbericht; eine Äußerung, die auch zu denken geben soll und die eine Mahnung beinhaltet, wenn Kramer schreibt: „Zum anderen muß man zur Kenntnis nehmen, daß Österreich in Zukunft ungefähr ebensoviel an Innovationen aller Art selbst entwickeln muß, wie es aus dem Ausland einführen kann.“

Da sind wir wieder bei den Unterschieden in den Auffassungen zwischen sozialistischer und freiheitlicher Innovationspolitik.

Ein ganz wichtiger Bereich in den Innovationen ganz allgemein ist die Energie. Aber wir haben gestern ausführlich über die Fragen der Energiepolitik gesprochen. Ich möchte daher heute nicht mehr auf die Einzelheiten eingehen. Vielleicht nur ein kurzes Zitat aus einer Schweizer Tageszeitung, das sehr gut die Möglichkeiten beleuchtet, die Österreich auf

diesem Gebiet noch hat. Nach einem anerkannten Bericht über die österreichische Wirtschaft heißt es unter anderem:

„Es gehe vielmehr gerade darum, in Österreich eine eigentliche ‚Zukunftsindustrie‘ zu etablieren mit hoher Wertschöpfung, aber niedrigem Rohstoff- und Energieverbrauch. Daß dies theoretisch und praktisch möglich sei, erhelle etwa aus dem Beispiel der Schweiz, wo pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts heute schon um ein Drittel weniger Energie verbraucht werde als in Österreich.“

Da kann man nur sagen: Merk's Wien. Ein Drittel weniger Energie als in Österreich pro Einheit des Sozialprodukts in der Schweiz. Allein dieser Vergleich zeigt die Größenordnungen, in denen sich unsere Probleme, aber auch unsere Chancen bewegen.

Zur Energie darf ich zusammenfassend nur noch einmal die Auffassung der Freiheitlichen Partei wiederholen: Wir sehen in der Entwicklung und Umstellung auf neue Alternativtechnologien die ganz große Chance, auf ein sinnvolles Wachstum umzuschwenken und dadurch die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. (*Beifall bei der FPÖ*)

Die wirtschaftliche Entwicklung führt ganz fraglos zu immer mehr und immer engerer weltwirtschaftlicher Verflechtung. Da wäre es nun reizvoll, die im gestrigen Bericht der Regierung enthaltene weltwirtschaftliche Tour d'horizon des Herrn Bundeskanzlers nachzuvollziehen und zu kommentieren.

Das ist natürlich zu zeitraubend im Rahmen einer ersten Stellungnahme. Aber lassen Sie mich vielleicht eine Ergänzung versuchen und vornehmen.

Im Bericht der Bundesregierung wird die Tendenz sichtbar, Erfolge der österreichischen Gesamtwirtschaft letztlich sich selber, also der Bundesregierung, zuzurechnen. Und inwieweit dies angebracht erscheint oder nicht, zeigt, wenn man einen Blick auf die beachtenswerte Sonderstellung dreier Länder in Mitteleuropa wirft. Ich meine damit die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz. All diese drei Länder stehen wirtschaftlich gut da, all diese drei Länder zeichnen sich aus durch Stabilität, durch einen guten Beschäftigungsstand, durch Wachstum; sie stehen im Spitzenfeld der OECD-Länder.

Auch Androsch hat diesen Umstand einmal hervorgehoben, und zwar in einem „NZ“-Gespräch am 15. Juni 1980, als er etwa antwortete: „... die Bundesrepublik, die Schweiz und Österreich. Das sind die stabilsten Länder, die Hartwährungspolitik, eine vernünftige Einkom-

Dr. Stix

menspolitik und eine entschlossene Strukturpolitik betreiben.“

Ich zitiere dies nur deswegen, um einen unverdächtigen Zeugen beizuziehen, wenn ich nun meinerseits diese Sonderstellung der drei genannten Länder betrachte. Es ist nämlich eines interessant: Sie haben in etwa die gleich gute wirtschaftliche Entwicklung, obwohl sie durchaus verschiedene Regierungsmodelle haben, obwohl sie durchaus unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen aufweisen und obwohl auch ihre Integrationslage differenziert ist. Vor allem aber betreiben diese drei Länder unterschiedliche Politiken. Ob es in der Schweiz eine konservativ-freisinnige Politik, in Bonn eine liberal-soziale Politik oder, wenn Sie wollen, sozial-liberale Politik oder in Österreich die sozialistische Alleinregierung ist, es sind markante Unterschiede in der jeweiligen Politik dieser drei Länder festzustellen. Und das erstaunliche ist nun doch, daß sie in ihren wirtschaftlichen Ergebnissen annähernd gleich dastehen.

Das deutet meines Erachtens darauf hin, daß eben beim Zustandekommen dieser wirtschaftlichen Ergebnisse durchaus noch andere Faktoren eine Rolle spielen.

Ich ziehe für mich jedenfalls den Schluß daraus, daß die Sonderstellung dieser drei Länder zeigt, daß die einfache Gleichung, die im Bericht der Bundesregierung versucht wird, die einfache Gleichung nämlich, eine gute Wirtschaftslage beweise die gute Wirtschaftspolitik der sozialistischen Alleinregierung, eben nicht genügt. Dies zeigt der Drei-Länder-Vergleich Westdeutschland, Schweiz und Österreich auf.

Weil wir mit unseren Überlegungen gerade in Mitteleuropa sind, kurz noch eine Bemerkung zu den Fragen, die der Herr Bundeskanzler rund um die EFTA angeschnitten hat. Er hat sich ja anlässlich des 20. Jahrestages der EFTA für einen Brückenschlag zur EG, für eine Forcierung der Verbindungen, für eine engere Verflechtung ausgesprochen.

Freilich gibt es da Widerstände. So entnehme ich einem Bericht der „Salzburger Nachrichten“ vom 17. Mai: „EFTA wird keine supranationale Gemeinschaft“. Dort wird im näheren ausgeführt, welche Länder, welche Mitgliedstaaten der EFTA mehr für eine engere Kooperation mit der EG sind und welche sich dagegen sträuben. Da sieht man also, daß dieser vom Herrn Bundeskanzler deponierte Wunsch durchaus auch auf Widerstände stößt.

Aber aus freiheitlicher Sicht muß ich betonen – und darauf legen wir in diesem Zusammenhang größten Wert –: Unbeschadet sonstiger Meinungsverschiedenheiten unterstützt die

Freiheitliche Partei alle Bemühungen, die zu einem engeren Zusammenrücken Europas führen. (Beifall bei der FPÖ.)

Die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Dimensionen haben, ob man das will oder nicht, Weltmaßstab angenommen.

Für alle westlichen Industrieländer gilt, was in einem Vortrag Hans Tietmeyer aus dem deutschen Wirtschaftsministerium ausgeführt hat. Ich darf dies aus den „Oberösterreichischen Nachrichten“ vom 6. Mai 1980 zitieren:

„Um dem Absturz in eine tiefe Rezession zu entgehen, müßten heute andere Methoden angewendet werden, meint Tietmeyer. Neben der vorrangigen Kontrolle der Inflation dürften nicht die vor 6 Jahren expansiven Konjunkturprogramme in Gang gesetzt werden, die auf der falschen Voraussetzung aufbauen, daß nach Ende der Abschwächung die Wirtschaftsstruktur unverändert bleiben könne. Vielmehr müßten die Wirtschaften der Industrieländer in einer Offensive weg vom Öl' und ihre Produktionsstruktur dem veränderten Weltmarkt anpassen. Das verlange, daß weniger hochwertige Produktionen industriellen Schwellenländern überlassen werden, Protektionismus vermieden wäre, die Flexibilität von Kapital und Arbeit erhöht und neue Technologien verstärkt aufgegriffen würden.“

Dem ist kaum noch etwas hinzuzufügen. Damit sind selbstverständlich auch unsere österreichischen Probleme angesprochen.

Wir Freiheitlichen gehen mit der Sorge in die achtziger Jahre, daß in diesen für die Schuldenpolitik der sozialistischen Regierung während der siebziger Jahre bezahlt werden muß.

Wir gehen aber auch mit der Hoffnung in die achtziger Jahre, daß die lebenskräftige Wirtschaft Österreichs ihre in der Vergangenheit gezeigte Anpassungsfähigkeit auch in der Zukunft beweisen wird. Der österreichischen Wirtschaft dabei auf jede mögliche Art und Weise zu helfen bleibt das wirtschaftspolitische Anliegen der Freiheitlichen Partei. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister für Finanzen. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Dr. Androsch: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf, Herr Abgeordneter Graf, zunächst nur mit einer kleinen Richtigstellung beginnen. Sie meinten – nicht daß es so wichtig ist, aber vielleicht gilt das dann für andere Dinge auch –, daß von 1970 bis heute die Steuerbelastung bei Treibstoff gestiegen wäre.

Vizekanzler Dr. Androsch

Das Gegenteil ist richtig: Für Superbenzin betrug die Steuerbelastung, vom Pumpenpreis her gesehen, 1970 55,4, gegenwärtig sind es 46,9, und nach der diskretionären Entscheidung im Interesse des Straßenbaues sind 30 Groschen, zweckgebunden für den Straßenbau, hinzuzufügen, es werden ab 1. Juli 50,3 Prozent sein. Also ein Rückgang um 10 Prozent gegenüber 1970.

Bei Normalbenzin lauten die vergleichbaren Zahlen 60,9, 48,5 und künftig 52, was etwa einem 15prozentigen Rückgang entspricht.

Im übrigen und am Beispiel der Energie möchte ich etwas Grundsätzliches anfügen:

Für uns ist die Angelegenheit Marktwirtschaft eine technisch-organisatorische und keine prinzipiell-ideologische Frage. Die Diskussion in Deutschland ist ja wohl auch zu verstehen als Reflex auf die Zwangsverwaltungswirtschaft bis 1945.

Daher meinen wir, daß gerade bei einem so knapp gewordenen Produkt wie Energie im allgemeinen und Erdöl und -derivaten im besonderen natürlich der Preis eine Rolle spielt, eine sehr wichtige Rolle. Das ist ohne Preiserhöhungen gar nicht zu handhaben. Aber das kann nicht die alleinige Antwort sein, sondern es muß eine Fülle von anderen Antworten geben. Interventionistische Maßnahmen der Regulierung, der Förderung spielen eine große Rolle, umso mehr, wenn man den Zeithorizont in Betracht zieht: Entwicklung von Alternativenergien, Recycling, das sich kurzfristig marktwirtschaftlich sicherlich nicht rechnet und nicht gemacht wurde, und es wird daher in Gang zu bringen sein.

Notwendig ist daher in einer so interventionistischen Wirtschaftsordnung, wie sie ja nicht nur bei uns, sondern in allen westlichen Staaten üblich ist, ein entsprechender Policy mix, der, Herr Abgeordneter Dr. Stix, auf die jeweiligen Strukturunterschiede Bedacht nehmen muß.

Wenn Sie sagen, die Schweiz, Österreich und Deutschland haben sehr ähnliche Ergebnisse, so gilt das für die Preisstabilität. Es gilt schon nicht für die Beschäftigungssituation. Denn die Schweiz hat in der Zeit von 1974 bis heute einige hunderttausend Arbeitsplätze verloren. Sie sind vernichtet worden; das ist ein ganz wesentlicher Unterschied. Oder: Der Arbeitslosensockel in Deutschland ist wesentlich höher.

Also unterschiedliche Bedingungen erfordern naturgemäß auch unterschiedliche Antworten.

Hier möchte ich Sie auf eine interessante Parallele aufmerksam machen:

Wir haben 1974 bis 1979 etwa eine Politik verfolgt, die man wie folgt beschreiben kann:

eine Kombination von Budgetdefizit, Leistungsbilanzdefizit, das wir finanziert haben und finanzieren konnten. Sicher war 1977 eine Korrektur notwendig. Das Maßnahmenpaket hat bewirkt, daß das bereinigte Leistungsbilanzdefizit von einem auf das andere Jahr von etwa 30 Milliarden Schilling auf 6 Milliarden Schilling reduziert werden konnte. Das Ganze bei Hartwährungspolitik und in einer Einkommenspolitik, die moderat war im Interesse der Arbeitsplatzsicherung.

Wenn Sie sich die gegenwärtige Politik der Bundesrepublik ansehen, die vergangenes Jahr zum ersten Mal und heuer noch stärker ein Leistungsbilanzdefizit aufzuweisen hat, werden Sie ähnliches feststellen, mit einem Unterschied: Sie werden feststellen, daß das Leistungsbilanzdefizit finanziert wird, daß ähnliche Defizite in den öffentlichen Haushalten bestehen – dort verlagert es sich mehr auf die Länderhaushalte –, daß man eine Hartwährungspolitik betreibt in der Art, daß man versucht, die D-Mark zu stärken. In der gegebenen zinspolitischen Landschaft bedeutet dies, ein höheres Zinsniveau zu haben, was wir in der zurückliegenden Phase vermeiden konnten, was sicherlich einen beträchtlichen Entlastungseffekt für die Finanzierungskosten gehabt hat, was in der gegenwärtigen Situation, auch wenn in den Vereinigten Staaten die Zinsen für die besten Kreditnehmer inzwischen von 20 auf 12 Prozent zurückgegangen sind, nur in einem sehr beschränkten Umfang möglich ist.

Zu diesen Wirtschaftsordnungsüberlegungen gehört aber – ich glaube, ein kleines Land kann gar nicht anders handeln –, alles zu tun, um protektionistische Tendenzen zu vermeiden, ihnen entgegenzutreten, weil wir überzeugt sind, daß nur in einem entsprechend freien Weltwirtschaftssystem die internationale Arbeitsteilung im Interesse aller Beteiligten aufrechterhalten und ausgebaut werden kann.

Zu einem zweiten: Herr Abgeordneter Graf! Sie meinten mehr oder weniger, daß wir in den zehn Jahren in der Wirtschaftspolitik keine Erfolge aufweisen könnten und daß das ganz besonders in Grenzregionen – in einem hohen Maße gilt das für das Bundesland, aus dem Sie kommen, für das Burgenland – zutreffe.

Wenn die Beschäftigten ein Indikator für eine Entwicklung und einen Erfolg oder Mißerfolg sind, dann, glaube ich, sprechen die Zahlen eine klare Sprache.

Der Beschäftigtenstand in dem Bundesland, aus dem Sie kommen, im Burgenland, war 1970 im Jahressdurchschnitt 46 200, im Jahre 1979 waren es 61 500, das ist eine Steigerung um 37 Prozent, und dieser Erfolg kann sich sehen lassen. (Beifall bei der SPÖ.)

Vizekanzler Dr. Androsch

Vielleicht sollte ich noch hinzufügen: Im Mai dieses Jahres waren es bereits 63 000 Beschäftigte in Ihrem . . . (Abg. Graf: Das stimmt, geht aber an meiner Kritik völlig vorbei! Es stimmt, was Sie hier sagen, aber das hat mit meiner Kritik grundsätzlich, bitte, überhaupt nichts zu tun!) Dann muß sich Ihre Kritik auf ein anderes Staatsgebilde und nicht auf Österreich bezogen haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich danke für den Einwand und den Zwischenruf.

Was die Gesamtbeschäftigung anlangt, darf ich Ihnen auch als Indikator die Zahlen nennen: 1970 betrug die Zahl der unselbstständig Beschäftigten 2,39 Millionen, 1979 waren es 2,77 Millionen, um 384 000 mehr. (Beifall bei der SPÖ.)

Wird der Einwand kommen: Die Zahl der Selbständigen, zum Teil im Gewerbe, sicher in der Landwirtschaft, in einem wesentlich geringeren Tempo als vor 1970, ist zurückgegangen. Nicht zu bestreiten. Wenn ich hier diese Struktureffekte mit berücksichtige, bleibt noch immer, daß die Zahl der Erwerbstätigen, also unter Einschluß des Gewerbebereiches und des landwirtschaftlichen Bereichs, um etwa 200 000 gestiegen ist, da um etwa 70 000 aber seit 1975 die Zahl der Gastarbeiter zurückgegangen ist, bedeutet das jedenfalls, daß 270 000 mehr österreichische Staatsbürger einen Arbeitsplatz finden haben können. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben das nicht um den Preis einer überdurchschnittlichen Inflation erkauft. Es wäre auch gar nicht gegangen, sofern überhaupt kurzfristig dieser trade off, diese Beziehung besteht, daß man mit mehr Inflation mehr Beschäftigung und umgekehrt erreichen kann; ich bezweifle das.

Über die letzten 25 Jahre jedenfalls werden wir unter Einschluß des heurigen Jahres erreicht haben – weil wir heuer in Stabilitätsfolgen auch die Vereinigten Staaten überholen werden –, daß wir knapp hinter der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz das drittstabilste Land innerhalb aller Industriestaaten sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Unsere Exporte und unser Fremdenverkehr haben beträchtlich zugenommen (Abg. Dr. Jörg Haider: ... 6 Prozent!), und daher, Herr Abgeordneter Graf, ist das für uns nicht eine Frage: Sollen wir entweder die Klein- und Mittelbetriebe fördern oder anstelle dessen große Industrie oder größere Industriebetriebe, oder umgekehrt? Das ist für uns nicht die Fragestellung, weil das auch nicht eine Frage des Wählerpotentials für Wahlen zu Interessenvertretungen ist, wir können uns da ausschließlich den ökonomischen Überlegungen zuwen-

den, und daher ist dies eine Frage des Sowohl-Als-auch im Gewerbe, Fremdenverkehr, Industrie und Landwirtschaft, und wenn Sie sich die Förderungszahlen anschauen, dann spiegeln sie das sehr deutlich wider. (Beifall bei der SPÖ.)

Was aber in den letzten zehn Monaten eingetreten ist – ich muß es wiederholen, um die Wirkung des Maßnahmenpaketes richtig einzuschätzen –, ist nun einmal ein neuerlicher Preisschub bei Erdöl um 130 Prozent, und daß der seine Auswirkungen hat, konnte ich Ihnen gestern – ich werde das nicht wiederholen – an den weltwirtschaftlichen Gesamtzahlen zeigen, wie das unvermeidbarweise sich natürlich auch in den österreichischen widerspiegeln müßte. Wenn Sie das Maßnahmenpaket, das 2. Abgabenänderungsgesetz kritisieren, abgelehnt haben, nicht wollen, dann müssen Sie aber die Konsequenzen, die sich aus seiner Nichtexistenz ergeben hätten, zu den heutigen Zahlen dazurechnen, und wir hätten eine um Dutzende Milliarden Schilling ungünstigere Situation, sodaß es darum geht, natürlich das Maßnahmengesetz oder das Paket beschlossen zu haben und durchgeführt zu haben, sich aber angesichts einer neu entstandenen Situation – und ein Preisschub von 130 Prozent ist wahrlich eine neue und höchst unangenehme Situation – auf diese einzustellen. Ich darf auf gewisse Überlegungen noch kurz zurückkommen.

Ich darf mich ganz kurz dem Budget zuwenden. Der Herr Abgeordnete Dr. Stix hat dankenswerterweise festgehalten, daß es uns erfolgreich gelungen ist, die Rezession 1974/75, oder wie man die Periode abgrenzen will, zu überwinden. Ich leugne gar nicht, und ich habe das bei verschiedenen Gelegenheiten auch in dankbarer Anerkennung festgestellt, daß die Klein- und Mittelbetriebe einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet haben, ganz sicherlich beschäftigungspolitisch, ganz sicherlich auch, was die Jugendbeschäftigung anlangt. Nur, Herr Abgeordneter Graf, der Vergleich mit dem öffentlichen Dienst ist doch nicht ganz zielführend – Sie haben ohnehin Einschränkungen gemacht –, denn wenn man diese Überlegungen in Konsequenz zu Ende denken würde, dann müßten wir künftig Beamtenlehrlinge einführen. Das kann doch nicht ganz den Aufgaben des öffentlichen Dienstes entsprechen.

Aber ebenso wie die Klein- und Mittelbetriebe beigetragen haben, die Rezession erfolgreich zu bekämpfen, hat die Budgetpolitik beigetragen, denn eine der Wirkungen solcher Preisschübe für ein Gut, dessen Nachfrage unelastisch ist – das heißt, gleichgültig wie hoch der Preis ist, es werden dieselben Mengen gekauft, sodaß große Verschiebungen in der

Vizekanzler Dr. Androsch

realen Einkommensverteilung, in den monetären Auswirkungen eintreten –, ist ja auch ein Nachfrageentzug, ein Deflationseffekt, es entsteht eine Nachfragerücke, und wenn nicht Wege gefunden werden, diese auszugleichen, besteht die Gefahr, daß das auf die Beschäftigung durchschlägt mit allen Konsequenzen.

Wir haben weltweit gesehen eine Keynes'sche Situation, daß die Ersparnisse größer sind als die ihnen gegenüberstehenden Investitionen oder reale Nachfrage, es kommt zu einer Thesaurierung, es kommt zu einer Schrumpfung. Das ist 1974/75 weltweit passiert, und das ist die Gefahr – und hier teile ich Ihre Auffassung –, die wir für 1981 nicht übersehen dürfen.

Daher haben wir Aufträge an die Wirtschaft zur Stabilisierung der Nachfrage gegeben, direkte arbeitssichernde Maßnahmen ergriffen und im beträchtlichen Umfang wirtschaftsfördernde und strukturverbessernde Maßnahmen ergriffen.

Also das hat das Budget beigetragen. Daß das zu einer Erhöhung der Staatschuld geführt hat, ist gar keine Frage. Aber erinnern Sie sich an die Diskussion, wo Sie gesagt haben: Das wird in die Pleite führen, das wird dennoch zu hoher Arbeitslosigkeit führen, das wird nicht finanziert sein! – Erinnern Sie sich und lesen Sie nach, was Sie alles 1974 und 1975 dazu gesagt haben.

Und wenn wir heute 1980 diskutieren, können wir davon ausgehen, wie Sie gesagt haben: Es ist uns gelungen, erfolgreich die Rezession 1974/75 zu bekämpfen.

Nun wenden Sie ein und sagen: Kaufe jetzt, zahle später! Das ist sicherlich gar nicht ein so unrichtiges Argument. Aber was ist denn die Alternative oder wäre sie gewesen: Arbeitslosigkeit jetzt und Beschäftigung vielleicht einmal später?

Aber Lebensjahre sind nicht aufschiebbar. Wenn ein Mensch ein Jahr arbeitslos gewesen ist, so kann man das Lebensjahr nicht hinten anstückeln, und das ist der große Unterschied. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Was in einem Jahr an Möglichkeiten, das Sozialprodukt zu steigern oder zu erhalten, verloren ist, ist unwiederbringlich, weil eben für den Betroffenen, für die Menschen nicht anstückelbar, und daher hinkt der Vergleich, und daher meinten wir, es ist besser, dem ersten Prinzip zu folgen, als sich mit den Problemen des zweiten auseinanderzusetzen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hier bitte ich auch, die Proportionen nicht außer Betracht zu lassen. Wir sind der Meinung, daß bei einer Neuverschuldung von 3 Prozent eine Verbesserung des Handlungsspielraumes

eintreten soll, und darin teilen wir, glaube ich, alle die Einschätzung, nur mit dem Unterschied, daß wir eine ganze Reihe von Maßnahmen auch schon für 1981 vorschlagen, im Auge haben, während Sie sagen, Sie teilen auch die Ansicht, aber gleichzeitig Vorschläge machen, die dieser Ansicht entgegensprechen, denn ich habe nur Vorschläge gehört: Diese Steuer soll wegfallen, jene soll ermäßigt werden, dort sollen Senkungen vorgenommen werden, zusätzliche Ausnahmen werden verlangt! – Das Ergebnis müßte logischerweise sein, daß der Spielraum sich nicht verbessern, sondern nur verschlechtern kann. Das ist der wesentliche Unterschied bei offensichtlich sonst gleicher Einschätzung.

Zur Größenordnung. 3 Prozent, das entspricht in etwa, wenn ich die gesamte öffentliche Verschuldung hinzurechne, wo der Bund in Österreich den größten Anteil hat, insgesamt 4 Prozent, das ist ähnlich der Bundesrepublik Deutschland und unterscheidet sich etwa von vergleichbaren Ländern wie folgt: Belgien hat ein Nettodefizit, eine Neuverschuldung von 7 Prozent im Budget, also mehr als das Doppelte, und 9 Prozent aller öffentlichen Haushalte. In Italien, in Schweden und in Dänemark sind die vergleichbaren Zahlen weit über 12 Prozent.

Ich nenne das nur, um Ihnen eine Größenordnung zu geben, wie die Situation bei uns zu beurteilen ist. Sie ist ernst genug, daß Maßnahmen notwendig sind, aber es ist kein Anlaß, sie zu dramatisieren, wenn Sie diese Vergleiche heranziehen.

Daher geht es eben darum, eine Reihe von Entscheidungen zu treffen und zu vertreten, die sicherlich nicht populär sind. Ich habe nie geglaubt, daß es sehr populär ist, wenn der Finanzminister feststellt, er kann auf Einnahmen im Interesse dessen, was allgemeine Einschätzung ist, nicht verzichten. Aber es ist im übrigen nicht die Aufgabe und Funktion des Finanzministers, auf diesem Gebiet besonders populär zu sein. Da würde er seine Aufgabe nicht erfüllen.

Es können auch – so verständlich sie im Einzelfall sein mögen – Wünsche nach Ausgabenerhöhungen nicht erfüllt werden. Denn in Wahrheit ist die Situation so: Wenn man allgemein fragt, wird jeder von Ihnen sagen: Wir wollen natürlich viel weniger Ausgaben und viel weniger Steuern insgesamt! Aber wenn man dann die Diskussion verfolgt: Zu jedem Einzelbereich wollen wir viel mehr!

Das ist ein immanenter Widerspruch. Er findet sich auch in entsprechenden Umfragen – nicht nur in Österreich –, ist sicherlich menschlich verständlich, aber nur keine Lösung. (*Abg. Heinzinger: AKH!*) Also irgendwo muß eine logische Konsistenz sein, wenn man seiner

Vizekanzler Dr. Androsch

Verantwortung gerecht werden will. Lizitation ist kein Ausdruck der Verantwortung! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ja mehr noch: Es müssen bestimmte Ausgaben gekürzt werden. Das ist ja immer Ihr Wunsch. Und wir haben bestimmte Subventionen gekürzt und beseitigt. Aber Ihre Zustimmung haben wir dabei nicht bekommen. Wir sind auf Ihren heftigsten Widerstand gestoßen. Wir haben es trotzdem gemacht. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich weise nur auf einen weiteren Widerspruch in Ihrer Argumentation hin.

Nun zu der Frage, ob es möglich ist, zusätzliche Einnahmen zu erschließen oder Einnahmenverbesserungen herbeizuführen. Ich darf daran erinnern – und ich bin dankbar, Herr Abgeordneter Graf, daß Sie das aufgegriffen haben –, was ich in meiner Budgetrede – zuletzt, wenngleich nicht zum erstenmal, im Herbst vergangenen Jahres – gesagt habe: Daß natürlich zu trachten ist, den Ausgabenzuwachs kleiner zu halten als den Einnahmenzuwachs. Aber dazu sind bestimmte Maßnahmen notwendig. Mit der allgemeinen Feststellung ist nicht geredet. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Es wäre schon für heuer auf Grund der Entwicklung angebracht gewesen, Tarifanpassungen, Gebührenanpassungen lieber öfter und in kleinen Schritten vorzunehmen, als das nach längeren Zeitabschnitten in größeren Sprüngen zu tun. Siehe Erdöl. Es ging also darum, daß man gewisse Gebühren und Tarife anhebt. Wir haben das zurückgestellt. Ich habe das ganz klipp und klar und bewußt getan und hier zum Ausdruck gebracht. Aber das geht nicht auf Dauer. Daher werden solche Schritte nächstes Jahr notwendig sein, und zwar neben den erwähnten Ausgaben-Bremsungen oder womöglich -Kürzungen.

Nun zu der Frage Quellensteuer oder Besteuerung von Energie.

Da kann ich nur wiederholen, was ich schon deutlich im Fernsehen zum Ausdruck gebracht habe.

Erstens: Steuerpflichtig ist das unter Abzug und Berücksichtigung der jeweiligen Freibeträge oder Befreiungsbestimmungen bei Wertpapieren unter bestimmten Voraussetzungen mit Grenzen hinsichtlich der angeschafften Wertpapiere heute auch schon. Also was überhaupt zur Diskussion steht, ist nur eine andere Einhebungsform.

Es ist ganz klar: Vom fiskalischen Standpunkt aus hat der Finanzminister an solchen Vorstellungen ein sehr verständliches Interesse. Es ist nur abzuwägen – und hier muß man die Für und Wider abwägen, und es gibt eine ganze Reihe von Wider –: Fiskalisch ist es nur relevant, wenn

es gewissermaßen eine selbständige Steuer ist ohne Anrechenbarkeit auf die Einkommensteuer. Das trifft dann auch steuerbefreite Steuerpflichtige, also zum Beispiel die Sozialversicherungsträger mit ihren Veranlagungen oder die Bundeskammer oder den Gewerkschaftsbund mit ihren Veranlagungen. Das sind Milliarden-Beträge, Hunderte Milliarden Zinsen, die heute brutto für netto verbleiben. Künftighin könnten sie nur verbleiben mit einem Steuerabzug. Und eine ganze Reihe von weiteren Dingen.

Eine soziale Differenzierung ist natürlich nicht möglich bei Anonymität. Es gibt gute Gründe, warum wir das haben: weil in diesem Land die Älteren – von 1918 her gesehen, glaube ich, fünfmal – ihr Geld weitgehend oder überhaupt verloren haben und es nach wie vor darum geht, für die Spartätigkeit und die Geldkapitalbildung vertrauensbildende Umstände zu haben, weil wir diese Gelder für Investitionen auf dem Energiesektor, in der Industrie und im Wohnbau brauchen und weil wir auch vermeiden wollen, daß das Zinsniveau noch weiter durch autonome Maßnahmen hinaufgesetzt wird, weil dann die Finanzierungskosten steigen und dann zum Beispiel bei jungen Familien, die keine Ersparnisse haben, in den Wohnungskosten sofort ihren Niederschlag finden (*Abg. Kern: Da sind wir Ihrer Meinung, Herr Vizekanzler!*), ohne daß sie von den anderen überhaupt noch einen Vorteil haben können. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Das ist die fiskalische Seite. Macht man es anrechenbar, dann ist es eine riesige Verwaltungsarbeit, die die fiskalischen Wirkungen nicht hat.

Also in Abwägung der Für und Wider und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß wir eine verstärkte Geldkapitalbildung benötigen, scheinen mir ganz sicher für absehbare Zeit jedenfalls die Wider zu überwiegen. (*Abg. Heinzinger: Glaubt das auch der Herr Bundeskanzler?*) Wenn Sie dem Herrn Bundeskanzler genau zugehört haben, ... (*Abg. Bergmann: Er hat kein Wort gesagt!*) Wissen Sie: Ich gehe ja davon aus, daß Sie nicht nur hier aufnehmen, was Regierungsmitglieder sagen, sondern daß Sie auch Fernsehinterviews und Zeitungsmeldungen als Informationsquelle verwenden. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Was nun eine andere Frage betrifft: Wenn das richtig ist, was ich vorhin gemeint habe, zum Beispiel im Bereich der Energie, daß man ein Knappheitsproblem, eine Engpaßsituation von der Angebotsseite nicht dadurch lösen kann, daß man den Preis künstlich niedrig hält, dann ist es auch nicht sehr sinnvoll, daß man bei der Besteuerung gewissermaßen eine indirekte Sub-

Vizekanzler Dr. Androsch

vention, eine Begünstigung einräumt. Das ist bei Energie mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz der Fall.

Wenn man sich entschließt, das auf den Normalsatz anzuheben mit den fiskalischen Konsequenzen, dann muß man soziale Härteausgleiche gewähren. Das ist unschwer möglich, weil man die Ausgleichszulagen, Mindestrenten oder Familienbeihilfen anheben kann, anheben soll, was im übrigen auch schon im Prinzip für den 1. Jänner vorgesehen ist.

Das sind die Überlegungen. Sie haben eine soziale Komponente, sie haben eine fiskalische Komponente, sie haben eine verwaltungstechnische und im konkreten Fall des begünstigten Mehrwertsteuersatzes für Energie natürlich auch eine energiepolitische.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ich verweise noch einmal auf die Gefahr, vor der wir stehen bei dieser neuerlichen Ölpreisteuerung, bei dieser massiven Verschiebung nicht nur von riesigen Beträgen, sondern auch von Nachfrage. Denn wenn auch die Beiträge monetär, liquiditätsmäßig im Weltbankensystem sozusagen zurückkommen oder dort bleiben, heißt das ja noch lange nicht, daß sie auch real nachfragewirksam werden, weil viele Länder – denken Sie an Saudi-Arabien, Kuweit, die Emirate – gar nicht die Aufnahmefähigkeit bei der geringen Bevölkerungszahl haben, solche gigantischen Beiträge bei sich zu verwenden. Dann muß diese Transmissionsaufgabe von Spartätigkeit dieser Länder in reale Nachfrage jemand anderer übernehmen.

Das kann auf zweierlei Arten geschehen: Entweder durch generelles Nachfragermanagement, wie das heißt. Das ist sicherlich nicht die Antwort. Denn wir haben gleichzeitig eine hohe Inflationsrate zu bekämpfen, zu reduzieren. Woanders viel höher als bei uns, aber es stellt sich auch das Problem bei uns, so relativ günstig das noch sein mag: Wir haben die Verschlechterung, und wir werden trachten, sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln in Grenzen zu halten und wieder herunterzubekommen. Das ist uns ja schließlich von 1975 bis 1978 auch in einem geradezu dramatischen Tempo gelungen. Von 10 Prozent auf 3,6 Prozent in zweieinhalb oder drei Jahren herunterzukommen, ist, meine ich, ein beachtlicher Stabilitätserfolg, zu dem alle beigetragen haben, und nicht zuletzt – und das möchte ich besonders unterstreichen – die Einkommenspolitik im Interesse der Arbeitsplatzsicherung. Das ist gelungen, und das wird die Aufgabenstellung auch für die nächste Zeit sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Die andere Möglichkeit wird ein selektives Nachfragermanagement sein. Damit meine ich

eines, das darauf abzielt, die Angebotsseite zu verbessern, Engpässe zu verkleinern oder überhaupt zu beseitigen. Das ist gemeint mit den energiepolitischen Überlegungen, das ist gemeint mit Strukturpolitik: Strukturpolitik nicht nur verstanden als Verbesserung, Ausbau, Erweiterung des Produktionsapparates, sondern vielmehr noch dessen, was vor- und nachgelagert ist. Denn wenn ein Produkt serienreif geworden ist, dann müßte sich die Investition eigentlich selbst rechnen, wenn das Marketing und der Vertrieb und das Servicesystem hinten-nach gewissermaßen, nach der Produktion, stimmen.

Aber es ist so schwierig, ein Produkt serienreif zu machen. Das hat eine Vorlaufzeit von oft sechs bis acht Jahren, ist mit großen Beträgen und mit großen Risiken verbunden. Das macht es oft so schwierig, und daher die Überlegung und der Vorschlag, Förderungen eher auf diese Phase zu verschieben.

Das muß im einzelnen noch diskutiert werden, aber ich kann mit sehr gut vorstellen, daß wir da bereits mit einem Wahlsystem, mit einer Optionsmöglichkeit bis 1. Jänner 1982 klarkommen, daß das bis dahin in Kraft treten könnte.

Und, noch einmal gesagt: In Verbindung mit Hartwährungspolitik und den internationalen Bedingungen angemessenen Zinspolitik eine Inflationsbekämpfung im Interesse der Arbeitsplatzsicherung durch eine gesamtwirtschaftlich orientierte Einkommenspolitik.

Aus diesen Ausführungen – ich möchte sie verstanden wissen als Ergänzung zu den bereits vom Herrn Bundeskanzler und von mir gestern gemachten Ausführungen – mögen Sie ersehen, daß wir gar keine Illusionen darüber haben, daß wir schwierigen Jahren entgegegehen. Wir meinen nur, daß der Umstand, daß wir schon zurückliegende schwierige Jahre gut meistern haben können und, so gesehen, eine nicht so schlechte Ausgangssituation zur Bewältigung der Probleme haben, jedenfalls eines nicht zu tun erlaubt, nämlich in eine fatalistische Haltung zu verfallen, die sich dann meistens in Unheilprophezeiungen ergeht, die ganz sicherlich keine Lösungen darstellen.

Wir sind überzeugt davon, daß wir auch unter schwierigen Umständen große Chancen haben, und Sie dürfen auf die Entschlossenheit der Regierung zählen, diese Chancen zu nutzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Taus. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst zu den Ausführungen des Herrn Finanzministers. Regierungslinie: Er hat Probleme, denen wir jetzt gegenüberstehen – das ist eben die Regierungslinie –, primär auf die internationale Lage geschoben.

Ich erinnere mich an eine Szene in diesem Haus zur Zeit der Regierung, der von der ÖVP gestellten Regierung, wo ein Spitzenmandatar der Sozialisten – ich glaube, es war der damalige Abgeordnete Dr. Kreisky – gesagt hat: Mich interessiert nicht, was im Ausland vorgeht, sondern hier geht es um Österreich; reden Sie über Österreich und nicht über Probleme aus dem Ausland! (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich will es mir nicht so leicht machen. Selbstverständlich wirken Probleme aus dem Ausland nach Österreich herein, und ein Industriestaat wie Österreich kann nicht aus einer internationalen Entwicklung austreten. Darüber wollen wir durchaus auch hier diskutieren. Nur eines, meine Damen und Herren: Worüber wir reden wollen, sind Fehler, die diese Bundesregierung wirtschaftspolitisch im Inland gemacht hat. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Selbstverständlich hat die westliche Welt und nicht nur die westliche Welt ein riesiges sogenanntes Transferproblem im Zusammenhang mit den Ölpreiserhöhungen zu lösen. Selbstverständlich wird dieses Transferproblem immer größer. Und selbstverständlich wird man sich damit intensiv beschäftigen müssen.

Aber wenn es schon ein solches Transferproblem gibt und wenn wir uns in den achtziger Jahren mit Sicherheit damit auseinandersetzen müssen, dann muß man umso mehr darauf achten, daß unsere innere Ordnung der Wirtschaft gesichert wird und die schwierigen internationalen Probleme nicht noch durch interne Fehler für Österreich verstärkt werden. Das war das Problem, worüber wir hier immer diskutiert haben. (*Erneute Zustimmung bei der ÖVP.*)

Jetzt zu den einzelnen Fragen, die der Herr Minister releviert hat:

Er hat meinem Freund Robert Graf vorgeworfen, einen Fehler in seinen Überlegungen mit der Behauptung gemacht zu haben, daß heute die Steuerbelastung auf Treibstoff geringer sei als vor zehn Jahren. – Mein Freund Robert Graf hat etwas ganz anderes gesagt, wenn ich ihn richtig verstanden habe. Er hat gesagt, daß heute die Steuer auf einen Liter Benzin höher ist, als im siebziger Jahr der ganze Benzinpreis war.

Ich glaube, das ist unbestritten. Das ist die Situation, um die es geht. Ich möchte das nur hier um der Klarheit willen feststellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das zweite Problem, das Sie angeschnitten haben, Herr Minister, wird ein Stehsatz in Ihren Ausführungen. Wir haben schon einmal von dieser Stelle aus miteinander darüber geredet. Es ist Ihre Auffassung, daß das Sparen in der westlichen Welt und auch in Österreich größer ist als die Investitionsmöglichkeit – Sie meinen wahrscheinlich im privaten Sektor – und daß damit der Staat einspringen muß, um diese Nachfragelücke zu schließen.

Wenn das klassischer Keynesianismus wäre, dann könnte das nur kurzfristig gemeint sein, denn Keynes hat ja bekanntlich nicht langfristig, sondern nur kurzfristig gedacht. Es hat aber unmittelbar in den Jahren nach dem Krieg eine ökonomische Schule gegeben, die die sogenannte säkuläre Stagnationstheorie vertreten hat. Nachdem Sie es schon angeschnitten haben, gestatten Sie mir, daß ich das ein bißchen ausführe, auch wenn es nicht unbedingt Inhalt einer Parlamentsrede sein soll. Warum eigentlich nicht?

Diese säkulären Stagnationstheoretiker haben behauptet, daß die private Nachfrage und die privaten Investitionsmöglichkeiten permanent sinken werden, daß die Ersparnisse keine Möglichkeit zur Anlage mehr finden werden. Daher muß der Staat permanent diese Nachfragelücke decken. Das war also das, was man Postkeynesianer genannt hat. Das waren berühmte und angesehene Herren: Alvin Hansen und Abba Lerner.

Aber nun hat sich Jahrzehnte hindurch erwiesen, daß diese säkuläre Stagnationstheorie, die ja in Wahrheit eine schwere Kritik an einem dezentralisierten marktwirtschaftlichen System gewesen ist, falsch war.

30 Jahre hat sich nun gezeigt, daß diese Theorie nicht richtig gewesen ist.

Das kann ja passieren bei einer Theorie, überhaupt bei einer sozialen Theorie, die man im Experiment nicht prüfen kann. Diese 30 Jahre hindurch hat sich gezeigt, daß es immer ausreichend Investitionsmöglichkeiten gegeben hat in den westlichen Wirtschaften, ja im Gegenteil, daß man manchmal sogar einen weiten Überhang der Investitionsmöglichkeiten über das gehabt hätte, was es an privater Ersparnisbildung gegeben hat. Das war manchmal auch eine Mitsache für inflationäre Strömungen.

Aber das nur am Rande. Jetzt kommt eine entscheidende Frage, eine für Österreich wich-

Dr. Taus

tige Frage. Ich persönlich bin der festen Überzeugung, daß es in diesem Land ausreichend private Investitionsmöglichkeiten gibt und daß man davon Abstand nehmen soll, durch eine bewußte Politik öffentliche Projekte Investitionsprojekten im industriell-wirtschaftlichen Bereich vorzuziehen. Unserer Meinung nach ist es für dieses Land und auch für die Beschäftigung in diesem Land wesentlich günstiger, wenn es uns gelingt, die Investitionen in der Wirtschaft zu steigern, als andauernd zu versuchen, mit öffentlichen Projekten Nachfrage zu schaffen, die in Wahrheit in Zukunft keine Arbeitsplätze sichert. Das ist das Problem, vor dem wir hier stehen. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wir sind daher der Meinung, daß man alles versuchen sollte, die private Investitionstätigkeit, ob das jetzt verstaatlicht ist oder im privaten Bereich, das heißt, wenn Sie wollen, die wirtschaftliche Investitionstätigkeit, zu forcieren. Und da ist unserer Meinung nach etwas passiert. Ich möchte aber bestimmte Dinge außer Streit stellen.

Sie selbst haben in Ihrem Referat, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe, gesagt, daß es seit dem Jahre 1951 in diesem Land ununterbrochen jedes Jahr eine Realeinkommensteigerung gegeben hat. Das ist unbestritten.

Meine Damen und Herren! Das soll einmal auch gesagt werden von dieser Stelle aus. Wir haben wahrscheinlich in den vergangenen 30 Jahren eine der glücklichsten, vielleicht sogar die glücklichste Periode in der Geschichte dieses Landes gehabt. Es ist völlig unbestritten, daß uns in diesen 30 Jahren ungeheuer viel gelungen... (*Abg. Wille: Ärmer werden wir doch, hat Graf gesagt!*) Auch in den letzten zehn Jahren, selbstverständlich.

Wer hat das gesagt? (*Abg. Wille: Graf!*) Graf hat gesagt, wir werden ärmer? – Graf hat ganz etwas anderes gesagt. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Wille.*) Nein, nein. Aber ich habe hier die Chance, mit Hilfe des Mikrofons es lauter zu sagen. (*Abg. Graf: Herr Wille, ich verlange nicht, daß Sie mir zuhören, aber Sie sollen wenigstens richtig zitieren!* – *Abg. Dr. Mock: Du mußt ein bißchen heruntersteigen für den Wille!*)

Graf hat gesagt, daß es nun um die Bekämpfung von denen geht, die noch ein bissel Wohlhabenheit haben. Ich glaube, das war die Aussage von ihm. (*Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Da tue ich mich Ihnen gegenüber sehr leicht. Haben Sie noch nie etwas von der Theorie der relativen Vereinigung gehört? Müssen Sie doch einmal gelernt haben, nicht? Entschuldigen Sie: Ein anständi-

ger Linker muß das doch wissen. (*Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Dr. Schranz: Bekennen Sie sich zum Marxismus?*) Nein, ich bekenne mich nicht zum Marxismus, aber ich habe eben festgestellt, daß Sie Ihre Leute nachschulen müssen. Das ist die entscheidende Frage. Nachschulung Ihrer Leute, Herr Kollege. Es gibt Kurzfassungen über Marxismus; können Sie ruhig lesen. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Veselsky: Noch nicht arm sind, hat Graf gesagt!*)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen Schritt weitergehen. (*Abg. Graf: Herr Schranz, nehmen Sie ein paar Nachhilfestunden!*) Herr Abgeordneter Schranz, lassen Sie sich sagen: Die Theorie der relativen Vereinigung ist erfunden worden, um nachzuweisen – weil es im Westen gutgegangen ist –, daß die Marxisten trotzdem recht haben. – Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Mein Kollege Graf hat hier erklärt, daß Sie sich nun daran machen, denen, die ein bissel Wohlhabenheit haben, etwas wegzunehmen. (*Abg. Dr. Veselsky: Noch nicht arm sind, hat es geheißen!*) Moment einmal! Moment einmal, lassen Sie mich doch ausargumentieren, Herr Kollege Veselsky, unterbrechen Sie mich doch nicht. Wissen Sie, was wir von der ÖVP gern verhindern wollen? – Daß einem reichen Staat eine relativ arme Bevölkerung gegenübersteht. Wir wollen nicht nur Wohltaten des Staates, den Menschen soll nicht zuviel vom Staat weggenommen werden. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Das war die Aussage, die der Kollege Graf hier gemacht hat, und das ist, wenn Sie wollen, eine Grundsatzposition der Österreichischen Volkspartei.

Aber ich glaube, so dagegen kann doch eigentlich auch ein sozialistischer Gewerkschafter nicht sein, denn auch die Leute, die Sie wählen, sind durchaus der Meinung, daß ihnen der Staat mehr lassen soll, als er ihnen jetzt von ihrem Einkommen läßt.

Damit sind wir beim nächsten Punkt. Worum geht es? (*Abg. Wille: Es geht jetzt darum, Graf aus der Patsche zu helfen!*) Er war nicht in der Patsche. Aber seien Sie sicher: Wenn er drinnen gewesen wäre und ich hätte die Chance gehabt, ihm herauszuhelfen, so hätte ich es natürlich getan. Was sonst? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber damit sind wir bei einem wesentlichen Punkt. Ich habe mich ja eigentlich gewundert, daß in den beiden Referaten sowohl des Herrn Finanzministers als auch des Herrn Bundeskanzlers eigentlich kein Wort über die konkrete Steuerpolitik drinnen war. Der Herr Finanzminister hat lediglich auf Seite 26, wenn ich das richtig im Kopf habe, die kryptischen Bemerkungen gemacht, daß er alle ökonomisch und sozial

Dr. Taus

vertretbaren Einnahmequellen nutzen wird. Jetzt hätte ich also gern Ihre Meinung gehört, was Sie als ökonomisch und sozial vertretbare Einnahmequelle ansehen. Das haben Sie konkret noch nicht gesagt. Ich gebe Ihnen auch durchaus zu, daß Sie es vielleicht noch nicht genau wissen. Mein Freund Graf hat heute seinen generösen Tag gehabt und hat gesagt: Vielleicht haben sie gar nicht gestritten in Sachen Quellensteuer, mir ist es auch Wurscht, ob sie streiten oder nicht streiten, ob sie über die Zeitungen verkehren oder nicht verkehren, das ist mir an sich gleichgültig, ich möchte nur gerne wissen, was die Regierung im Schild führt.

Lassen Sie mich hier einen Punkt sagen, warum ich das gern wissen möchte. Es ist unbestritten, daß wir heuer etwa 40,5 Prozent – so lautet die Prognose – Staatsquote haben werden. 40,5 Prozent, das müssen Sie zugeben, bringt uns nun langsam aber sicher ins europäische Spitzenfeld. Da spielt ja jedes Zehntel eine Rolle. Wir lagen einmal so vor zehn, zwölf Jahren um 35 Prozent, 36 Prozent herum, und jetzt liegen wir bei über 40 Prozent. Das ist eine gewaltige Steigerung. Aber von einem oppositionellen Abgeordneten wird man so etwas nicht glauben, ich möchte Ihnen nun vorlesen, was ... (Zwischenruf des Abg. Mühlbacher.)

Es ist dem Herrn Müller, der Steuer zahlt, vollkommen gleichgültig, in welcher Form er die bezahlt. Für ihn ist es wichtig, was ihm von seinem Einkommen im Durchschnitt weggenommen wird. Alles andere ist ihm mit Recht egal. (*Zustimmung bei der ÖVP.* – *Vizekanzler Dr. Androsch:* Aber die Pension ist für ihn auch wichtig!) Ist ihm auch wichtig. Niemand ist gegen die Sozialversicherung. Aber schauen Sie, ich habe hier einen veröffentlichten Vortrag vom Leiter des Institutes für Wirtschaftsforschung, der von jedem nachzulesen ist. Es ist ja bekannt, daß gerade Prof. Seidel doch ein Mann ist, der sehr ausgewogen und nicht parteilich entscheidet. Er hat gesagt:

„Die Aufkommenselastizität des Steuersystems sinkt und selbst steuerpolitische Maßnahmen, die von den Bürgern als ungewöhnlich hart empfunden werden, bringen nur geringe Mehrerträge. Bei einer Staats- und Steuerquote von über 40 Prozent beginnen sich eben die Grenzen des Steuerstaates abzuzeichnen.“

Jetzt geht es eigentlich darum – wenn man sachlich diskutieren will, meine Damen und Herren von der Regierungspartei –: Glauben Sie, daß es weitere Erhöhungen dieser Steuerquote noch geben soll? Über das, was ich hier sage, ist vielleicht der eine oder andere meiner Parteifreunde gar nicht meiner Meinung. Aber

solche Diskussionen halten wir schon aus. Sicherlich. Wir sind ja keine Papageien, die einander nachplappern. Und über die Zeitungen verkehren Spitzenpolitiker von uns auch nicht miteinander. Daran kann ich mich schon lange nicht erinnern. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Die Frage, um die es mir geht, ist jetzt: Sind Sie der Meinung, daß man 40,5 Prozent oder über 40 Prozent noch steigern soll? Was hier offensichtlich die Regierung plant, ist eine weitere Anhebung der Belastungsquote, und zwar aus budgetpolitischen Gründen. Das ist das Problem, worum es hier geht. Das ist die Frage, die es zu entscheiden gilt. Wir sagen Ihnen von vornherein – egal, wie Sie die Steuer taufen, die Sie einheben werden, oder die Gebühr oder die Abgabe oder sonst irgend etwas –: Wir glauben, daß man nun endlich einmal – ich gehe soweit, das zu sagen – diese Belastungsquote – ich verwende diesen Ausdruck – stabilisieren soll, daß man sich also bemühen soll, sie wenigstens nicht mehr zu steigern, wenn man schon nicht in der Lage ist, sie zu senken, meine Damen und Herren. Um etwas anderes geht es uns ja gar nicht, nur um diese Frage. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Jetzt zu dieser Sparbuchsteuer, die hier in Diskussion steht, die Quellensteuer. Der Finanzminister hat das schon sehr richtig gesagt. Das ist ja auch an Ihre Adresse gerichtet. Das ist ja eine ungeheuer unsoziale Steuer, wenn man das Erstattungsproblem nicht löst. Denn immerhin hat jetzt jeder, wie ich glaube, 7 000 S Zinsenfreibeträge. Es gibt auch die Freibeträge im Vermögensteuerbereich mit 100 000 S und so weiter. Das heißt also auf gut deutsch – und jetzt muß ich ehrlich gestehen, und die Herren in den vom Bundesministerium für Finanzen genannten Institutionen werden mir nicht böse sein –: Wenn die großen Institutionen die Quellensteuer dann zahlen müßten, wäre das sicherlich sehr bedauerlich, würde mich aber nicht sosehr treffen, sondern mich trifft es, wenn das also viele Hunderttausend kleine Leute zu zahlen hätten.

Wenn irgendein kleiner Späher das nun zahlen muß, dann geht es um die Frage: Kriegt er die Steuer erstattet oder kriegt er sie nicht erstattet? – Denn diese Steuer kann ja nur proportional wirken. Es gibt ja keine andere Möglichkeit. Wenn sie aber nicht erstattet wird, ist sie ungeheuer unsozial und ungeheuer ungerecht. Aber in dem Moment, wo man die Steuer nur im Rahmen der Freibeträge erstattet – ich weiß nicht, wieviel Beamte man dann in der Finanzverwaltung mehr braucht –, wird es Hunderttausende von Anträgen geben. Denn es wird jeder natürlich versuchen, sich seinen

Dr. Taus

Freibetrag von 7 000 S zurückzuholen. Von den psychologischen Effekten einer solchen Steuer in unserer wirtschaftlichen Situation will ich gar nicht reden.

Ich würde daher folgendes meinen: Das ist eine Haltung, die die ÖVP immer einnehmen wird, auch wenn sie in Opposition ist. Normalerweise kann sich ja eine Opposition über solche Vorschläge der Regierung nur freuen. Das wäre normale Oppositionspolitik. Aber wir bringen es nicht über das Herz, denn eine solche Steuer kann mehr zerstören in diesem Land, als man in jahrzehntelanger Aufbauarbeit an Vertrauen in diesem Land geschaffen hat. Und das ist die Problematik, die wir sehen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Aber bevor man eine solche Diskussion beginnt, sollte man sich im eigenen Lager erkundigen, welche Implikationen so ein Vorschlag hat. Dann könnte man sich viel damit ersparen.

Wir haben kein Interesse – das sage ich ausdrücklich als oppositioneller Abgeordneter –, kein Mensch von uns, daß im Bereich der Geld- und Kreditmärkte, bei der Sparsamkeit irgend etwas passiert. Wir leben alle in unserem Land, meine Damen und Herren, und auch wenn wir in der Opposition sind, kommt zuerst für uns Österreich und erst dann alles andere. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Aber lassen Sie mich zu einem weiteren Problem kommen. Es gibt immer wieder die Diskussion, wer die Arbeitsplätze sichert.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich auch hiezu etwas sagen. Ich habe ja nie geleugnet – keinen Satz können Sie mir nachweisen –, daß ich die Bemühungen der Regierung um die Sicherung der Arbeitsplätze nicht anerkannt habe. Keinen Satz!

Aber eines müssen Sie doch zugeben: Natürlich können Sie sich mit der Sicherung der Arbeitsplätze in Österreich ein Federl auf den Hut stecken. Selbstverständlich. Das wird Ihnen ja auch wahlpolitisch honoriert. Aber Sie sollten doch zumindest so viel Objektivität haben, daß eine Regierung allein das nie schaffen kann.

Wenn da nicht alle brav mitarbeiten und schauen, daß die Leute alle ihre Arbeit haben, dann können Sie mit regierungspolitischen Maßnahmen allein auch nicht durchkommen. Daher stellen wir doch endlich dieses Problem der Sicherung der Arbeitsplätze außer Streit. Kein Mensch in diesem Haus will, daß irgendwer arbeitslos ist in Österreich, meine Damen und Herren! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Noch ein paar Sätze vielleicht zu den Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers.

Es fehlt der Standardsatz in seinen Ausführungen, daß die Krise diesem Wirtschaftssystem systemimmanent ist. Der Satz fehlt diesmal. Man ist daraufgekommen, daß es leider krisenfreie Wirtschaftssysteme noch nicht gibt. Vielleicht wird sie es einmal geben. Aber zu unseren Lebzeiten sicherlich nicht mehr. Was man tun kann, ist, Schwankungen zu mildern versuchen. Das ist die Chance, die wir haben, um so halbwegs gut durchzusteuern.

Aber trotzdem, da sind ein paar Punkte im Referat des Bundeskanzlers, auf die ich generell eingehen möchte. Der Bundeskanzler röhmt sich wie immer, wie ungeheuer viel er für den österreichischen Export getan hat. Ich will gar nicht leugnen, daß er sich sehr bemüht. Ich will auch gar nicht ins Detail gehen. Ich möchte nicht jedes Geschäft durchkalkulieren, wenn es überhaupt gemacht wird, was dabei herauskommt. Ich gebe schon zu, daß man manchmal auch schlechte Geschäfte machen muß. Aber mich würden ein paar Dinge doch interessieren.

Da gab es den berühmten Telefonauftrag, Ägypten soll mit einem besseren Telefonnetz ausgestattet werden, und hier gibt es eine österreichische Lieferung. Wunderbar. Da heißt es: In der ersten Phase werden 150 000 Telefonapparate, 31 Chefsekretäranlagen und 650 Nebenstellenanlagen geliefert. Der Wert der österreichischen Lieferungen beträgt 5,6 Milliarden Schilling. Bitte, es steht zwar erste Phase, ich weiß aber nicht, was den Ägyptern für 150 000 Telefonapparate verrechnet wird. Aber viel mehr als 300 S kann einer nicht kosten. Ich weiß nicht, welche Chefsekretäranlagen sie kriegen, aber viel mehr als 100 000 S wird eine nicht kosten, wenn ich die Preise im Kopf habe. Bei den 650 Nebenstellenanlagen gehe ich sehr hoch hinauf, ich nehme 1 Million Schilling, viel mehr . . . (*Vizekanzler Dr. Androsch: Pars pro toto!*) Es ist aber angeführt. Wenn man es schon so detailliert anführt, dann muß man schon im Detail sagen, was es ist. Das ist also eher ein bescheidenes Volumen.

Ich hätte gern die nächsten Phasen. Jetzt möchte ich den Herrn Bundeskanzler fragen – wenn er will, daß das in der Öffentlichkeit hier gesagt wird; ich weiß es nicht –: Wie wird denn das finanziert? Wie lange zu welchen Zinssätzen? Wer finanziert das? – Und dann schauen wir einmal – wobei ich den Ägyptern natürlich ihre Telefonanlagen gönne, warum nicht –, was das für ein riesiges Geschäft ist. (*Vizekanzler Dr. Androsch: Entwicklungshilfe ist auch was wert!*)

Jetzt sind wir dort. Der Herr Finanzminister hat das Richtige getroffen. Er hat gesagt: Entwicklungshilfe ist auch etwas wert. – Danke schön, ich brauche nichts mehr, schon erledigt.

Dr. Taus

(*Beifall bei der ÖVP.*) Ja, ist in Ordnung. D'accord. Wir sind schon völlig einig. Gar keine Frage. Wir sind einig.

Aber, meine Damen und Herren, dann reden wir ja nicht vom Geschäft, dann reden wir von Entwicklungshilfe.

Sie argumentieren immer volkswirtschaftlich. Ich gönne es den Ägyptern, die sollen es haben. Es geht ja nicht darum. Ich hätte nur gern, wenn man so ins Detail geht und sich so röhmt, daß man schon mehr Dinge sagen muß als das, was da drinnen steht.

Nun aber die nächste Frage, und jetzt sind wir ja in einem fundamentalen Problem.

Meine Damen und Herren! Wir haben in den beiden Referaten das ungeheure Lob der österreichischen Exportentwicklung. Und nun – wenn man selbst ein bissel damit zu tun hat – weiß man, wie schwierig das ist, wie man sich anhängen muß, um zu exportieren. Aber trotzdem ist uns etwas passiert in den letzten Jahren. Es ist uns etwas passiert, auf das der Herr Finanzminister in seinem Referat auch hingewiesen hat.

Er hat gesagt, Österreich ist in den letzten Jahren von einem Nettoexporteur an Industriewaren – ich glaube, das steht bei Ihnen im Referat – zu einem Nettoimporteur geworden. (*Vizekanzler Dr. Androsch: Anfang der fünfziger Jahre!*) Ja, aber die Drehung war ungefähr vor zehn Jahren.

Jetzt passen Sie auf, jetzt kommen wir hin. Schauen Sie nach, lassen Sie sich die Positionen aus dem Zolltarif herausrechnen, Sie haben noch ein bissel Zeit, bis Sie drankommen. Sagen Sie es mir dann ganz genau. Aber es geht um eine andere Frage, und das ist unser Hauptproblem. Das ist die Entwicklung, die für uns wichtig ist. Unsere Exporte sind allen Anstrengungen zum Trotz zu gering gewesen. Wir werden uns unterhalten müssen, warum sie nicht stärker gewachsen sind.

Ich nehme zum Beispiel das Jahr 1970. Ich fange mit 1970 an. Das war eben Ihr erstes Regierungsjahr. Es kann auch 1969 gewesen sein. Im Jahr 1969 hat Österreich 18,8 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes exportiert. Das sind die OECD-Statistiken.

Die Westdeutschen haben damals 19,1 exportiert, die Schweiz 24,6, die Belgier und Luxemburger 42,4, die Norweger 22,7 und die Schweden 19,2. Das heißt, alle Länder vergleichbarer Größe haben entweder deutlich oder ein bißchen mehr als wir exportiert. Selbst die großen Staaten wie Deutschland hatten damals schon ungefähr so viel exportiert wie wir, wobei ja bekanntlich die Außenhandelsverflechtung

bei einem großen Land in der Regel kleiner ist als bei einem kleineren.

Und wie schaut das gleiche jetzt 1979 aus, also zehn Jahre später? – Da hatten wir 22,4 Prozent Anteil am Warenexport ... (*Vizekanzler Dr. Androsch: Die Schweiz hat einen Schrumpfungsprozeß des Nationalproduktes!*) Gewiß, aber die Schweizer haben 28,1 Prozent, also haben von ihrem hohen Anteil noch mehr hinaufgebracht, die Belgier und Luxemburger 50,3 Prozent, die Norweger 29,7 und die Schweden 26,7 Prozent.

Meine Damen und Herren! Wir haben nichts gewonnen. Im Gegenteil: Wir haben keinen Aufholprozeß gehabt, obwohl der für uns wichtig gewesen wäre. (*Zwischenruf des Vizekanzlers Dr. Androsch.*) Wir haben das auch in einem Jahr gehabt, verehrter Herr Minister. Sicher haben wir es gehabt. Nicht wahr?

Jetzt gehen wir aber noch weiter. Jetzt kommt das nächste Problem. Wie schaut denn unser Handelsbilanzdefizit aus? – Wir haben auch im Jahr 1969 – bleiben wir einmal bei der Handelsbilanz – 10,7 Milliarden Handelsbilanzdefizit gehabt; wir haben im Jahr 1970 knapp 18 Milliarden Handelsbilanzdefizit gehabt; wir werden 1980 plus minus 80 Milliarden haben. Wir haben aber schon im Jahr 1977 eines von 73 Milliarden gehabt. Das heißt: In Wahrheit hat sich unsere Außenhandelsposition verschlechtert.

Jetzt wird der Einwand kommen: Schauen Sie sich an, wie die Ölpreise gestiegen sind! – Ja, rechnen wir ein. Sie haben hier angeführt, Herr Minister: 47 Milliarden wird die Ölpreisrechnung heuer ausmachen. Und nun machen wir die Rechnung auf: Angenommen, die Ölpreise hätten sich etwa auf dem Niveau von Ende 1978 – das haben Sie auch zitiert – stabilisiert, dann würde die Ölpreisrechnung für 1980 vielleicht 25 Milliarden ausmachen. Die rechnen wir dazu, denn wir haben immer eine Energie-, eine Ölpreisrechnung in der Handelsbilanz gehabt. Dann hätten wir bitteschön in etwa 60 Milliarden Handelsbilanzdefizit. Das ist schon ein Unterschied. 60 Milliarden ist noch immer eine entscheidende Verschlechterung in diesen zehn Jahren, seit Sie die Regierung haben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich sage Ihnen auch, was passiert ist. Und daher, Herr Minister, kommen Sie jetzt mit der dritten Industrialisierungswelle, die wir von der ÖVP schon vor drei Jahren verlangten. Da ist es bei Ihnen auf wenig Gegenliebe gestoßen; macht aber nichts. Jetzt kommen Sie damit, daß man neue Technologien forcieren soll. Jetzt kommen Sie damit. Natürlich ist etwas passiert in diesen zehn Jahren, in denen Sie regieren.

Dr. Taus

Jetzt sind wir genau bei dem Punkt, den wir immer kritisiert haben. Wir haben nicht kritisiert, daß es den Leuten schlecht geht. Das wäre ja falsch, wenn man sagt ... (*Vizekanzler Dr. Androsch: O ja!*) Bitte, lesen Sie bei mir nach, ob ich einmal gesagt habe, den Leuten geht es schlecht.

Nächster Punkt. Wir haben kritisiert, meine Damen und Herren, daß die gute Position, in der wir uns im siebziger Jahr befunden haben, von Ihnen langsam und systematisch verschlechtert wurde, und zwar durch binnengewirtschaftliche Maßnahmen, nicht durch die Schwierigkeiten, die von außen kommen. Die können wir Ihnen nicht anrechnen, dafür kann niemand etwas. Da sind wir fairer, als Sie es seinerzeit gewesen sind, Herr Minister. Das war das Problem. Und wo zeigt sich das? – Das können wir Ihnen auch im einzelnen zeigen.

Nehmen wir einmal die Brutto-Anlage-Investitionen her. Da werden wir 1980 – geschätzt – ungefähr 265 Milliarden Schilling haben.

Jetzt gehen wir einmal auf die Industrie-Investitionen. Da werden wir nominell 33,8 Milliarden Schilling haben. Das sind ungefähr 12,7 Prozent bei den Brutto-Anlage-Investitionen insgesamt. Wir haben aber immerhin 16,5 in den Jahren 1969/70, 18,1 Prozent im Jahre 1971 gehabt. Das heißt: Im wesentlichen sind die Brutto-Anlage-Investitionen in der Industrie stark gesunken. Was heißt das? – Das heißt: Zu einem Teil liegen da drinnen die Strukturprobleme, die wir haben.

Nun kommt etwas, das hier besonders interessiert. Wir brauchen uns ja bei der Kritik überhaupt nicht mehr anstrengen. Der schärfste Kritiker der sozialistischen Struktur- und Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren ist der Herr Finanzminister Dr. Androsch. Ich beziehe mich nur auf sein gestriges Referat. Was steht da alles drinnen?

Da steht drinnen, daß natürlich beachtliche Strukturverbesserungen bei Papier, Textil und so weiter zu verzeichnen waren. Andere haben diese notwendigen Anpassungen noch vorzunehmen und Strukturverbesserungen durchzuführen. Für die Wirtschaftspolitik heißt dies, subventionierte Strukturkonserierung zu vermeiden.

Bitte: Was haben Sie in vielen Fällen in den letzten Jahren gemacht? – Ich gebe schon zu: Es ist eine harte Geschichte, wenn man etwas sanieren muß. Ich habe das in vielen Fällen auch in der Verstaatlichten erlebt, was das bedeutet. Es ist ja nicht lustig. Aber das ist geschehen. Ich gebe Ihnen auch durchaus zu, daß hier viele damit einverstanden waren. Auch in unseren Reihen. Das gebe ich Ihnen alles zu.

Aber, meine Damen und Herren: Sie in der Regierung haben die erste Verantwortung. Das ist doch keine Frage. Wir kritisieren Ihre Politik. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dann sagen Sie: Ein Aufschieben führt unvermeidlich letzten Endes zu schmerzhafteren Maßnahmen. Was haben wir jemals anderes gesagt? – Nie etwas anderes. Also jetzt sagen Sie es auch. Ich will jetzt nicht sagen – weil ich Ihnen keine Schwierigkeiten in Ihrem Bereich machen will –, daß Sie von einem Saulus zu einem Paulus in wirtschaftspolitischen Fragen geworden sind. Aber das steht immerhin da, und Sie haben es sogar vorgelesen. Es ist nicht etwas, was Sie beim Vorlesen überlesen haben. Dann würde ich es nicht zitieren.

Das nächste ist: Wir haben eigentlich immer gesagt, daß wir gar nicht gegen Industrie- und Wirtschaftsförderung sind. Überhaupt nicht. Ich werde noch ganz kurz darauf zurückkommen.

Aber wir haben eigentlich immer kritisiert, daß man Investitionen mit großen Beträgen subventioniert. Das war eine Kritik. Da hat es auch viele Betroffene gegeben, die todfröh darüber waren, daß sie das gekriegt haben. Wen interessiert die große Wirtschaftspolitik, wenn ihm das Wasser bis zum Hals steht? – Da möchte er gerettet werden und nichts anderes. Selbstverständlich.

Aber jetzt steht bei Ihnen, daß sich alle Beteiligten klar darüber sind, daß es sich um vorübergehende Maßnahmen handeln kann und nicht darum, Subventionen in feste Kalkulationsbestandteile zu verwandeln. Was haben wir anderes bisher gesagt? – Vielleicht mit anderen Worten. Aber in der Linie gar nichts anderes. Wenn Sie, Herr Minister, das ein paar Jahre früher gesagt hätten, hätten wir uns vieles erspart oder würden wir uns in Zukunft vieles ersparen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Jetzt komme ich zu einer Frage, die uns alle bewegt und berührt. Das ist das Problem der Innovation. Wir haben uns hier sehr bemüht und haben Konzepte ausgearbeitet. Jeder von uns weiß, daß man Innovationen jetzt machen muß und daß wir in manchen Bereichen – ich will nicht sagen, daß wir hinten sind – zu wenig getan haben, viel zu wenig. Es fehlen uns weite Bereiche, die zur Industriestruktur eines entwickelten Industriestaates gehören. Ich möchte nicht wieder, weil es jedes Mal hier geschieht, die Elektronik anziehen. Aber das gehört eben einmal dazu. In den nächsten zehn Jahren wird es eben so etwas wie ein elektronisches Zeitalter geben, und wer da nicht mithalten kann, der ist einfach in einer schlechteren Position.

Dr. Taus

Lassen Sie mich hinsichtlich der künftigen Investitionen eines sagen: Nur eine Investition, die sich rechnet, sichert die Arbeitsplätze der Zukunft. Eine Investition, die sich nicht rechnet, schafft uns neue Krisenherde. Das ist eine richtige Formel, und ich sage: Hoffentlich wird sie in der nächsten Zeit in der österreichischen Wirtschaftspolitik durchgeführt.

Nun lassen Sie mich zwei Sätze zur Innovationspolitik sagen. Wir können darüber reden, soviel wir wollen: Solange wir nicht Mittel und Wege finden, Risikokapital bereitzustellen, wird es diese Innovationspolitik nicht geben. Die schönste Förderungsmaßnahme wird von Leuten nicht gemacht werden, vor allem von kleineren Betrieben, sie kann nicht gemacht werden, wenn sie nicht Risikokapital kriegen, und zwar Risikokapital, ohne daß der Betreffende, dem es gegeben wird, enteignet wird. Das ist doch die Frage, um die es hier im einzelnen geht.

Ich nenne Ihnen, wenn Sie wollen – nicht jetzt hier im Hohen Hause in der Öffentlichkeit –, eine ganze Reihe von Firmen, die stockarm sind, die tadellose Produkte haben, die sich auch rechnen würden, die aber stockarm sind, weil es ja dafür kein Instrumentarium gibt, um ihnen zu helfen. Den Kapitalmarkt haben wir ja bekanntlich für Risikokapital in Österreich unterentwickelt, um es einmal vorsichtig auszudrücken. Auf gut deutsch gesagt: Wir haben keinen Kapitalmarkt für Risikokapital, wenn unter Umständen einer sagt, dort geh ich mit hinein, da ist vielleicht in Zukunft einmal etwas herauszuholen.

Daher werden Sie immer – und das ist auch im Interesse von Gewerkschaftern – die Möglichkeit finden, mit uns zu reden, können Sie immer mit uns reden, wenn es um Risikokapital geht, wenn Leute, die gescheit sind, Ideen haben, arbeitswillig und fleißig sind, ein Unternehmen aufbauen können, wo sie die Produkte erzeugen, von denen wir vielleicht in zehn Jahren leben werden, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eine zweite Frage. Es gibt ein paar Punkte, die schwer auf der Seele liegen. Es gibt zwei große Problemkreise, die ein mittleres und kleineres Industrieunternehmen, unter Umständen auch ein größeres Industrieunternehmen hat. Das ist der Problemkreis Qualitätssicherung und Produkthaftung. Ich nenne es einmal so. Bei der Qualitätssicherung würden wir überhaupt nichts dagegen haben, wenn es so eine Art Stelle für Qualitätssicherung gibt, damit man eindeutig sagen kann: In Ordnung, das ist eine erstklassige Qualität.

Und das zweite ist das Problem der Produkthaftung. Was ist das? – Es gibt große Firmen, die

leben davon, weil sie eben groß sind, oder die einen guten Teil ihres Geschäfts damit machen, daß sie für kleine Firmen, die das nicht können, die Produkthaftung übernehmen. Das heißt: Wenn so ein kleines Unternehmen einen größeren Export oder sonst einen Auftrag hat, muß es haften dafür. Und da kann ja bei komplizierten Produkten einmal was danebengehen. Wenn einmal etwas danebengeht, ist das Unternehmen finanziell erledigt.

Daher ist es notwendig für uns, daß wir in der Produkthaftung etwas einführen, damit der mittlere und kleinere Betrieb auch exportieren kann. Es gibt eine Vielfalt von Möglichkeiten, wie man ihm bei der Prämie helfen kann. Das ist eine Aufgabe, die der Staat erfüllen soll, und sie kostet viel weniger Geld als alles andere, was hier manchmal an Förderungsmaßnahmen diskutiert wird. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Das waren nur zwei Punkte, weil ich es nicht zu sehr ausweiten möchte. Lassen Sie mich aber doch noch etwas hier in den Vordergrund stellen. In Ihren Äußerungen zum Budget ist ein Widerspruch drinnen auf den Seiten 22 und 23. Ich verstehe es zumindest als Widerspruch. Da sagen Sie am Anfang:

„Nach ... 1974/75 wurde eine Phase der Budgetverbesserung eingeleitet. 1979 und 1980 liegen die Nettodefizite deutlich unter den prognostizierten Werten. Diese Ergebnisse waren jedoch nur möglich, weil Budgeterstellung und -vollzug äußerst restriktiv angelegt waren, das heißt, Ausgaben durchforstet und gekürzt, Umschichten vorgenommen und alle zur Entlastung des Budgets geeigneten Maßnahmen ergriffen wurden.“

Das heißt, es schaut so aus, als wäre hier eine Budgetsanierung erfolgreich durchgeführt worden. Aber wenn Sie glauben, daß Sie eine Budgetsanierung erfolgreich durchgeführt haben, dann können Sie doch nicht im letzten Satz auf Seite 23 sagen:

„Im Gegensatz zu den verhältnismäßig langsam wachsenden Einnahmen stiegen die Bundesausgaben kräftig an.“

Sie haben also nicht saniert, sonst könnte sich ja die Schere nicht öffnen, sie müßte eher kleiner werden oder zumindest gleichbleiben. Das heißt, da stimmt irgend etwas nicht.

Natürlich stimmt irgend etwas nicht, Herr Minister, denn worum geht es denn jetzt wieder? – Die Versuche, zu sparen, sind Ihnen offensichtlich mißlungen. Ich weiß schon, daß es schwer ist für einen Finanzminister, den Ressortkollegen einzureden, daß sie etwas einsparen sollen. Das weiß ich schon. Das ist nicht leicht, auch politisch nicht leicht. Es ist Ihnen nicht gelungen.

Dr. Taus

Jetzt versuchen Sie den Ausweg, über weitere Belastungen diese Lücke zu schließen. Und das ist genau der Weg, den wir nicht wollen. Wir sagen: Wenn Sie nun die Wirtschaft und die Bevölkerung weiter belasten, dann werden die Leute wieder weniger investieren, und das Ganze wird ein Circulus vitiosus, aus dem man dann mit Förderungen versucht, die Leute wieder herauszuheben. Meine Damen und Herren! Das ist nicht die richtige Wirtschaftspolitik! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich kann nicht den Leuten immer mehr wegnehmen und dann einzelnen einen Bruchteil zurückgeben und sagen, jetzt werde er gefördert. Das ist der Weg, den wir, Herr Minister, nicht gern haben wollen.

Zu folgendem muß ich Ihnen auch etwas sagen, weil Sie vorhin, wenn ich das richtig im Kopf habe, gemeint haben: Die öffentliche Hand deckt eben diese Nachfragelücke. Niemand – niemand! – weigert sich, daß das Budget zur Konjunkturstabilisierung und natürlich auch zur Sicherung der Arbeitsplätze eingesetzt wird. Jeder weiß, daß das ein wichtiges Instrument ist. Aber, Herr Minister, jetzt kommen wir zu einem wichtigen Punkt. Es ist ein Unterschied, ob ich das Budget zur Sicherung der Arbeitsplätze einsetze oder ob ich es bei öffentlichen Großprojekten verschwende. Und das ist genau das, worum es uns hier geht. Das ist ein Unterschied! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dann hätte ich noch eine Frage an Sie, nachdem Sie Ihre erhöhte Mehrwertsteuer für Stromleistungen haben. Ich habe die „Sozialistische Korrespondenz“ vom 18. Juni, dort steht folgender Satz drinnen: „Da könnte man schon eher über den vollen Mehrwertsteuersatz für Strom diskutieren, der heute mit einem Steuersatz von 8 Prozent subventioniert wird.“ – Mir ist nicht klar, daß eine Steuer jemals eine Subvention sein kann. Sie kann Ihrer Meinung nach zu niedrig sein, aber sie kann keine Subvention sein. Die Subvention ist das Gegen teil von einer Steuer. Das ist keine Subvention, das ist eindeutig eine Steuer. (*Zwischenruf des Bundesministers Dr. Androsch.*) Sie haben es nicht so gemeint; in Ordnung. Ich ziehe das zurück.

Meine Damen und Herren! Sie haben hier, Herr Finanzminister, einen sehr versöhnlichen Schluß gewählt, was ich verstehe, denn die Probleme, die auf uns zukommen werden nach 30 sicher guten Jahren, werden nicht klein sein. Ich glaube auch, daß wir dahin kommen werden. Sie haben gesagt: „In Kenntnis der Probleme und Schwierigkeiten . . . , in der Überzeugung, daß bei allen Unterschieden der Auffassungen das Gemeinsame über das Trennende zu stellen ist . . . “

Herr Minister! Das ist ein schöner Satz, der sicherlich oft zitiert wird. Ich glaube schon, daß Sie in uns, wenn es um dieses Land geht, immer einen Gesprächspartner finden werden, der das Gemeinsame über das Trennende stellt. Aber eines ist Ihnen doch auch klar: Viele der Diskussionen in letzter Zeit – ich habe sie mir hier angehört – waren nicht gerade geeignet, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen.

Sie haben eine Wahl gewonnen und sind daher die Stärkeren in diesem Hause. Das ist so. Aber der Stärkere muß beginnen, wenn er hier nicht nur ein Lippenbekenntnis abgegeben hat, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Wir werden uns in den nächsten Wochen und Monaten, Jahren anschauen, ob das ein Lippenbekenntnis war oder ob Sie tatsächlich hier die Meinung haben, daß man schwierige Fragen besser miteinander als im Konflikt gegeneinander lösen kann. – Danke schön. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Finanzminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Dr. **Androsch:** Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Taus! Die Energiepolitik und das Verhalten Ihrer Partei in den letzten Jahren, vor allem unter Ihrer Obmannschaft, hat sicherlich nicht dem entsprochen, was ich mit meinen Schlußbemerkungen gestern gemeint habe. (*Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich weiß nur zu gut aus allernächster Nähe, wie sehr Sie sich im Juni 1978 von wahlaktischen Überlegungen haben leiten lassen. Ich will das nicht im einzelnen ausführen. (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.*)

Sie haben selbst eingeräumt, daß der Anteil der Exporte am Sozialprodukt von 18 auf 22 Prozent gestiegen ist. Sie haben mit anderen Ländern verglichen, aber um es vergleichbar zu machen, bitte ich auch zu berücksichtigen, daß wir im Unterschied zu den zum Vergleich herangezogenen Ländern ein ungleich stärkeres Wachstum, eine Zunahme der Beschäftigung und damit eine ganz andere Bemessungsgrundlage haben. Wenn Sie etwa im Verhältnis zur Schweiz bereinigen, daß wir um einige hunderttausend Arbeitskräfte mehr, diese um einige hunderttausend weniger haben, daß wir ein einziges Jahr mit einer knappen Schrumpfung und diese viele Jahre mit einer deutlichen Schrumpfung hatten – allein im Jahr 1975 gab es bei uns 1,5 Prozent Schrumpfung und in der Schweiz 7 Prozent –, dann haben sich die Bemessungsgrundlagen sehr nachhaltig geändert.

Vizekanzler Dr. Androsch

Ich mache nur darauf aufmerksam: Ich bin nicht zufrieden mit dem, was wir erreicht haben. Wir müssen noch mehr erreichen. Aber das zu bestreiten, was wir erreicht haben, das macht die Diskussion ganz offensichtlich so schwierig.

Wenn Sie sagten – und das ist ein faires Argument gewesen -: Klammern wir die Preiserhöhung bei Erdöl seit 1978 aus. Sehr gut. Aber dann kommen wir zu einer ausgeglichenen Leistungsbilanz. Und da sage ich Ihnen ganz offen: Es hat nur in der Phase 1970 bis 1974 ein ausgeglichenes Leistungsbilanzverhältnis gegeben.

Und zum weiteren: In dieser Phase wäre das gar nicht möglich und gar nicht wünschenswert. Die Frage ist nur die nach dem Ausmaß. 6 Milliarden Schilling, wie wir es 1978 erreicht haben: Das ist eine ausgezeichnete Situation. In der jetzigen Situation – die Erdölsteuerung bedingt eine Erhöhung – müssen wir wieder trachten, es zu verringern.

Sie meinten einen Grund für gewisse Strukturprobleme erkannt zu haben in der Investitionsquote oder im besonderen in den Industrieinvestitionen. Was die Investitionsquote insgesamt anlangt, sind wir die „Japaner Europas“. In den siebziger Jahren schwankte diese Quote zwischen 31 und 26 Prozent. Die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote fiel nie unter 26 Prozent. (Abg. Dr. Taus: Wohin?)

Jetzt werden Sie einwenden – einverstanden –, daß die Struktur auch eine Rolle spielt, also wohin investiert worden ist. Da gebe ich gerne zu: nicht im wünschenswerten Ausmaß in die Industrie. Nur: Wie war es vor 1970? – Herr Abgeordneter Dr. Taus, in den sechziger Jahren, vor allem zwischen 1965 und 1970 – Sie haben damals die Regierungsverantwortung getragen –, hat die Industrieinvestitionssumme stagniert, sie ist absolut gleich geblieben und relativ gesunken bei 10 Milliarden Schilling.

10 Milliarden Schilling von 1965 bis 1968 und 12 Milliarden Schilling 1969: Ich kann Ihnen die Zahlen auswendig wiedergeben. Das Ergebnis ist, daß sie relativ und real gesunken ist. Das war ja der Grund, warum wir uns in einem Wirtschaftsprogramm damit beschäftigt haben und Sie mit dem Koren-Plan nachgefolgt sind.

Seither – Anfang der siebziger Jahre sprunghaft – ist sie auf 30 Milliarden Schilling angestiegen, aber leider infolge der Entwicklung 1974/75 dann wieder gleich geblieben. Das ist das Problem; da gebe ich Ihnen gerne recht. Aber dies ist der Fall nach einem Sprung, den wir in den siebziger Jahren gemacht haben.

Wenn Sie sagen, im Bereich der Strukturpolitik wäre nichts passiert, und meinen, es ist eine

Kritik, wenn ich gesagt habe, wir dürfen nicht Strukturkonservierung betreiben . . . (Abg. Dr. Taus: Habe ich nicht gesagt!) Wenn Sie es nicht so gemeint haben, okay, nehme ich schon zur Kenntnis. (Abg. Dr. Taus: Sie werden es dann im Protokoll sehen!)

Schauen Sie: Papier, Textil, Bekleidung, Leder, Schuhe, mit einem geordneten Rückzug auf ein anderes, leider niedriges Beschäftigungsniveau, von dem aus offenbar eine Steigerung – die Entwicklung zeigt es – wieder möglich ist, und wir haben dabei geholfen. Aber sicherlich auch dadurch, Herr Abgeordneter Dr. Taus, daß wir eine strukturkonservierende Unterstützung, wie sie für weite Bereiche die Umsatzsteuerrückvergütung gewesen ist, beseitigt haben. Ich darf Sie daran erinnern.

Es würden manche Unternehmungen, die inzwischen liquidiert werden mußten, noch leben, hätten sie nicht allzu lang diese Droge gehabt, die eben dann, wie ich gestern andeutete, sehr leicht oder sehr oft letalen Ausgang für das Unternehmen bedeuten kann. Wir haben in einem bekannten Fall noch versucht zu helfen. Sie wissen, wie es ausgegangen ist.

Sie sagen: Wir brauchen mehr Risikokapital. Das mag schon bis zu einem gewissen Grad stimmen. Es hindert aber, bitte schön, keine Bank – es hat auch die Girozentrale unter Ihrer Generaldirektorschafft niemand gehindert –, Risikokapital dorthin zu geben. (Abg. Dr. Taus: Die Vorschriften!) Sie haben bevorzugt, Kredite hinzugeben, werden schon Gründe gewesen sein, hindern tut niemand daran. (Zwischenruf des Abg. Dr. Taus.)

Wir haben sogar eine steuerliche Förderung, Herr Abgeordneter Dr. Taus, was es früher nicht gegeben hat, für Neuemissionen von Aktien eingeräumt, wie Sie wissen. Das hat es vorher nicht gegeben. Nur: Die Banken haben von dieser Möglichkeit nicht einmal in ihrem eigenen Bereich bisher Gebrauch gemacht. Also muß es schon an etwas anderem auch liegen. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Wenn Sie von der Produktionshaftung gesprochen haben, so ist das ohne Zweifel ein überlegenswerter Ansatz, der ja in etwa dem entspricht – nicht konkret in der Form, sondern in der Zielrichtung –, was ich vorhin und gestern gemeint habe, die steuerliche Förderung, die immerhin sehr viel ausmacht, von der Förderung der materiellen Investitionen eben auf dieses Problem umzuschichten mit einer Wahlmöglichkeit. Daß man das vielleicht mit einer Haftung verbinden kann – das meinte ich eben –, das ist durchaus überlegenswert.

Also ich meine, in diesem Punkt gibt es

Vizekanzler Dr. Androsch

Übereinstimmung, was notwendig ist und geworden ist. Es war früher die materielle Investitionstätigkeit wichtig. Sie haben ja auch noch einmal darauf hingewiesen.

Was aber jetzt notwendig geworden ist und wo Ansätze für Lösungen sind, wenn man davon ausgeht, daß nicht Milliarden zusätzlich auf die Welt kommen; das würde ja auch Ihren budgetpolitischen Zielvorstellungen diametral entgegenwirken. Sie haben Ägypten angeschnitten. Der Herr Abgeordnete Steinbauer ist ein berüder Kritiker unserer sehr niedrigen Entwicklungshilfe. Das ist auch gar nicht zu bestreiten. Es wird schwierig sein, hier mehr zu tun, aber unsere Verpflichtung ist es, als ein Land, das vom Marshall-Plan so große Hilfe bekommen konnte, oder eine moralische Verpflichtung, wenn es noch das Glück hat, nicht mehr für Verteidigung als wir ausgeben zu müssen, etwas zu tun. Warum soll man das nicht auch damit verbinden, daß unsere Wirtschaft Aufträge und Entwicklungsmöglichkeiten kriegt? Andere Länder machen das mit Kapitalhilfe, wie es heißt, indem sie schlechthin verlorene Zuschüsse geben.

Ich glaube, es ist hinreichend klargestellt, daß hier an eine Verbindung gedacht ist, Lieferaufträge für österreichische Firmen im Interesse der Entwicklung in einem Entwicklungsland zu geben, und daß die Differenz eben als Entwicklungshilfe zu werten ist. (Abg. Dr. Taus: Herr Vizekanzler! Ein Vorschlag: Wenn Sie es machen, dann könnte man ja den Nussbaumer einsparen!)

Also es ist ja nicht die Frage, was ich mache, sondern die Frage des Finanzministers ist, daß er das Geld dafür hergibt. Das ist seine Aufgabe. Und dann gibt es, wie Sie wissen, einige Ministerien, und die haben verschiedene Kompetenzen, und die Kompetenz besteht dann darin, mit dem Geld das Richtige zu tun. Also das bleibt auch künftighin so. Eine Einmannregierung wollen wir nicht ins Auge fassen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Budget. Sie sagen, eine Schere hat sich aufgetan! Wir haben das von 4,6 Prozent Neuverschuldung auf 3,1 Prozent zurückgeführt, also um ein ganzes Drittel. Das ist, glaube ich, wenn man die Rigidität der Ausgaben berücksichtigt, eine beachtliche Rückführung.

Sie haben selbst darauf verwiesen, daß die Steuerelastizität – ich habe das gestern ausgeführt, ich werde das nicht wiederholen – sehr gesunken ist, mit dem Ergebnis, daß die Steuerquote des Bundes gleichgeblieben ist. Sie sagen, das ist vordergründig richtig, den Leuten ist es gleichgültig, ob der Abzug aus dem Titel Lohnsteuer erfolgt oder Pensionsbeitrag. Ja, nur

mit dem Unterschied: Aber eine Pension wollen die Leute schon, und es sind in den siebziger Jahren große Gruppen zusätzlich in den Bezieherkreis einbezogen worden, und es sind die Leistungen verbessert worden; Sie kennen die entsprechenden Zahlen im Budget. Also diesen Zusammenhang wollen wir denn doch nicht vergessen.

Das spiegelt sich im Budget wider, und darum sage ich: Auf Einnahmen kann nicht verzichtet werden. Dort, wo sie zurückgeblieben sind – das ist bei einer ganzen Reihe von Tarifen und Gebühren der Fall –, sind sie nachzuziehen, und gewisse Begünstigungen – und ermäßigte Steuersätze sind solche – sind ins Auge zu fassen beseitigt zu werden, wenn das noch dazu zum Beispiel energiepolitisch sinnvoll ist und sozialpolitisch abgesehen werden kann.

Also es geht darum, jene Entscheidungen zu treffen, die bisherige Entwicklung auch in den nächsten Jahren fortzusetzen. Das ist die Problemstellung, das war sie ja auch schon in den vergangenen Jahren, und das wird sie bei jedem Budget bleiben. Das durchzuführen, werden wir uns bemühen.

Aber ich mache Sie auch noch auf folgendes aufmerksam – ich habe es mir in einem Zwischenruf erlaubt zu sagen –: Wenn Sie das Defizit betrachten und Ihre Argumente anführen, man sollte die Geldkapitalbildung mehr in private Bereiche transmittieren, also umsetzen, bitte schön, in ihrer Wirkung sind Bahn und Post weiß Gott auch ein riesiger Betrieb. Wenn wir aber Riesenbetriebe im Budget haben, was in vielen Ländern gar nicht der Fall ist, die große Investitionen tätigen, dann ist es nur legitim, wenn auch sie für die Finanzierung dieser Investitionen einen Teil der Geldkapitalbildung in Anspruch nehmen. Ich werde die Zahl nicht wiederholen, um wieviel größer der Umfang der Investitionen und der Investitionsförderung in den siebziger Jahren im Verhältnis zur Neuverschuldung gewesen ist.

Wenn Sie von Verschwendungen reden, heißt das, daß Sie jetzt noch immer der Meinung sind, daß die Errichtung der UNO-City, wie Sie das jahrelang behauptet hatten, eine Verschwendungen ist. Ich kann Ihre Argumente nur so verstehen. Ich habe nur geglaubt, nach der Fertigstellung ist es wieder soweit, daß Sie sich auch dazu bekennen, aber vielleicht ist das nicht der Fall. Wir glauben eben, daß die UNO-City auch eine höchst wertvolle Investition gewesen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte zum Schluß kommen und sagen: Zum Unterschied von Ihnen, wo ich gelegentlich den Eindruck aus Ihrer Argumentation gewinnen muß, daß Sie meinen, es wäre überhaupt

Vizekanzler Dr. Androsch

nichts geschehen und das wäre eine höchst erfolglose Entwicklung – es ist Ihre Möglichkeit, das so zu sehen –, glaube ich, daß wir viel getan haben, daß viel erreicht worden ist, und ich bezweifle gar nicht, daß es notwendig ist, noch mehr zu tun. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Veselsky. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Veselsky** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich muß bestätigen, es hat der Herr Kollege Taus eine viel und auch von mir beachtete Rede gehalten, eine lange Rede, und ich habe ihm lange zugehört. Er hat begonnen damit zu sagen: Reden wir nicht über das Ausland, reden wir über Österreich und reden wir über die Fehler, die die Bundesregierung im Inland gemacht hat. (*Präsident Thalhammer übernimmt den Vorsitz.*)

Er hat es am Anfang gesagt, und im Gegensatz zur Regierung, die sich an den Grundsatz hält: versprochen – gehalten, habe ich vergebens gewartet, ich habe eigentlich keine Fehler aufgezeigt gehört, ich habe aber Fehler in einigen Aussagen bemerkt, Herr Kollege Taus.

Es schmerzt mich umso mehr, weil ich Sie für einen ausgezeichneten Wirtschaftsexperten halte, und ich glaube, das kann nur Ihrer beruflichen Überforderung zuzuschreiben sein, daß Sie sich nicht mit den jüngsten Informationen konfrontiert haben, mit den jüngsten Aussagen, beispielsweise am Seminar der Österreichischen Nationalbank vor einer Woche, dort ist ja keiner der Sprecher der Oppositionsparteien gewesen, um sich zu informieren. Das ist bedauerlich, denn sonst hätten Sie gewußt, was die Einschätzungen der bedeutendsten Experten in Österreich zur Situation sind.

Herr Kollege Taus! Sie haben gesagt, wir haben Boden verloren, was Exporte anlangt, im Vergleich zu anderen Staaten. Ich möchte Ihnen jetzt die Aussage auf Grund von Untersuchungen vorhalten – ich zitiere –:

„Der Exportanteil Österreichs (im weiteren Sinne) stieg von ... 1,67 Prozent (1970)“ beim Sozialprodukt „auf 1,94 Prozent (1979), das heißt auf fast das Doppelte. Je Einwohner wurde 1955 das Exportvolumen (im weiteren Sinne) der OECD noch um 5 Prozent unterschritten, 1970 bereits um 60 Prozent und 1979 um knapp 100 Prozent überschritten, das heißt wir exportieren heute pro Kopf bereits doppelt so viel wie der OECD-Raum insgesamt. Die langfristige Überholrate lautet in dieser Definition 3,2 Prozent pro Kopf und Jahr ...“

„Mit dieser Export-performance stehen wir unter 24 OECD-Ländern hinter Japan an zweiter Stelle. Nicht einmal ‚developing countries‘“, wie es im Bericht heißt, „wie Spanien und Griechenland liegen besser.“

Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren, bei der Nationalbanktagung unwidersprochen festgestellt vom Kollegen Kausel. Zugegeben, Kollege Kausel ist ein überoptimistischer Beobachter. Zugegeben, er hat vielleicht auch mit seinem Optimismus, den er 1978 verbreitete, zu einem vorzeitigen Ende der strukturpolitischen Debatte beigetragen. Zugegeben. Aber, meine Damen und Herren, diese Fakten werden von allen ernst zu nehmenden Experten Österreichs anerkannt. Sie zeigen, daß wir bisher exportseitig großartig gelegen sind. Ich glaube, es unterstreicht die Bedeutung, das Verantwortungsbewußtsein, mit dem die Berichte der Bundesregierung präsentiert wurden, daß man sagte: Und was wir in Zukunft brauchen, ist eine neue Exportoffensive. Wir werden nicht davor hältmachen dürfen, Überkommenes zu ändern, auch neue Institutionen und Instrumente zu überlegen und Verhandlungen darüber aufzunehmen. Was wir dazu brauchen, meine Damen und Herren, ist ein Basiskonsens auch auf diesem Gebiet, und ich glaube, das ist etwas sehr Wichtiges.

Darüber habe ich mich eigentlich gewundert, denn das sollte doch zum Basiskonsens gehören. Zu dem soll auch die Feststellung gehören, daß, wenn wir Leistungsbilanzprobleme haben – die wollen wir nicht verschweigen –, wenn wir im Verhältnis zu dem, was wir an das Ausland zu liefern in der Lage sind, mehr von dort in Anspruch nehmen, also gewissermaßen über unsere Verhältnisse leben, wie der verstorbene Generalrat Ausch sagen würde, das eher importseitig auf uns zukommt. Das ist eher das Ergebnis überhöhter Zahlungen für Energie, überhöhte Zahlungen für Automobile, die wir ja nicht hier erzeugen, sondern die im Ausland hergestellt werden.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, das dazu sagen zu müssen.

Aber das reiht sich an ein anderes Bild. Herr Kollege Taus sagte: Reden wir über die Fehler, die die Regierung gemacht hat. (*Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Da könnten wir ja tagelang reden!*) Ich möchte jetzt über einen Fehler reden, den die Opposition gemacht hat.

Sie haben hier in diesem Haus darüber diskutiert und das General-Motors-Projekt sehr heftig kritisiert. Man könnte sagen: außer Reden nichts gewesen.

Meine Damen und Herren! Es ist aber etwas gewesen außer Reden, es ist etwas passiert

Dr. Veselsky

durch Ihr Reden, es ist etwas in die Öffentlichkeit getragen worden, was nicht getan hätte werden sollen, was einen Basiskonsens in Wirklichkeit in Frage gestellt hat und was Österreich Schaden zugefügt hat und noch zufügen wird. Ich möchte sagen, wozu das geführt hat. Zu einem Linzer Beispiel.

Ich nehme die „Oberösterreichischen Nachrichten“; sie berichten über etwas, was sich am 28. Mai 1980 im Tourotel Linz abgespielt hat. Dort hat General Motors, auf Good-Will-Tour befindlich, gesagt: „Für Österreich mehr Gewinn als für General Motors.“ Man sagte: „Wir haben die Absicht, gute Industriebürger zu sein, denn wir wollen lange in Österreich bleiben.“ Man sagte weiter: Wir legen „besonderen Wert auf Loyalität zur neuen Heimat“. Man sagte: „Subventionen in diesem Ausmaß sind nicht ungewöhnlich... Die Subvention war für uns selbstverständlich... Grundsätzlich hat General Motors die Absicht, zumindest in Höhe der Subventionsmilliarden in Österreich zuzukaufen.“ Absicht! (Abg. Ing. Dittrich: Wo steht das, daß sie zukaufen?) In den „Oberösterreichischen Nachrichten“! Ich gehe jetzt darauf ein, Herr Kollege Dittrich. (Abg. Ing. Dittrich: Da brauche ich den Vertrag nicht, wenn ich der Billigstbieter sein will!)

Herr Kollege! Sie werden dann Gelegenheit haben, Stellung zu nehmen, aber ich sage Ihnen jetzt, ich habe einen Bericht eines Konferenzteilnehmers in Händen, einen Bericht, für den der Konferenzteilnehmer mit seiner Unterschrift bürgt, einen Bericht, der aussagt, daß dieses, wie er sagt, „Business Luncheon“ am 28. Mai 1980 von 12.00 bis 14.30 Uhr im Tourotel Linz stattfand, veranstaltet von der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft.

„Generaldirektor von General Motors Mr. Gerald Genn versuchte zuerst das Verhältnis Österreich – General Motors im besten Licht zu zeigen. General Motors will ‚auf Lebenszeit‘ ein gutes Verhältnis zu Österreich und den Zulieferfirmen aufrichten.“ – Und jetzt kommt es –: „General Motors hat aber das Gefühl eines etwas gestörten Verhältnisses – entstanden hauptsächlich durch“ kritische Aussendungen, meine Damen und Herren!

Ich möchte sagen, daß daher etwas sehr wiegt, wenn Herr Generaldirektor Genn sagt, daß insgesamt in Österreich nicht nur der Primärbeschäftigungseffekt zu erwarten sein wird, sondern daß Zulieferanten zwei bis drei Arbeitsplätze schaffen werden können für jeden bei General Motors direkt geförderten Arbeitsplatz, also insgesamt 10 000.

Sehen Sie, daß also dadurch... (Abg. Dr. Blenk: ...Automobilindustrie...) Sie hätten

früher da sein sollen, dann hätten Sie sich den unverantwortlichen Zwischenruf erspart, Herr Kollege! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Blenk: Ich habe alles gehört, Herr Veselsky! Seien Sie halbwegs normal!)

Wir sorgen uns um Arbeitsplätze, und durch Ihre unverantwortliche Kritik werden Arbeitsplätze gefährdet. Das ist ein Beispiel negativer Strukturpolitik, meine Damen und Herren! Ein unerhörtes Beispiel, und es paßt zu etwas ganz anderem, Herr Kollege. (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.) Zu Ihnen paßt es, aber es paßt noch zu etwas anderem, und ich möchte es in Erinnerung rufen. (Abg. Dr. Blenk: Es ist gut, daß Sie nicht mehr in der Regierung sind!)

Zu den Abwertungsgerüchten, die von Ihrer Seite unterstützt wurden im Jahre 1977: Wenn's zu gut geht, dann muß man hineinblasen, daß vielleicht ein Wind entfacht wird, daß es schlechter wird. „Südost-Tagespost“, Herbst 1977.

Ihre Überschuldungskampagne-Argumentation. Sie haben hier bis zum letzten Staatsschuldenbericht, wo Sie dann kleiner beigegeben haben, von einer Überschuldung gesprochen, meine Damen und Herren, ohne Rücksicht darauf, daß damit auch die Kreditfähigkeit und -würdigkeit Österreichs im Ausland berührt werden könnte. Wollen Sie so lange weiterturn mit dieser Methode, bis vielleicht das Triple A durch Ihre Beiträge in Diskussion kommt?

Nun etwas Neues. Das ist Ihr Versuch, eine Diskussion, eine berechtigte Diskussion über die Quellensteuer in eine Diskussion über die Sparbüchlsteuer umzuwandeln. Herr Kollege Graf hat mit seinen Schalmeienklängen zunächst begonnen, die Quellensteuer zu apostrophieren. Er sagte sehr richtig, so nenne ich es zuerst. Er hat dann von der Sparbüchlsteuer gesprochen. Herr Kollege Taus hat direkt nur mehr über die Sparbüchlsteuer gesprochen. Und sehen Sie: Man merkt die Absicht und ist verstimmt. (Zwischenruf des Abg. Dr. Taus.) Nicht Sie, Herr Kollege Taus! Sie haben hier nicht so sehr hineingeblasen, sondern andere Ihrer Herren. Verunsicherung wiederum ist es, was Sie damit erreichen wollen, aber nicht erreichen werden, meine Damen und Herren!

Folgendes möchte ich zurückweisen: Einen Beitrag, der die Quellensteuer zur Diskussion stellt, mit dem Prädikat „unsozial“ zu konfrontieren, dagegen möchte ich mich verwahren. Ich möchte denn doch sagen: Wenn man die Quellensteuer anrechenbar macht – und diese Möglichkeit besteht, es ist eine technische Möglichkeit –, wenn man darüber hinaus Untergrenzen freigibt – es besteht eine technische Möglichkeit, bei Offenlegung das zu tun –,

Dr. Veselsky

dann ist das nicht unsozial, sondern es trifft nur mehr Schwarzgelder. Über Reinwaschungen von Schwarzgeldern hat man ja jetzt auch einiges gelesen, also offenbar gibt es diese und in nicht unerheblichem Maße. Jetzt möchte ich sagen: Ich glaube, daß Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP – Sie werden als die „schwarze“ Partei im Volksmund angesehen und bezeichnet –, sich eigentlich nicht vor die Besitzer von Schwarzkonten stellen sollten.

Noch etwas, bitte, in diesem Zusammenhang: Wenn sich Spargelder aus dem offiziellen Bereich hinausentwickelt haben und damit entgegen unseren steuergesetzlichen Bestimmungen unversteuert bleiben, was geschieht dann? Dann bildet sich Finanzkapital, bei dem man vielleicht sogar 9 Prozent Verzinsung erzielen kann, netto, und das ist ein großer Unterschied, ein ganz großer Unterschied zu dem, was man durch Realinvestitionen erreichen kann, denn da muß man vor Versteuerung über 20 Prozent haben, um dann auf 9 nach Versteuerung zu kommen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube also umgekehrt, daß es schon Verteilungsrücksichten sind, wenn das zur Diskussion gestellt wird, aber nicht in unsozialer, sondern eher in sozialer Absicht. Das dazu.

Es gehört auch noch zu etwas anderem, es gehört auch zur Diskussion über Steuerreform, Schließung von Besteuerungslücken, meine Damen und Herren!

Nun darf ich noch – ich möchte es vereinbarungsgemäß kurz machen – versuchen, zu dem Stellung zu nehmen, was die ÖVP in ihrem Ringen um mehr wirtschaftspolitische Profilierung zuletzt ausgesagt hat. Da sagt selbst der „Kurier“, die ÖVP wolle offensichtlich ihr Image als Partei mit der größten Kompetenz in Wirtschaftsfragen zurückgewinnen. – Richtig! Sie haben es verloren. Da heißt es dann zusammenfassend in diesem „Kurier“-Bericht – ich glaube, es ist die beste Zusammenfassung; ich habe die Dokumentation durchgesehen –, daß die ÖVP, wenn sie ans Ruder käme, dieses Ruder anders in die Hand nehmen wollte, und zwar: „Weg von der bei anonymen Behörden und der Regierung zentralisierten Investitionsförderung – hin zur Investitionsentscheidung im betroffenen Betrieb.“

Das ist, glaube ich, eine Manifestation völligen Unverständnisses. Denn wir leben ja nicht in einer Kommandowirtschaft. Niemand kann Investitionen kommandieren, man kann Anreize dazu zur Verfügung stellen. Wenn man das öffentlicherseits tut, dann fördert man öffentlicherseits, und das kann man doch nicht hin zu den Betrieben geben.

Aber noch etwas ist Ihnen dabei passiert. Sie haben ja eigentlich hier einen Pappkameraden aufgebaut, gegen den Sie schießen, der aber mit der Realität nichts zu tun hat.

Wie schaut denn die Realität aus? Die Realität sieht so aus, daß wir in Österreich eine indirekte Investitionsförderung haben, von 1970 bis 1979 im Gesamtvolumen 140 Milliarden Schilling, und direkte Investitionsförderung des Bundes in der gleichen Periode im Ausmaß von 13 Milliarden Schilling, also von etwa 10 Prozent. Da muß man sich doch eigentlich, wenn man über Wirtschaftspolitik ernsthaft, konstruktiv diskutieren will – und wir wollen es ja mit Ihnen –, genug Zeit nehmen, sich die Dinge anschauen und darf nicht dann sagen: weg von der bei anonymen Behörden und bei der Regierung zentralisierten Investitionsförderung.

Das Gegenteil ist doch in Österreich der Fall. Es wird sogar schon von der Industriellenvereinigung eine neue Art der Investitionsförderung verlangt.

Also hätten Sie sich doch das angeschaut! So werden Sie sich nicht wieder als die Partei mit größter Kompetenz in Wirtschaftsfragen profilieren.

Dann sagten Sie unter anderem: weg von einer Budgetsanierung über Erschließung neuer Einnahmenquellen, hin zur Sanierung von der Ausgabenseite her, also durch Einsparungen.

Sie haben nicht darüber gesprochen, daß im Budget 1979 – in der Durchführung – tatsächlich Einsparungen vorgenommen wurden. Es blieb dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung vorbehalten, Ihnen das klarzulegen.

Noch etwas: Ich rufe Ihnen in Erinnerung, daß Sie bei den Verhandlungen des Finanz- und Budgetausschusses Forderungen stellten, deren Erfüllung Mehrausgaben von 18 Milliarden Schilling gekostet hätte, Forderungen, die wir abgelehnt haben, meine Damen und Herren. Sonst wäre das Defizit um 18 Milliarden Schilling noch höher, wenn es nach Ihnen gegangen wäre! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ein drittes: Der „Kurier“ sagt, die Energiefrage sei bei dieser Veranstaltung – der ÖVP nämlich – ein wenig unterbelichtet geblieben.

Während von Regierungsseite und von der Regierungsbank dazu klare Vorstellungen vorgelegt werden, ein Energieprogramm, haben Sie dazu eigentlich nichts als Unterbelichtung.

Man sollte sich Ihrerseits doch auch dazu äußern, sagen, daß es nicht beim EVA-Spruch bleiben soll: „Energie verwenden und nicht verschwenden!“, sondern wie man das macht und wie man auf der anderen Seite auch

Dr. Veselsky

Ihrerseits mit staatstragender Verantwortlichkeit zu einem höheren Energieangebot kommt. Meine Damen und Herren! Das, glaube ich, muß festgehalten werden.

Ich komme gleich zum Schluß und möchte sagen: Wir in Österreich haben Anerkennung gefunden im Ausland, von der Bevölkerung für die großen Leistungen: Vollbeschäftigung gesichert, Wirtschaftswachstum; das zweitgrößte der westlichen Welt, Stabilität: die drittbeste der westlichen Welt.

Meine Damen und Herren! Wir sind nicht auf dem Wege, daß die Menschen ärmer werden, sondern auf einem ganz anderen Wege, auf einem Wege zu einer immer besseren Zukunft. Das hat auch so weit geführt – dies muß ich jetzt feststellen –, daß Kollege Graf zum Beispiel modest war und daß sich damit die Stellungnahme der Opposition von früheren Jahren deutlich positiv abgehoben hat.

Aber, meine Damen und Herren, all das ist ja nicht von selbst gekommen, das ist ja das Ergebnis harter Bemühungen gewesen. Das legt denn doch auch etwas nahe, zu sagen, daß wahrscheinlich bei uns nicht nur die Erfolge, sondern auch die Instrumente, die Wege modellhaft sind.

Was war das? Wir haben nicht nur, wie das zum Beispiel in England geschah, Nachfragepolitik mit stop und go, mit steh und geh, gemacht, sondern wir haben immer auch eine Angebotspolitik dazu betrieben, angebotsseitige Absicherung.

Wir haben uns nicht nur, wie es im Ausland, zuletzt mit großem Mißerfolg in den USA, geschah, dem Monetarismus verschrieben, also: machen wir Geldmengenpolitik, sondern wir haben dazu auch die Inflation anders bekämpft, mit Lohn- und Preispolitik zusammen im Sinne dessen, was das Ausland beobachtend hinsichtlich Österreichs Einkommenspolitik nennt. Ich glaube, das ist ebenso etwas Besonderes in Österreich gewesen.

Wir haben nicht nur Privateigentum an Produktionsmitteln, sondern auch einen Staatssektor, ich möchte sagen, einen sehr erfolgreichen Sektor der verstaatlichten Industrie in Österreich, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Warum betone ich das? Weil es im Ausland anders ist, weil die OECD sagen muß: Wo es Staatsindustrien gibt, sind die eigentlich nicht erfolgreich. Bei uns sind sie es!

Ich muß sagen: Das gilt für die verstaatlichte Industrie in Österreich, auch für die verstaatlichten Großbanken und grosso modo im großen und

ganzen auch für die Industriekonzernbetriebe der Banken.

Wir haben in Österreich damit Instrumente entwickelt, die hochmodern sind. Wenn Sie wenig Experten auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik haben, wenn Sie ringen um die wirtschaftspolitische Wiederanerkennung, so muß ich sagen: Im Ausland gibt es sehr, sehr große, sehr, sehr große Potentiale, und die sagen heute, wohin der Weg geht. In Richtung positiver Anpassungspolitik, heißt es in der OECD.

Das ist das, was wir in Österreich Strukturpolitik nennen. Das ist das, was die Regierung betreibt, wofür wir Aichfeld-Murboden als Musterbeispiel haben, ein Musterbeispiel, wo Planung und Wettbewerb eingesetzt wurden nicht in Form eines Kommandos: Die Privatwirtschaft muß etwas tun. Nein, wo wir um 2 700 Millionen Schilling 3 200 Arbeitsplätze geschaffen haben. Positives Beispiel im Bereich der verstaatlichten Industrie, Zusammenführungen der Stahlwerke, der Edelstahlwerke, Zusammenführungen im Buntmetallsektor.

Meine Damen und Herren! Positive Anpassungspolitik, heute modern als Schlagwort, aber in Österreich lange praktiziert. Das Ausland spricht heute von der Notwendigkeit eines Policy-mix, also daß man nicht nur etwas tut, sondern einiges zusammen. Wir haben Maßnahmenpakete, wir liegen auf dieser Linie.

Aber jetzt sage ich Ihnen etwas. Ich sage Ihnen, daß wir nicht stehenbleiben dürfen. Wir werden dieses Modell Österreich nur dann erfolgreich verteidigen können, wenn wir auf den Erfahrungen aufbauend weitergehen, wenn wir unsere sich als richtig erweisenden Instrumente verstärken, auch neue Institutionen schaffen, wo es notwendig ist.

Der Bundeskanzler sprach von der Exportseite, ich füge die strukturpolitischen Notwendigkeiten hinzu, ich nenne Institutionen, die Neuerungen zum Durchbruch verhelfen sollen. Ich weise darauf hin, daß wir einen neuen sich entwickelnden Sektor haben, der zu klein ist in Österreich im Vergleich zur Schweiz, zu Deutschland, zum Ausland, den Bereich der auf Information aufbauenden, auf „gewußt wie“ aufbauenden Wirtschaftsleistungen, ein quartärer Sektor neben dem tertiären.

Wir werden dann erfolgreich in diese achtzig Jahre weitergehen können, wenn Sie, meine Damen und Herren, den Basiskonsens früher zur Verfügung stellen, nicht erst im nachhinein. Ich anerkenne das, bravo, bestens: Die Verstaatlichte wird nicht mehr in Frage gestellt. Strukturpolitik wird akzeptiert. Ein bissel früher, umso erfolgreicher werden wir sein können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Vw. Josseck. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur kurz einige wenige Worte zu meinem Vorredner. Herr Ex-Staatssekretär Veselsky hat hier so vehement auf einmal ganz zum Unterschied vom Finanzminister begonnen, die Sparbuchsteuer wieder zu verteidigen. Ich weiß nicht, welchen hintergründigen Sinn das haben soll, ob er sich wieder beim Kanzler „eingrieseln“ will, wie man so schön sagt. Aber irgend etwas muß hier ja fehl laufen. Entweder ist das seine eigene Überzeugung oder ... (*Abg. Dr. Veselsky: Man darf nicht unterstellen, daß derjenige, der darüber redet, unsozial ist!*) Davon ist ja bei Ihnen sowieso keine Rede. (*Abg. Ing. Gassner: Das war jetzt zu großzügig!*)

Ich glaube, Sie haben nicht zugehört, wie die Stellungnahme des Herrn Vizekanzlers und Finanzministers war. (*Abg. Dr. Veselsky: Sehr genau!*) Aber es paßt eine Überlegung recht gut her. Herr Vizekanzler Androsch hat gesagt, die Österreicher seien die europäischen Japaner. Nach Ihren Ausführungen muß ich sagen, er hat recht. Nur mit dem Unterschied, es geht bei uns nicht um die Schlitzäugen, sondern höchstens um die Schlitzohren. Das auf Grund Ihrer Erklärung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich darf mich hier von diesem Rednerpult aus in diesem Zusammenhang im wesentlichen mit den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers und mehr am Rande mit jenen von Herrn Vizekanzler Androsch beschäftigen, und zwar deswegen, weil der Herr Bundeskanzler seitensweise die Erfolge der verstaatlichten Industrie für sich persönlich als Regierungserfolg in Anspruch genommen hat. Das möchte ich ein bissel zerflücken, weil doch dem nicht so ist. Es hätte dem Herrn Bundeskanzler überhaupt nicht geschadet, wenn er von der Regierungsbank aus erwähnt hätte, daß das der Erfolg des Managements der verstaatlichten Industrie ist. (*Abg. Wille: Und der Arbeiter!*) Und der Arbeiter, ja, aber nicht vom Herrn Bundeskanzler, bitte. (*Abg. Wille: Auch, alle miteinander!*) Aber doch im geringsten Ausmaß. (*Zustimmung bei der FPÖ. – Zwischenruf des Abg. Fauland.*)

Herr Kollege! Weil er einmal mit dem weißen Helm durch Kapfenberg gegangen ist, deswegen können Sie doch noch nicht sagen, was er alles für die Verstaatlichte getan hat. Ich sage Ihnen noch einmal: Wenn es heute in der verstaatlichten Industrie funktioniert, dann durch das Management.

Aber der Bundeskanzler hat hier die Exporter-

folge der VOEST herausgestrichen, er hat auch vom Verkauf eines Stahlwerks nach Saudi-Arabien gesprochen. Alles recht und schön. Aber wer hat es verkauft? Der Bundeskanzler oder die Verstaatlichte? (*Abg. Fauland: Eingeleitet hat es der Herr Bundeskanzler!*)

Das muß er mir erst einmal vorrechnen, auf das komme ich nämlich jetzt. Ich habe den Zeitungen und Massenmedien entnommen, daß der Herr Bundeskanzler, der Herr Vizekanzler, der Herr Minister Staribacher, der Herr Minister Rösch, alle im arabischen Raum waren. Und die Zeitungen haben geschrieben, was die Herren verkauft haben. Aber bitte, keiner kann mir sagen, was der Handelsreisende für Österreich, Dr. Bruno Kreisky, persönlich den Arabern verkauft hat. Meines Wissens waren dort der Herr Malzacher, es war dort der Herr Apfalter und alle anderen, die Exponenten der Verstaatlichten sind. Die haben verkauft. (*Abg. Wille: Gerade diese Länder legen größten Wert darauf ...*) Daß sie den Bundeskanzler sehen? (*Abg. Wille: ..., daß sie staatliche Verhandlungspartner haben! Den Vertrag schließt natürlich der Vorstand ab!*) Und der kauft nicht bei der VOEST? (*Ruf bei der ÖVP: Damit sie keine Handelsagenten brauchen!*) Ja eben. Darum meine ich ja, der Handelsreisende für Österreich. Das muß man doch sagen.

Aber das Ganze hat auch einen Pferdefuß, meine Damen und Herren (*Abg. Ing. Hobl: Pferde werden modern!*), und zwar deswegen, weil hier immer wieder das Zauberwort Kompensation für alles und jedes herhalten muß. Wenn man sich – ich komme noch darauf zurück – die Import- und Exportlinien graphisch dargestellt ansieht, dann läuft doch hier einiges auseinander, sehr zum Nachteil Österreichs, weil halt immer wieder die Überlegungen beim Verkauf darin gipfeln: Hauptsache, wir haben unsere Produkte einmal angebracht; oft ist ja nicht einmal klar, zu welchem Preis. Und dann stellt sich heraus, und das nimmt man anscheinend ohne weiteres mit in Kauf, daß man alles und jedes kompensiert.

Dafür gibt es – weil hier auch einige Herren aus Linz sitzen – ganz gute Beispiele. Es ist ja kein Zufall, daß die VOEST eine „Intertrading“, eine Handelsgesellschaft errichten mußte, damit sie das, was sie in Kompensation hereinnehmen ... (*Abg. Fauland: Dagegen ist ja nichts einzuwenden!*) Nein, nein, da ist nichts einzuwenden. Ich komme schon noch darauf, welche Schwierigkeiten sich ergeben.

Man fährt in die DDR, gibt sich dort staatsmännisch und sagt, jetzt haben wir wieder etwas in die DDR verkauft. Die VOEST glaubt, es ist ein Batzen Geschäft. Abgesehen davon, daß wir einige Millionen, um nicht zu sagen 50

Dipl.-Vw. Josseck

oder 100 Millionen, wahrscheinlich werden zulegen müssen, haben sie dafür als Bezahlung aus der DDR Damenschuhe mit Bleistiftabsätzen bekommen, die die „Intertrading“ der VOEST mit Müh und Not an die schwarzen Damen in Zentralafrika hat verkaufen können. Das ist die Schwierigkeit, die ich meine. Das sollte man halt auch herausstreichen. (*Abg. Wille: Es gibt bessere Beispiele! – Abg. Kern: Da haben sie noch Glück, daß sie ihnen nicht Sand angedreht haben!*)

Nun gut, ich habe noch ein besseres Beispiel. Die VOEST hat an die Philippinen verkauft. In der Kompensation war ein Waggon voll Nylon-Damenslips. Wissen Sie, wie die VOEST sich schwer getan hat? Die haben sie nicht einmal in Afrika angebracht. (*Abg. Dr. Fischer: Schwarze Damen haben wir auch in Österreich, Herr Josseck!*) Ja, zu wenig. (*Abg. Graf: Aber die tragen keine Schuhe mit Bleistiftabsätzen, die sind aus der Mode, Herr Doktor!*)

Aber es gibt noch ein Beispiel: Die hunderttausend Handtücher aus der DDR, Herr Kollege, die nicht einmal in Afrika zu verkaufen waren, weil das Frottee mit dem eingravierten DDR im Gesicht so sehr gekratzt hat, daß es die VOEST an ihre Belegschaft haben verkaufen müssen. (*Abg. Dr. Fischer: Seither haben dort alle einen Schmiß, nicht wahr? – Zwischenruf des Abg. Fauland.*) Aber gekratzt haben sie trotzdem.

Ich will damit sagen, daß es immer sehr schön klingt, wenn unsere Herren Handelsreisenden unterwegs sind im arabischen Raum. Die Medien nehmen das gerne auf, jeder glaubt, weiß Gott was dort alles verkauft wird, denkt aber nicht an die Folgen daraus, wie schwierig die Kompensation für das ist, was um jeden Preis immer wieder so groß hinausgeschrieben wird, um das zu vollziehen.

Es heißt: Verkaufen wir, verkaufen wir, exportieren wir, wesentlich ist, die Arbeitsplätze zu erhalten! – Das ist der Fetischismus, egal ob wir dabei verdienen oder Hunderte Millionen draufzahlen – die Überlegung gibt es leider auch –, und wir nehmen dafür in Kompensation Dinge herein, die in Österreich den Arbeitsmarkt von anderen gefährden, wenn wir Schuhe hereinnehmen müssen, Frotteehandtücher hereinnehmen müssen, Nylonunterwäsche hereinnehmen müssen. Das ist die Problematik, mit der sich unsere sehr tüchtigen Herren in der verstaatlichten Industrie herumschlagen müssen. Und daher wundert mich immer wieder dieses Selbstlob des Bundeskanzlers, als hätte das alles er selbst verkauft.

Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang auch, daß wohl die Auftragslage gerade in den

verstaatlichten Industrien, sicherlich durch die Geschäfte mit den Oststaaten, recht gut ist, und daß man halt hier auch immer wieder nur ganz stolz die Umsatzziffern vorzeigen kann, aber das Betriebsergebnis aus den Umsätzen schaut dann weniger gut aus. Das sollte man halt dann auch dazusagen, wenn man mit stolzgeschwellter Brust erklärt, was man alles in den arabischen Raum verkauft hat, denn überall, bei allen Dingen, die der Herr Bundeskanzler aufgezählt hat, was verkauft wurde, ist nach Auskunft der VOEST noch etwas draufzulegen. (*Ruf bei der SPÖ: Das stimmt nicht! Gerade in diesem Geschäftsbereich haben wir die besten Ergebnisse!*) No, no!

Der Herr Bundeskanzler hat sich übrigens gestern bei einer Zahl versprochen. 4,25 Milliarden Verkauf einer Erzaufbereitungsanlage oder so. Da ist schon wieder etwas zum Zulegen. Sie waren ja dabei, Herr Kollege, als wir diskutiert haben in den VOEST, daß das gar nicht so leicht ist. (*Zwischenruf bei der SPÖ: Ich habe Sie nicht verstanden, ich würde Ihnen gerne darauf antworten. – Ruf bei der ÖVP: Traut sich nicht mehr!*)

Es ist nämlich auch hier die Rede gewesen von den sehr erfolgreichen Exporten, und besonders den Ostexporten, die in der breiten Öffentlichkeit so ausschauen, als wäre das auch hinsichtlich der Handelsbilanz in Österreich eine Mordsgeschichte. Und wie schaut's denn aus, meine Damen und Herren? Warum haben der Herr Bundeskanzler oder auch der Herr Vizekanzler das Thema nicht angeschnitten, daß hinsichtlich Ostexporte – und hier ganz speziell Ungarn und Tschechoslowakei – Österreich 1980 erstmals eine passive Handelsbilanz hat? Was das bedeutet!

Der Herr Vizekanzler hat auch zuerst gesagt: Also hervorragend unsere Exportqualität, und wohin, und in Prozentsätzen. Das klingt immer alles recht schön, aber wenn ich dann höre, daß wir gegenüber Tschechoslowakei und Ungarn ein Handelsbilanzdefizit aufzuweisen haben, muß das ja doch zu denken geben. Das muß doch zu denken geben, daß wir mehr Tomaten und Gurken kaufen müssen, als wir in der Lage sind, technische Produkte oder technisches Know how dorthin zu verkaufen. Das soll man doch auch sagen, wenn man hier von der wirtschaftlichen Situation Österreichs spricht!

Woran mag es liegen, wenn ich mir einfach eine Statistik, die Trendlinie vornehme und feststelle, daß von 1965 bis 1975 die Linien Export und Import auseinanderlaufen und die Schere sich öffnet? Es lohnt sich, auf diese Problematik vielleicht etwas näher einzugehen.

Ich habe hier eine zweite Graphik zur Hand,

Dipl.-Vw. Josseck

die zum Beispiel, nicht uninteressant, die Entwicklung des Imports von Energie und Fahrzeugen zeigt. Hier laufen nach Aussagen des Vizekanzlers im besonderen die Energiekosten massiv davon. Der Import ist von 1970 auf 1979 ganz massiv von 7 Milliarden auf 33 Milliarden Schilling gestiegen.

Dazu ist auch interessant – ich komme auf die Energiefrage noch einmal zurück – die Trendkurve über die Entwicklung des Imports von Fahrzeugen in den abgelaufenen neun Jahren zu vermerken, nämlich von 9 Milliarden Anfang 1970 auf 27 Milliarden Fahrzeugimport 1979. Sicherlich ist an Hand dieser Trendlinie interessanterweise die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Importerschwernisse, die der Finanzminister durch die Luxussteuer, durch das Abgabenänderungsgesetz, durch die Streichung der AfA bei Pkw bewirken wollte, eigentlich nichts erreicht haben. Das, was er wollte, nämlich eine Importerschwernis, ist ihm offensichtlich durch die Einführung der Luxussteuer nicht gelungen. Das hat aber natürlich recht fatale Auswirkungen auf unsere Handelsbilanz und auf die Finanzen und die Entwicklung hinsichtlich Devisen.

Es geht aus den Graphiken etwas hervor, worauf ich noch hinweisen muß, weil ich vorhin von der Energieentwicklung gesprochen habe. Wenn man sich nämlich gerade von dem größten Energieverbraucher Österreichs, der VOEST, die Ziffern hennimmt und dann feststellt, daß dort der Energieverbrauch, in Prozenten aufgeschlüsselt, so ausschaut, daß 10 Prozent auf Strom, 15 Prozent auf Gas, 15 Prozent auf Öl und der Rest auf verschiedene Kohlen entfällt, so sagt das doch auch aus, daß sicherlich nicht die Importkosten beim Öl in Diskussion gestellt werden können, zu sagen: Deswegen brauchen wir jetzt ein AKW, deswegen brauchen wir ein Atomkraftwerk!

Anhand dieser Ziffern und ähnlicher Überlegungen – ich habe es mir ja von der VOEST mitgenommen –, die auch dort angestellt worden sind, sagt man: Die wesentlichen Kosten für die Importe und für das Öl, das nach Österreich hereinkommt, gehen ja zum größten Teil wieder in die Chemie und in den Kraftfahrzeugbetrieb, aber sicherlich nicht – wie man uns immer weiszumachen versucht – in die Notwendigkeit, Energie – sprich: Licht, Strom, Beheizung – zu erzeugen.

Es ist also anhand dieser Ziffern sicherlich nicht tunlich zu sagen: Deswegen brauchen wir ein Atomkraftwerk, damit wir nicht so viel Erdöl importieren müssen! Diese Ziffern, die gerade der größte Energieverbraucher Österreichs uns gegeben hat, sprechen doch eher dagegen; oder zumindest nicht dafür.

Hier sind aber offensichtlich auch Versäumnisse der verantwortlichen Bundesregierung zu vermerken, weil man sich nicht rechtzeitig darum gekümmert hat und es allein der verstaatlichten Industrie überlassen hat, sich darum zu kümmern, wo sie ihren Hauptenergieträger, nämlich die Kohle, herbekommt. Im letzten Moment ist es der VOEST gelungen, noch bei einer amerikanischen Kohlengrube einzusteigen, aber nichtsdestotrotz ist die Situation so, daß bei Ausbleiben der Ostkohle die VOEST faktisch in vier bis sechs Wochen zusperren müßte.

Und jetzt versucht man – reichlich spät – zu laufen: Wo kann Österreich, wo kann sich die VOEST noch an Kohlengruben beteiligen? Alles zu einer Zeit, wo man sagen kann: Jetzt bekommt man sicherlich keine Beteiligung mehr!

Weil so viel auch von Export gesprochen wurde und vom Handelsbilanzdefizit, ist eine Statistik des Außenhandels nicht uninteressant, wobei festzustellen ist, daß gerade beim Export der größte Teil, nämlich mehr als 53 Prozent des österreichischen Exports, in die europäischen Räume geht und nur 14,8 Prozent in die arabische, afrikanische und asiatische Welt.

Das muß doch auch wiederum ein Ansporn sein und ist für mich auch der Beweis dafür, daß sich offensichtlich unsere Finalindustrie nicht so sehr in der Lage sieht – welche Gründe auch immer dafür sprechen, überlegenswert ist es –, gerade in diese unterentwickelten Räume einzudringen. Man müßte doch glauben, daß das, was in Österreich zu erzeugen ist und unter Umständen in den industrialisierten Räumen Europas nicht anzubringen ist, doch in den unterentwickelten Ländern zu verkaufen ist. Aber anhand dieser Statistik ist eigentlich der Anteil im afrikanischen, asiatischen und arabischen Raum relativ gering. Ich glaube also, daß hier eine Aufgabe vor der Wirtschaft steht, um die sie sich verstärkt annehmen sollte.

Noch etwas, was mir gestern gefehlt hat. Heute war der Herr Finanzminister etwas deutlicher in seinen Ermahnungen. Ich muß auch sagen: Seine halbstündige Ausführung heute hat mir mehr gegeben als seine gestrige Rede, denn heute sind zum ersten Mal verstärkt Zeichen auch der Warnung oder des Bedenkens beim Finanzminister herausgekommen. Das, was ein Interessanter ohnehin schon seit Wochen auch in der Zeitung liest: Nämlich das Ende der Überholspur, und ab Herbst wird Österreich eine Weile den Gürtel enger schnallen müssen.

Das hat mir gestern weitgehend – besonders auch vom Bundeskanzler – gefehlt. Es würde

Dipl.-Vw. Josseck

ihm doch kein Stein aus der Krone fallen, wenn er auch vor diesem Forum, vor der Öffentlichkeit in Österreich mahnende Worte für die künftige Entwicklung sagen würde.

Aber dazu gehört dann natürlich auch eines: Daß der Appell an die Bevölkerung geht, daß die Geschenkpolitik, alles und jedes an den Bürger zu geben und ihn zu animieren, alles und jedes vom Staat zu verlangen, einfach seine Grenzen hat. So wird es sicherlich nicht weitergehen. Ich bin überzeugt: Der Österreicher hätte Verständnis dafür, wenn man es ihm entsprechend unterbreitet.

Aber die Überlegung taucht natürlich auf – und in der Aussage des Finanzministers, wenn mahnende Worte kommen müßten –: Wie wird man die Dinge in den Griff bekommen? Es ist kein Zufall, möchte ich sagen, daß sich alle Vorredner heute – außer denjenigen der Regierungspartei – folgenden Satz des Herrn Finanzministers vorgenommen haben und über ihn gesprochen haben, wo der Herr Minister gesagt hat, daß – wie hat er das so schön ausgedrückt? – alle ökonomischen und sozial vertretbaren Einnahmensquellen genützt werden müssen.

Ich darf die Frage umdrehen und an den Herrn Finanzminister die Frage stellen: Bitte, Herr Finanzminister, wieviel Freiheitsspielraum wollen Sie oder können Sie oder sind Sie bereit, dem österreichischen Steuerzahler zu belassen?

Es hat sich Herr Dr. Heinz Fischer in einem „Mittagsjournal“ ja schon deklariert, indem er sagte, der Spitzensteuersatz wird sicherlich angehoben werden. Auf die Frage: 70 Prozent?, hat Herr Dr. Fischer gesagt: Ein Sechser wird schon drinnen sein.

Jetzt darf ich Sie fragen: Meinen Sie unter 70 Prozent oder heißt: Ein Sechser wird drinnen sein!, 76 Prozent? (Abg. Dr. Fischer: Nein, das heißt es nicht, Herr Kollege!) Also knapp darunter noch. (Abg. Dr. Fischer: Ja!) Aber bitte: Das hätte man doch auch gestern sagen können. Warum überläßt man das dem Heinzi Fischer in einem „Mittagsjournal“? Das wäre Aufgabe ... (Abg. Dr. Fischer: Arbeitsteilung!) Vielleicht eine ganz kluge Arbeitsteilung.

Aber man erwartet doch vom Herrn Finanzminister, daß er sagt, was auf einem zukommt. Das erwartet sich die Öffentlichkeit in der Situation, wenn dann auch noch, so wie heute, mahnende Worte gesprochen werden. Jetzt tappen alle im dunklen und fragen: Ja was wird kommen? Den einzigen Anhaltspunkt haben wir vom Herrn Dr. Heinzi Fischer, der gesagt hat: 70 Prozent werden es gerade nicht werden, aber ein Sechser ist drinnen. (Abg. Dr. Fischer: Vorsicht!) Das ist ein bissel eine schwache

Aussage und ist für den, der sich mit dieser Problematik beschäftigt und der mit Sorge vor dieser Frage steht, natürlich zu wenig.

Ja was wird es geben? Eines ist schon angeklungen: Die Energie noch massiver zu besteuern. Errechneter Betrag: Ein Tropfen auf einen heißen Stein bei diesem Budgetdefizit. Es wird dem Herrn Finanzminister aber nichts anderes übrigbleiben. Er sagt zwar zu seinen Ressortkollegen: So, jetzt wird gestrichen, jetzt wird gespart. Aber auf der anderen Seite, davon bin ich überzeugt, behält man sich so viel politischen Spielraum vor – wenn es wieder zu den nächsten Wahlen geht –, daß man dann wieder mit einigen Zuckerln kommen kann. Es stört mich, daß man hier Politik von heute auf morgen macht, und nicht auf längere Zeit.

Dazu hätten eben doch einige Aussagen des Finanzministers gehört. Soll das mit der Luxussteuer noch so weitergehen? Sollen die Sozialversicherungsbeiträge wieder angehoben werden? Es geistert ja alles mögliche durch den Raum. Es haben Herren des Gewerkschaftsbundes, wie etwa Dallinger, eine andere Meinung als der Herr Finanzminister; der unterstützt wieder den Herrn Bundeskanzler in der Frage der Quellensteuer.

Alle diese unausgegorenen Dinge – in Ihren Reihen unausgegorenen Dinge – beunruhigen einfach die Bevölkerung in Österreich. Dazu hätte man sich gestern, wenn so viel schon im Raum gestanden ist, eigentlich ein klares Wort von der Regierungsbank, vom Herrn Bundeskanzler, aber auch vom Herrn Vizekanzler erwarten können.

Das alles ist kein Zufall. Das zeigt eben, wie sich die Dinge im Lauf der Jahre der sozialistischen Alleinregierung umgedreht haben. Als die Sozialisten in die Regierung gegangen sind – in den Jahren 1970/71 –, ist auf Seite 1 immer groß gestanden, wenn einmal etwas teurer geworden ist. Da ist gestanden: Strom wird teurer! Da war das eine Sensation.

Wie schaut denn die Geschichte heute aus? Heute ist es genau umgekehrt. Auf Seite 3 irgendwo kann man ganz klein einmal lesen: Das wird heuer nicht teurer. Zum Beispiel die Pkw-Haftpflicht. Jeder rechnet nämlich schon damit, daß natürlich automatisch alles teurer wird. Schlagzeilen bekommt man heute in Österreich nur dann, wenn einmal etwas nicht teurer wird. Ja gibt denn diese Umkehrung in diesem Bereich und bei diesen Überlegungen nicht zu denken, meine Herren Sozialisten?

Ich habe zugesagt, mich kurz zu halten. Mir war es ein besonderes Anliegen, die Frage der verstaatlichten Industrie noch einmal aufzuzeigen. Es gäbe noch die große Sorge in der

Dipl.-Vw. Josseck

Fremdenverkehrswirtschaft zu diskutieren. Auch hier eine unnötige Beunruhigung durch den Herrn Finanzminister.

Es gibt immer wieder dann noch Aktionen, so wie vom Herrn Dr. Schranz gestern, der nach wie vor im Unternehmer den bösen Unternehmer sieht, der nur Gewinne herauszieht, wie etwa bei seiner Anfrage, warum in einem Hotel das Telefon mehr kostet als in einer Telefonzelle. Das sind doch alles unterschwellige Angriffe auf die private Wirtschaft. (*Zwischenruf des Abg. Wille.*) Bitte? (*Abg. Wille:* *Das war eine Frage!*) Ich kenne mich schon aus. Ich bin ja auch nicht so dumm, daß ich nicht merke, wo der Schranz hinauswill. Das war doch eine ganz gezielte Frage, ganz einfach unterschwellig. Es gehört fallweise wieder die Darstellung dazu, wie böse der Unternehmer ist und was der nicht alles schwarz macht oder was er alles so verteuert.

Daß aber, wenn in Österreich alles so teuer ist, ein gerüttelt Maß an Schuld – und die Hauptschuld sicher – an den Regierungsverantwortlichen auf der sozialistischen Seite liegt, darüber müssen wir uns doch auch im klaren sein. Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Dittrich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. Dittrich (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Abgeordnete Veselsky ist nicht da, ich wollte ihm aber kurz doch folgendes sagen:

General Motors hat in ihren Verträgen einen Passus, daß sie versuchen wird, vermehrt österreichische Firmen heranzuziehen, wenn diese von der Qualitätsseite und von der Preisseite her äußerst günstig sind. Das heißt: Ich muß eine hervorragende Qualität liefern und ich muß Bestbieter sein, dann wird mich General Motors als Zulieferer beschäftigen.

Meine Damen und Herren! Daß wir dafür 2,6 Milliarden Schilling hinlegen müssen, können wir einfach nicht verstehen. Zu mir sind Firmen gekommen, die sich in Wien schriftlich beworben haben. Das Bewerbungsschreiben ist nach Deutschland gegangen, und dort versandet das. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Das wird also so eingeteilt. Diese Verpflichtungserklärung ist zu wenig! (*Zustimmung bei der ÖVP.* – *Zwischenruf vom Bundeskanzler Dr. Kreisky.*)

Nun zum Thema, Hohes Haus. Die Bundesregierung ist überzeugt, daß es ihr auch in Zukunft gelingen wird, so wie in der Vergangenheit Stabilität und Vollbeschäftigung zu erhalten.

Mit diesen Worten hat gestern Bundeskanzler Kreisky seinen Teilbericht über die wirtschaftliche Situation abgeschlossen.

In dieser Schlußfeststellung war eine große Neuigkeit enthalten, aus der man ablesen konnte, daß es nur die Bundesregierung ist, die die Vollbeschäftigung in diesem Land sichert, also jene Regierung, die gerade in den vergangenen Jahren durch die ungeheure Belastungspolitik gegenüber der Wirtschaft dazu beigetragen hat, daß diese in Schwierigkeiten gekommen ist, aber die Vollbeschäftigung noch aufrechterhalten konnte.

Natürlich verdanken es die Österreicher unseren Unternehmungen, der Wirtschaft, daß sie praktisch ohne Arbeitslosigkeit davongekommen sind. Hier wiederum, meine Damen und Herren, waren es die Klein- und Mittelbetriebe, die die Hauptlast an der Ausbildung getragen haben und immer noch tragen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das darf ich selbst als Unternehmer sagen: Gerade diese Aufgabe, den jungen Leuten eine gediegene Berufsausbildung zu vermitteln, erfüllen wir gerne.

In diesem Haus hat man sehr oft das Schlagwort gehört, man sei dagegen, die Verluste zu sozialisieren und die Gewinne zu privatisieren. Meine Damen und Herren! Auch wir sind gegen die Sozialisierung, und zwar dagegen, die Arbeitsplätze zu sozialisieren und deren Kosten zu privatisieren. So einfach, glaube ich, kann es sich die Bundesregierung in dieser Angelegenheit nicht machen. Dieses Vorgehen, das schon seit vielen Jahren ganz systemwidrig exerziert wird, steht auch in diametralem Gegensatz zu jener Gemeinsamkeit, die gestern der Herr Finanzminister in seinen Schlußausführungen geradezu beschworen hat, als er meinte, man sollte doch bei allen Unterschieden der Auffassungen das Gemeinsame über das Trennende stellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Wirtschaft, die etwa 250 000 österreichischen Unternehmungen haben wahrlich bewiesen, daß ihnen das Gemeinsame mehr gilt als das Trennende. Viele Mädchen und Burschen verdanken diesem Umstand ihren Arbeitsplatz, einfach deshalb, weil trotz einer deutlichen Sättigung alle Jugendlichen untergekommen sind.

Zudem wissen wir, daß die österreichischen Unternehmer sich viel schwerer von ihren Mitarbeitern trennen, als dies etwa in anderen Ländern Europas der Fall ist. Für die Wiener Wirtschaft kann ich Ihnen versichern, daß die Wiener Wirtschaft derzeit wesentlich mehr Lehrlinge ausbildet, als dies für manche Betriebe wirtschaftlich noch verkraftbar ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ing. Dittrich

Meine Damen und Herren! Es ist die Wirtschaft gewesen, die in den vergangenen Jahren, hier im speziellen in den Jahren 1974 und 1975, der Garant der Vollbeschäftigung gewesen ist, denn die Wirtschaftspolitik dieser Regierung hat über Großprojekte und Großvorhaben ihren Goldregen verteilt, aber die kleinen und mittleren Betriebe dem harten Klima der Konkurrenz ausgesetzt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir haben – ich habe das in meiner Rede zum Problem General Motors gesagt – nichts gegen Großbetriebe und auch nichts gegen Neugründungen von Produktionsstätten. Wir haben aber alles dagegen, wenn der Wettbewerb verzerrt ist, denn das Füllhorn, das Sie über General Motors ausgestreut haben, von den 6 Milliarden Schilling über Hunderte Millionen Schilling für die Infrastruktur, kostenlose Grundstücke et cetera, ist eine krasse Benachteiligung der gesamten österreichischen Wirtschaft. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Übernahme der vorbetrieblichen Ausbildungskosten, die es für keinen einzigen österreichischen Betrieb gibt, ist für uns nach wie vor unverständlich. Sie dürften ja inzwischen selbst daraufgekommen sein, daß Sie damit das Maß weit überzogen haben, denn der Finanzminister hat in der jüngsten Zeit erklärt, daß man ein zweites Mal eine solche Unterstützung nicht wird geben können. Auf der anderen Seite wird wieder davon gesprochen, daß man den Gürtel enger schnallen müßte. Natürlich meinen Sie den Gürtel der Klein- und Mittelbetriebe, sicher nicht den des Staates.

Wir haben gestern wieder von der Notwendigkeit des Sparsen gehört. Sehr einverstanden, denn wir Vertreter der Wirtschaft haben schon vor Jahren vor der Gefährdung der Budgetaufblähung gewarnt. Wir appellieren schon seit Jahren, doch endlich das Sparen in die Tat umzusetzen. Hier sind wir mit dem Finanzminister einer Meinung.

Wir sind auch in einem anderen sehr wichtigen Punkt seiner Meinung, auch mit dem Herrn Bundeskanzler. Für die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs in den achtziger und neunziger Jahren wird es von ausschlaggebender Bedeutung sein, ob wir erstens den Prozeß der Entindustrialisierung Österreichs einbremsen können und zweitens, ob wir dies in einer Art und Weise tun, daß unsere Produktionsbetriebe einen Strukturwandel durchmachen, der sie befähigt, den geänderten Wettbewerbsbedingungen in den nächsten zwei Jahrzehnten zu entsprechen. Wir haben Sie seit Jahren vor der wirtschaftlichen Entwicklung gewarnt.

In welchem Dilemma wir nun stecken, faßte

der Chef des Wirtschaftsforschungsinstitutes Hans Seidel sehr präzise zusammen. Ich darf zitieren:

„Wir haben jetzt folgende Konstellation. Kommt die Rezession aus den USA über die BRD nicht schnell, dann wird das Zahlungsbilanz- und Inflationsproblem brennend. Kommt sie schnell, dann können wir mit einer gewissen Entlastung in der Zahlungsbilanz rechnen, aber stehen vor der Vollbeschäftigtefrage.“

Über kurz oder lang, meine Damen und Herren, bedeutet dies: bereitmachen zum Gurtelengerschnallen.

Hier, meine Damen und Herren, sehe ich auch wieder eine große Gefahr. Es ist heute schon sehr oft angeklungen die Feststellung des Finanzministers auf Seite 26 seines gestrigen Berichts: alle ökonomisch und sozial vertretbaren Einnahmequellen müssen genutzt werden.

Meine Damen und Herren! Erinnern Sie sich an den Schock vor einigen Jahren, als uns gleichzeitig die 30prozentige Mehrwertsteuer, das 2. Abgabenänderungsgesetz und die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge beschert wurden? Ich bin schon auch der Meinung, daß zwischen der Außenpolitik eines Staates und seiner Exportpolitik natürlich ein Zusammenhang besteht. Ich bin auch davon überzeugt, daß es hier sehr differenzierte und schwierige Zusammenhänge gibt. Österreich darf erstens nicht seine Glaubwürdigkeit als Vertreter des freien marktwirtschaftlichen Systems verlieren, und zweitens darf die Wirtschaftspolitik, die Außenhandelsverflechtung unseres Landes nicht von noch so schönen Projekten auf außenpolitischer Ebene unseres Bundeskanzlers abhängig gemacht werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Finanzminister hat gestern auch davon gesprochen, daß das Zinsniveau so niedrig wie möglich anzustreben sei, um der Wirtschaft möglichst kostengünstige Kredite in einer so schwierigen Phase zur Verfügung zu stellen und dabei auch Verflechtungen mit dem Umland zu berücksichtigen. Aber der Finanzminister verteuert doch jeden einzelnen Kredit. Gegen unsere massiven Proteste wird nach wie vor diese unsinnige Kreditsteuer von 0,8 Prozent eingehoben (*Beifall bei der ÖVP.*), egal ob für Konsumentenkredite oder Investitionskredite.

Hier möchte nun der Regierungschef auch eine Quellensteuer einführen. Beides zusammen, meine Damen und Herren, Quellensteuer und Kreditsteuer, würden also zu einer Doppelbesteuerung jenes Geldes führen, das die Wirtschaft so dringend braucht und das nach Meinung des Finanzministers sehr billig sein soll.

Ing. Dittrich

Herr Vizekanzler, Sie verlangen auf Seite 10: Es ist erforderlich, ein „so niedrig wie mögliches Zinsniveau zu erreichen“.

Herr Finanzminister! Sie haben ab sofort die Möglichkeit, die Kreditsteuer abzuschaffen und damit einen Punkt Ihrer gestrigen Erklärung schon zu erledigen. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Haas: Dem Haider gefällt das!*)

Kurz noch zu den Steuern. Ich glaube, dieses Haus hat Anspruch darauf, korrekt informiert zu werden. Was der Herr Finanzminister gestern behauptet hat, daß nämlich der Zuschuß für die Pensionsversicherung der Selbständigen gleich hoch ist wie das gesamte Aufkommen der Bundesgewerbesteuer, ist einfach falsch, denn der Anteil an der Gewerbesteuer liegt lediglich bei rund 2,5 Milliarden Schilling, während das Aufkommen der Bundesgewerbesteuer 5,4 Milliarden Schilling ausmacht.

Noch ein Wort zum Thema Investitionsförderung. Immer wieder wird von einem Umbau der Förderungsmaßnahmen gesprochen. Was die Wirtschaft jedoch braucht, sind zumindest mittelfristig kalkulierbare Größen, und daher schafft solches Gerede von dauernden Umgestaltungen und Veränderungen der steuerlichen Investitionssituation nur Unruhe und eine Verschlechterung des Investitionsklimas.

Was die Wirtschaft mehr als notwendig braucht, wäre eine ruhige Phase und eine ruhige Entwicklung, in der es nicht so wie in der Vergangenheit in kurzen Abständen immer wieder zu solch unkontrollierbaren Auszackungen kommt.

Was die direkten Förderungen zugunsten der Investitionen angeht, so haben wir immer die Meinung vertreten, daß eine Finanzierung der Investitionen aus reellen Gewinnen der Betriebe nicht nur für die Führung der Betriebe vorteilhaft, sondern sicherlich für den Bund die billigste Art und Weise wäre.

Die jetzt gehandhabte Methode, mit der die Grenzsteine der sozialen Marktwirtschaft immer enger gesetzt werden und die darin besteht, daß man den Betrieben immer mehr an Substanz weg nimmt und ihnen dafür nach Gutdünken Mittel zur Verfügung stellt, diese Art ist ganz gewiß nicht dazu angetan, Österreichs Wirtschaft zu mobilisieren, einen neuen Anlauf für eine große Investitionsphase zu nehmen.

In diesem Zusammenhang darf noch erwähnt werden, daß gerade das 2. Abgabenänderungsgesetz die Wirtschaft mit 18 Milliarden Schilling belastet.

Niemand würde mehr den Aufbruch in eine neue Zeit wirtschaftlicher und damit sozialer

Prosperität begrüßen als wir. In dieser Zielsetzung, nehme ich an, stimmen wir überein.

Gerade weil auch in den nächsten Jahren heute schon erkennbare Schwierigkeiten auf uns zukommen werden, gerade deshalb sind wir so wie in der Vergangenheit auch künftig zu einer vernünftigen Zusammenarbeit bereit, nicht nur am Tisch der Sozialpartnerschaft, sondern auch hier auf der rein politischen Ebene.

Diese Zusage gilt freilich nur, wenn auch Sie, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, eine echte Partnerschaft suchen, eine Partnerschaft, in der der Respekt vor der Meinung des anderen auch als Bremse für die wahllose Anwendung der Mehrheit besteht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Wille. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Wille** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Über einige Argumente, die heute behandelt worden sind, wurde in diesem Haus schon zum wiederholten Male geredet und diskutiert, unter anderem über das Argument, wer die Verdienste, daß es in Österreich Vollbeschäftigung gibt, wirklich für sich zu verbuchen hat: die Regierung, die Unternehmer oder die Arbeitnehmer selbst, die ja gearbeitet haben.

Und ich habe hier zum wiederholten Male gesagt: Wenn wir meinen, daß die Regierung eine sinnvolle Vollbeschäftigungspolitik betrieben hat, dann unterstellen wir einfach nicht, ja wir kommen gar nicht auf die Idee, daß man unterstellen könnte, daß die Mitwirkung der Unternehmungen damit nicht eingeschlossen ist oder die Leistung der Arbeitnehmer in den Betrieben damit negiert werden soll.

Vollbeschäftigungspolitik ist in meinen Augen eine Aufgabe der politischen Kultur. Alle sozialen Gruppen sind darin einzuschließen, und die Regierung hat eben die Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen wir agieren und in denen wir versuchen, unsere Zielvorstellungen zu verwirklichen.

Wir haben über General Motors schon einmal eine eigene Diskussion abgewickelt. Ich habe auch damals bereits gesagt: Man kann nicht annehmen und nicht erwarten – weil ein großes multinationales Unternehmen in Österreich eine Betriebsstätte errichtet –, daß österreichische Unternehmungen sozusagen bei erhöhten Preisen, aber schlechterer Qualität an General Motors werden liefern können. (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Wollen Sie damit sagen, daß die österreichischen Unternehmer schlech-*

Wille

tere Qualität liefern?) Schauen Sie, wenn Sie annähernd versuchen, in meine Argumentation einzudringen, dann werden Sie das nicht heraushören. Sie hätten vielmehr aufschreien sollen, als Ihr Präsident aus mir völlig unverständlichen Gründen hier dieses Problem aufzeigte. Sie werden nicht billiger sein müssen, aber sie werden nicht teurer sein können, als Sie das ja auch in einem eigenen großen Unternehmen nicht sein dürfen. Wenn in einem großen Unternehmen ein Betrieb dem anderen etwas verkauft, dann hat er auch Preise und Qualitätsvorstellungen einzuhalten. (Abg. Deutschmann: Er muß Bestbieter sein, Herr Kollege Wille!) Aber nein, er muß gar nicht Bestbieter sein! Er darf nicht teurer sein, und er hat natürlich den Qualitätsvorstellungen zu entsprechen. (Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ja was wollen Sie denn eigentlich? Soll schlechtes Material eingebaut werden?) Aber dafür soll es 10 Prozent teurer sein können. Diese Argumentation ist einfach lächerlich, und gerade, wenn sie von Ihrer Seite kommt. (Bundeskanzler Dr. Kreisky: Das ist eine Wirtschaftsauffassung!)

Nun noch einige Worte zu einem Thema, das wir zum wiederholten Male behandelt haben, zum Problem Staatsquote. Der Abgeordnete Dr. Taus hat die Meinung vertreten, Österreich stünde mit einer Staatsquote von rund 40 Prozent im europäischen oder im internationalen Spitzenfeld. Darf ich dazu sagen, daß eine Staatsquote von 40 Prozent ungefähr dem Durchschnitt der industrialisierten Länder entspricht. Die Frage, wo da die Grenze ist, ob wir die Staatsquote weiter erhöhen sollen oder nicht, ist längst von uns hier auch wiederholt so beantwortet worden: Es ist zwar jeder gegen die Steuern und jeder gegen eine hohe Staatsquote, aber es erfindet jeder neue Forderungen. (Abg. Dr. Schwimmer: Die Sparbuchsteuer!)

Ich bin erst vor wenigen Tagen mit einem Universitätsprofessor durch den Park gewandert und habe mit ihm über die Staatsquote geredet. Nebenbei hat er sich beklagt, daß das Staatsarchiv nicht offen war, als er hinkam. Ich habe ihm sagen müssen, auch das ist ein Problem der Kosten, wenn man die Museen am Freitag abend und am Samstag öffnet. Und als wir ein bißchen weitergegangen sind, sind wir daraufgekommen: ein neues Institut bräuchte er auch.

Und da will ich noch gar nicht eingehen auf alle Ihre Forderungen. Eine der unsinnigsten Forderungen, die Sie erfunden haben, ist allerdings das Pendlerpauschale. (Abg. Dr. Schwimmer: Das sagen wir den VOEST-Arbeitern, Herr Wille!) Und ich will gar nicht eingehen auf eine weitere der unsinnigsten Forderungen – Sie werden noch eine hören, die

mit den Metallarbeitern zu tun hat –, auf eine der unsinnigsten Forderungen: Schichtarbeiter einfach fünf Jahre früher in Pension zu schicken. Nichts ist so billig, wie mit diesen sozialen Versprechungen, deren Kosten niemandem bekannt und für niemanden überschaubar sind, in die Öffentlichkeit zu gehen. (Abg. Bergmann: Sagen Sie das den VOEST-Arbeitern! Warum sagen Sie das da herinnen? – Abg. Dr. Schwimmer: Wir werden das den VOEST-Arbeitern sagen!)

Das müssen Sie gar nicht! So oft sind Sie gar nicht dort wie ich, und ich habe meine Meinung noch nie verschwiegen. Aber die Arbeiter in den Betrieben sind ja da um vieles klüger als Sie. (Abg. Dr. Schwimmer: Ihre Meinung vertreten Sie aber offensichtlich nicht so wie da! Sie reden mit gespaltener Zunge! Dort reden Sie wahrscheinlich anders!)

Und nun zu einigen Kennziffern. Ob man ein magisches Dreieck, ein magisches Viereck oder Vieleck oder was es da alles gibt herbeirufen will, alle gehen davon aus, wie die Inflation in einem Lande, wie das Wachstum in einem Lande und wie die Beschäftigungsziffern in einem Lande sich entwickelt haben. (Abg. Dr. Schwimmer: Magisches Zweieck bei der Sparbuchsteuer!) Wir haben eine niedrige Inflationsrate, ein hohes Wachstum und keine Arbeitslosigkeit. (Abg. Dr. Schwimmer: Gar so niedrig ist sie schon nicht mehr! 6,4 Prozent ist niedrig?) Kollege Schwimmer, ich möchte Ihnen sehr empfehlen, daß Sie sich ein wenig bemühen, den Ernst einer Diskussion zu verstehen. So geht es nicht: Europa hat eine Inflationsrate von 13 Prozent, aber in Österreich reden wir von einem Schock! So wird man Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik nicht betreiben können. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist reine Demagogie! Reine Demagogie! Sie wissen ganz genau, wie die gesamte ÖVP, daß die Inflationsrate in Österreich zu den niedrigsten Inflationsraten in Europa zählt. (Abg. Dr. Schwimmer: Was Sie betreiben, ist reine Demagogie! Sie qualifizieren sich völlig richtig!)

Präsident Thalhammer: Bitte, meine Herren, ich würde vorschlagen, bei der Wortwahl etwas vorsichtiger zu sein.

Abgeordneter Wille (fortsetzend): Ich habe Ihnen gesagt, daß Österreich mit 6,5 Prozent eine Inflationsrate verzeichnet, die zu den niedrigsten in Europa zählt. Und das zu glauben, fällt Ihnen schwer. (Abg. Dr. Johann Haider: Beim Dr. Klaus haben Sie bei 3 Prozent zum Demonstrieren aufgefordert!)

Nun aber zu einem weiteren Probleme. Ein wahres Problem ist das Leistungsbilanzdefizit.

Wille

Ein Leistungsbilanzdefizit in der Höhe von 30 Milliarden Schilling ist ein ernstes Problem. Und es sei hier darauf hingewiesen, daß wir General Motors unter anderem deswegen in Österreich ansiedeln, nicht um Arbeitsplätze zu sichern, höchstens in indirekter Weise, sondern in erster Linie, um zu einer besseren Außenhandels situation zu gelangen. Wir importieren heuer Personenkarawagen um etwa 20 Milliarden Schilling und wir importieren Energie um vielleicht 47 Milliarden Schilling. Das sind zwei Posten von rund 67 Milliarden Schilling, denen ein Leistungsbilanzdefizit von 30 Milliarden Schilling gegenübersteht.

Wie erfolgreich die Regierung gerade auf diesem Gebiete war, zeigt ein Hinweis: General Motors, Steyr – BMW, Steyr – Mercedes und die großen Bemühungen, die Zulieferbetriebe mit einzubinden in die Zulieferung zu den großen Automobilherstellern auf dem europäischen Markt – das alles wird die Außenhandelsbilanz um zirka 12 oder 14 Milliarden Schilling entlasten. (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Reden wir in ein paar Jahren weiter!*)

Liebe gnädige Frau, ich habe großes Verständnis für Ihre Zwischenrufe, aber darf ich Sie bitten, daß Sie sich da doch etwas gründlicher ausdrücken, wenn Sie Kritiken anzubringen haben. Es ist einfach notwendig, daß eine so ernste Auseinandersetzung auf einer sachlichen Basis geführt wird.

Nun aber zu den Problemen, wie wir sie vor wenigen Jahren noch gesehen haben.

Wir haben bis weit über die fünfziger Jahre hinaus nur davon geredet, daß wir Kapital für Investitionen brauchen, in der Zwischenzeit ist die österreichische Investitionsrate zu einer der höchsten – wieder in der industrialisierten Welt – geworden. – Sie schauen schon wieder so verzweifelt, gnädige Frau. Darf ich Sie bitten, daß Sie sich informieren. Es ist nichts so schwer wie eine Auseinandersetzung mit Menschen, denen eine gewisse Minimuminformation fehlt. (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Also bitte!*) Die österreichische Investitionsrate beträgt etwa 28 Prozent und gehört damit zu den höchsten Investitionsraten in den industrialisierten Ländern. Und über solche Dinge sollte man nicht streiten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir haben in der Folgezeit das Problem gehabt, daß wir zuwenig Arbeitskräfte hatten. Wir haben weit über 200 000 Gastarbeiter ins Land gebeten. Heute löst sich dieses Problem immer mehr, vor allem in den Unternehmungen der Großindustrie – die gibt es nämlich auch –, in der Großindustrie, in der sich die Produktivität nach wie vor unerhört stark entwickelt hat. Vielfach sagen wir – natürlich nicht ganz zu

Recht –, daß dadurch Arbeitsplätze zerstört werden. Im Grunde ist es nichts anderes als ein Produktivitätsfortschritt wie in den ganzen letzten Jahrzehnten.

Was wir heute brauchen – und darauf weist die Regierung zum wiederholten Male in so richtiger Weise hin –, sind mehr Investitionen in Innovation, in Intelligenz. Immer mehr gehen Entwicklungsländer daran, uns die alten Produktionen aus der Hand zu nehmen. Nicht nur mit Kapital und nicht nur mit Arbeitskräften, sondern vor allem mit einer stärkeren Erneuerung als bisher werden wir in der Lage sein, die Außenhandelsbilanz in Ordnung zu bringen und unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen Industrienationen zu wahren.

Wir haben in den letzten Jahren auf diesem Gebiet sehr viel getan. Ich erlaube mir den Hinweis: Von 1970 bis 1980 erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt um 160 Prozent. Für Wissenschaft und Forschung haben sich die Ausgaben des Bundes aber um 370 Prozent in zehn Jahren erhöht. Insgesamt wird der Bund im laufenden Jahr gegen 10 Milliarden Schilling für Wissenschaft und Forschung ausgeben, die Länder 1,7 Milliarden Schilling und die Wirtschaft rund 5,8 Milliarden Schilling. Das heißt, Österreich wird in diesem Jahre gerade in diesem zentralen Ansatzpunkt – Innovation, Stärkung der Intelligenz – 17,5 Milliarden Schilling ausgeben. Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg, müssen aber noch mehr tun, als wir getan haben.

Darum verstehe ich auch nicht den Hinweis des Abgeordneten Graf. Das war nicht ein Hinweis, als er von der Armut oder Verarmung gesprochen hat, auf die Philosophie des Seewinkels. Der Hinweis, durch sozialistische Politik werden am Ende alle gleich sein, nämlich alle arm, ist ja ein Argument, das lebt, seitdem es eine Ideologiediskussion gibt. Verarmung war der springende Punkt des Kollegen Graf, deshalb muß er einfach übrig bleiben, weil darin das sinnloseste Argument liegt, das in den letzten Jahrzehnten gegen den Sozialismus hervorgebracht worden ist.

Was wir dagegen bei der Innovation brauchen, sind auch innovative Unternehmer. Unternehmer, die gewillt sind, nicht einfach nur über die Steuern und sozialen Lasten zu jammern, Unternehmer, die gewillt sind, die Herausforderung anzunehmen, diese Erneuerung geistig einzuleiten und durchzusetzen. Und da wünschen wir ihnen in ihrem Interesse, uns allen in unserem Interesse und im Interesse Österreichs den besten Erfolg. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun aber möchte ich doch auch etwas zur Wirtschaftsideologie sagen, wie sie hier zum

Wille

wiederholten Male diskutiert worden ist, weil bei einem so wesentlichen Bericht wie heute noch nicht einmal das Wort Soziale Marktwirtschaft fiel. Das ist bemerkenswert. (*Ruf bei der ÖVP: Das ist verständlich!*) Erlauben Sie mir dazu einiges zu sagen. (*Zwischenruf des Abg. Bergmann.*) Schauen Sie im Protokoll nach, Kollege Bergmann, bevor Sie wieder qualifizieren.

Der Ausdruck Soziale Marktwirtschaft ist bisher nicht gefallen, niemand ist bisher auf dieses Problem eingegangen. Ich glaube, es ist notwendig, dazu etwas zu sagen, weil doch die Frage auftaucht: bei welchen klimatischen Bedingungen hat Österreich seine Erfolge erzielen können? Bei welchen klimatischen Bedingungen war es Österreich möglich, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten, obwohl es in den Staaten der OECD 24 Millionen Arbeitslose gibt?

Ein sehr, sehr wesentliches Element ist das sinnvolle Zusammenwirken zwischen Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft, zwischen öffentlicher Hand und der Wirtschaft insgesamt, das Zusammenwirken zwischen den Sozialpartnern und das Zusammenwirken zwischen Regierung und der Wirtschaft insgesamt. Ich glaube, daß man diese Beziehungen pflegen und nicht durch leichtfertige Bemerkungen alle Tage in irgend einer Weise unnütz belasten sollte.

Wir haben in Österreich eine sehr beträchtliche, erfolgreiche verstaatlichte Industrie: die Grundindustrie, die Elektrizitätsversorgungsunternehmungen, die Großbanken und sehr stark ausgebauten Genossenschaften in den verschiedensten Bereichen. Ein Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung wird in Österreich von der Gemeinwirtschaft erbracht. Das heißt aber schon, daß zwei Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung von der Privatwirtschaft erbracht werden.

Wir sind soweit gekommen, daß heute die verstaatlichte Industrie im Grunde genausowenig umstritten ist wie die Privatwirtschaft. Es ist viel erreicht, wenn wir in der Lage sind, die Existenz dieser beiden Bereiche in vollem Umfange anzuerkennen, sodaß daraus nicht nur kein Gegeneinander, ja nicht einmal ein Nebeneinander, sondern ein Miteinander wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir können auch kein Nebeneinander und kein Gegeneinander – ich betone das noch einmal – zwischen dem Greißler und General Motors brauchen, sondern zwischen dem Greißler und General Motors muß es eine sinnvolle Ergänzung, ein sinnvolles Miteinander geben. Das gilt für uns alle. Deshalb ist es mir unverständlich, wenn Kollege Bergmann und

seine Nachbarin immer wieder glauben: Da steht einer drunten, der hört nichts, der sieht nichts von unseren Problemen. – Wir sehen sehr wohl all diese Probleme. Nur sollten auch Sie sich bemühen, unsere Probleme zu sehen und darauf einzugehen.

Ich glaube, daß sich nach dieser Wirtschaftsverfassung die Schwerindustrie, die Gemeinwirtschaft mit einem Drittel der Wirtschaftsleistung und die Privatwirtschaft mit einem sehr beträchtlichen Teil der Wirtschaftsleistung auch in der Wirtschaftspolitik sinnvoll ergänzen sollten. Wenn wir sagen, soviel Freiheit wie möglich, soviel Planung wie nötig, dann ist ja damit im Grunde genommen in vollem Umfange zum Ausdruck gebracht, daß wir den Staat nur dort wollen und nur dort wünschen, wo eben der Staat notwendig ist, weil der Markt allein nicht in der Lage ist, die Probleme zu lösen. Das kann bei den Bauern sein, das kann in der Strukturpolitik sein, das kann in der Vollbeschäftigungspolitik oder in anderen Fragen sein.

Jedenfalls dort, wo Markt in Macht umfunktioniert wird, erwarten wir, daß der Staat interveniert und nicht einfach die Macht der Wirtschaft zur Kenntnis nimmt. Wir wollen nicht den grenzenlosen Staat und nicht den unbegrenzten Eingriff. Wir wollen einen sehr wohlüberlegten und vorsichtigen Eingriff des Staates in die Wirtschaft. Wir wollen, daß sich der Staat für die Rahmenbedingungen verantwortlich fühlt.

Österreich zeigte ja gerade während der Krise 1973/74/75 – und wird auch während dieser Krise wieder zeigen –, daß seine Wirtschaft von großem Bestand ist, weil die politische Struktur paßt, weil die sozialen Dimensionen eingebunden sind in die Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, weil der Staat seine Aufgabe begreift und weil die Unternehmungen ihre Aufgabe begreifen.

Ich glaube, daß eine derartige Ordnung der Wirtschaft und eine derartige Wirtschaftspolitik den Namen, die Klassifikation, das Markenzeichen „Soziale Wirtschaft“ verdienen. Heute ist die Frage berechtigt: Wo ist die Soziale Marktwirtschaft geblieben?

Ich darf daran erinnern, daß Müller-Armack, der 1946 den Begriff Soziale Marktwirtschaft schuf, bereits vor zirka 12 bis 15 Jahren die Forderung erhoben hat, man müßte die Soziale Marktwirtschaft mit sozialen Dimensionen erweitern, das Modell entspreche nicht der kommenden Entwicklung. Vor zirka 12 bis 15 Jahren! Ich frage: Wo sind die sozialen Dimensionen geblieben?

Der Beitrag der ÖVP – das müssen Sie sich leider sagen lassen – war in diesen 12 bis

Wille

15 Jahren eine recht unbefriedigende grammatische Leistung. Während Müller-Armack die Soziale Marktwirtschaft natürlich als einen Begriff versteht und daher immer groß schreibt, haben Sie schon beim Programm damit begonnen, die Soziale Marktwirtschaft zu verharmlosen, indem Sie sie falsch geschrieben haben. Dabei blieb es bis zu den jüngsten Artikeln, die unter anderem Ihr Obmann in der Zeitschrift „Die Wirtschaft“ verfaßt hat.

Erhard hat dagegen auch vor 12 bis 15 Jahren, als er noch Minister war, nichts von Neuerungen gehalten, die Müller-Armack vorhatte. Erhard hat klar zum Ausdruck gebracht, eine „planende Wirtschaft“ sei ihm genauso fremd wie eine „marktwirtschaftliche Planung“. Alle führen zum Wohlfahrtsstaat, und der ist abzulehnen. Erhard hat nachdrücklich zum Ausdruck gebracht: Wir brauchen einen starken Staat, der die Soziale Marktwirtschaft stützt, aber die Soziale Marktwirtschaft bringt nur zum Ausdruck, daß Marktwirtschaft an sich sozial ist.

Unter anderem hat Hajek bei einer Würdigung Erhards deutlich darauf hingewiesen. Er hat gesagt: Erhard habe hinsichtlich des Begriffes Soziale Marktwirtschaft nachdrücklich betont, für ihn bedeute das Adjektiv „sozial“ nicht, daß die Marktwirtschaft sozial gemacht werden müsse, sondern Marktwirtschaft sei an sich sozial. Daher die Frage: Braucht man soziale Dimensionen, wenn man auf ihrer Seite steht, oder braucht man diese sozialen Dimensionen nicht?

Jedenfalls wird seit zirka eineinhalb Jahrzehnten in der Bundesrepublik und auch von Ihnen versucht, die sozialen Dimensionen zu finden, doch Sie haben sie nicht gefunden. Sie haben Ihr Programm nicht verändert, sodaß die Soziale Marktwirtschaft längst zu einem veralteten Modell geworden ist, das an die Dogmengeschichte der Wirtschaftswissenschaft erinnert.

Ich glaube aus diesem Grunde, ob wir es wollen oder nicht – und darin liegt auch viel Positives –, daß sich beide politischen Parteien trotz aller Diskussion über die Höhe der Staatsquote und über deren weiteren Aus- und Abbau im Grunde genommen darauf einigen können, daß das, was Schumpeter, also wieder einer von Ihnen, sagte, richtig ist. Schumpeter kam nämlich zu der Erkenntnis, daß alle Wege in den Sozialismus führen.

Wie immer wir die Dinge betrachten, glaube ich, kann man dieser Auffassung sein. Die Menschen sind heute einfach nicht gewillt, nichtverantwortlichen Unternehmen die Verantwortung für gesellschaftliche Aufgaben zu übertragen. Gesellschaftliche Aufgaben hat der Staat zu verantworten. Also der Staat ist es, der seinen Aufgaben ebenso gerecht werden muß.

Wir hören sehr oft, daß es ein Manko ist, daß die Programme der Parteien, ja die Parteien einander selbst ähneln und daß aus diesem Grund der Wähler und der Bürger oft sehr schwer unterscheiden könnte zwischen den politischen Parteien. Dazu ist aber dennoch zu sagen: In dieser Ähnlichkeit liegt die ganze geschichtliche Erfahrung der letzten hundert Jahre. Die Erfahrung und die Erkenntnis, der politische und der ökonomische Fortschritt werden darin zum Ausdruck gebracht. Es wird darin die Reife, die politische Reife großer Parteien sichtbar, wenn sie verwandte Welten vertreten.

Und ich glaube, daß es unsere Aufgabe ist, diese Reife für den politischen Ausgleich zu nutzen, damit wir noch besser in den kommenden Jahren Österreich dienen können. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Gassner. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Ing. **Gassner** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es freut mich, daß der Abgeordnete Wille aus dem ÖVP-Programm „Der Selbständige Mensch in der Gemeinschaft“ ein Zitat übernommen hat. Er hat gemeint, so viel Freiheit als möglich, so wenig Staat als notwendig. Unsere Programmaussage lautet: So viel selbständiger Mensch als möglich, so viel Staat wie notwendig.

Ich freue mich darüber, Herr Abgeordneter Wille, daß wir uns hier doch langsam auf einer Linie befinden. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Abgeordneter Wille hat dann weiter am Anfang seiner Ausführungen gemeint, daß wir sehr oft Dinge mißverstehen, die von der sozialistischen Seite gesagt werden. Ich kann nur darauf sagen, Herr Abgeordneter Wille: Wenn man nicht mißverstanden werden will, dann muß man das, was man möchte, klar und deutlich sagen.

Und wenn sozialistische Abgeordnete Achtung vor der Leistung der österreichischen Unternehmen und Betriebe haben und wenn Sie diese Leistungen anerkennen, dann bitte auch das klar und deutlich so zu sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und, Herr Abgeordneter Wille, mein Fraktionskollege Dittrich hat im Zusammenhang mit General Motors ganz klar eines gesagt. Er verlangt, daß österreichische Unternehmen, wenn sie preislich gleich sind, das heißt, wenn sie denselben Preis anbieten und qualitativ gleichwertig sind, auch berücksichtigt werden, und zwar deshalb berücksichtigt werden, weil wir es sonst ganz einfach nicht verstehen, daß die

Ing. Gassner

Österreicher 2,7 Milliarden Schilling an Barleistung und insgesamt über 3 Milliarden Schilling aufwenden. Und deshalb hat er völlig zu Recht verlangt, daß die österreichischen Unternehmen und Betriebe von General Motors bei diesen Aufträgen berücksichtigt werden, wenn sie bei gleichen Preisen die gleiche Leistung erbringen.

Es hat der Abgeordnete Veselsky zur Diskussion über General Motors gemeint, daraus wäre vieles entstanden. Jawohl! Es ist vieles daraus entstanden. Es ist so, daß heute zu vielen Politikern – in Niederösterreich zum Beispiel zu Landeshauptmann Maurer oder Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig –, zu uns Abgeordneten zu mir – nicht nur in Niederösterreich, sondern bei meinen Betriebsbesuchen in ganz Österreich – Betriebsräte aus allen Fraktionen gemeinsam mit den Unternehmern kommen und sagen: Wir möchten Geld haben.

Dem Herrn Abgeordneten Veselsky ist es anscheinend noch nicht so gegangen. Auf unsere Antwort: Jawohl, es gibt den ERP-Fonds, es gibt Zinsenstützungen!, sagen diese Betriebsräte und Unternehmer: Nein, keine Kredite, Geld wollen wir haben, genau solche Subventionen wie sie General Motors erhalten hat. Das haben Sie mit Ihrer Politik, meine Damen und Herren von der SPÖ, erzeugt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Das heißt, daß heute nicht nur die Unternehmer, sondern die österreichische Bevölkerung, die Belegschaftsangehörigen, die Betriebsräte ganz klar erkennen, daß durch diese Maßnahmen die österreichischen Unternehmen ungleichwertig behandelt werden. Und das ist es, meine Damen und Herren von der SPÖ, gegen das wir von der ÖVP auftreten.

Heute wissen wir, daß alle Österreicher sich für den wirtschaftlichen Erfolg einsetzen. Wir wissen alle, daß der wirtschaftliche Erfolg die Existenz, den sozialen Fortschritt sichern kann. Wir bekamen das ja auch vom Finanzminister in seinem gestrigen Bericht bestätigt. Er meinte, daß seit dem Jahre 1951 in Österreich ein permanenter Aufstieg vorhanden war. Wir danken für diese Anerkennung, Herr Finanzminister, welche die Leistung der ÖVP-Bundeskanzler und der ÖVP-Finanzminister beinhaltet.

Sie haben aber heute in Ihrer zweiten Wortmeldung gemeint, daß man die Dinge nicht so sehen sollte oder Dr. Taus Ihren gestrigen Appell zur gemeinsamen Verantwortung mißverstanden hätte. Sie haben gemeint, daß Dr. Taus im Sommer 1978 – ich nehme an, Sie haben die Frage Zwentendorf gemeint – aus parteipolitischen Überlegungen damals einseitig politisch gehandelt hätte.

Herr Finanzminister! Wenn 1978 der Herr

Bundeskanzler die Volksabstimmung über Zwentendorf und die Frage der Kernenergie nicht zu einer Abstimmung über seine Person und seine Politik umgewandelt hätte, dann bräuchten Sie heute nicht mehr für Zwentendorf einzutreten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Arbeitnehmer und alle Österreicher wissen heute, daß es notwendig ist, um einen wirtschaftlichen Erfolg zu gewährleisten, im Betrieb zusammenzuarbeiten. Wir alle wissen, daß wir in Österreich – und es klang heute, und ich sage: Gott sei Dank, von allen Seiten an – zusammenarbeiten müssen. Es wurde auch heute manchmal ganz kurz die Frage der Entwicklungshilfe angeschnitten. Ein Zwischenruf des Finanzministers hat uns dazu Gelegenheit gegeben.

Und so sehr wir begrüßen, daß wir mit der Entwicklungshilfe, durch die Lieferung österreichischer Produkte in die Entwicklungsländer österreichische Firmen beschäftigten, so glaube ich, daß unser Ziel in der Entwicklungshilfe eigentlich ein anderes sein muß, wobei ich dafür bin, alle Maßnahmen zu setzen, um österreichischen Betrieben Aufträge zukommen zu lassen. Aber das Ziel in der Entwicklungshilfe muß sein, den Menschen, den Arbeitnehmern in Asien, in Afrika, in Lateinamerika einen besseren Lohn zu beschaffen, einen höheren Lohn, der dazu führt, daß ihre Lebensqualität steigt, und der letztlich auch zur Stärkung ihrer Kaufkraft führt.

Nur dann, wenn weltweit die Kaufkraft aller Menschen gestärkt wird, dann werden wir auch weltweit wieder einen entsprechenden Aufstieg der Wirtschaft bekommen.

Wir Arbeitnehmer, ja alle Menschen, wissen, daß wir Leistungen erbringen müssen. Wir alle wissen, daß nur eine erfolgreiche Zusammenarbeit im Betrieb durch die Belegschaft, durch die Betriebsräte und Unternehmensführung den finanziellen und den wirtschaftlichen Erfolg bringt. Wir wissen aber auch heute – und auch das wissen alle Arbeitnehmer –, daß auch die Bundesregierung durch ihre Wirtschafts-, Steuer- und Preispolitik zunehmend Einfluß auf den einzelnen Arbeitsplatz und das Einkommen der Arbeitnehmer nimmt.

Zu dieser Politik, Herr Finanzminister, meine Damen und Herren von der SPÖ, haben wir von der ÖVP eben in vielen Bereichen eine andere Auffassung. Wir glauben ganz einfach, daß es nicht nur notwendig ist, die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, sondern auch notwendig ist, die sogenannten psychologischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wirtschaft zu schaffen. Wir wissen heute, daß Leistung notwendig ist, aber auch die Motivation zur Leistung muß vorhanden sein. Die Leistung des

Ing. Gassner

Betriebes, des Unternehmens muß aber auch finanziell möglich sein.

Ich möchte aus der „Wochenpresse“ gar nicht Nationalbankpräsident Koren zitieren, sondern den Generaldirektor Kienzl, der gemeint hat, ein Negativbeispiel wäre Schweden und Dänemark, wo man die Leistung und die Leistungsbilanz mißachtet hat.

Ich glaube ganz einfach, Herr Finanzminister, wir sollten gemeinsam alles unternehmen, um die Leistungsbereitschaft und die Leistungsmöglichkeit der österreichischen Unternehmen und der österreichischen Wirtschaft zu stärken. Und um diese Voraussetzungen zu schaffen, ist die entsprechende Politik der Bundesregierung notwendig. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Finanzminister! In zunehmendem Ausmaß müssen wir feststellen, daß Österreicher, die Erfindungen machen, die Verbesserungsvorschläge auch für die österreichischen Unternehmen erstellen, sehr klar überlegen, was dann, wenn sie diese Erfindungen, diese Vorschläge in Österreich einsetzen, passiert: Wie weit sie durch diese Vorschläge, in Österreich angewandt, auch entsprechenden finanziellen Nutzen haben. Sie überlegen, wie groß ist die Steuerbelastung für diese Erfindung, wenn sie diese in Österreich oder anderswo nutzen.

Wir stellen fest, daß Österreicher in der ganzen Welt zunehmend auf Grund ihrer Leistungsbereitschaft, auf Grund ihrer Intelligenz, die sie haben, gefragt sind, aber zunehmend deshalb in das Ausland abwandern, weil sie dort die Chance sehen, ihr Produkt nicht nur besser vermarkten zu können, sondern auch für sich selbst den besseren wirtschaftlichen Erfolg zu erzielen.

Herr Finanzminister, eine Politik in Österreich, die dem entgegenwirkt, ist äußerst gefährlich, wenn die Intelligenz – die Wissenschaftler, die Chemiker, die Manager – abwandern, wenn sie nicht in Österreich bleiben, dann werden wir in Österreich für viele Arbeitnehmer nicht die Arbeitsplätze sichern können. Wir brauchen diese Menschen in unserem Land für die Sicherung der Arbeitsplätze. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Finanzminister! Wenn Sie heute in Ihrer ersten Wortmeldung gemeint haben, wir hätten zu viel Spargeld, wir hätten zu viel Geld, aber die Investitionsbereitschaft wäre zu gering, und Sie sehen die große Gefahr ab dem Jahr 1981 (*Vizekanzler Dr. Androsch: Weltweit!*) – weltweit, aber auch in Österreich, Herr Finanzminister, nehme ich an –, dann, glaube ich, ist es notwendig, und ich sage es noch einmal, sehr viel in die Motivation zu investieren. Wir haben der Unsicherheit vor der künftigen Entwicklung,

die weltweit vorhanden ist – ich gebe das zu –, die aber auch in Österreich speziell vorhanden ist, entsprechend entgegenzutreten.

Es muß unser gemeinsames Bemühen sein, in dieser Frage entsprechend tätig zu werden, für uns alle muß die Vollbeschäftigung und das Einkommen der Arbeitnehmer und darüber hinaus natürlich aller Menschen in Österreich zu sichern, Priorität haben.

Wir verlangen deshalb, und wir treten als ÖVP dafür ein, daß erstens die Finanzkraft der Betriebe durch Abbau der Belastungen gesichert wird, zweitens, daß gezielte Förderungen, um die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Produkte zu stärken, gesetzt werden müssen, drittens, daß eine echte Bekämpfung der zum Teil in Österreich hausgemachten Inflation stattfindet, viertens, daß auf die Probleme des einzelnen Menschen, vor allem auf jene der sozial benachteiligten Gruppen, wie der Pendler, der Nebenerwerbsbauern, der Nacht- und Schichtarbeiter sowie der Familien, vermehrt eingegangen wird, wir verlangen weiter, Herr Finanzminister, daß fünftens die Arbeitsplätze in allen Regionen gesichert werden und dort, wo dies notwendig ist, neue geschaffen werden.

Das ist eine Punktation. Ich habe mir, Herr Finanzminister, gestern von den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers und Ihren Ausführungen erwartet, daß Sie zu der heutigen Situation und der sich aus der heutigen Situation ergebenden Zukunftsentwicklung klare, konkrete Vorschläge machen. Ich habe mir den Bericht vom 19. 6. 1979 – wir haben ein Jahr Jubiläum – vom vergangenen Jahr mitgenommen und habe verglichen. Auch in diesen kommt immer wieder vor: wir müssen, wir sollen; zum Beispiel von der Grundstoffproduktion müssen wir zu intelligenten Produkten kommen, in diesen Bereichen müssen wir vermehrt vordringen.

Aber, Herr Minister, das ist zu wenig. Das ist zu wenig, und auch die besten Zahlen sagen nichts darüber aus, welche Maßnahmen man konkret bereit ist, seitens der Bundesregierung zu ergreifen, um dieses Programm zu erfüllen.

Besonders betroffen hat mich, Herr Finanzminister, ein Satz, der auch bereits im vergangenen Jahr im Wirtschaftsbericht enthalten war, ein Satz, worin Sie meinen, daß darüber hinaus – so heißt es wortwörtlich bereits 1979 – diese Arbeitsplätze auch in qualitativer Hinsicht in ihrer räumlichen Verteilung den Bedürfnissen entsprechen müssen.

Herr Finanzminister, das trifft genau unsere Kritik betreffend General Motors: daß wir ganz einfach glauben, daß dieses Werk, wenn man es schon nach Österreich holt, am falschen Platz

Ing. Gassner

steht. Daß man mit diesem Werk wieder dort Arbeitsplätze schafft, wo man Arbeitsplätze hat, und nicht dort Arbeitsplätze schafft, wo sie nicht vorhanden sind. Das ist die prinzipielle massive Kritik an der Situierung von General Motors in Wien.

Ich glaube, Herr Finanzminister, wir sollten uns über zwei Dinge klarwerden: daß wir in zwei Richtungen wirtschaftliche Investitionen durchzuführen haben, daß wir erstens – das unterstreiche ich, und da gebe ich Ihnen voll und ganz recht – selbstverständlich versuchen müssen, in neue Bereiche vorzudringen, wie es so schön heißt, intelligente Produkte herzustellen. Wir müssen dort investieren, haben dort die Investitionen zu fördern, wo wir weltweit konkurrenzfähige Produkte herstellen können.

Wir haben aber auch eine zweite Aufgabe, ich möchte sie als eine soziale Aufgabe betrachten: Daß wir auch in jenen Räumen, wo die Chance nicht vorhanden ist, solche Unternehmen anzusiedeln – Herr Präsident Graf hat es bereits gesagt, im Grenzland, in gewissen Alpenregionen; ich denke zum Beispiel an Kärnten, an die Steiermark, wo es ganz einfach auf Grund bestimmter Schwierigkeiten nicht möglich ist, solche Unternehmen in einem entsprechenden Maße zu plazieren –, daß wir dort aus sozialen Überlegungen ebenfalls Betriebsansiedlungen zu fördern haben. Ein Beispiel dafür ist der Bereich Murboden.

Herr Finanzminister, es ist notwendig, seitens der Bundesregierung konkret zu sagen: Wie gehe ich bei der Förderung im Bereich moderner neuer Industrien vor, und wie gehe ich dort vor, wo ich soziale Maßnahmen setzen muß, um entsprechende Betriebe ansiedeln zu können?

Für uns ist die Aussage: Der Arbeitsplatz soll zum Menschen kommen, nicht nur ein Slogan, sondern für die ÖVP ein echtes Bedürfnis, um die Anliegen der Arbeitnehmer zu vertreten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Finanzminister! Der Herr Bundeskanzler hat gestern in seinem Bericht sehr viele Zahlen genannt, und ich möchte den Zahlenreigen heute fortsetzen. Auf der Seite 7 des Berichtes des Herrn Bundeskanzlers steht zu lesen, wie erfolgreich die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren war. Zum Beispiel: „1970“, steht hier zu lesen, „erreichte der Export Österreichs nach OECD-Europa 1 927 Millionen Dollar und damit einen Marktanteil von 1,33 Prozent. ... Bis 1979 erhöhten sich die Exporte Österreichs“ auf 10,522 Milliarden; der Anteil wuchs auf 1,44 Prozent.

Das klingt so erfolgreich: 1,927 Milliarden zu 10,522 Milliarden. Aber, Herr Finanzminister, von 1,33 auf 1,44 Prozent Anteil, und das in zehn Jahren! Das sind 8 Prozent in zehn Jahren, das

ist nicht einmal ein Prozent pro Jahr, Herr Finanzminister! Das würde ich nicht als so großen Erfolg hervorstreichen. Wir sollten uns noch viel mehr bemühen, in diesen Bereich vorzustoßen und in diesem Bereich auch unsere Exporte zu verbessern. Das wäre notwendig. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Notwendig ist es auch – in dieser Frage, Herr Finanzminister, können wir uns schon seit einiger Zeit nicht zu einer gemeinsamen Politik finden –, nicht nur die Wirtschaftskraft der österreichischen Unternehmen zu heben, von denen ja die Sicherung der Arbeitsplätze, die Sicherung des Einkommens der Arbeitnehmer abhängt, sondern darüber hinaus auch eine entsprechende Steuerpolitik durchzuführen.

Herr Finanzminister! Sie meinen auf Seite 10 in Ihrem Bericht, daß die Einkommenspolitik notwendig ist. Auf Seite 10 heißt es, daß die Einkommenspolitik für die Fortentwicklung der Arbeitnehmer notwendig wäre und die entsprechenden Maßnahmen gesetzt werden sollten.

Herr Finanzminister! Ich bin mit Ihnen einer Meinung, daß die Einkommenspolitik für die künftige Entwicklung sehr maßgebend sein wird, daß es notwendig ist, in der Einkommenspolitik entsprechende Maßnahmen zu setzen, weil die Einkommenspolitik von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung ist.

Herr Finanzminister, ich habe gehört – ich war nicht dabei –, vor 14 Tagen haben Sie eine Pressekonferenz mit Professor Seidel gegeben und haben dort erklärt, daß Sie mit Bedauern feststellen, daß die Kaufkraft der Österreicher abnimmt.

Herr Finanzminister! Sie beklagen den Verlust der Kaufkraft der Österreicher, weil Sie ganz richtig meinen, mit seiner Kaufkraft könnte der Österreicher für einen entsprechenden Absatz der Produkte der österreichischen Unternehmen sorgen, weil er ihnen diese Produkte abnimmt. (*Vizekanzler Dr. Androsch: Aber wenn das Öl teurer wird!*)

Herr Finanzminister! Dr. Taus hat Ihnen heute bereits auf die Frage, inwieweit die Ölpreiserhöhung an der Inflation Anteil nimmt, klar geantwortet.

Herr Finanzminister, wir haben in bezug auf dieses Dreieck oder Viereck, wie es der Abgeordnete Wille genannt hat – die Frage der Preissituation, die Frage der Wirtschaftssituation, jener der Inflation, aber auch der Erhaltung oder besser der Stärkung der Kaufkraft der Arbeitnehmer –, verschiedene Ansichten.

Sie vertreten die Ansicht, man könnte keine Steueranpassung durchführen, weil dann aus budgetären Überlegungen zuwenig Geldmittel

Ing. Gassner

vorhanden wären. Wir glauben, daß diese Auffassung falsch ist. Wir glauben, daß es notwendig ist, in regelmäßigen Abständen Steueranpassungen durchzuführen. Sie werden wahrscheinlich wieder kommen und sagen, wir haben ohnehin öfters Steueranpassungen durchgeführt.

Herr Finanzminister! Die Häufigkeit der Steueranpassung ist doch in der Inflationsrate begründet. Die Notwendigkeit der Steueranpassung in regelmäßigen Abständen ist doch darin begründet, wieviel der Arbeitnehmer letztlich von dem, was er brutto verdient, auch netto auf die Hand bekommt. Wir treten dafür ein, daß allen Menschen, konkret auch den Arbeitnehmern, ihr Lohn erhalten bleibt, der Wert des Lohnes erhalten bleibt. Wir haben nichts davon, wenn der Arbeitnehmer brutto 4, 5 oder 6 Prozent daraufbekommt, aber durch die Steuerprogression letztlich immer der Verdienster der Finanzminister ist und der Arbeitnehmer sich weniger leisten kann, als in den Jahren zuvor. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Finanzminister, es ist kein Märchen (*Vizekanzler Dr. Androsch: Das ist ein Märchen!*), das ist wirklich kein Märchen.

Ich habe hier eine Graphik (*der Redner weist sie vor*) über die durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommensentwicklung der Österreicher. Meine Damen und Herren, Sie sehen: Ab 1974 geht es bergab; nicht nur nominell, sondern auch real. Bitte, Kollege Schmidt, du kannst die Unterlage bei mir jederzeit haben, es sind auch die entsprechenden Zahlen vorhanden. (*Vizekanzler Dr. Androsch: Lauter Lebenskünstler!*)

Herr Finanzminister, ich kann es auch belegen. Lebenskünstler, jawohl. Weil er heute weniger verdient, kann er sich weniger leisten. Deshalb ist er ein Lebenskünstler.

Herr Finanzminister! Sie beklagen die schwindende Kaufkraft, und dann fragen Sie: Wo kommt der Konsum her? Ich verstehe das nicht mehr, Herr Finanzminister. Entweder stimmt die Aussage, die Sie vor 14 Tagen gemacht haben, daß die Kaufkraft sinkt, oder die heutige, daß der Konsum zunimmt. Entweder stimmt die eine oder die andere Aussage nicht. (*Vizekanzler Dr. Androsch: Ich habe vor 14 Tagen gesagt, daß die Erdölpreiserhöhung uns das entzieht! Einen Schilling kann man nur einmal ausgeben!*)

Herr Finanzminister, ich gebe Ihnen anhand konkreter Beispiele bekannt – nicht von Einkommen von 10 000, 15 000 oder 20 000 Schilling –, wie die Situation für den Arbeitnehmer in Österreich aussieht.

Wenn ein Arbeitnehmer 7 000 Schilling ver-

dient, meine Damen und Herren, dann bekommt er heute ohne Alleinverdienerabsetzbetrag netto 5 394,30 Schilling auf die Hand. Wenn er allein arbeitet, das heißt, den Alleinverdienerabsetzbetrag hat, dann bekommt er 5 661 Schilling. Wenn ich daran denke, Abgeordneter Dallinger hat einmal gemeint, Erhöhungen von Löhnen zwischen 6 und 7 Prozent. Nehmen wir 6,5 Prozent an, dann bekommt er nächstes Jahr brutto 7 455 Schilling und netto, wieder im Vergleich ohne Alleinverdienerabsetzbetrag, 5 648,92 Schilling und wenn er Alleinverdiener ist, 5 915,62 Schilling heraus. Das heißt, Herr Finanzminister, ein Mensch, der heute 7 000 Schilling brutto verdient, kriegt im nächsten Jahr netto, wenn er Alleinverdiener ist, um 4,5 Prozent mehr heraus als heute; wenn er nicht Alleinverdiener ist, 4,7 Prozent. Das bedeutet aber bei einer Inflationsrate von 5,5 Prozent – und wir haben jetzt bereits 6,4 Prozent –, daß dieser Mensch, Herr Finanzminister, real gesehen um 2 Prozent weniger verdient! Und das bei einem Einkommen von 7 000 Schilling! Das ist eine Politik, die wir ablehnen, und deshalb verlangen wir, eine Lohnsteueranpassung ab 1. Jänner 1981 durchzuführen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Finanzminister! Sie können nicht sagen, das geht mich nichts an, die Arbeitnehmer sollen sich das mit den Unternehmern richten, sie sollen eben in entsprechende Kollektivverhandlungen eintreten.

Gerade das wollen wir nicht. Darüber sind in der Gewerkschaftsbewegung die beiden großen Fraktionen einer Meinung. Wir sind der Ansicht, wir sollten vernünftige Lohnforderungen, wenn Sie wollen, realistische Lohnforderungen stellen. Aber wenn durch diese realistischen Lohnforderungen der Impuls, der vom Lohnsektor her auf die Preisgestaltung wirkt, niedriggehalten wird und daher auch die Inflation nicht anheizt, dann, Herr Finanzminister, ist es notwendig, um die Einkommen der Arbeitnehmer real netto zu sichern, eine Lohnsteueranpassung durchzuführen. Wir treten deshalb dafür ein, weil wir den Inflationsschub nicht wollen und die hausgemachte Inflation damit dämpfen wollen. Das ist ebenfalls unser Ziel mit der Lohnsteueranpassung ab 1. Jänner 1981.

Herr Finanzminister! Sie haben heute Bezug genommen auf die Ausführungen meines Fraktionskollegen Graf betreffend die Benzinpreiserhöhung, und es gab anschließend eine Diskussion über real oder absolut.

Herr Finanzminister! Man kann sich in verschiedene Zahlen ... (*Vizekanzler Dr. Androsch: Nominell und relativ!*) Nominell und relativ, bitte. Ich würde sagen, relativ hat

Ing. Gassner

sich nicht viel geändert, aber nominell hat der Finanzminister wesentlich mehr kassiert.

Zum Beispiel: Am 1. Jänner 1973 betrug der Normalbenzinpreis 3,60 Schilling und 2,47 Schilling war damals der Anteil, den Sie, Herr Finanzminister, kassiert haben. Ab 1. Juli 1980 wird der Preis für Normalbenzin 8,50 Schilling betragen, und Sie kassieren davon 4,70 Schilling. Ich habe gar nicht das für mich günstigste Beispiel genommen, Herr Finanzminister. Es war ein Jahr vorher 2,07 Schilling der Finanzminister zu 3,60 Schilling der Bezinpreis. Aber, Herr Finanzminister, das ist doch nicht das Problem. (*Vizekanzler Dr. Androsch: Also kein Straßenbau!*)

Herr Finanzminister, wir sollten in diesem Haus ganz klar über Prioritäten miteinander diskutieren und sagen, was wir gemeinsam vom Staat verlangen, was wir bereit sind, an den Staat abzuführen, und wieweit – auch im Sinne des Abgeordneten Wille – die Selbständigkeit des Menschen geht. Wieweit können wir diese Selbständigkeit fördern, wo müssen wir dafür eintreten, daß der Arbeitnehmer über sein Einkommen auch selbst verfügen kann.

Das ist der große Unterschied, Herr Finanzminister: Wir treten dafür ein, daß der Arbeitnehmer über sein Einkommen, auch um die Kaufkraft zu stärken, entsprechend selbst verfügen kann. Deshalb auch unser Antrag.

Um das, Herr Finanzminister, klar zum Ausdruck zu bringen, bringe ich einen Antrag ein, den ich im folgenden auch begründe:

Etschließungsantrag

der Abgeordneten Ing. Gassner und Genossen betreffend Stärkung der Wirtschaft zur Problemlösung in den achtziger Jahren.

Nach einem Jahrzehnt sozialistischer Wirtschafts- und Finanzpolitik steht Österreich heute vor den Problemen der zerrütteten Staatsfinanzen und eines wachsenden Leistungsbilanzdefizits. Dazu kommen als neue Herausforderungen die Energiepreisseigerungen und die für den Arbeitsmarkt prognostizierte Entwicklung, die nicht nur auf die Notwendigkeit der Schaffung von rund 300 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen, sondern auch auf die Probleme der regionalen Verteilung der Arbeitskräfte und der Verteilung der Qualifikationen hinweist.

Die österreichische Wirtschaft muß durch eine längerfristig konzipierte Wirtschaftspolitik gestärkt werden, die die freie Entfaltung ihres innovatorischen Potentials und eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht. Nur so können die

Probleme der achtziger Jahre, die durch die sozialistische Politik mitverursacht worden sind, bewältigt werden.

Ziel der Wirtschafts- und Finanzpolitik muß es sein, durch Leistungsanreiz die Leistungsreserven zu mobilisieren und die Risikobereitschaft zu erhöhen. Eine Verfestigung der Politik soll dazu beitragen, die bestehende Verunsicherung der Wirtschaft abzubauen und längerfristige wirtschaftliche Entscheidungen zu erleichtern.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden **Etschließungsantrag** – Herr Abgeordneter Wille, jetzt kommt der Antrag, den mitzubeschließen ich Sie einlade –:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei der Wirtschafts- und Finanzpolitik folgende Gesichtspunkte zu beachten:

1. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung ist an den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft zu orientieren.
 2. Zur Sanierung der Staatsfinanzen ist ein längerfristiges Budgetkonzept mit dem Schwerpunkt bei Ausgabeneinsparungen zu erstellen.
 3. Neue Steuern und Steuererhöhungen sind zu unterlassen.
 4. Steuerliche Hemmnisse, die die Eigenkapitalbildung der Betriebe behindern und leistungsfeindlich wirken, sind zu beseitigen.
 5. Investitionen und Innovationen sind mit dem bewährten System der steuerlichen Investitionsförderung verstärkt zu unterstützen.
 6. Für Forschung und Entwicklung sowie für die Umsetzung der Forschungs- und Entwicklungsergebnisse sind zusätzliche Anreize zu schaffen.
 7. Die Steuer-, Sozial- und Wechselkurspolitik hat auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft Rücksicht zu nehmen.
- Meine Damen und Herren! Wir halten diese sieben Punkte für die Sicherung der Vollbeschäftigung, für die Sicherung des Einkommens der Arbeitnehmer notwendig, und ich fordere Sie auf, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei und von der Freiheitlichen Partei, diesem Antrag beizutreten, um die Regierung aufzufordern, ihren Beitrag zur Sicherung der Vollbeschäftigung, zur günstigen Entwicklung der Wirtschaft zu leisten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Thalhammer: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Ing. Gassner und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Nowotny. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Nowotny (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, eine Wirtschaftsdebatte sollte ja kein Dialog zwischen Tauben sein, es sollte hier ein Gespräch stattfinden, und ich werde mir daher erlauben, auf einige Argumente meiner Vorredner speziell einzugehen.

Dabei ist natürlich leicht zu verstehen, daß sich eine Opposition mit einem solchen Wirtschaftsbericht nicht ganz leicht tut, weil es kaum einen Staat der Welt gibt, der nicht froh wäre, einen solchen Wirtschaftsbericht, eine solche Bilanz vorlegen zu können, wie wir sie gestern hier gehört haben. (*Beifall bei der SPÖ. – Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte hier im einzelnen gar nicht auf die positiven Aspekte eingehen, die hier in bezug auf die Beschäftigungsentwicklung, in bezug auf die Stabilitätsentwicklung, in bezug auf das reale Wirtschaftswachstum genannt wurden.

Was ich hier im speziellen behandeln will, sind die Fragen, die ebenfalls in diesem Bericht genannt wurden, nämlich die Fragen der Probleme und der Problembereiche, die wir in der österreichischen Wirtschaft haben.

Ich glaube, gerade der Umstand, daß diese Fragen in den Berichten so relativ ausführlich behandelt worden sind, ist als Einladung zu einem rationalen Dialog zu sehen, als Einladung an all jene, denen es hier nicht um billige Polemik geht, sondern denen es darum geht, tatsächlich für die österreichische Wirtschaft zu wirken.

Ich darf nun auf einige dieser Problembereiche eingehen und mich zunächst dem Bereich der Fiskalpolitik zuwenden. Wir sehen hier insofern einen Problembereich, als sich im Rahmen des Budgets vor allem ein wesentlicher Anstieg der Ausgaben für den Schuldendienst ergibt. Die Ursache dieses Anstiegs ist ganz offensichtlich die bedeutende Ausweitung der öffentlichen Verschuldung, die aber eben notwendig war, um die schwerste Rezession der Nachkriegszeit zu bekämpfen, die Rezession, die 1974/75 Österreich ebenso wie die anderen Staaten betroffen hat.

Das läßt sich auch sehr deutlich aus der Statistik zeigen. Das gilt für diejenigen von Ihnen, die sich die Mühe machen, sich solche

Statistiken anzuschauen, wo wir in den Jahren 1970 bis 1974 einen Rückgang der Verschuldungsquote sehen und 1975 dann den Zuwachs in der Verschuldung um 65 Prozent feststellen, also ein massives Eingehen in den konjunkturpolitischen Bereich, wodurch eben erreicht wurde, einen Einbruch in die Arbeitslosigkeit in Österreich zu vermeiden.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß all die Staaten in Europa, die einmal ein Einsinken in die Arbeitslosigkeit zugelassen haben, seither aus diesem Zustand nicht mehr herausgekommen sind. Das gilt für Länder wie Italien, das gilt für Frankreich, das gilt leider auch für die Bundesrepublik Deutschland, wo wir ebenfalls nach wie vor einen erheblichen Sockel der Arbeitslosigkeit haben.

Nun haben wir Sozialisten niemals behauptet, eine Vollbeschäftigungspolitik sei kostenlos. Nichts in der Wirtschaft ist in diesem Sinne kostenlos. Und was wir jetzt eben im Budget sehen, sind die Folgekosten einer Vollbeschäftigungspolitik.

Wir glauben aber und sind davon überzeugt, daß dies Kosten sind, die im Interesse der Österreicher gut angelegt sind, denn wir sind der Überzeugung, daß es sowohl menschlich wie ökonomisch besser ist, die Vollbeschäftigung zu sichern, auch um den Preis der entsprechenden finanziellen Kosten im Budget, daß es besser ist, eine starke Wirtschaft, auch um den Preis eines angespannten Budgets, zu haben, als umgekehrt ein schönes Budget, aber eine schwache Wirtschaft, wie wir das in der Zwischenkriegszeit hatten und wie wir es auch in vielen anderen Staaten der Welt nach wie vor haben.

Jetzt, Hohes Haus, in den Zeiten der Hochkonjunktur, bei einer der besten Beschäftigungslagen, die wir jemals in Österreich hatten, ist nun zweifellos die Zeit der Konsolidierung.

Damit möchte ich einige Probleme der Steuerpolitik aufgreifen. Das erste ist das langfristige Problem der Entwicklung der Steuerquoten, ein Problem, auf das hier Kollege Taus eingegangen ist, wo wir weltweit eine Entwicklung zu höheren Steuerquoten sehen, die aus dem Umstand zu erklären ist, daß der Staat zusätzliche Aufgaben übernehmen muß, daß der Staat als großer Dienstleistungsbetrieb zu sehen ist mit einem geringeren Produktivitätszuwachs als in anderen Bereichen, woraus schon kostenmäßig entsprechende Entwicklungen zu sehen sind.

Tatsächlich ist ja auch in Österreich die Steuerquote gestiegen.

Allerdings glaube ich im Gegensatz zu

Dr. Nowotny

Abgeordneten Dr. Taus, daß für die ÖVP aus dieser Entwicklung nicht viel politisches Kapital zu holen ist, denn man muß sehen, daß in den Zeiten der ÖVP- und der Koalitionsregierung die relative Steuerquote Österreichs im internationalen Vergleich höher war, als sie heute ist. Wenn wir den Bereich der OECD-Staaten hernehmen, so stellen wir fest: Österreich lag 1965 hinsichtlich seiner Steuerquote am vierten Platz, während es 1977 am neunten Platz lag. Das heißt, die Steuerbelastung ist in Österreich deutlich langsamer gewachsen als in anderen Staaten. Wir haben uns hier von einer internationalen Entwicklung in einem gewissen Sinne abgekoppelt.

Dabei muß man noch sehen, daß dieser Anstieg der Steuerquote eben überwiegend durch die Bereiche der Sozialversicherung, durch Bereiche im Umfeld des Finanzausgleichs verursacht ist, während die Quote der Bundeseinnahmen konstant geblieben ist; sie betrug im Jahre 1970 14,7 Prozent und beträgt 1980 ebenfalls wiederum exakt 14,7 Prozent.

Natürlich kann man jetzt so wie Kollege Taus sagen: Bitte, das geht mich ja nichts an, es interessiert die Leute nur das, was sie insgesamt zahlen müssen. Bitte, da mag einiges daran sein.

Man muß aber doch klarstellen, daß der Bund in vielen Fällen zwar die politische Last der Steuereinhebung hat, die Verwaltung dieser Gelder dann aber durch andere erfolgt, durch Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger.

Diese fiskalische Dezentralisierung, dieser Finanzföderalismus hat sicherlich seine guten Gründe, und wir Sozialisten bekennen uns auch dazu. Aber all das darf sicherlich nicht auf eine Arbeitsteilung dergestalt hinauslaufen, daß dann der Finanzminister sozusagen der böse Mann ist, der die Gelder eintreibt, während andere, insbesondere in den Ländern die feschen Leute sind, die das Geld wieder ausgeben und gleichzeitig sozusagen auf den Finanzminister schimpfen. So wird eine Finanzpolitik sicherlich nicht gehen!

Hohes Haus! Wenn man nun den kurzfristigen Aspekt von Fragen der Lohn- und Einkommensteuer betrachtet, so glaube ich, besteht in einem gewissen Maß die Gefahr, daß die Debatte hier zu einer etwas eigenartigen Verzerrung führt. Gerade auch der Beitrag des Kollegen Gassner hat das gezeigt.

Denn der Unterschied zwischen der SPÖ und der ÖVP in dieser Frage liegt ja nicht darin, daß die ÖVP sozusagen als guter Onkel dem Volk eine Steuersenkung zukommen lassen will und die SPÖ das dann geizig und hartherzig verweigert. Denn es wäre doch im höchsten Maß naiv und auch irreführend, die steuerpolitische

Diskussion als einen Kampf zwischen guten Leuten der ÖVP und einer gezigen SPÖ zu sehen. Darum geht es sicherlich nicht.

Worum es in Wirklichkeit geht, das ist eine Konfrontation zwischen einer SPÖ, die für diesen Staat die langfristige Stabilität von Wirtschaft und Finanzen im Auge hat, und einer ÖVP, die aus ganz speziellen opportunistischen Überlegungen, aus dem Versuch, aus der Opposition herauszukommen, hier Milliarden für einen Werbegang verpulvern will. (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Es geht hier letztlich um eine Konfrontation zwischen einem kurzfristigen politischen Vorteil und langfristigem Verantwortungsbewußtsein. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren von der Opposition! Die wenigen unter Ihnen, die etwas von volkswirtschaftlichen Zusammenhängen verstehen, (*Ruf bei der ÖVP: Aber, aber!*), wissen sehr gut, wie die Sachen tatsächlich sind. Sie können alle Ihre Wirtschaftsexperten fragen, vom Institut für Wirtschaftsforschung angefangen bis zum Präsidenten der Notenbank, und sie alle werden Ihnen, meine Damen und Herren, eine Antwort geben etwa in der Richtung, daß sie sagen: Sicherlich, eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer ist zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoll . . . (*Abg. Staudinger: Wer redet von einer Senkung?*) Mein Herr! Natürlich ist es eine Senkung. Wenn Sie das immer nur „Anpassung“ nennen, so zeigt das nur Ihr schlechtes Gewissen, daß Sie hier das terminologisch ein bissel camouflieren wollen, aber in Wirklichkeit ist es natürlich eine Senkung. So verkaufen Sie es ja auch nach außen. Sie können doch hier nicht ein doppeltes Spiel betreiben: im Parlament etwas anderes sagen, als Sie draußen vor der Bevölkerung sagen. Da müssen Sie schon zu Ihrem Wort stehen. (*Ruf bei der ÖVP: Welcher Zeitpunkt?*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Punkt, um den es hier wirklich geht, ist der, daß man sicherlich nichts gegen eine Steuersenkung zum richtigen Zeitpunkt hat . . . (*Abg. Dr. Zittmayr: Anpassung! Statt 5 Milliarden Zuwachs 8 Milliarden!*) Also Sie wollen es nicht?

Meine Damen und Herren! Wenn Sie hier von „Anpassung“ sprechen, so zeigt das eben nur, daß Sie in Wirklichkeit ja doch ein schlechtes Gewissen haben. Sie wissen genau, daß das volkswirtschaftlich eine Sache ist, die nicht hinhaut (*Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr*), daß es aber offensichtlich etwas ist, was Sie hier im Haus nicht voll vertreten können.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie volkswirtschaftlich die Sache sehen, so wird Ihnen jeder Experte in Österreich heute erklären (*Zwischenruf des Abg. Dr. Jörg Haider*), daß

Dr. Nowotny

es darum geht, in dieser Situation einer Hochkonjunktur, wo wir eben jetzt die Chance haben, Hochkonjunktur zu haben, die Budgetkonsolidierung voranzutreiben. Sie werden jeden Ihrer Finanzexperten fragen können, und es wird Ihnen jeder dasselbe sagen. Diese Situation jetzt ist zu nützen, um zusätzlichen konjunkturellen Spielraum im Budget zu gewinnen. Diese Situation ist zu nützen, um die Strukturen des Budgets zu verbessern, und genau das ist es, worum es geht. (*Zwischenruf des Abg. Grabher-Meyer.*)

Was Sie nicht machen können, ist sicherlich, daß Sie jetzt hier versuchen, quasi eine Art Hexen-Einmaleins vorzuführen, wo Sie einerseits verlangen eine Reihe von zusätzlichen Ausgaben, wo Sie zweitens verlangen eine Senkung der Steuern und dann drittens immer wieder über die Höhe des Defizits jammern. In diesem Sinn, meine Damen und Herren, werden Sie sicherlich nicht weiterkommen. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Zittmayr: ... wenn Sie nicht bereit sind, Dinge tatsächlich so zu nennen!*)

Meine Damen und Herren! Gerade auch Ihr Entschließungsantrag, um den es hier geht, ist ja ein Beispiel dafür, daß es sich hier um Sachen handelt, die halt alle irgendwo nicht zusammenpassen und die man sich nur erklären kann aus einem Drang halt, durch demagogische Tricks aus der Opposition herauszukommen. Ich gehe auf das ein, was hier vor mir liegt.

Also bitte, ich darf den Kollegen Wille insofern erfreuen: Sie haben seine Kritik insofern aufgenommen, als Sie jetzt „Soziale Marktwirtschaft“ groß schreiben. Ein kleiner Fortschritt, den Sie hier erreicht haben.

Das zweite, auf das Sie dann eingehen, sind Ausgabeneinsparungen. Das klingt immer recht schön, aber natürlich steht nie hier: wo, wieviel. Das ist immer sozusagen diese allgemeine Frage. Wieviel, bitte? Wo? (*Abg. Kern: AKH!*) Wo wollen Sie es überhaupt nicht machen? Herr Kollege, da müssen Sie schon konkret sein! So mit diesen allgemeinen Dingen wird man in der Finanzpolitik sicherlich nicht weiterkommen.

Ein weiterer Punkt, wo Sie dann schreiben: Steuerliche Hemmnisse, die die Eigenkapitalbildung behindern, sind zu beseitigen.

Na bitte, was heißt das anderes als Steuersenkungen, um die Gewinne zu erhöhen. Das heißt das doch, bitte. Sie haben offensichtlich Ihren eigenen Entschließungsantrag hier nicht ange schaut.

Dann steht hier: Investitionen sind verstärkt zu unterstützen.

Das heißt offensichtlich höhere steuerliche

Förderung, da will ich wieder mehr haben. (*Ruf bei der ÖVP: Hexen-Einmaleins!*)

Weiters heißt es: Für Forschung und Entwicklung sind zusätzliche Anreize zu schaffen.

Einverstanden, kostet aber wieder etwas, bitte, auch nicht so.

Und zum Schluß: Am Anfang schreiben Sie dann von zerrütteten Staatsfinanzen.

Also bitte, Ihr eigener Antrag ist genau ein Beispiel dafür, daß Sie hier ein Konglomerat von Dingen hineinschreiben, die jedes für sich gut klingen, die aber halt leider nicht zusammenpassen, und um das werden Sie nicht herumkommen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*)

Hohes Haus! Ich darf auf den zweiten Bereich eingehen, nämlich auf den Bereich der Wirtschaftsförderung und der Strukturpolitik. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ja, ja, das paßt Ihnen nicht recht. Aber vielleicht können Sie es selber noch einmal in Camera caritatis ein bißchen durchüberlegen.

Hohes Haus! Zu Fragen der Strukturpolitik sind ja in letzter Zeit eine Reihe von Studien des Instituts für Wirtschaftsforschung erschienen, Studien, die es sicherlich wert sind, näher diskutiert zu werden, wobei ich bedauern muß, daß sich die Beiträge der ÖVP zu Fragen der Strukturpolitik leider auf eher sterile ordnungspolitische Diskussionen beschränken beziehungsweise halt dann immer wieder auf Angriffe gegen das Motorenwerk in Aspern. (*Abg. Dr. Blenk: Sie qualifizieren sehr gewagt, muß ich sagen!*)

Lassen wir die eine Sache. Wenn ich vielleicht nur einmal auf den Bereich Aspern doch noch eingehen darf, weil das eigentlich durch jeden Ihrer Redner hier angeklungen ist, wobei ich mich persönlich gar nicht in die für mich durchaus ungewohnte Position begeben will, ein Lobredner oder Verteidiger von Multis zu sein. Aber auch darum geht es ja nicht. Österreich hat ja das Motorenwerk in Aspern nicht aus Liebe zu General Motors gefördert, sondern es hat es gefördert aus sehr konkreten Eigeninteressen, und zwar Eigeninteressen in bezug auf Zahlungsbilanz, Eigeninteressen in bezug auf Strukturpolitik. (*Abg. Dr. Blenk: Weil eine Autoproduktion so eine wachstums- und zukunftssträchtige Produktion ist!*) Also daß wir für 20 Milliarden Schilling Autos importieren, werden Sie doch wohl sicherlich nicht abstreiten können. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk. – Bundeskanzler Dr. Kreisky: Aber das ist ja etwas ganz anderes! Besser als die Textilindustrie in Vorarlberg, die Sie mit Gastarbeitern führen! Ja, ja, das kann ich Ihnen sagen!* – Zwischenruf des Abg. Dr. Feur-

Dr. Nowotny

stein.) Ich glaube, Herr Kollege Feuerstein . . . (Bundeskanzler Dr. Kreisky: Besser als Ihre Textilindustrie in Vorarlberg, die Sie mit Türken aufrechterhalten!) Daß wir gewaltige Importe aus dem Bereich der Automobilindustrie tätigen, das wird ja wohl niemand von Ihnen bestreiten können! (Zustimmung bei der SPÖ.)

Es ist eben klar, daß wir im Bereich der Zahlungsbilanz zwei Aufgaben vor uns sehen: Die eine Aufgabe ist die, die Exporte im Bereich von Maschinen und Verkehrsmitteln auszuweiten, um – wie das ja gestern gesagt wurde – zu einem Netto-Exporteur in diesem Bereich zu werden. Und es ist eben nun ein Faktum, daß die Produktion aus Aspern praktisch voll in den Export gehen wird und wir hier in wenigen Jahren einen wesentlichen Entlastungseffekt haben werden. (Abg. Dr. Blenk: Aber wie lang, Herr Prof. Nowotny, . . .? – Bundeskanzler Dr. Kreisky: Aber gehn S'! Machen Sie sich doch nicht lächerlich! Besser als Ihre Textilindustrie in Vorarlberg, die Sie nur mit türkischen Arbeitern halten können!) Aber das sind doch ganz andere Dinge. Das ist ja eben die neue Generation, die wir haben! (Abg. Dr. Blenk: In zwei Jahren werden Sie . . .! – Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ja, gern, . . .!) Das ist ja eben genau die neue Generation, die hier gemacht wird! Wir haben ja hier den Strukturwandel.

Und der zweite Aspekt, um den es im Bereich der Exportwirtschaft geht, ist der, daß wir neue Exportmärkte erschließen, speziell im Bereich der dritten Welt, und auch hier wurde ja gestern vom Herrn Bundeskanzler gezeigt, in welcher Weise Österreich, die österreichische Regierung hilft, um den Unternehmern Chancen zu geben, in diesen neuen Märkten Fuß zu fassen.

Wenn ich doch noch kurz zu dem strukturpolitischen Aspekt einer Investitionsförderung für Aspern sprechen darf, möchte ich darauf hinweisen: es gibt hier natürlich eine ganze Reihe von Milchmädchenrechnungen oder Heurigenwirtinnenrechnungen, wenn Sie wollen, auf wieviel kleine Portionen man denn diese Förderung für Aspern hätte aufteilen können.

Dazu ist zunächst einmal zu sagen, daß gerade unter einer sozialistischen Regierung die Gewerbeförderung ein Ausmaß erreicht hat wie nie vorher in diesem Land. (Beifall bei der SPÖ.) Ich darf den Ausbau der BÜRGES in Erinnerung bringen (Zwischenruf bei der ÖVP): 1970 BÜRGES-Volumen 127 Millionen, 1980 BÜRGES-Volumen 695 Millionen. Meine Damen und Herren! Wenn Sie um Förderung ansuchen, dann wissen Sie diese Sachen sehr gut, nur jetzt im Augenblick wollen Sie es offensichtlich nicht wahrhaben! Ich glaube, das muß man Ihnen auch einmal sagen. (Beifall bei der SPÖ. – Ruf bei der ÖVP: . . . Kreditsteuer!)

Zu diesen Förderungen kommt dazu der ganze Bereich der indirekten Wirtschaftsförderung. Sie haben in dem Bericht, der gestern hier veröffentlicht wurde, gesehen, daß zwischen 1970 und 1980 der Steuerausfall aus der indirekten Wirtschaftsförderung allein 140 Milliarden Schilling betragen hat. (Abg. Staudinger: Herr Professor! Ja! Wir haben es gehört, wir haben es gelesen, aber das ist doch eine wahnsinnige Argumentation!) Bitte, das sind Studien, sie sich auch auf das Institut für Wirtschaftsforschung berufen! Sie werden das doch nicht leugnen können. Immerhin sind das Gelder, die hier verwendet wurden, und eine Einnahme, die ich nicht habe, ist genau dasselbe wie eine Ausgabe.

Dazu kommen noch eine Reihe von Förderungen. (Abg. Dr. Blenk: Da muß ich einmal die Steuerausfälle durch die Lohnsteuerausfälle berechnen!)

Hohes Haus! Wir sagen ja nicht, daß das unberechtigt war. Das ist überhaupt nicht gesagt. Wir sagen nicht, daß es unberechtigt war. Was wir aber sagen, das ist, daß Österreichs Unternehmer sicherlich keinen Grund haben, sich über mangelnde Förderung zu beklagen. Das ist der Punkt, um den es hier geht! (Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)

Hohes Haus! Ich möchte aber doch auch noch einen anderen Aspekt hier anknüpfen. Es ist mir aufgefallen und es ist bedauerlich, daß hier doch immer wieder in der Diskussion versucht wird, quasi Industrie gegen Gewerbe auszuspielen. Es hat gestern der Generalsekretär Lanner erklärt, die Sozialisten hätten ja nur ein Herz für die Großen.

In Wirklichkeit ist nichts falscher als das! Man muß doch sehen, daß Industrie und Gewerbe ökonomisch engstens miteinander verbunden sind, wobei es richtig ist, daß die Mehrheit der Beschäftigten im kleingewerblichen und im mittelbetrieblichen Bereich ist. Aber ökonomisch gesehen muß man doch unterscheiden zwischen dem dynamischen Kern einer Wirtschaft und dem Folgebereich.

Gerade die jüngste Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt sehr deutlich, daß eben die Industrie der Wachstumsmotor einer Wirtschaft ist. Ihr eigener Parteivorstand Dr. Mock hat ja von einer dritten Industrialisierungswelle gesprochen, die notwendig ist. Denn aus dieser industriellen Dynamik entsteht ja dann auch Dynamik für Gewerbe und Handel.

Es ist daher sicherlich kurzsichtig und naiv, so zu tun, als ob das Werk, das in Aspern entsteht, quasi eine Insel wäre, von der keine weiteren Verbindungen ausgehen, wobei doch im Gegen-

Dr. Nowotny

teil die vielfältigsten Impulse auf Unternehmen in ganz Österreich (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk*) – auch das ist zu betonen: in ganz Österreich – ausgehen werden. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Wenn hier von einer neuen Industrialisierungswelle gesprochen wird, so herrscht in Österreich weitgehender Konsens darüber, glaube ich, daß es nicht nur um einen quantitativen Ausbau geht, sondern auch um einen qualitativen Ausbau im Sinne einer weiteren ... (*Abg. Dr. Blenk: Im Sinne der Forderung des Herrn Finanzministers statt Imitation Innovation!*) Sicher! Das sind Dinge, die wir alle durchaus begrüßen, und zwar im Sinne einer weiteren technologischen Entwicklung, die ja gerade für weitere kleine Betriebe dann auch Chancen schafft. (*Abg. Dr. Blenk: Das ist nicht einmal Imitation!*)

Ich glaube – es ist das auch in dem Bericht aufgezeigt worden –, daß in Österreich in den letzten Jahren eine große Fülle geschehen ist. Im Rahmen der Forschungsförderung ist sehr viel geschehen. Jetzt geht es aber darum, den zusätzlichen neuen Anforderungen auch zusätzlich zu entsprechen, wobei es uns aber doch klar sein muß, daß es sowohl aus fiskalischen Gründen als auch aus Gründen der Förderungseffizienz nicht einfach darum gehen kann, zu einem bestehenden und – wie ich ja gezeigt habe – zu einem sehr umfangreichen Förderungspaket noch zusätzliche Förderungen hinzunehmen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Es geht darum, die Förderungen aufeinander abzustimmen. Sie müssen, um wirksam zu sein, Prioritäten erkennen lassen, was aber logischerweise auch heißt, daß dann eben gewisse Dinge auch nachgereiht werden müssen, während ich andere Dinge bevorzuge.

Hohes Haus! Das ist ein ganz spezieller typischer Bereich der Strukturpolitik, und zwar der Strukturpolitik sowohl in bezug auf die Industriepolitik als auch in bezug auf die Regionalpolitik als auch in bezug auf Handels- und Zahlungsbilanz als auch in bezug auf Maßnahmen der Energiepolitik. In allen diesen strukturpolitischen Bereichen besteht das Problem darin, daß ich zunächst einmal nur Kosten habe und daß der Erfolg erst sehr viel später eintritt und natürlich immer mit einem gewissen Element der Unsicherheit behaftet ist.

Gerade diese zukunftsorientierten Maßnahmen haben es daher in der politischen Arena nie ganz leicht. Gerade diese zukunftsorientierten Maßnahmen haben es nicht leicht, sich gegen die gegenwärtigen Interessen, sich gegen kurzfristige Aspekte durchzusetzen.

Ich möchte Ihnen für diese Problematik ein ganz

konkretes Beispiel geben. Es gibt in Oberösterreich einen Landeshauptmann (*Rufe bei der ÖVP: Einen guten! Einen sehr guten!*) – Sie werden gleich sehen, wie gut –, der so in der Art Römischer Kaiser gern durch das Land geht und Geldgeschenke verspricht (*Abg. Kraft: Deswegen haben Sie die Wahlen gewonnen!*), und zwar etwa in Form einer Barzahlung an Pendler, die hier ausgegeben werden. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Sie werden das gleich sehen.

Und es gibt dann zweitens – und dann wird die Geschichte nämlich weniger schön – einen Wirtschaftsreferenten, der dann erklärt: Für weitere Förderungen von Wirtschaftsansiedlungen, für die Unterstützung von Arbeitsplätzen in Bereichen, die ökonomisch interessant und zukunftsträchtig sind, dafür habe ich bitte schön leider kein Geld mehr, da gibt es nichts mehr. – Das alles hat man erst vor kurzem gesehen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Jedem sei sein Geld zu gönnen, aber ich glaube, man muß doch ganz deutlich sagen, daß ... (*Abg. Dr. Zittmayr: General Motors in Aspern ist natürlich ein viel günstigerer Platz!*) Es geht doch hier um folgendes: Auf der einen Seite wird Geld ausgegeben, um dafür kurzfristig Popularität zu kaufen, und auf der anderen Seite ist aber dann kein Geld da, um die langfristigen Zukunftschancen in diesem Land zu sichern. (*Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Letztlich geht es doch hier darum, daß mit solchen Geldern – die letztlich aus dem Finanzausgleich kommen, den der Bund wieder vertreten muß – kurzfristige Vorteile erkauf werden, das Problem der Arbeitsplatzsicherung hingegen auf den Bund hinübergeschoben wird. (*Abg. Dr. Blenk: Das ist eine neue Theorie!*) Das ist eine Politik, die sicherlich nicht im Interesse des Landes ist, und zwar die weder dem Interesse des Landes noch dem Interesse des Bundes entsprechen kann. Ich glaube, das muß auch einmal ganz deutlich in diesem Hohen Haus gesagt werden. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Wir Sozialisten werden diese Politik des kurzfristigen Optimierens jedenfalls nicht machen. (*Zwischenruf des Abg. Kraft.*) Unsere Politik geht dahin, daß wir auch die langfristige Verantwortung sehen, die wir für dieses Land, die wir für diese Menschen haben. Uns geht es darum, daß nicht nur heute die Menschen sichere und ordentliche Arbeitsplätze haben, sondern daß auch die nachrückenden Generationen in diesem Land ihre sicheren Arbeitsplätze haben. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Bergmann.*)

Dr. Nowotny

Hohes Haus! Es sind sich alle Ökonomen heute praktisch eigentlich einig, daß wir vor weltwirtschaftlich sehr schwierigen Zeiten stehen. Wir haben in diesem Jahr Erdölpreisseigerungen in einem Ausmaß gehabt, das dem großen Erdölschock der Jahre 1973/74 entspricht, wenn es auch die Bevölkerung noch nicht voll registriert hat. Wir wissen eigentlich auch noch gar nicht genau, wie sich dieser neue Ölshock weltwirtschaftlich auswirken wird. (*Ruf bei der ÖVP: Was wissen Sie überhaupt?*) Wenn Sie es genau wissen, dann sagen Sie es uns bitte. Sie würden damit berühmt werden. Ich glaube: Mit solch dummen Zwischenrufen werden Sie nicht reüssieren, Herr Kollege. (*Heftige Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Dann soll er mir bitte sagen, wie sich die ... (*Weitere anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich warte gespannt: Er soll mir erklären, wie sich der Erdölschock auf die Weltwirtschaft auswirken wird. Er wird sehr berühmt werden, wenn er das so ganz genau sagen kann. Genau um diesen Punkt ist es gegangen. (*Erneute Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Hohes Haus! Ich möchte das hier mit Schweigen übergehen.

Wir haben noch dazu gegenwärtig eine Entwicklung, daß wir in den USA eine Verschärfung der Wirtschaftskrise sehen. Auch hier muß ich gestehen, daß wir nicht genau wissen, wie sich das auf die weltwirtschaftliche Entwicklung auswirken wird. Vielleicht wissen es wieder die sehr allwissenden Leute auf der rechten Seite dieses Hauses. (*Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Österreich ist ein kleines Land, das sicherlich diese weltwirtschaftlichen Entwicklungen nicht beeinflussen kann. Wir können aber folgendes in Österreich: Wir können dieses Land, dieses kleine Haus in Ordnung halten, so wie es der „Economist“, die berühmte englische Wirtschaftszeitung, in einem Bericht über Österreich geschrieben hat, als sie den Titel gewählt hat: Österreich – ein kleines Land – in Ordnung.

So wollen wir es weiter halten. Das wird die weitere Politik einer sozialistischen Regierung sein. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Blenk: Die Rede der verpaßten Chancen, Herr Dr. Nowotny!*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Jörg Haider.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Kollege Nowotny in einem seiner epochenmachenden Sätze hier am Rednerpult gemeint hat (*Heiterkeit bei FPÖ und Abgeordneten der ÖVP*), daß es Aufgabe der Regierungspartei sei,

längerfristig für diesen Staat zu denken und längerfristige Überlegungen im Auge zu haben, während die Opposition opportunistisch agiert, dann kann ich Ihnen nur sagen: Es disqualifiziert Sie als Mann der Wissenschaft, hier solche Allgemeinplätze von sich zu geben, die Sie nicht beweisen können, weil Ihnen in Ihrem Wirtschaftsbericht wie auch in Ihren Ausführungen der konkrete Inhalt für Zukunftslösungen gefehlt hat. (*Zustimmung bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP. – Abg. Dr. Blenk: „Angeblicher“ Mann der Wissenschaft! – Abg. Dr. Nowotny: Qualifizieren Sie nicht!*)

Wenn Sie, Herr Kollege Nowotny, nun meinen, ich sei nicht der Mann, das zu beurteilen, dann sage ich: Es ist sicher keine Qualifikation Ihrer Person, aber ich verbitte mir genauso, auch im Namen der anderen Kollegen der Opposition, daß Sie entscheiden, wie Sie gemeint haben, wer hier von Volkswirtschaft etwas versteht. Das sind alles vernünftig denkende Menschen, die die Interessen der Bevölkerung zu vertreten haben. Ihre Disqualifikationen können Sie sich ersparen, Herr Kollege. (*Abg. Dr. Blenk: Sie haben den Beweis, daß Sie mehr verstehen, nicht erbracht!*)

Nun aber doch zu jenen Bereichen, die im Wirtschaftsbericht angesprochen sind. Das ist genau die Fortsetzung dessen gewesen, was wir gestern erlebt haben, daß dieser Wirtschaftsbericht in weiten Bereichen auf die konkreten Probleme und Zukunftslösungen nicht eingegangen ist, sondern, wenn man jetzt einmal von der Darstellung des Herrn Bundeskanzlers ausgeht, daß dieser Bericht eine mit Zahlen untermauerte Reiseschilderung seiner letzten außenpolitischen Aktivitäten gewesen ist. Der Finanzminister hat ja letztlich auch nichts anderes gemacht, als ein paar wirtschaftspolitische und wirtschaftswissenschaftliche Ladenhüter in einen umfänglichen Bericht zu verpacken, und wieder einmal das zu sagen, was jahrelang – auch in diesem Haus – immer wieder zu hören war. Welche Probleme es in der achtziger Jahren geben wird, wie es mit der Strukturänderung ausschauen wird, wieviel Arbeitsplätze wir brauchen werden und so weiter. In der Diagnose stimmen wir schon überein. Nur wäre es interessant gewesen, die Therapie zu erfahren.

Man könnte genauso den Übertitel für diese Berichte nehmen und sagen – Shakespeare hat es treffend in einem seiner Komödienspiele formuliert –: „Viel Lärm um Nichts!“

Wir haben eine Menge Papier hier serviert bekommen, vom Inhalt her aber, meine Damen und Herren, äußerst dürftig. Es wäre interessant gewesen, wenn es hier wenigstens heute im Zuge der Stellungnahme der Regierungsmitglieder klare Antworten gegeben hätte, was die

Dr. Jörg Haider

Bevölkerung in Zukunft zu erwarten hat. Was sind die Schritte dieser Regierung? Welche Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen und womit wird sie sie zu begründen versuchen? Statt dessen ergeht man sich in einigen kryptischen Belastungsdrohungen, wie sie auf manchen Seiten des Regierungspapiers zu lesen sind.

Heute hat der Herr Finanzminister zum Kollegen Stix gemeint, auch ein wenig polemisch: Die These, jetzt kaufen und später zahlen, hätte bedeutet, daß man Arbeitslose riskiert hätte. Das ist ein großes Mißverständnis. Der Herr Kollege Stix hat nur gemeint, daß unsere freiheitliche Position immer deutlicher an die Wirklichkeit herankommt und immer wieder deutlicher unter Beweis gestellt wird, weil ja nicht in Zeiten des Konjunktureinbruchs 1975 die Budgetdefizite entstanden sind, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, sondern auch in der Phase der Hochkonjunktur hat der Finanzminister schon eine Belastung durch Defizite erwirtschaftet, die wir heute und in den kommenden Jahren im verstärkten Maße werden abtragen müssen. Das, was Kollege Stix gemeint hat, ist ökonomisch und wirtschaftspolitisch sicherlich beweisbar.

Das, was uns gefreut hat, ist zweifelohne die Feststellung auf Seite 93 des Berichtes des Finanzministers, daß das Gewerbe vor allem in den Jahren seit 1975 wesentlich dazu beigetragen hat, die günstige Beschäftigungslage aufrechtzuerhalten. Das ist endlich einmal eine respektable Anerkennung jener Leistungen, die tatsächlich erbracht worden sind. Denn bisher ist man ja immer unter dem Eindruck gestanden und bei den Wahlkämpfen war es ja auch so: die Arbeitsplätze würden nur von der Regierung gesichert. Hier hat man endlich einmal klargestellt, daß es wesentlich auf die große Zahl der Klein- und Mittelbetriebe ankommt, in Zukunft die Arbeitsplätze und die Arbeitsplatzsicherung in Österreich zu gewährleisten.

Nun, ganz so freiwillig ist dieses Bekenntnis natürlich nicht passiert. Es ist ja anzunehmen, daß diese Reuetheorie, die hier formuliert worden ist, nicht ohne Anlaß zustande gekommen ist. Und wenn man sich die Zahlen anschaut, die im Wirtschaftsbericht herumgereicht werden, so sieht man ja, daß der Anteil der Investitionsquote am Gesamtbudget gesunken ist. Das ist der wahre Hintergrund, warum man den Klein- und mittleren Betrieben in Österreich jetzt Avancen macht, weil man weiß, daß man in den letzten Jahren sein Pulver verschossen hat und nicht mehr ins Volle des Budgets wird greifen können und daher wieder auf die Initiative und die Eigentätigkeit der vielen Betriebe, wie in den vergangenen Jahren, stärker denn je wird bauen müssen.

Es sind nun einmal bis zum Jahre 1986 190 000 Arbeitsplätze zu schaffen, was sicherlich keine geringe Zahl ist. Nur hätten wir uns erwartet, daß gerade zu Fragen der Strukturpolitik, meine Damen und Herren, doch mehr gesagt wird als jene Bilderbuchweisheiten, die ja wirklich schon bekannt sind: Von der Strukturaenderung im Textilbereich, in der Lederverarbeitung, der Schuhindustrie, daß es in der Dritten Welt leichter ist – auf Grund der Arbeitskosten –, ähnliche Produkte herzustellen als in Österreich, daß hier ein Kostenvorteil besteht. Das ist ja alles bekannt. Nur die Schlußfolgerungen, die gehen uns in diesem Bericht ab, und sie sind auch hier nicht deutlich zum Ausdruck gekommen.

Was gedenkt man wirklich zu tun? Wir haben eine zu niedrige Warenexportquote, wir haben heute in Österreich eine Unterindustrialisierung. Wir haben doch bitte in den letzten Jahren – und das zeigt ja auch der Bericht – Strukturpolitik von der Hand in den Mund gemacht. Sonst wäre es nicht nötig, erst heute zu beginnen, den Unterindustrialisierungsgrad Österreichs zu beklagen, sonst müßten wir heute nach der These des Finanzministers bereits weiter sein. Denn gerade heute vormittag hat er gesagt: Es dauert doch bei einem neuen, intelligenten Produkt, wie das so schön heißt, mindestens acht Jahre, bis es produktionsreif ist.

Meine Damen und Herren! Lesen Sie auch das, was das Wirtschaftsforschungsinstitut gesagt hat. Das Wirtschaftsforschungsinstitut sagt, daß die wesentlichen Arbeitsplatzgewinne in den letzten Jahren im Dienstleistungssektor erfolgt sind. Das waren die Banken, das war der Öffentliche Dienst mit 16 000 Arbeitsplätzen und das war der große Bereich der Fremdenverkehrswirtschaft, wie überhaupt des Gast- und Beherbergungsgewerbes. Hier sind die Reserven ausgeschöpft. Dort wird nichts mehr passieren.

Die zusätzlichen Arbeitsplätze, die wir in den nächsten Jahren brauchen, werden schwerpunktmäßig im industrialisierten Bereich geschaffen werden müssen, in Verbindung natürlich auch mit den Klein- und mittleren Betrieben in Österreich. Und das ist der konkrete, wirtschaftspolitisch sachlich fundierte Vorwurf, den wir machen müssen. Nicht daß Sie nicht bereit wären, die Notwendigkeit einer Strukturpolitik anzuerkennen, nicht daß Sie nicht bereit wären, Strukturpolitik machen zu wollen, aber Sie haben es jahrelang versäumt, die Weichen zu stellen, und nun ist der Zug abgefahren, daß wir wirklich den Anschluß an die Industrialisierung, die wir in Österreich brauchen, rechtzeitig finden.

Meine Damen und Herren! Zehn Jahre

Dr. Jörg Haider

Versäumnisse in der Strukturpolitik, das ist eine lange Zeit, und es kommt einem das Ganze so vor, als ob die Strukturpolitik ähnlich behandelt würde wie der Wetterbericht bei uns in Österreich. Es wird immer etwas anderes angekündigt, als tatsächlich eintrifft.

Sie haben jahrelang in vielen Studien, Kommissionen, Erläuterungen, Presseberichten alles mögliche an strukturpolitischen Maßnahmen angekündigt. Eingetroffen, ja eingetroffen ist freilich zu wenig. Es geht aber nicht an, dann herzugehen – wie auch in diesem Wirtschaftsbericht – und zu meinen: Das General Motors-Projekt sei sozusagen die Heilige Kuh der Strukturpolitik in Österreich, sie sei sozusagen die Arche Noah für die gescheiterte Strukturpolitik der österreichischen Bundesregierung.

Meine Damen und Herren! Das ist ja nicht einmal jenes intelligente Produkt, von dem geredet worden ist, denn zweifelsohne gehört die Autoindustrie nicht mehr zu jenen technischen zukunftsorientierten Betriebssparten, die wir heute unter intelligenten Produktionstechniken verstehen. Da sind die Möglichkeiten schon weitestgehend ausgeschöpft. General Motors ist einfach ein Spielzeug des Herrn Bundeskanzlers, der irgendwo einen demonstrativen Beweis seiner strukturpolitischen Initiativen gebraucht hat; dieses Spielzeug kommt natürlich allen Österreichern unerhört teuer.

Ich zitiere hier den Herrn Finanzminister, der gestern im Hohen Haus in einer ergänzenden Bemerkung gesagt hat, bei den Subventionen und Förderungen für die Wirtschaft bestehe die Gefahr einer ökonomischen Drogensucht mit letalen Folgen. Das ist schon richtig. Nur frage ich mich, ob er nicht gut daran täte, herzugehen und die Süchtigen in der Regierung jetzt einmal zu heilen, die nämlich dieser ökonomischen Drogensucht der Subventionierung eines General Motors-Projekts erlegen sind, das auf Kosten der Möglichkeiten für alle anderen wirtschaftlichen Aktivitäten in Österreich geht. Das ist doch die Realität, das muß man doch einmal einsehen, meine Damen und Herren. Noch dazu mit einem Standort, wo keine Arbeitsplätze in dem Maße gebraucht werden, als sie hier mit einem gigantischen Aufwand geschaffen werden. (*Beifall bei der FPÖ*).

Wenn man diesen Bericht ansieht, dann muß man feststellen, daß auch im Bereich der Regionalpolitik Entwicklungen vonstatten gegangen sind, die von dieser Regierung schlicht und einfach verschlafen worden sind. Ich habe so das Gefühl, in der Wirtschaftspolitik existiert Österreich offenbar nur mehr in der westlichen Richtung für diese Regierung, denn dort funktioniert alles von selbst, da kann man sich die Lorbeeren aufsetzen. Dort, wo man

wirklich etwas tun müßte, versagt man die Hilfe seitens der Regierung.

Die Ostregionen, in vielen Regierungserklärungen als Notstandsgebiete, als Entwicklungsgebiete und als wirtschaftspolitische Sanierungsgebiete bezeichnet, sind bis zum heutigen Tage keinen wesentlichen Schritt in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung weitergekommen. Dort leben 1,2 Millionen Menschen, und es sind das 27 Prozent des österreichischen Staatsgebiets, das davon erfaßt ist.

Jeder vierte Arbeitnehmer aus den Ostgrenzregionen Österreichs hat keinen Arbeitsplatz in seiner Heimat. Er muß auspendeln, meine Damen und Herren, das wissen wir schon seit über zehn Jahren. Das hat die Raumordnungskonferenz wiederholte Male festgestellt. Man hat auch festgestellt, daß zwischen 1961 und 1971 an die 100 000 Menschen abgewandert sind. Man hat auch wiederholt festgestellt, daß dort 1978 500 Arbeitsplätze im industriellen Bereich verlorengegangen sind. Man hat festgestellt, daß eine Auspendlerquote um 25 Prozent der Gesamterwerbstätigen in diesem Bereich vorliegt.

Ich frage Sie ernsthaft: Welchen Rang und welchen Stellenwert nimmt denn die Regionalpolitik auch im Sinne einer Strukturpolitik für Sie ein, wenn wir nach mehr als zehn Jahren noch immer vor derselben Situation stehen, daß bei Gott nicht jener Gürtel des breiten Wohlstands geschaffen worden ist, sondern daß es eher eine Mullbinde für die Bewohner in den Ostgrenzgebieten ist, die man ihnen umgelegt hat, aber gewiß nicht ein Maßnahmenpaket zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Zukunft?

Meine Damen und Herren! Veranschaulichen Sie sich nur einmal, daß 9 Prozent der Arbeitnehmer von allen Arbeitnehmern in Österreich in diesem Gebiet leben. Diese 9 Prozent stellen 50 Prozent der gesamten Winterarbeitslosen in Österreich. Das ist doch ein alarmierendes Faktum, meine Damen und Herren. Darüber kann man sich doch nicht hinwegturnen, etwa wenn in der „Kronen-Zeitung“ der Experte Dr. Geldner zitiert wird, der davon spricht, daß die Problemzonen die Grenzgebiete in Kärnten und in der Steiermark und die veralteten Industriegebiete sind. Wenn darauf verwiesen wird, daß etwa im Bundesland Kärnten im Grenzlandbezirk Völkermarkt im Winter 16,7 Prozent der Erwerbstätigen arbeitslos sind, daß im Bezirk Feldkirchen 15,7 Prozent arbeitslos sind, daß wir im Jahresdurchschnitt eine Arbeitslosigkeit von 8 Prozent haben, dann, meine Damen und Herren, frage ich Sie, ist das nicht Grund genug, um hier endlich einmal auch dieser Regierung ein wenig stärker auf die Zehen zu steigen, auch

Dr. Jörg Haider

mit Hilfe Ihrer Fraktion, daß entscheidende Maßnahmen im Interesse der Arbeitsplatzsicherung und einer wirtschaftlichen Zukunft für diese Bevölkerung gesetzt werden? Hier haben Sie Ihre Möglichkeiten verschlafen, meine Damen und Herren, und es nützt nichts, wenn man in diesen Strukturbericht hineinschreibt, es sind ohnedies bereits Regionalprogramme in Angriff genommen worden.

Soweit es etwa den Südkärntner Raum betrifft, muß ich Ihnen, sehr geehrte Frau Staatssekretär, schon sagen, hier ist nichts passiert bis zur heutigen Stunde. Es laufen einige Untersuchungen des IFES-Instituts, aber sonst ist nichts passiert. Jenes ominöse Kooperationsabkommen, das der Herr Bundeskanzler mit Jugoslawien aushandeln will, das wird auch nicht der Weisheit letzter Schluß sein. Es wird einhellig von der gesamten Landesregierung als unzureichend abgelehnt, weil es auch unsinnig ist, wenn zwei wirtschaftlich Schwache eine Kooperation beginnen, weil zwei Schwache nun einmal schwach bleiben.

Aber Sie versuchen hier schlicht und einfach die Verantwortung abzuschließen! Ich gebe Ihnen noch einmal eine Zahl vor. Ich habe untersucht: neun Förderungsaktionen der Bundesregierung, wie ERP-Kommunalkredit, Investitionskredit und so weiter. Von diesen neun Förderungsaktionen mit einem Gesamtaufwand von 3,8 Milliarden Schilling waren nur drei Förderungsaktionen mit einem Gesamtaufwand von jährlich 518 Millionen Schilling, die bevorzugt für die Grenzgebiete eingesetzt wurden. Die übrigen 3,3 Milliarden Schilling sind in die bereits wirtschaftlich gesunden Gebiete gegangen. Auch darüber sollte man einmal nachdenken, daß man diese Gruppe unserer Bevölkerung in den Grenzgebieten nicht zu Bürgern zweiter Klasse machen darf.

Wenn nun der Herr Finanzminister eine versteckte Drohung in seinem Bericht hinsichtlich der Steuererhöhungen und neuen Belastungen verpackt hat, weil das Budget aus den Nähten platzt – er hat zitiert, daß das Budget nicht einmal bei einem fortgesetzten, ohne Abgabenerhöhung, Einnahmenvolumen in der Lage sein würde, die Bedienung der Staatsschulden und die Beiträge zur Sozialversicherung zu leisten –, dann weiß man natürlich, daß für viele Menschen, die etwa in diesen wirtschaftlich schwachen Regionen leben, die Zukunftshoffnung ein wenig kleiner geworden ist, weil sie wissen, daß in nächster Zeit die Mittel knapper sind. Aber nicht einmal das haben Sie hier konkret im Bereich der Wirtschaftsdebatte gesagt.

In welcher Richtung wird denn nun die neue Belastungswelle losgehen? In welcher Richtung

werden Sie denn bereit sein, Prioritäten zu setzen? Werden Sie denn bereit sein, einerseits Steuern und Gebühren einzuheben, und auf der anderen Seite jene flankierende Maßnahmen zu setzen, von denen der Finanzminister andeutungsweise in einer mündlichen Beantwortung im Hohen Hause schon einmal gesprochen hat?

Sie betreiben hier ein echtes Verwirrspiel. Wenn ich die Langfassung des Berichts und die Kurzfassung des Berichts hernehme, wo Sie im Kurzbericht auf Seite 26 und in der Langfassung auf Seite 298 schreiben, es darf keinen Verzicht auf Einnahmen gegeben, dann ist diese Feststellung überall gleich.

In der Langfassung heißt es: „Zusätzliche Ausgabenwünsche können nur im unbedingt erforderlichen Minimalausmaß erfüllt werden.“

In der Kurzfassung heißt es: „Daher können Wünsche nach Ausgabenerhöhungen, so verständlich sie im Einzelfall sind, nicht erfüllt werden.“

Ich frage Sie, was gilt jetzt? Werden sozialpolitische Notmaßnahmen möglich sein, sprich jene flankierenden Maßnahmen, die der Finanzminister selbst zitiert hat mit Ausgleichszulagenerhöhungen, Kinderbeihilfenerhöhungen im Zuge einer höheren Belastung mit Steuern, Tarifen und Gebühren, oder gilt die Kurzfassung, daß nämlich nichts möglich ist? Darauf wäre es nett, eine Antwort zu bekommen.

Sie schreiben in der Langfassung: „Bei Massensteuern besteht kein Spielraum für generelle Erhöhungen.“

In der Kurzfassung: „Alle ökonomisch und sozial vertretbaren Einnahmequellen müssen genutzt werden.“

Ja, meine Damen und Herren, auf der einen Seite ist das eine Hinwendung zur Quellensteuer, auf der anderen Seite ein Hinweis in der Kurzfassung, daß unter Umständen dieses ganze Verwirrspiel um Quellensteuer und erhöhten Mehrwertsteuersatz bei Energiekosten ja letztlich dazu führen soll, daß man viele Steuern ins Gespräch bringt, um dann bei der Bevölkerung einen Erleichterungseffekt zu erzielen, indem sie sagt: Statt vier Steuern werden ohnedies nur zwei eingeführt, Gott sei Dank hat der Staribacher oder der Kreisky das wieder für uns gerichtet!

Das ist eine Methode, die nicht in dieses Hohe Haus gehört, und wir hätten daher erwartet, daß Sie in diesem Wirtschaftsbericht der österreichischen Bevölkerung sowohl als auch den Mandatären der Opposition reinen Wein einschenken, was Sie wirklich zu tun gedenken, aber nicht unterschiedliche Texte in Ihre Aussagen hineinlegen.

Dr. Jörg Haider

Es ist ja interessant, wie der Herr Bundeskanzler gerade die Quellensteuer begründet. Denn er meint, der Vizekanzler hat gesagt, er braucht 15 Milliarden Schilling zur Budgetverbesserung: Die müssen ja irgendwo herkommen, oder? Sicherlich. Nur glaube ich, kann man das nicht so machen, indem man einfach einmal testet, wer überall wie ein Christbaum abgeräumt werden kann. Wenn er dann meint, das Ganze ist ja nur eine Möglichkeit, die kommt nur, wenn sie sozial vertretbar ist, dann muß ich mich fragen: Wer entscheidet denn darüber, was sozial vertretbar ist, meine Damen und Herren? Na, entscheiden wird es die Mehrheit. Und daß die sozialistische Mehrheit in diesem Haus auch schon oft sehr unsozial entschieden hat, ist nichts Neues.

Daher ist das keine Garantie, wenn der Bundeskanzler sagt, eine Steuer muß sozial vertretbar sein. Wir erwarten, daß Ihre Entscheidung wirklich sozial und nicht nur sozialistisch ist, wie wir das schon so oft erlebt haben. Aber es gibt offenbar keine Bereitschaft, uns eine Antwort zu geben.

Meine Damen und Herren! Wir fordern Sie auf, dazu Stellung zu nehmen, welche flankierenden Maßnahmen mit den beabsichtigten Steuererhöhungen verbunden sind. Es geht nicht so, wie der Herr Klubobmann Fischer da in einem „profil“-Interview auf die Frage meint, ob nun jene Ausweitung der Abgaben dazu führen würde, daß die Sozialpolitik auf drei bis vier Jahre eingestellt wird:

Sozialpolitik gibt's die ganze Zeit, aber einer Ausweitung des sozialpolitischen Handlungsspielraums sind momentan finanzielle Grenzen gesetzt. Wir bleiben lieber kurzfristig stehen, unsere Reservetanks aufzufüllen, um dann mit vollen Reservetanks weiterzufahren.

Das ist ein schöner Vergleich, meine Damen und Herren. (Abg. Dr. Kohlmaier: Der hat ein Loch!) Ich glaube ihm sogar, Herr Kollege Kohlmaier, daß der Tank nicht leck ist, daß er aufgefüllt wird, aber ich frage mich: Werden denn auch jene dann mitfahren dürfen, die diesen Tank auffüllen werden müssen, nämlich die Masse der österreichischen Steuerzahler, unabhängig von ihrer Einkommenshöhe, unabhängig von ihrer Einkommensstärke? Darauf haben Sie uns hier im Hohen Haus noch keine Antwort gegeben. Sie haben viel herumgedreht, Sie haben viel Papier produziert, aber vor der Antwort auf die Frage, wie und zu welchen Bedingungen das alles erfolgen soll, haben Sie sich bis zur Stunde gedrückt.

Ich meine, es könnte doch eine Initiative von seiten des Bundes ausgehen, um dem Vorwurf des Kollegen Wille zu begegnen, man sage nicht

konkret, wie Reformen laufen sollen. Warum geht der Bund als Dienstgeber nicht her im Zuge der Beamtenverhandlungen um Gehaltserhöhungen und geht einmal einen Weg, der von vielen Staatsbürgern und Ökonomen auch als der richtige angesehen wird, und gleicht die Inflation nicht prozentuell aus, sondern mit einem Fixkostenbetrag, mit einem Sockelbetrag? Das ist ja in der Gewerkschaft auch schon sehr eingehend diskutiert worden. Denn es ist ja nicht ganz verständlich, daß für den, der wenig Einkommen hat, die Teuerung geringer gewesen sein soll als für den, der in einer hohen Einkommenskategorie ist. Das ist ein durchaus diskussionswerter Gedanke. Hier ließe sich auch im Bereich der öffentlichen Hand gleichzeitig eine wichtige Maßnahme zur Eindämmung der Kostenexplosion setzen.

Oder im Bereich des Bundestheaterdefizits, das der Finanzminister ja selbst angeführt hat. Es sagt doch niemand, daß hier tatsächlich die Dinge so bleiben müssen, wie sie sind, daß man wirklich der Bevölkerung zumutet, jährlich und täglich neue Belastungen erleben zu müssen, und auf der anderen Seite keine Bereitschaft da ist, im unmittelbaren Verwaltungsbereich des Staates Ordnung zu machen.

Diese Antwort, meine Damen und Herren, würden wir von Ihnen als der Mehrheitsfraktion und insbesondere von den Vertretern der Bundesregierung erwarten, um wirklich das Gefühl zu haben, ein Wirtschaftsbericht ist nicht nur eine Märchenerzählung über die Reise in das Land von 1001 Nacht und ein Aufkochen von alten ökonomischen Argumenten, sondern eine aktuelle Darstellung Ihrer politischen Vorstellungen und dessen, was die Bevölkerung zu erwarten hat.

Sie sind aufgefordert, das zu tun. Die Opposition hat das klar von Ihnen gefordert. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Heinzinger.

Abgeordneter Heinzinger (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin ein eifriger Verfechter der Redefreiheit und bin daher auch ein Verteidiger von Universitätsprofessoren in der Hinsicht, daß sie überall das Recht haben, all das zu sagen, was sie denken. Daher würde ich auch den Professor Nowotny verteidigen, wenn er noch Ärgeres gesagt hätte, als er ohnehin getan hat. Aber der arme Professor Nowotny wußte nicht, daß zur selben Zeit, wo er gegen eine Steueranpassung hier wetterte, sein Parteikollege Dallinger – man könnte sagen: wer sonst in Steuerfragen? – bereits über den Pressedienst der Öffentlichkeit kundtat, daß eben die

Heinzinger

Steuerkommission, die ja schon lange berät – und dreimal darf man raten, warum –, beschlossen hat, daß man mit 1. Jänner 1982 im ÖGB eine Lohnsteuerreform anstrebe, die dem Budget ungefähr 12 Milliarden Schilling kosten werde.

Ähnliche Wünsche hat der Herr Professor Nowotny vorher als Hexeneinmaleins bezeichnet, als demagogische Tricks, und er hat gemeint, alle Volkswirtschaftler seien dagegen. Ich wünsche eine gute private Unterhaltung zwischen dem Herrn Professor Nowotny und dem Herrn Vizepräsidenten Dallinger. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es könnte allerdings sein, meine Damen und Herren, daß Dallinger weiß, was über Nowotny in der Zeitung steht. Im „apol“, im „austria pressedienst“, steht über Nowotny: „Der Quellensteuer-Euphorie des sozialistischen Hochschulprofessors Nowotny, der am ‚Schoß des Bundeskanzlers sitzt‘“ (Zitat aus der Himmelpfortgasse), wird ein ähnliches politisches Schicksal vorhergesagt, wie dem Förderungs-Hurra für General Motors in Aspern.“ (*Abg. Dr. Zittmayr: Bravo!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute von vielen Rednern gehört, daß wirtschaftliche Gefahr im Verzug wäre. Und es ist eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden, und dabei wurde von den Rednern der Sozialistischen Partei geflissentlich übersehen, daß sie für diesen Zustand seit zehn Jahren die Verantwortung trägt, seit zehn Jahren die alleinige Verantwortung trägt.

Und wenn nun der Herr Bundeskanzler auf der einen Seite sehr bereit und der Herr Finanzminister auf der anderen Seite sehr bereit diese Schwierigkeiten schildern, und es wird von Experten unterstrichen – was müßte man da annehmen? Daß diese Regierung geschlossen, einig, zielorientiert versucht, Maßnahme um Maßnahme zu setzen.

Was geschieht in Wirklichkeit? Der Herr Bundeskanzler malt die Integrität des Finanzministers in Grau. Der Herr Bundeskanzler zweifelt auch bereits an den fachlichen Qualitäten des Finanzministers. In dieser Zeit, wo die Herren zusammenstehen müßten, tragen sie in der Öffentlichkeit gegenseitig ihre Antipathien immer häufiger aus. Die Spannbreite reicht von Consultationitis beziehungsweise höherer Moral über die Politikerverantwortung beim Skandal des Allgemeinen Krankenhauses, sie berührt den Lebensstil des Finanzministers ebenso wie die Forderung des Bundeskanzlers nach einer Quellensteuer.

Meine Damen und Herren! Wenn man diese Situation betrachtet und dann merkt, daß sich die Herren über das Ausland unterhalten, wenn man weiters merkt, daß sich die Herren über die

Medien unterhalten, dann wird die Sorge, daß diese Regierung in ihrer Aktionskraft erlahmt, umso stärker. Wäre die Lage nicht so ernst, könnte man die teilweise operettenhafte Szene belächeln. Der Bundeskanzler hetzt auf der ganzen Welt herum. Er lehrt Ohr und Mund der PLO, er berät Khomeini, er teilt seine Missionen Brandt und Palme mit, er überlegt, ob er der Führer der Blockfreien werden könnte. Diese Geschäftigkeiten, die tatsächlich Mächtigen dieser Erde, die Amerikaner, die Russen, vielleicht noch die Franzosen oder die Engländer oder vielleicht die Chinesen zu beraten, nehmen ihm natürlich Zeit. Es gibt kaum eine Frage, wo der Herr Bundeskanzler nicht tätig ist.

Und in dieser Rolle des Weltratgebers (*Abg. Dr. Kohlmaier: Ezzesgeber!*), des Weltezzesgebers hat der Herr Bundeskanzler ein literarisches Vorbild. Meine Damen und Herren, es ist bekannt, daß der Lieblingsautor des Bundeskanzlers Robert Musil ist und das Lieblingsbuch des Bundeskanzlers „Der Mann ohne Eigenschaften“. Der Autor hat offensichtlich dem Bundeskanzler vorausahnend in die Seele geschaut, denn in diesem „Mann ohne Eigenschaften“ wird der Wettkampf, der Wettlauf zwischen Österreich und Preußen beschrieben, so wie jetzt der Bundeskanzler Österreich im Wettlauf mit der übrigen Welt sehen möchte, und als Glanz wollten die Österreicher den Preußen die Schau stehlen. Da heißt es – es wird eine große Geburtstagsfeier vorbereitet –: Graf Leinsdorf wurde als Organisator dieser Schau bestimmt und schlug vor, man müsse den Kaiser Franz Joseph als Friedenskaiser darstellen. Und es war Leinsdorf ziemlich klar – und nun das wörtliche Zitat –, daß etwas geschehen müsse, was Österreich allen voranstellen würde, damit diese glanzvolle Lebenskundgebung Österreichs für die ganze Welt ein Markstein werde, somit ihr diene, ihr eigenes Wesen wiederzufinden. Und weiter meinte Leinsdorf: Es ist auch klar – wieder wörtliches Zitat aus Kreiskys Lieblingslektüre –, daß ein Mann, der so Großes sucht, gewöhnlich nicht weiß, warum. Sagt doch schon Oliver Cromwell, ein Mann kommt nie weiter, als wenn er nicht weiß, wohin er geht.

Meine Damen und Herren! Ich habe große Sorge, daß diese Maxime der Grundton der wirtschaftspolitischen Überlegungen des Herrn Bundeskanzlers ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zwischen seinen Reisen um und in die Welt kommt dann der Herr Bundeskanzler kurz wieder einmal am Ballhausplatz vorbei und löst, bitte sehr, die Diskussion um die Quellensteuer aus. Diese Diskussion um die Quellensteuer heißt auch Zugang zur Quelle des Einkommens der kleinen Leute. Diese Diskussion um die

Heinzinger

Quellensteuer heißt Zugang zur Quelle des Wohlstandes.

Hier und heute haben wir erlebt, wie der Herr Finanzminister dem Herrn Bundeskanzler einen Vortrag gehalten hat, wie er den Herrn Bundeskanzler darauf aufmerksam gemacht hat – mehr oder minder deutlich –, daß der Herr Bundeskanzler belieben, in dieser Frage nicht etwas sehr Gescheites, nicht etwas Vollziehbare vorzuschlagen. Der Herr Bundeskanzler ist da hinten immer kleiner geworden, und obwohl sonst so wortgewaltig vom Ausland über Zeitungen, hat bisher das Parlament nicht erfahren, was der Herr Bundeskanzler über die Quellensteuer denkt.

Meine Damen und Herren! Das Parlament hat das Recht, das zu erfahren. Wenn Bundeskanzler und Vizekanzler, wenn Regierungschef und Finanzminister grundsätzlich unterschiedliche Meinungen über die nächste große Steuerbelastung haben, dann sind wir nicht bereit, hinzunehmen, daß die Herren mit Worten in der Öffentlichkeit jonglieren, dann sind wir nicht bereit, hinzunehmen, daß alle Sparbüchelbesitzer nun zittern, daß ihnen das weggenommen wird, dann hat das Parlament das Recht zu erfahren: Was steht hinter der Quellensteuer? Hier und heute soll der Herr Bundeskanzler erklären, wohin seine Philosophie der Quellensteuer führt. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Kohlmaier: Er sagt es ja den Medien!)

Meine Damen und Herren! Jetzt könnte man sagen und mit Recht einwenden: Die Sprüche des Herrn Bundeskanzlers sind im allgemeinen nicht wörtlich zu nehmen, sie wären im besonderen relativ, und im übrigen meint er etwas anderes, als er sagt.

Wenn wir die Realität der verlorenen Worte des Herrn Bundeskanzlers sehen: Die Realität der verlorenen Worte des Herrn Bundeskanzlers sind Milliardengeschenke an General Motors. Diese Milliarden hat der Herr Bundeskanzler nicht aus „Des Knaben Wunderhorn“, sondern die wurden vorher von uns abgesammelt. Und die verlorenen Worte des Herrn Bundeskanzlers hätten ein Atomkraftwerk aufsperrern sollen, aber sie haben dazu geführt, daß dieses zugesperrt wurde.

Und nun, meine Damen und Herren, steht auf Seite 17 der Erklärung des Bundeskanzlers zur wirtschaftlichen Lage der Machtanspruch des Bundeskanzleramtes auf die wirtschaftliche Koordination. Es heißt dort wörtlich:

„Es finden im Augenblick Verhandlungen zwischen dem Bundeskanzleramt als dem für die wirtschaftliche Koordination zuständigen Ressort“ – bitte, Bundeskanzleramt: als dem für die Wirtschaft zuständigen Ressort – „dem Bundes-

ministerium für Finanzen und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft in dieser Richtung statt.“

Meine Damen und Herren! Wenn wir noch den Bericht des Bundeskanzlers zur wirtschaftlichen Lage und den Bericht des Finanzministers in Erinnerung haben – die Vorredner meiner Partei Graf, Taus, Dittrich haben bereits darauf hingewiesen –, wenn man diese Berichte gewichtet, dann muß man plötzlich, ob man will oder nicht, Zuneigung für den Finanzminister empfinden. Und der Bundeskanzler, der diesen Bericht uns vorgelegt hat – man könnte auch sagen, zugemutet hat –, beansprucht nun für seinen Wirkungsbereich die wirtschaftliche Koordination.

Das Ergebnis dieser Politik – heute ist es mehrfach gesagt worden –, zunächst der positive Teil: relative Stabilität am Arbeitsmarkt. Es wird von der linken Seite des Hauses permanent verschwiegen, daß wir gewaltige regionale Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt in Kärnten, in den Grenzgebieten der Steiermark, im Waldviertel haben. Für Sie zählt die große statistische Ziffer, für das Einzelschicksal des Arbeitslosen fehlt Ihnen, meine Damen und Herren von Sozialistischen Partei, das Herz, sonst würden Sie sich öfter über diese regionalen Schwierigkeiten den Kopf zerbrechen.

Wir haben eine relative Geldwertstabilität, aber wir kommen bereits in eine Inflationsentwicklung, die uns gemeinsam Sorgen macht. Und wir haben ein relativ gutes Wachstum, wir wissen aber bei diesen strukturellen Schwierigkeiten, daß wir mit dem Wachstum noch weitere Schwierigkeiten haben werden.

Zehn Jahre Sozialismus, das heißt steigendes Leistungsbilanzdefizit, das heißt bleibende strukturelle Mängel in der Industrie, das heißt Finanzierungsnotstand bei der Pensionsversicherung, das heißt Armut für kinderreiche Familien, für Bergbauern, für Pendler. Zehn Jahre sozialistische Regierung heißt Staatsverschuldung in bedrohlichem Ausmaß, heißt immer mehr steigende Steuern und Abgaben und heißt, meine Damen und Herren, ein immer sorgloserer Umgang mit öffentlichen Geldern bis zur provozierenden Form der Verschwendungen, die zur teilweisen Aushöhlung der öffentlichen Verantwortung führt.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute nicht erfahren, hier und jetzt, warum und in welcher Weise diese Regierung diese Probleme meistern wird. Wir haben keine Vorschläge gehört. Die Österreichische Volkspartei – ich rufe das nur in Erinnerung – hat eine Menge von Plänen vorgelegt, meine Damen und Herren, wo für diese Situation Lösungsformeln angeboten

Heinzinger

wurden. Was Sie von der Sozialistischen Partei dafür übrig hatten, war Hoffärtigkeit, war Überheblichkeit. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und der Herr Bundeskanzler, der bisher die Antwort für die Quellensteuer schuldig geblieben ist, hat gemeint, daß diese Vorschläge nicht einmal das Papier wert wären, auf dem sie stünden.

Meine Damen und Herren! Das ist die Einstellung der Sozialisten zu Vorschlägen erstklassiger Fachleute. Und jetzt sehen Sie auch, was wir von Ihrem Angebot zur Zusammenarbeit halten, wenn Sie so über unsere Vorschläge sprechen.

Wie schaut es mit den Ratschlägen der Sozialistischen Partei selbst aus? Woher wird der Herr Finanzminister die 15 Milliarden Schilling nehmen? 29 Seiten Androsch, 30 Seiten Kreisky und Ratlosigkeit oder bewußtes Verschweigen, woher Sie das nehmen.

Wie schauen die sozialistischen Vorschläge aus? Was haben Sie bisher angeboten? Wann, meine Damen und Herren, kommt die Quellensteuer und wie hoch wird sie sein? Wann kommt die Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes und wie hoch wird sie sein? Wann kommt die Anhebung des Höchststeuersatzes auf 80 Prozent, von Dallinger für möglich gehalten? Wann kommt der klassenkämpferische gespaltene Tarif zwischen Lohn- und Einkommensteuer und wie hoch wird er sein?

Auf diese Fragen hätten wir gerne Antwort. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der umfassende Berichtsteil des Finanzministers für den Ist-Zustand, das Einbekenntnis der Verantwortung für diesen immer schwieriger werdenden Ist-Zustand ist die Hälfte dieses Berichtes. Die zweite Hälfte, wie es anders gemacht werden soll, fehlt vollständig. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn wir, meine Damen und Herren, von der Fraktion christlicher Gewerkschafter und von der Volkspartei entschieden für die Anpassung der Lohn- und Einkommensteuer sind, dann aus drei Gründen.

Wir wollen erstens dem Finanzminister keinen Schilling wegnehmen von dem, was ihm zusteht, weil wir wissen, daß der Staat sein Geld braucht. Wir sind aber entschieden gegen kalte Steuererhöhungen durch Inflationsgewinn.

Zweitens gab es für diese kalten Steuererhöhungen niemals die Zustimmung des Parlaments. Wir glauben aber, daß solch exorbitante Erhöhungen nur mit Zustimmung des Parlaments möglich sind. Und drittens: Je länger eine

solche Steueranpassung verweigert wird, desto schwieriger ist es, einen vernünftigen neuen Steuertarif festzusetzen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Eine Gruppe, meine Damen und Herren, wird von dieser verhinderten Steueranpassung, von den Preisexplosionen bei Benzin und Treibstoff besonders hart getroffen, nämlich die Gruppe der Pendler. Wir haben schon mehrere Anträge in diesem Haus eingebracht, damit den Pendlern geholfen wird. Außer Sprüche der Sozialistischen Partei hiezu haben wir nichts gehört. Es sind jene Bundesländer, die unter der Verantwortung der Volkspartei stehen, nämlich Oberösterreich und Tirol, die den Pendlern geholfen haben.

Wenn diese Bundesregierung Milliarden für das Allgemeine Krankenhaus leichtsinnig und zum Teil verantwortungslos verbaut, wenn diese Bundesregierung für die Förderung von General Motors Milliarden zur Verfügung hat, wenn sozialistische Politiker Milliarden im Bauring verrinnen haben lassen, dann glaube ich, daß endlich auch Geld für die Pendler vorhanden sein müßte. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Namens der Volkspartei bringe ich daher einen Entschließungsantrag und lade die Kollegen der übrigen Parteien ein, sich diesem anzuschließen.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Heinzinger und Genossen betreffend Schaffung eines Pendlerpauschales.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, umgehend eine Novelle zum Einkommensteuergesetz 1972 auszuarbeiten, die vorsieht, daß für Arbeitnehmer, deren ständiger ganzjähriger Wohnsitz mehr als 20 km von der Arbeitsstätte entfernt liegt, zur Abgeltung von Mehraufwendungen ein Werbungskostenpauschalbetrag in der Höhe von jährlich 2 400 Schilling gewährt wird (Pendlerpauschale).

Das Werbungskostenpauschale für Pendler steht dem betroffenen Steuerpflichtigen neben dem im § 62 Abs. 1 Einkommensteuergesetz 1972 vorgesehenen allgemeinen Werbungskostenpauschale und unabhängig von der Inanspruchnahme eines Kraftfahrzeugpauschales zu.

Meine Damen und Herren! Wenn die Angebote der Zusammenarbeit stimmen, wenn es stimmt, daß diese Regierung auch für die Schwachen und Notleidenden Verständnis hat, dann wäre es höchst an der Zeit, daß wir im

Heinzinger

Bereich der Pendler endlich etwas tun. Ich lade Sie ein, diese Initiative der Volkspartei zu unterstützen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Der soeben vorgelegte Entschließungsantrag der Abgeordneten Heinzinger und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung. Nächster Redner ist der Abgeordnete Hietl.

Abgeordneter **Hietl** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Zu dem gestern vom Herrn Bundeskanzler sowie vom Herrn Finanzminister gegebenen Bericht über die wirtschaftliche Lage unseres Staates gestatten Sie mir aus der Sicht der Landwirtschaft einige Bemerkungen.

Vor allem muß hier festgestellt werden, daß in der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers lediglich ein bescheidener Satz über die Landwirtschaft steht, der sich mit verbesserten Viehexporten in der Zahl in den Nahen Osten befaßt. Alles andere, die Vielfalt der österreichischen Landwirtschaft, die strukturell schwierige Bewirtschaftungslage, läßt Herr Dr. Kreisky völlig beiseite. Ich möchte nicht unterstellen, daß dies den Chef der österreichischen Bundesregierung nicht interessiert, doch scheinen ihm Reisen in ferne Länder sowie Prestigeerfolge in der internationalen Politik wichtiger zu sein.

Wer die Entwicklung der österreichischen Landwirtschaft in den vergangenen Jahren ehrlich und objektiv beobachtet hat und versucht, daraus Schlüsse zu ziehen, muß feststellen, daß unsere Bauern aller Produktionsgebiete durch ihren Fleiß und ihre Anpassung an die Gegebenheiten versucht haben, ihren Beitrag zu einer positiven Entwicklung unseres Staates zu leisten. Aber sehr oft fehlte nicht nur das Verständnis der Regierung, sondern man mußte auch des öfteren feststellen, daß die berechtigten Wünsche der Landwirtschaft einfach ignoriert wurden, wie es auch im Wirtschaftsbericht des Bundeskanzlers sowie des Finanzministers klar zum Ausdruck kam. Man nimmt an, dem Bauern bleibe ja gar nichts anderes übrig, als weiterzuarbeiten, wenn er überleben will, wie sich der Herr Präsident dieses Hauses einmal ausdrückte, als sich die Bauern erlaubten, ihre Forderungen in aller Öffentlichkeit kundzutun. Der Herr Bundeskanzler tat das Seine dazu mit dem lakonischen Satz: Keinen Groschen für die Bauern!

Meine Damen und Herren von der Regierungspartei! Haben Sie sich schon einmal Gedanken darüber gemacht, unter welchen Voraussetzungen der österreichische Bauer seinen Betrieb zu führen hat? Bedenken Sie doch, daß unser Land Wirtschafts- und Machtblöcken

gegenübersteht, die gerade für die Landwirtschaft von großer Bedeutung sind, die in der Produktion und noch mehr in der Vermarktung einer Zerreißprobe ausgesetzt ist.

Im Westen der Welt ist die Landwirtschaft von großen Farmen gekennzeichnet, die ungeheure Flächen zur Verfügung haben. Der jeweilige Staat sorgt für den Absatz, selbst wenn einmal entsprechende Überschüsse im Meer landen müssen. Daß dort der Maschineneinsatz keine Problematik ist, wird jeder Kenner der Materie verstehen.

Demgegenüber haben wir im Osten, unmittelbar an unserer Staatsgrenze beginnend, die verstaatlichte Landwirtschaft, in der nicht immer kalkulatorische Preise gelten, sondern wo oft, wenn es der jeweilige Handel mit anderen Staaten erfordert, zu Dumpingpreisen Nahrungsmittel in einem Ausmaß exportiert werden, wofür sich leider auch Österreich des öfteren, im besonderen bei Spezialkulturen, als willkommener Abnehmer findet. Ja man kommt dem noch durch Liberalisierung entgegen. Daß dort noch dazu günstigere klimatische Verhältnisse und Bodenbedingungen herrschen, ist bekannt. Lediglich das System verhindert dort eine noch viel größere Produktion.

Im europäischen Raum sind die wesentlichen Agrarländer in der EG zusammengeschlossen. Abgesehen von den internen Schwierigkeiten dieser Gemeinschaft steht Österreich als Drittland diesem Block gegenüber.

Meine Damen und Herren! Nun verlangt man von der österreichischen Landwirtschaft einerseits eine reichliche Inlandsversorgung zu Bedingungen, die Herrn und Frau Österreicher einen möglichst großen Konsum zu günstigen Preisen gewährleisten, um die Inflationsrate niedrigzuhalten, und andererseits Exporte, die etwaige Überschüsse auf ferne Märkte bringen und die dem Staat möglichst wenig kosten sollen. Von der Theorie her ist das eine wunderbare Einrichtung, nur in der Praxis läßt sich dies auf die Dauer nicht verwirklichen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Man läßt eine so wichtige Berufssparte allein, weil es der Regierungspartei keine parteipolitischen Erfolge bringt. Während andere Staaten Europas und der übrigen Welt den Schutz der heimischen Landwirtschaft gewährleisten und dadurch die Exporte der österreichischen Landwirtschaft erschweren, tritt bei uns gerade der umgekehrte Fall ein. Hiezu bringe ich einige Beispiele.

Vor einigen Tagen war der Herr Regierungschef Dr. Kreisky zu Besuch in Brüssel, um angeblich für den österreichischen Agrarhandel erfolgreich zu intervenieren. Ich darf mir daher

Hiel

in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundeskanzler einige Fragen erlauben, die sicherlich von gemeinsamem Interesse sind.

Erstens: Herr Bundeskanzler, welche Ergebnisse sind für eine Erleichterung und Sicherung der Rinderexporte erzielt worden?

Frage 2: Wurden Hartkäseexporte in den EG-Raum unter günstigeren Bedingungen erzielt?

Frage 3: Wurde ein Abkommen über den Käsemindestpreis erzielt?

Frage 4: Wurde ein Übereinkommen bezüglich des EG-Beitritts von Griechenland über weitere Exporte österreichischerseits erzielt?

Frage 5: Welches Ergebnis brachte diese Unterredung bezüglich der längst fälligen Anerkennung von österreichischem Qualitätswein und Weinen über 50 Grad Alkohol im EG-Raum?

Dies, Herr Bundeskanzler, sind nur einige Fragen, die ich gerne von Ihnen beantwortet hätte, um hier auch Gewißheit zu haben, daß der Chef dieser österreichischen Regierung auch nur im Gedanken an die österreichische Landwirtschaft, die letzten Endes auch ein bedeutender Faktor in unserem Staate ist, diese vertritt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ist Ihnen, Herr Bundeskanzler, bewußt, daß die Steigerung der Nahrungsmittelimporte allein im ersten Quartal 1980, meine Damen und Herren, aus der Bundesrepublik 20 Prozent betrug? Dazu überhaupt gleich einige Feststellungen. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Es sind zu viele Händler da im Geschäft!*)

Herr Bundeskanzler! So einfach kann es sich der Chef der österreichischen Bundesregierung nicht machen, daß er behauptet, wenn Importe getätigten werden, dann ist das im Interesse des österreichischen Handels. Ich glaube, für internationale Handelsbeziehungen ist in erster Linie einmal die Regierung verantwortlich, das muß klar und deutlich gesagt werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Endproduktion der österreichischen Landwirtschaft war im Jahre 1978 46,5 Milliarden Schilling. Dazu wurden um 21 Milliarden Schilling landwirtschaftliche Rohprodukte und Verarbeitungserzeugnisse importiert, während lediglich um 8,8 Milliarden Schilling landwirtschaftliche Erzeugnisse exportiert wurden. Dazu fand der Herr Bundeskanzler kein Wort in seinem Wirtschaftsbericht, meine Damen und Herren, anscheinend nach dem Motto: Was nicht positiv zu vermerken ist, wird vergessen.

Ja, ist es nicht auch interessant, daß die österreichischen Bauern um 26 Milliarden Schil-

ling in einem Jahr Betriebsmittel und Maschinen gekauft haben, meine Damen und Herren? Ein wesentlicher Faktor in unserer gesamten Wirtschaft. Und dies mit großen Opfern und weiterer Verschuldung. Die zusätzliche Verschuldung deswegen, weil durch eine schlechte Agrarpolitik dieser Regierung das Einkommen der Bauern weiterhin real gesunken ist. Die Preisschere hat sich auch 1979 zu Lasten der Bauern weiterhin geöffnet.

Eine Statistik des Herrn Finanzministers, daß das Einkommen des Industriearbeiters 1979 auf 13 647 Schilling monatlich gestiegen ist, nehmen wir gerne zur Kenntnis. Nur daß nur 51 Prozent davon das Einkommen der Landwirtschaft ist, darüber schweigt man geflissentlich.

Sehr betrüblich ist es, wenn man eine Statistik des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen zur Hand nimmt. Dort ist festzustellen, daß von einem gegenwärtigen Stand der Selbständigen in der Landwirtschaft von 250 000 Betriebsführern derzeit bis zum Jahre 1996, also innerhalb von 16 Jahren, nur mehr bloß 108 000 tätig sein werden. Um mehr als die Hälfte wird in diesem Zeitraum, wenn man dieser Statistik Glauben schenken soll, die Zahl der Betriebsführer abnehmen. Das heißt letzten Endes, daß die Selbständigen in der Landwirtschaft ständig weniger werden.

Ja ist dies alles, meine Damen und Herren, unter dem Schlagwort Sicherung der Arbeitsplätze zu verstehen? Da zwängt sich unwillkürlich die Frage auf: Was tut denn diese Bundesregierung, um das zu verhindern?

Sie erhöht ständig die Preise für Dieselöl. Ja durch die Freigabe aus der Preisregelung sorgt sie sogar für eine Schlechterstellung der in exponierten Lagen Tätigen. Sie macht der Marktwirtschaft die größten Schwierigkeiten und verschlechtert dadurch ständig die Bedingungen der Vermarktung. Sie ist nicht bereit, gerechte Agrarpreise zuzugestehen. Sie erhöht ständig die Einheitswerte und fordert verbreitet auf allen Gebieten höhere Abgaben im Steuer- und Sozialbereich. Wie soll so, muß ich mich fragen, meine Damen und Herren, der österreichische Bauer weiterhin konkurrenzfähig bleiben?

Die von mir angeführten Zahlen bestätigen daher alle Befürchtungen. Nachdem aus dem Wirtschaftsbericht nicht zu erkennen war, wie es mit der österreichischen Landwirtschaft weitergehen soll, ergibt sich für mich die Frage: Was will die österreichische Regierung überhaupt mit der österreichischen Landwirtschaft, was will sie mit dem österreichischen Bauernstand?

Glaubt man vielleicht in diesem Staat, auf eine funktionierende Landwirtschaft verzichten

Hietl

zu können, oder verfällt man noch immer in den Glauben, die Bauern haben zu erzeugen, und was sie dafür bekommen, bestimmt die Regierung?

Meine Damen und Herren! Seien Sie versichert: Ohne eine sozialistische Regierung wird dieses Land sicherlich besser weiterbestehen, aber ohne gesunde Bauernschaft kann kein Staat bestehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Ing. Gassner und Genossen betreffend Stärkung der Wirtschaft zur Problemlösung in den achtziger Jahren.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist die Minderheit. **Abgelehnt.**

Wir gelangen ferner zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Heinzinger und Genossen betreffend Schaffung eines Pendlerpauschales.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist die Minderheit. **Abgelehnt.**

2. Punkt: Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (268 der Beilagen): Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Einsparung von Energie (371 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Vereinbarung gemäß Artikel 15 a Bundes-Verfassungsgesetz über die Einsparung von Energie.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Tirnthal. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Tirnthal:** Herr Präsident! Hohes Haus! Die gegenständliche Vereinbarung umfaßt jene Maßnahmen zur Energieeinsparung, die in der derzeitigen Situation als wesentlich und als zwischen Bund und Ländern koordinierungsbedürftig angesehen werden, nämlich die Verbesserung des Wärmeschutzes von Gebäuden sowie die richtige Planung, Installierung und Wartung von Zentralheizungsanlagen; die Einführung der individuellen Heizkostenabrechnung bei Zentralheizungsanlagen und die Kennzeichnung des Energieverbrauches von Haushaltsgeräten.

Der Handelsausschuß hat die Regierungsvor-

lage am 20. Mai 1980 in Verhandlung gezogen. Nach einer Debatte, in der außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dkfm. DDr. König, Dipl.-Vw. Dr. Stix und Dr. Heindl sowie der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dipl.-Vw. Dr. Staribacher das Wort ergriffen, hat der Ausschuß einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung des Abschlusses dieser Vereinbarung im Sinne des Artikels 15 a B-VG zu empfehlen.

Der Handelsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß der Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über die Einsparung von Energie (268 der Beilagen) wird genehmigt.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, falls Wortmeldungen vorliegen, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, der vorliegenden Vereinbarung in 268 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen der zuständigen Strafverfolgungsbehörde um Ermächtigung zur Verfolgung wegen Beleidigung des Nationalrates (390 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen nunmehr zum 3. Punkt der Tagesordnung: Ersuchen der zuständigen Strafverfolgungsbehörde um Ermächtigung zur Verfolgung wegen Beleidigung des Nationalrates.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Elmecker.

Berichterstatter **Elmecker:** Herr Präsident! Hohes Haus! Die Staatsanwaltschaft Wien teilt mit Schreiben vom 7. Mai 1980 mit, daß in der Folge Nr. 5 der periodischen Druckschrift „Der Stoßtrupp“ eine den Nationalrat beleidigende Äußerung gebraucht wurde. Verantwortlicher Redakteur dieser Folge ist Martin Neidhart.

Auf Ersuchen der Strafverfolgungsbehörde stellt die Staatsanwaltschaft Wien die Anfrage, ob der durch diese Äußerung beleidigte Nationalrat die Ermächtigung zur Verfolgung gemäß § 117 Abs. 1 Strafgesetzbuch erteilt.

Der Immunitätsausschuß hat die Angelegen-

Elmecker

heit in seiner Sitzung am 3. Juni 1980 beraten und beschlossen, dem Hohen Hause die Zustimmung zur Ermächtigung der amtswegigen Verfolgung zu empfehlen.

Der Immunitätsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Aufgrund der Zuschrift der Staatsanwaltschaft Wien vom 7. Mai 1980, 1 St 19 666/80, wird im Sinne des Ersuchens der Strafverfolgungsbehörde für die amtswegige Verfolgung des Martin Neidhart wegen des in dieser Zuschrift umschriebenen Tatbestandes nach §§ 111 Abs. 1 und 2, 116 Strafgesetzbuch beziehungsweise nach § 30 Abs. 1 Pressegesetz gemäß § 117 Abs. 1 Strafgesetzbuch die Ermächtigung erteilt.

Herr Präsident! Sofern Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, die Debatte zu eröffnen.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, der Strafverfolgungsbehörde zur amtswegigen Verfolgung die erforderliche Ermächtigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

In der heutigen Sitzung ist der Antrag 70/A eingebbracht worden.

Ferner sind die schriftlichen Anfragen 629/J bis 636/J eingelangt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Dienstag, den 1. Juli 1980, in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 35 Minuten